



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

13. Sitzung

4. Wahlperiode

Donnerstag, 10. April 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt

	Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff	512
	Dr. Till Backhaus, SPD	520, 522, 530
	Torsten Renz, CDU	522
	Angelika Gramkow, PDS	526, 528
	Reinhardt Thomas, CDU	528
	B e s c h l u s s	530
Änderung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT ...		509
Rudolf Borchert, SPD		
(zur Geschäftsordnung)		509
B e s c h l u s s		509

Fragestunde

– Drucksache 4/376 –	509
Ilka Lochner-Borst, CDU	509, 510
Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann	509,
.....	510, 511
Dr. Ulrich Born, CDU	510
Wolfgang Riemann, CDU	510, 511
Siegfried Friese, SPD	511

Antrag der Fraktion der CDU: Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns im Kontext der Bundespolitik

– Drucksache 4/329 –	511
Eckhardt Rehberg, CDU	511, 515, 529

Gesetzentwurf der Landesregierung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2002/2003, zur Änderung
anderer Rechtsvorschriften sowie über
die Errichtung eines Sondervermögens
„Sanierung ökologischer Altlasten in
Mecklenburg-Vorpommern“ (Haushalts-
rechtsanpassungsgesetz 2003 – HRAG 2003)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 4/200 –

530

Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses

– Drucksachen 4/350, 4/351, 4/352,
4/353, 4/354(neu), 4/355, 4/356,
4/357, 4/358, 4/359, 4/360, 4/361,
4/362, 4/363, 4/364 und 4/365 –

530

Änderungsanträge der Fraktion der CDU

– Drucksachen 4/390, 4/391, 4/392, 4/393,
4/394, 4/395, 4/396 und 4/397 –

530

Wolfgang Riemann, CDU

530

Volker Schlotmann, SPD

532

Dr. Henning von Storch	534	Minister Erwin Sellering	581
Angelika Gramkow, PDS	538	Reinhard Dankert, SPD	582, 583, 584
Ministerin Sigrid Keler	540	Reinhardt Thomas, CDU	583, 584
Wolfgang Riemann, CDU	546	Peter Ritter, PDS	584
Rudolf Borchert, SPD	549		
B e s c h l u s s	553		
 Antrag der Finanzministerin: Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2000 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes – – Drucksache 3/2570 –	 556	 Antrag der Fraktion der CDU: Tourismusstrategie – Drucksache 4/330 –	 585
Unterrichtung durch den Landesrechnungshof: Jahresbericht 2002 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2000 sowie der Vermögensübersicht 2000 des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 3/2914 –	 556	Andreas Petters, CDU	586
Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 4/324 –	 556	Minister Dr. Otto Ebnet	587
Rudolf Borchert, SPD	556	Detlef Müller, SPD	589
Dr. Henning von Storch, CDU	557	Alexa Wien, PDS	589
Dr. Gerhard Bartels, PDS	558	Jörg Vierkant, CDU	590
B e s c h l u s s	559	B e s c h l u s s	591
 Antrag der Fraktion der CDU: Sofortprogramm für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 4/327 –	 559	 Antrag der Fraktion der CDU: Harmonisierung für strecken- bezogene Lkw-Maut – Drucksache 4/332 –	 591
Eckhardt Rehberg, CDU	559	Dr. Ulrich Born, CDU	591, 597
Minister Dr. Gottfried Timm	562, 566	Minister Dr. Otto Ebnet	592
Wolfgang Riemann, CDU	566, 577	Jochen Schulte, SPD	593
Dr. Armin Jäger, CDU	566, 576, 577, 578	Birgit Schwebs, PDS	595
Heinz Müller, SPD	569	Jörg Vierkant, CDU	596
Angelika Gramkow, PDS	574	B e s c h l u s s	597
B e s c h l u s s	578	 Antrag der Fraktionen der SPD und PDS: Kein „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide – Drucksache 4/388 –	 597
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Volker Schlotmann, SPD, gemäß § 89 GO LT	578	Dr. Klaus-Michael Körner, SPD	598
 Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema: Tätigkeit des Landesbeauftragten Mecklen- burg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ...	 578	Lorenz Caffier, CDU	598
Rainer Pracht, CDU	578	Peter Ritter, PDS	599
		Rudolf Borchert, SPD	600
		Minister Dr. Gottfried Timm	601
		B e s c h l u s s	602
		 Nächste Sitzung Mittwoch, 21. Mai 2003	 602

Beginn: 9.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 13. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet.

Mir liegt auf Drucksache 4/388 ein Antrag der Fraktionen der SPD und PDS zum Thema „Kein ‚Bombodrom‘ in der Kyritz-Ruppiner Heide“ vor. Dieser Antrag wird momentan verteilt. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? – Das ist der Fall.

Herr Borchert, Sie haben das Wort.

Rudolf Borchert, SPD (zur Geschäftsordnung): Schönen guten Morgen! Sehr geehrte Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mit zwei, drei Sätzen noch mal die Dringlichkeit begründen unseres Antrages auf der Drucksache 4/388: „Kein ‚Bombodrom‘ in der Kyritz-Ruppiner Heide“.

Nach uns vorliegenden Informationen ist es wohl so, dass im Bundesverteidigungsministerium in den nächsten Wochen eine Entscheidung gefällt wird, die für unser Land von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Absicht des Bundesverteidigungsministeriums ist bekannt, die Kyritz-Ruppiner Heide, einen wesentlichen Teil dieses Bereiches, zu nutzen für die Einrichtung und zum Ausbau eines Bombenabwurfübungsplatzes. Wir hatten diese Thematik bereits hier im Landtag. Aber aufgrund der Tatsache, dass jetzt in den nächsten Wochen und Monaten diese Entscheidung ansteht, sehen wir die Dringlichkeit, dieses Thema heute noch mal im Landtag zu beraten, um in dieser Art und Weise noch einmal nicht nur auf das Problem aufmerksam zu machen, sondern auch noch mal jede Möglichkeit auszuschöpfen, hier Einfluss zu nehmen im Interesse unseres Landes.

Eine letzte Bemerkung dazu: Der Antrag, den wir dann heute Nachmittag debattieren – vorausgesetzt, er kommt auf die Tagesordnung –, wird sich noch mal ausdrücklich auch an die Landesregierung in Brandenburg richten, die ja in gleichem Maße wie unser Land von diesem Vorhaben betroffen ist.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Borchert.

Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage dann beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss über die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Vielen Dank. Gegenprobe. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Erweiterung der Tagesordnung mit einer Gegenstimme und wenigen Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt. Die Zweidrittelmehrheit wurde erreicht. Kann ich davon ausgehen, dass wir diese Vorlage am Schluss der heutigen Beratung behandeln? – Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 9** unserer Tagesordnung, die Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 4/376 vor.

Fragestunde**– Drucksache 4/376 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur, hier zunächst die **Fragen 1 und 2** der Abgeordneten Ilka Lochner-Borst.

Ilka Lochner-Borst, CDU:

1. Sind der Landesregierung unter anderem die Fakten bekannt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 2003 dem ITER-Forschungsverbund erneut beigetreten sind und 10 Prozent der Investitionssumme für den ITER übernehmen wollen, China am 10. Januar 2003 erklärte, dem Projekt ITER auch beitreten und adäquat finanzieren zu wollen, der Realisierungszeitraum des ITER 10 Jahre beträgt, Investitionen in Höhe von 4,6 Milliarden Euro getätigt werden, die Laufzeit des ITER mehr als 20 Jahre beträgt und Folgeinvestitionen von 5,7 Milliarden Euro nach sich zieht sowie die Kernfusion keine Auswirkungen auf den Treibhauseffekt hat, und welche Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung daraus für das weitere eigene Engagement im Sinne der Bewerbung des Standortes Greifswald/Lubmin?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Frau Präsidentin! Frau Lochner-Borst! Meine Damen und Herren! Die genannten Fakten und Annahmen sind der Landesregierung natürlich bekannt. Das Engagement für die Bewerbung des Standortes Greifswald/Lubmin ist nach den direkten Gesprächen des Ministerpräsidenten am 24. März dem EU-Kommissar für Forschung Herrn Busquin dahin gehend präzisiert worden, dass die Finanzierung des ITER-Koprojektes Wendelstein 7-X auch über den Zeitrahmen der derzeitigen Förderung hinaus – und das ist ja leider erforderlich geworden durch Verzug der Vorarbeiten – im Vordergrund stehen muss.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch etwas über den Hintergrund der Entscheidungen, die in Brüssel anstehen, sagen und das kommt ja in der Aufzählung der Länder zur Sprache, die Sie genannt haben – China und die USA. Das ITER-Projekt hat eine außerordentliche geopolitische Bedeutung. In dieser Abwägung ist Deutschland nicht stark genug. Eine ähnliche Selbsteinschätzung hat im Übrigen das Vereinigte Königreich Großbritannien dazu veranlasst, den eigenen außerordentlich geeigneten Standort Sellafield nicht mehr weiter zu propagieren.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Die zweite Frage:

2. Wie beurteilt die Landesregierung die Standortfaktoren Greifswald/Lubmin für die Ansiedlung des ITER-Forschungsreaktors im internationalen Vergleich?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Standortfaktoren sind im internationalen Vergleich mit den Bewerbern um die ITER-Ansiedlung differenziert zu betrachten. Die geotechnologischen, hydrologischen, seismologischen und meteorologischen Standortbedingungen sowie die geographische Lage und die verkehrliche Infrastruktur sind bei allen Bewerbern nach diesseitiger Einschätzung mehr oder weniger ausgeglichen. Es gibt keine entscheidenden Vor- oder Nachteile für einen der Bewerber.

Für den Standort Lubmin ergeben sich Vorteile, weil das Gelände erdbebensicher ist und weil eine eigene Hafenanbindung an die Ostsee das Anlegen größerer Schiffe ermöglicht. Nachteil ist das Problem des Mindestabstandes zu dem geplanten GuD-Kraftwerk. Der wich-

tigste Vorteil, den Greifswald/Lubmin hat, ist die wissenschaftliche Exzellenz in diesem Raum. Das hat der EU-Kommissar am 24. März ausdrücklich noch einmal hervorgehoben. Und gerade weil dies so ist, konnte in den Gesprächen die verbindliche Kooperation eines ITER-Projektes, an welchem Standort es auch immer dann durchgeführt werden soll, mit dem wissenschaftlichen Partner und Vorläufer und derzeit weltweit größten Fusionsprojekt, wie wir gerade auf der Hannover-Messe sehen, nämlich Wendelstein 7-X, erreicht werden.

Hier gab es ja bislang eine Gefährdung der finanziellen Absicherung, weil das Projekt auch durch wissenschaftlichen Verzug aus dem Finanzierungsrahmen herausfällt. Und als energiepolitische und europapolitische Profilierung wird an Mecklenburg-Vorpommern das Forschungsprojekt „Erneuerbare Energien aus biogenen Ressourcen“ vergeben. Das entspricht unserem Standort energiepolitisch, agrarwissenschaftlich, ingenieurwissenschaftlich, das entspricht der wirtschaftlichen Infrastruktur des Landes. Es dient der Entwicklung des ländlichen Raumes, hat die politische Unterstützung der Bundesregierung und der EU-Kommission in Brüssel und es wird das zentrale Projekt der Scanbalt-Initiative sein auf der Grundlage des Sechsten Rahmenprogrammes des europäischen Forschungsprogramms.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Ich hätte eine Nachfrage bitte. Wie sehen Sie in dem Zusammenhang die Zukunft des IPP in Greifswald?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Dieser Zukunft muss unsere gesamte Aufmerksamkeit gelten. Gerade weil die Wissenschaftlichkeit, die Exzellenz in diesem Bereich Greifswald/Lubmin auch von Kommissar Busquin unterstrichen worden ist, konnte er dann auch zusagen, dass die Finanzierung aus der zweiten Säule des Euratomprogrammes mit einem Gesamtvolumen von jetzt über 840 Millionen Euro – wir müssten sehen, wie viel wir dafür benötigen – gesichert ist. Es ist eine Art Havarietopf, der aufgelegt worden ist, um das IPP abzusichern. Die Sorgen waren dort groß, auch deshalb, weil man fürchtete, dass durch die Parallelentwicklung eines Tokamak an dieser Stelle ein Stellaratorprojekt in den Hintergrund treten könnte. Diese Sorgen müssen wir heute nicht mehr teilen. Das ist auch die Einschätzung von Professor Bradshaw, mit dem ich nach der Entscheidung von Kommissar Busquin telefoniert habe.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, der Abgeordnete Herr Dr. Born möchte offensichtlich eine Zusatzfrage stellen.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Selbstverständlich.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, trägt mich meine Erinnerung, wenn ich davon ausgehe, dass der Landtag am 13. März einen Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt hat, mit dem die Regierung aufgefordert wurde, die erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit die Bewerbung des Standortes Greifswald/Lubmin sichergestellt wird? Und gehe ich zu Recht davon aus, dass Sie seitens der Regierung ebenfalls der Meinung waren, dass eine entsprechende Initiative des Landtages nicht nötig sei, weil der Antrag gegebenenfalls auch ohne die Bundesregierung weitergeleitet werden könnte?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Herr Dr. Born, Sie leiten schon über zu den **Fragen 3 und 4**, die uns natürlich bekannt sind. Wir haben die Möglichkeiten, die wir als Landesregierung sehen, ausgeschöpft. Uns lag daran, dass der Antrag von uns propagiert wird, dass er von uns auch in Brüssel vorgetragen wird, dass er mit dem größten Druck, den wir entwickeln können – und das ist der persönliche direkte Besuch des Ministerpräsidenten beim Kommissar der Generaldirektion Forschung –, vorgetragen wird. Genau das ist erfolgt. Wir haben parallel dazu natürlich alles unternommen, um die Bundesregierung dort an dieser Stelle mit ins Boot zu holen. Gerade weil man sich, und da wiederhole ich mich, der wissenschaftlichen Stärke dieses Standortes nicht verschließen konnte, ist es gelungen, zwei neue Entwicklungen anzustoßen, auf die ich gleich eingehen kann. – Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich bitte jetzt den Abgeordneten Herrn Riemann, seine Fragen zu stellen.

Wolfgang Riemann, CDU: Sehr geehrter Herr Minister!

3. Welche konkreten Initiativen und Maßnahmen wurden hinsichtlich der ITER-Bewerbung durchgeführt und welche Gespräche hat die Landesregierung insbesondere mit den Mitgliedern der Bundesregierung geführt (Bundeskanzler, Bundesumweltminister, Bundesbildungsministerin, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen), um wie angekündigt – hier im Landtag – die Bewerbung des ITER-Förderverbandes Greifswald/Lubmin erfolgreich an die Europäische Kommission weiterzuleiten?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Sehr geehrter Herr Riemann! Ich kann das in Ergänzung zu dem, was ich hier schon im März vorgetragen habe, erläutern.

Der Ministerpräsident hat am 15. Juli 2002 in einem Brief an die Bundesministerin die Interessenbekundung des ITER-Förderverbandes, und zwar war das die vom 27.06., übergeben und damit ja die Bundesregierung um Unterstützung des Antrages gebeten. Ich selbst habe nach meinem letzten Vortrag von dieser Stelle aus mit der Bundesministerin insgesamt vier Gespräche geführt – davon zwei telefonisch, ein Gespräch in Bonn und ein Gespräch in Berlin –, um die Unterstützung des Fachressorts zu bekommen, des Fachressorts, in dem ich natürlich nur aktiv werden kann. Der Ministerpräsident hat, das habe ich schon gesagt, am 24. März den EU-Kommissar Generaldirektion Forschung Herrn Busquin in Brüssel direkt aufgesucht, hat direkt die Bewerbung des ITER-Förderverbandes Greifswald/Lubmin, die Unterstützung der Landesregierung an dieser Stelle und die Gesprächsergebnisse – nämlich eine inhaltliche Unterstützung der Bundesministerin für Bildung und Forschung – vorgetragen und um Annahme gebeten.

Wolfgang Riemann, CDU:

4. Zu welchen konkreten Ergebnissen haben diese Initiativen und Gespräche bei der Bundesregierung geführt?

Wie war die Stellungnahme der Minister und Ministerinnen zu unserem Anliegen?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Die Stellungnahme der Bundesministerin war inhaltlich deutlich positiver als die Stellungnahme von Herrn Rüttgers 1996. Das hat der Ministerpräsident vorgetragen. Aber er hat

sich dann auch sagen lassen müssen, dass eine direkte Bewerbung unmittelbar durch das Land und den Förderverband nicht angenommen werden kann. Damit sind die Möglichkeiten, die wir in diesem Land haben, ausgeschöpft. Der Ministerpräsident ist den ganzen Antragsweg gegangen bis zur letzten Tür und die Tür ist verschlossen.

Zwei konkrete Ergebnisse sind erreicht worden. Kommissar Busquin hat einen positiven Bescheid zugesichert, erstens die finanzielle Sicherung des Forschungsprojektes Wendelstein 7-X als entscheidendes Vorlaufprojekt für das ITER-Koprojekt weiter zu fördern – das ist der Griff in das Euratomprogramm – und zweites die finanzielle Förderung des internationalen Forschungsschwerpunktes „Erneuerbare Energien“ aus biogenen Ressourcen im Zusammenhang mit der Scanbalt-Initiative. Das ist die dritte Säule Biotechnologie des Sechsten Rahmenprogramms.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister, gestatten Sie eine Zusatzfrage?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Natürlich.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Minister, Sie hatten ausgeführt, dass England aufgrund seiner Stärkeeinschätzung die aussichtsreiche Bewerbung zurückgezogen hat. Wie beurteilen Sie die aufrechterhaltene Bewerbung von Spanien im Vergleich mit einer möglichen Bewerbung zu Deutschland hinsichtlich der Stärke?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Ich muss zugeben, dass ich mich mit der spanischen Bewerbung nicht ausreichend beschäftigt habe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Wolfgang Riemann, CDU: Und Frankreich?

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Da gilt das Gleiche. Ich habe ITER im Blick, in diesem Lande.

Wolfgang Riemann, CDU: Gut. Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, der Abgeordnete Herr Friese hat offensichtlich eine Zusatzfrage.

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Ja, natürlich.

Siegfried Friese, SPD: Herr Minister, mir liegt eine Presseerklärung aus dem Jahre 1996 vor, abgegeben vom damaligen Bundesforschungsminister Dr. Jürgen Rüttgers, CDU, in der er mitteilt, dass Frankreich und Deutschland sich nicht um den Standort für den ITER-Reaktor bewerben werden. Wenn diese Erklärung damals nicht abgegeben worden wäre, wäre dann möglicherweise die Position Deutschlands dafür günstiger gewesen?

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Minister Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann: Das ist eine ausgesprochen europapolitisch dimensionierte Frage und auf diesem Schachbrett bin ich eine Nummer zu klein.

Siegfried Friese, SPD: Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, weitere Fragen liegen mir nicht vor. Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns im Kontext der Bundespolitik, auf Drucksache 4/329.

Antrag der Fraktion der CDU: Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns im Kontext der Bundespolitik – Drucksache 4/329 –

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Deutschland ist in Bewegung, Deutschland muss sich bewegen! Allen ist klar, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann. Das spüren wir, das spüren die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern deutlicher als die Menschen in Bayern oder Baden-Württemberg. Gerade die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit aus der vergangenen Woche machen für unser Land wie seit Beginn des Jahres deutlich, wir müssen klotzen, meine Damen und Herren, gekleckert wurde in den letzten Jahren genug.

Nun hat der Bundeskanzler am 14. März einen Medienrummel inszeniert. Da hat er den Anschein erweckt, dass nicht er, sondern irgendjemand seit 1998 die Bundesrepublik Deutschland regiert. Seine Regierungserklärung erweckte Erwartungen in allen Schichten der Bevölkerung. Die Unternehmer erwarteten für sich den großen Befreiungsschlag zur Senkung der Lohnnebenkosten, die Kommunen die Rettung aus ihrer katastrophalen Finanzlage. Aber viele Menschen hatten auch schlichtweg Angst, was an Einschnitten verkündet werden sollte.

Ich will mich hier bei der Einbringung unseres Antrages mit meiner Bewertung noch zurückhalten, ich will sie Ihnen aber nicht vorenthalten. Das Ergebnis, die Umsetzung der Regierungserklärung des Bundeskanzlers, wird auch die Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig beeinflussen. Wie nachhaltig Entscheidungen der SPD-geführten Bundesregierung die Zukunft unseres Landes prägen, hat Ihr neuer Parteivorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, in der vergangenen Woche einmal mehr deutlich gemacht. Die ideologisch geprägte Ablehnung der ITER-Bewerbung durch den Bundeskanzler zeigt, dass der Aufbau Ost durch diese Bundesregierung kaum noch Bedeutung hat.

Und, Herr Minister Metelmann, wenn Sie sagen, unsere Bewerbung wurde direkt nicht angenommen, dann stellt sich doch die zentrale Frage: Warum hat sich die Bundesrepublik Deutschland für den Standort Greifswald gar nicht erst beworben bei der Europäischen Kommission? Das ist doch die zentrale Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir wollen von Ihnen wissen, Herr Ministerpräsident, wie sich die Umsetzung der Regierungserklärung des Bundeskanzlers auf die Entwicklung des Landes auswirken wird. Dass Gerhard Schröder bei seiner Linie bleiben wird, daran hat er vor circa drei Wochen keinen Zweifel gelassen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, wie ernst wird eigentlich in Mecklenburg-Vorpommern von der Landesregierung die Verfassung genommen? „Die Landesregie-

„rung ist verpflichtet,“ – verpflichtet! – „den Landtag über die Vorbereitung von Gesetzen sowie über Grundsatzfragen der Landesplanung, der Standortplanung und Durchführung von Großvorhaben frühzeitig und vollständig zu unterrichten. Das gleiche gilt für die Vorbereitung von Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die Mitwirkung im Bundesrat sowie die Zusammenarbeit mit dem Bund, den Ländern, anderen Staaten, den Europäischen Gemeinschaften und deren Organen, soweit es um Gegenstände von grundsätzlicher Bedeutung geht.“ Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Zitatende, Artikel 39 Absatz 1 der Landesverfassung, der auch Sie zugestimmt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sind das, was sich alles um die Regierungserklärung des Bundeskanzlers herumrankt, nicht Grundsatzfragen unseres Gemeinwesens? Ist hier nicht die Landesregierung in der Pflicht, ihren Informationspflichten nach der Landesverfassung nachzukommen?

Ein Weiteres, Frau Kollegin Gramkow, Herr Kollege Schlotmann! Wie ist es eigentlich um das Selbstverständnis dieses Landesparlamentes bestellt? Es geht um den Sinn des Föderalismus in Deutschland und wie wir die Bedeutung der Landesparlamente wieder stärken können. Ich finde es gut, ausgesprochen positiv, dass wir uns über Parteigrenzen hinweg in der Lübecker Erklärung vom 31. März diesen Jahres auf die Stärkung der Landesparlamente verständigen konnten. Sicher, die Union wollte noch mehr, als es in dieser Erklärung Niederschlag fand, aber Demokratie ist auch Kompromiss und deswegen bin ich, sind wir mit dem erreichten Kompromiss zufrieden.

Aber wenn wir solche Beschlüsse fassen, dann müssen wir sie in der täglichen Arbeit auch ernst nehmen, sie anwenden, unsere Interessen auch gegenüber der Regierung wahrnehmen. Und so heißt es auch in der Lübecker Erklärung unter III. Punkt 6.7, dass die Landesregierung die Landesparlamente zum frühestmöglichen Zeitpunkt über alle Bundesratsangelegenheiten zu unterrichten hat, die für das Land von herausragender politischer Bedeutung sind und wesentliche Interessen des Landes unmittelbar berühren. Es heißt sogar im Punkt 7, falls es um Gesetzgebungszuständigkeiten des Landesparlamentes geht, dann sind die Stellungnahmen des Parlamentes zu berücksichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun weist der vorliegende Antrag nicht ausdrücklich auf eine Bundesratsangelegenheit hin, aber große Teile dessen, was Gerhard Schröder am 14. März im Deutschen Bundestag vorgetragen hat, ist von herausragender politischer Bedeutung und zustimmungspflichtig im Bundesrat. Und deswegen werden die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern unmittelbar berührt.

Wie wir in den letzten Tagen aus der Presse entnehmen konnten, hat auch eine andere Fraktion in diesem Landtag ein erhebliches Interesse an einer Erklärung der Landesregierung zur Regierungserklärung von Kanzler Schröder. Wie wir es auch wenden, eines ist mir wichtig: Wenn wir die Föderalismusdebatte, die wir in Lübeck ernsthaft begonnen haben, zum Erfolg führen wollen, dann müssen wir die Landesregierung als Parlament stärker in die Pflicht nehmen.

Herr Ministerpräsident, dann machen Sie heute den Anfang! Wir und ich erwarten nicht einfach im Anschluss einige unverbindliche, unkritische Glaubensbekenntnisse

in Richtung Ihres Kanzlers und seiner Politik. Wir und die Menschen im Land erwarten von Ihnen eine detaillierte Darstellung über die absehbaren Folgen der Politik Ihrer Bundesregierung für das Land Mecklenburg-Vorpommern!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie gleich auffordern, nehmen Sie Stellung zu dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses! Ich muss Ihnen sagen, der gestrige Abend war ein guter Abend für Deutschland. Weg mit der Steuererhöhungsorgie von Eichel, keine Belastungen für die Bürger, keine Belastungen für die Personengesellschaften, Korrektur der Körperschaftssteuer! Ich muss sagen, ich bin froh und dankbar, dass hier die Union als Korrektiv im Bundesrat wirken konnte

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und wirklich die zusätzlichen Belastungen für die Bürger und gerade für den Mittelstand verhindern konnte. Ich denke, das Motto kann nur sein: Nur mehr Wachstum schafft mehr Arbeitsplätze, mehr Steuern vernichten Arbeitsplätze! – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort hat zunächst gebeten der Ministerpräsident des Landes Herr Dr. Ringstorff.

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Wir stehen in Deutschland vor großen Herausforderungen. Es geht darum, Deutschland für die Zukunft fit zu machen. Wir brauchen Reformen, um unsere an sich leistungsfähige Wirtschaft wieder flott zu bekommen und unsere Sozialsysteme sicher zu machen und zu modernisieren. Das ist nicht einfach, denn Reformen sind Knochenarbeit. Aber im Gegensatz zum jahrelangen Stillstand ist unter Kanzler Schröder vieles angepackt worden, damit Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und sozialer Zusammenhalt auch in Zukunft gesichert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt muss es mit der Arbeitspolitik und mit dem Gesundheitswesen weitergehen. Denn eines ist klar: Je schneller Deutschland an Fahrt gewinnt, desto besser kommt auch Mecklenburg-Vorpommern voran! Ich muss daran erinnern, dass wir noch nicht auf eigenen Beinen stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das merkt man!)

Das liegt auch daran, dass nach der Wende viele Weichen falsch gestellt und zu viel kaputtgeschlagen wurde, was eine Chance verdient hätte: zu viel Bürokratie, zu viel alte Strukturen, zu wenig neue Ideen, zu wenig zukunftsfähige Industrie- und Forschungsprojekte, zu viele Schulden und eine durch zu lange unkritisch betrachtete Steuer- und Förderpolitik aufgeblähte Bauwirtschaft, die auf Dauer nicht zu halten war und deren Wachstum strukturelle Defizite in Ostdeutschland lange nicht deutlich werden ließ.

Um ein Thema der Fragestunde aufzugreifen, Herr Rehberg: Der ITER ist doch schon zu Kohls Zeiten aufgegeben worden!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es ist scheinheilig, jetzt große Trauerarien zu singen und zu behaupten, Kohl und Schäuble hätten sich für den ITER in Deutschland in Lubmin eingesetzt, während der damalige Forschungsminister Rüttgers bereits im Juli 1996 deutlich gemacht hatte, dass sich die Bundesrepublik nicht als Sitzland bewirbt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und sicherlich, das ist meine Auffassung, wirkt diese Entscheidung bis heute fort. Und all das fällt jetzt, wo die wirtschaftliche Lage in Deutschland und die Weltkonjunktur alles andere als erfreulich sind, doppelt und dreifach ins Gewicht. Jetzt haben wir den Rückgang in der Bauindustrie mit massiven Arbeitsplatzverlusten zu verkraften. Das überlagert die Fortschritte in anderen Bereichen und die gibt es in Mecklenburg-Vorpommern im verarbeitenden Gewerbe, in der Biotechnologie, in der Land- und Ernährungsgüterwirtschaft und im Tourismus. Das können selbst Sie nicht schlechtreden, Herr Rehberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aber wir müssen weiter vorwärts kommen. Je schneller Deutschland an Fahrt gewinnt, desto besser ist das für Mecklenburg-Vorpommern. Wir brauchen Reformen, damit die Konjunktur in Deutschland wieder anspringt, neue Arbeitsplätze geschaffen werden, die sozialen Systeme erhalten werden können, wir Wohlstand und soziale Gerechtigkeit in Deutschland sichern, damit die Menschen anpacken können und wissen, dass es sich lohnt. Wir brauchen Reformen, um die Zukunft zu gestalten und den jungen Menschen in unserem Land eine Perspektive zu geben. Die Menschen in Deutschland und gerade in Ostdeutschland haben bewiesen, dass sie den Mut und die Kraft haben, notwendige Schritte zu machen und zu verändern, was verändert werden muss. Aber sie wollen berechtigterweise wissen, wo es langgeht.

Der Bundeskanzler hat ein umfassendes Reformprogramm vorgelegt und der Reformkurs ist richtig. Wir werden insgesamt davon profitieren, auch wenn es zunächst einige Punkte gibt, die wehtun. Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass, das geht nicht. Es wird schmerzhafte Einschnitte geben und jeder in der Gesellschaft wird davon betroffen sein. Doch wir werden alles daransetzen, dass es so gerecht wie möglich zugeht.

Was jedoch allen schadet und keinem nutzt, ist, wenn dieses Reformpaket jetzt wieder völlig zerredet wird. Jetzt muss sich zeigen, ob die Union die Courage und die Kraft hat, die Regierung bei der Umsetzung der Reformen zu unterstützen

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

oder ob sie nur die eigene Konzeptionslosigkeit hinter ihren populistischen Forderungen versteckt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das Problem der Union ist doch, dass Stoiber in München „hü“ sagt, worauf Merkel in Berlin „hott“ sagt, und dass kein Mensch weiß, woran er ist, wenn es darum geht,

von ihnen belastbare Aussagen zu bekommen. Und das, was Herr Stoiber auf den Tisch gelegt hat, würde unsere Lage nicht verbessern, sondern verschärfen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

das hat Herr Rehberg selbst festgestellt.

Mich würde aber schon interessieren, Herr Rehberg, welche Reformvorschläge die CDU in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Herrn Stoibers Vorschläge nicht, das haben Sie deutlich gemacht. Aber vielleicht die von Herrn Minister Gillo in Sachsen zum Kündigungsschutz, wonach im Osten für Betriebe mit bis zu 80 Mitarbeitern 10 Jahre lang das Kündigungsschutzgesetz aufgehoben werden soll, oder die von Georg Milbradt, der sich gestern oder vorgestern, glaube ich, geäußert hat und der laut dpa für eine Kürzung der Sozialhilfe plädiert,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

da derzeit die Sozialhilfe, hören Sie weiter zu, über dem Betrag liege, den Unternehmen für Niedriglohnjobs zahlen können.

Für uns ist klar, dass bei den Reformen die besonderen Anforderungen der ostdeutschen Länder berücksichtigt werden müssen. Und dazu sind bei der Umsetzung an einigen Stellen Differenzierungen notwendig. Deutschland kann nur stark sein, wenn auch der Osten stark ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich glaube, wir wissen alle, dass in den ostdeutschen Ländern die hohe Arbeitslosigkeit weniger eine Frage der Vermittlung als vielmehr der Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Und deshalb ist der zweite Arbeitsmarkt für eine Übergangsfrist von Bedeutung, das hat der Kanzler bestätigt und das ist wichtig für Mecklenburg-Vorpommern. Der Abbau arbeitsmarktentlastender Maßnahmen kann erst fortgesetzt werden, wenn der Arbeitsmarkt wieder in Schwung gekommen ist.

Reformen des Arbeitsmarktes sind nötig, denn in Deutschland liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter bei durchschnittlich 59 Jahren und nicht mehr bei 63 oder 65. Sozial ungerecht ist, dass Unternehmen massenhaft Beschäftigte ab Mitte 50 nach Hause schicken. Heute beschäftigen rund 60 Prozent der Unternehmen in Deutschland keinen Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin, die älter als 50 Jahre sind. Ich glaube, das können wir uns nicht länger leisten, denn wer 50 ist, der gehört noch lange nicht zum alten Eisen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Große Befürchtungen werden mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe verbunden. Vergessen werden sollte dabei nicht, dass dadurch erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger neue Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bekommen und die Kommunen finanziell entlastet werden. Ziel ist es, den finanziellen Spielraum der Kommunen für Investitionen erheblich zu vergrößern. Die Einnahmen der Kommunen würden sich weiter verbessern, wenn die Union im Bundesrat wesentliche Elemente des Steuervergünstigungsabbaugesetzes mittragen würde.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Das haben sie aber
nicht gemacht, das ist genau das Gesetz.)

In einem Punkt wird es ja voraussichtlich, nach dem, was ich heute Morgen gehört habe, so sein,

(Angelika Gramkow, PDS: Es wird nicht für die Kommunen sein, nur für Bund und Länder.)

zum Beispiel die Stabilisierung der Körperschaftssteuer dadurch, dass den großen Konzernen die Möglichkeit genommen wird, in Zukunft weltweit Gewinne mit Verlusten zu verrechnen, was dazu geführt hat, dass große Konzerne zum Teil keine Körperschaftssteuer mehr zahlen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das haben Sie vor drei Jahren angehoben.)

Hier ist der Kompromiss nach den Meldungen von heute Morgen wohl sicher, obwohl Herr Stoiber jegliche Zustimmung auch zu Teilen des Steuervergünstigungsabbaugesetzes abgelehnt hatte. Ich freue mich, dass sich wenigstens hier teilweise die Vernunft durchgesetzt hat. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass gerade im Interesse der Kommunen die Union weiter gegangen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Eckhardt Rehberg, CDU:
Das ist völliger Blödsinn!)

Es ist Ihnen doch bekannt, Herr Rehberg, dass das Saarland und Hessen die volle Summe aus dem Steuervergünstigungsabbaugesetz praktisch schon in ihre Haushalte eingestellt haben, weil sie sonst verfassungswidrig gewesen wären.

Mehreinnahmen würden die Kommunen besser in die Lage versetzen, von dem geplanten 7-Milliarden-Programm zur Verbesserung der kommunalen und sozialen Infrastruktur zu profitieren. Sie hätten es dann leichter, Kredite zu bedienen. Es soll ja zudem sichergestellt werden, dass strukturschwache Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders günstige Bedingungen erhalten.

Bei der Modernisierung des Gesundheitswesens steht die Verbesserung der Qualität bei der medizinischen Versorgung für alle im Mittelpunkt, unabhängig vom Einkommen. Die Einführung der Selbstbeteiligung ist notwendig, aber sozial Schwache und chronisch Kranke müssen davon ausgenommen werden. Eine Privatisierung von Krankheitsrisiken darf es jedoch nicht geben. Alles, was medizinisch notwendig und geboten ist, muss auch künftig solidarisch finanziert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer muss beibehalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Es geht um mehr Effizienz und Transparenz. Da muss auch ein System mit 350 verschiedenen Krankenkassen auf den Prüfstand, denn so viele werden es nicht bleiben können. Wir brauchen Reformen bei den sozialen Sicherungssystemen. Die Lohnnebenkosten müssen sinken, damit Arbeit in Deutschland wieder wettbewerbsfähiger wird. Nur dann entstehen neue Arbeitsplätze. Zeitgemäß und sinnvoll ist die geplante Modernisierung der Handwerksordnung ebenso wie die geplante Aufhebung des Kündigungsschutzes bei Existenzgründern in den ersten vier Jahren. Das alles sind Schritte, die zusammen mit der großen Mittelstandsoffensive von Wolfgang Clement ein Ziel haben: Die Wachstumskräfte der Wirtschaft in

Deutschland wieder in Schwung zu bringen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Sozialstaat zu erhalten.

Im Übrigen – Herr Rehberg, Sie können ruhig zuhören, weil Sie ja von Steuergesetzgebung gesprochen haben – werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Personengesellschaften durch die weiteren Stufen der Steuerreform 2004/2005 weiter entlastet. Damit wird am Ende dieses Prozesses der Eingangssteuersatz bei 15 Prozent und der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent, gegenüber 25,9 Prozent und 53 Prozent am Ende Ihrer Regierungszeit im Bund liegen, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und dadurch wird sich das Nettoeinkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land weiter verbessern. Vielleicht ist das auch ganz wichtig, dass man mal darauf hinweist, weil Sie ja dort immer so kräftig und so lautstark agieren. Das durchschnittliche Nettoeinkommen je Arbeitnehmer und Arbeitnehmerin im Jahr ist in Deutschland von 1998 bis 2001 um 530 Euro gestiegen, während es von 1994 bis 1998 um 920 Euro zurückging.

(Volker Schlotmann, SPD: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, ein starker wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort Deutschland, davon profitiert auch Mecklenburg-Vorpommern. Moderne Sozialsysteme, leistungsfähig und bezahlbar, davon profitieren auch wir in Mecklenburg-Vorpommern. Aber das allein reicht nicht, denn wenn es um die Zukunft von Mecklenburg-Vorpommern geht, dann geht es nicht nur um Reformen in Berlin, sondern auch um den weiteren Aufbau unseres Landes. Und dafür arbeiten wir hier in Schwerin. Das gilt für die Verbesserung der Verkehrsanbindungen, wir haben gestern darüber debattiert, denn die A 14 Magdeburg-Swerin kommt. Genauso sind 28 Straßen- und 4 Schienenprojekte für Mecklenburg-Vorpommern im neuen Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf. Mecklenburg-Vorpommern hat hier viel erreicht, darüber haben wir ja gestern ausführlich diskutiert.

Meine Damen und Herren, um voranzukommen brauchen wir aber auch eine schlanke und moderne Verwaltung. Wir wollen mit der Funktional- und der Verwaltungsreform eine der modernsten Verwaltungen in Deutschland schaffen und dabei stehen drei Punkte im Mittelpunkt:

Erstens. Wir verlagern Aufgaben von oben nach unten.

Zweitens. Wir reduzieren die Zahl der Landkreise.

Drittens. Wir prüfen konsequent, welche Gesetze, Verordnungen und andere Vorschriften abgeschafft werden können.

Durch diese umfassende Deregulierung werden Verwaltungsabläufe vereinfacht und beschleunigt und so machen wir den Standort Mecklenburg-Vorpommern für bestehende und ansiedlungsinteressierte Firmen attraktiver.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir investieren weiter in die Verbesserung von Schulen und Hochschulen. Für die Landesregierung hat die Bildung höchste Priorität. Mit dem Schulgesetz, der berufsvorbereitenden regionalen Schule, der Wiedereinführung des Abiturs nach zwölf Jahren und dem neuen Landeshochschulgesetz sind hier auf diesem Gebiet die Weichen für die Zukunft gestellt.

Unser Ziel ist es, den Wissenschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern noch stärker auf innovative Branchen und unternehmerisches Potential auszurichten. Fast 12.000 junge Männer und Frauen studieren zurzeit an der Universität Rostock. Das ist gegenüber 1991 ein Zuwachs von 56 Prozent. Viele dieser jungen Menschen, wenngleich auch immer noch zu wenige, bleiben im Land und einige gründen Unternehmen. 613 innovative Unternehmensgründungen sind in den vergangenen Jahren allein aus der Universität Rostock hervorgegangen. Solche Unternehmen schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze. Wer gebraucht wird, egal ob an einer Hochschule oder im Betrieb, der bleibt eher im Land. Damit binden wir junge Menschen und geben auch ein positives Signal für Zuwanderung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Um die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen, brauchen wir noch mehr Unternehmen, die in unserem Land investieren. Das sollen Existenzgründer sein und da ist für Beratung und Hilfe inzwischen umfassend gesorgt. Wir werden die Beratung noch weiter konzentrieren und bündeln. Dazu, ich habe das gestern schon auf der Jubiläumsfeier der Industrie- und Handelskammern gesagt, brauchen wir aber auch Investoren, die von außen kommen. Und deshalb werden wir die Standortoffensive Mecklenburg-Vorpommern fortsetzen und intensivieren. Dabei konzentrieren wir uns auf Schwerpunktbranchen und werben mit den Alleinstellungsmerkmalen unseres Landes, wie günstigen und erschlossenen Großflächen, Hafenstandorten und hoher Förderung, denn das sind Standortfaktoren, die andere Regionen in dieser Kombination nicht bieten können.

(Beifall Ute Schildt, SPD, und
Dr. Gerd Zielenkiewitz, SPD)

Wir setzen die zur Verfügung stehenden Instrumente und Institutionen effizienter ein und bündeln die Wirtschaftsförderung. Dazu gehört zum Beispiel eine zentrale Anlaufstelle im Wirtschaftsministerium als Beratungs- und Lotsenstation oder neudeutsch eine One-Stop-Agency. Dazu gehören ebenso das Investorenportal im Internet, die Verbesserung des Regionalmanagements und die verstärkte Zusammenarbeit mit regionalen Förderinstitutionen in den Kreisen und kreisfreien Städten bei der Investorenwerbung und Investorenbegleitung. Und dazu gehört nicht zuletzt die Erweiterung der Gewerbeflächen-datenbank bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung.

Wir gehen aktiv auf Investoren zu und dazu nutzen wir auch externen Sachverstand. Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung hat Ansiedlungsvermittler unter Vertrag genommen, die branchenbezogen eingesetzt werden. Eine Honorierung erfolgt nur im Erfolgsfalle. Zusätzlich hat das Wirtschaftsministerium Vereinbarungen mit vier Wirtschaftsprüfungsgesellschaften abgeschlossen, die das Land branchenspezifisch über ansiedlungswillige Unternehmen informieren. Das gilt insbesondere für Branchen wie Life Science, Biotechnologie, Holzwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und maritime Industrie, Windkraft, wo wir schon beginnende Clusterbildungen haben.

Meine Damen und Herren, unerlässlich für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes Mecklenburg-Vorpommern ist, dass wir unsere Aktivitäten unter einem gemeinsamen Erscheinungsbild modern und verständlich präsentieren. Deshalb werden wir die Standortoffensive unter dem Motto, unter der Dachmarke des Landes „MV tut

gut“ zentral vermarkten. Mecklenburg-Vorpommern muss als Standort für Investitionen, als Absender von Publikationen, bei Veranstaltungen und im Internet auf den ersten Blick erkennbar sein. Das Motto „MV tut gut“ ermöglicht, wenn es konsequent vertreten wird, die positive Vermarktung des Landes. Standortoffensive und die Entwicklung der Dachmarke „MV tut gut“ gehören daher zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Zukunft hat nur der, der etwas tut, während er auf die Zukunft wartet. Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern, das heißt für die Bundespolitik in Berlin, dass die notwendigen Reformen angepackt werden müssen, und das heißt für uns in Schwerin, der Ausbau unseres Landes muss weitergehen. Dafür setzt sich die Landesregierung ein, ob in Brüssel oder in Berlin. Und angesichts der Herausforderungen, vor denen Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern stehen, verlangen die Bürger zu Recht, dass wir unsere Energie nicht in parteipolitischen Streitereien verschleifen,

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

sondern dass wir gemeinsam parteien- und verbändeübergreifend den notwendigen Wandel gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das, meine Damen und Herren, ist unsere Aufgabe. Das Vertrauen der Bürger in die Politik gewinnen wir nur durch Taten. Wir ringen um den besten Weg. Das ist gut und richtig. Aber wer aus Prinzip oder aus Parteikalkül die notwendigen Reformen kaputtredet, setzt die Zukunft aller aufs Spiel. Das darf nicht passieren!

Bewiesen ist, dass durch die Senkung der Lohnnebenkosten um einen Prozentpunkt etwa 100.000 Arbeitsplätze entstehen. Da viele Punkte der Agenda 2010 erst gesetzlich umgesetzt werden müssen – Herr Rehberg, Sie haben ja deutlich darauf hingewiesen – und auch der Bundesrat mit Unionsmehrheit noch mitspielen wird, ist eine fundierte Folgeabschätzung für Mecklenburg-Vorpommern zurzeit noch nicht möglich. Aber ich sage deutlich, Reformen sind auch im Interesse unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern nötig. Um Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern für die Zukunft fit zu machen, brauchen wir die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte. Und dafür stehen wir hier in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam in der Verantwortung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Je schneller Deutschland an Fahrt gewinnt! Herr Ministerpräsident, ich kann in den letzten fünf Jahren aber nicht erkennen, dass Deutschland an Fahrt gewonnen hat,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

ich kann Ihnen nur sagen – und das scheint eine Wahrnehmungsfrage zu sein –, wenn Sie der Union bis 1998 jahrelangen Stillstand im Reformbereich vorgeworfen

haben, dann kann ich konstatieren, dass zu diesem Zeitpunkt Deutschland die Nummer eins in Europa war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Heute ist Deutschland auf dem letzten Platz. Das ist die Wahrheit, Herr Ministerpräsident! Und wenn Sie die Steuerreform ab dem 1. Januar 2005 so lobpreisen, auch hier scheinen Sie Wahrnehmungsdefizite oder ein Kurzzeitgedächtnis zu haben. Wenn Lafontaine nicht 1996/1997 die Steuerreform blockiert hätte, dann hätten wir ab dem 1. Januar 1998 denselben Eingangssteuersatz und denselben Höchststeuersatz, wie er ab dem 1. Januar 2005 sein sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Acht Jahre sind vertan, das sind die Tatsachen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, ich habe heute hier nicht erwartet, dass Sie die Teile der Rede von gestern Abend oder Nachmittag wiederholen, sondern dass Sie wirklich darauf eingehen: Was bedeuten die Reformpläne, die Schröder am 14. März 2003 für unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt hat? Es kann doch nicht so sein, dass Sie sich damit herausreden, dass fundierte Folgeabschätzungen noch nicht möglich sind. Natürlich sind diese möglich! Wer sich einigermaßen mit den Plänen befasst, insbesondere mit dem Thema nicht mehr vermittelbare Sozialhilfeempfänger, Belastung für die Kommunen, der wird doch wenigstens sagen können, in welche Richtung geht das für Mecklenburg-Vorpommern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und, Herr Ministerpräsident, Sie sollten auch insoweit bei der Wahrheit bleiben. Wir haben – und Edmund Stoiber hat das immer gesagt – und wir werden alle Punkte des Steuervergünstigungsabbaugesetzes bis auf einen ablehnen – den Murks, dem Sie im Juni 2000 mit der Körperschaftssteuer zugestimmt haben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: So ist es!)

Und wenn Sie sich heute hinstellen und davon reden, dass diese kleine Korrektur bei der Körperschaftssteuer zur Stabilisierung der Körperschaftssteuer führt, auch da scheinen Sie ein Kurzzeitgedächtnis zu haben. Die Körperschaftssteuer in Deutschland hat im Schnitt der letzten Jahre zwischen 23 und 24 Milliarden Euro betragen. Und wenn wir jetzt auf 4,4 Milliarden Euro kommen – und das ist doch noch gar nicht sicher, dass das im nächsten Jahr passiert, weil erhebliche Verzögerungseffekte dabei sind –, dann ist das gerade mal ein Fünftel oder ein Sechstel dessen, was vorher dabei war. Das heißt, die Großkonzerne haben Sie, SPD und PDS, immer noch gut genug bei der Steuerreform entlastet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber womit eigentlich?

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Herr Kollege Schlotmann, wissen Sie, ich verstehe Ihren Gedankenansatz wirklich nicht mehr.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie kennen meine Gedanken doch gar nicht. Wenn das so wäre, dann wäre das schlimm!)

Jaja, wenn Sie hier sagen, die CDU als Kämpferin für die Großkonzerne. Wir, und das nehmen wir für uns in

Anspruch, sind die Partei, die soziale Marktwirtschaft in Deutschland etabliert hat, dafür steht Ludwig Erhard zum Beispiel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Das ist doch unbestritten! – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Und ein Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft ist, ...

(Volker Schlotmann, SPD: Und wenn Ludwig Erhard Ihre Rede hören würde, der würde sich im Grab umdrehen. –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Mit massivem Widerstand der SPD damals, kucken Sie mal ganz genau rein, mit massivstem Widerstand. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer eine Steuerreform praktiziert, wie Sie vor drei Jahren – und das ist Grundursache mit des Übels heute, wo der Mittelstand ständig weiter belastet wird, sich die Deutsche Bank die Hände reibt und ihre Verluste von Amerika nach Deutschland transferiert und der deutsche Steuerzahler bezahlt das –, wenn das Ihre Politik ist, unsere ist es nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Das ist aber etwas ganz Neues!)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie ...

(Volker Schlotmann, SPD:
Kommen Sie doch zum Thema!)

Ich bin schon beim Thema!

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

... hier sagen, nur der etwas tut, der erreicht was,

(Zurufe von Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

dann können Sie doch einmal den Bürgern in Mecklenburg-Vorpommern erklären, warum Sie nach fast einem Jahr für die Bewerbungsunterlagen des Förderverbandes ITER – die liegen nämlich seit Juni 2002 und haben dort Staub ansetzen lassen – nicht einmal dem Förderverein eine Eingangsbestätigung zugeschickt haben. Ist das politischer Stil in diesem Land? Ich hätte erwartet, dass Sie denjenigen, die sich engagieren für eines der wichtigsten Technologie- und Investitionsprojekte in Europa und in der Welt, zumindest eine Antwort zukommen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Metelmann, die direkte Bewerbung ist nicht angenommen worden, es ist ja gar keine gestellt. Sie haben doch hier um den heißen Brei herumgeredet. Es gibt doch einen Punkt: Die Grünen wollen die Kernfusion nicht. Das ist doch der entscheidende Punkt. Wenn Sie sich ständig auf Herrn Rüttgers beziehen, ich habe das Schreiben bei mir im Büro liegen. Zum Standort Greifswald haben Herr Rüttgers und sein französischer Kollege Ja gesagt. Sie haben gesagt, das ist der Beste. Was sie in Frage gestellt haben, ist die damalige Finanzierung gewesen, die damaligen Kosten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es!)

Wir haben heute eine ganz andere Basis der Finanzierung und eine ganz andere Kostensituation. Die Kosten sind um etwa 40 Prozent abgespeckt worden und einige Länder haben Interesse bekundet, bis zu 10 Prozent der

Kosten mit zu übernehmen. Wir haben heute eine gänzlich andere Situation als 1996 und das sind die Tatsachen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, wenn wir schon über Energie reden, es gibt Wissenschaftler die sagen zur Kernfusion, das ist regenerative erneuerbare Energie. Unter diesem Aspekt sollten wir Kernfusion auch betrachten. Ich kann uns nur alle und gerade Sie auffordern, noch einmal mit ITER unter neuen Bedingungen einen Anlauf zu nehmen, denn Greifswald ist der exzellente Standort. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hier nicht um 100 oder 250 Arbeitsplätze, es geht um mindestens 1.000 und eher noch mehr. Und über das wichtige technologische Highlight für Mecklenburg-Vorpommern möchte ich hier gar nicht reden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Auswirkungen hat die Regierungserklärung dennoch für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern? Kommen wir einmal zu den Kommunen. Wir reden nachher noch über die kommunale Finanzsituation. Die Kommunen sind in Deutschland seit 1949 noch nie in einer so schwierigen Situation gewesen. Die kommunale Finanzsituation ist katastrophal. Die Investitionen liegen am Boden, die Kommunen streichen freiwillige Aufgaben und müssen streichen bei der Kultur- und Jugendarbeit. Es können Schulen nicht saniert werden.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie im Ernst meinen, dass ein kommunales Investitionsprogramm in Höhe von 7 Milliarden Euro das Problem löst, dann verschweigen Sie die Hälfte der Wahrheit. Es geht hier um Kredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Wissen Sie eigentlich, wie hoch der Zinssatz ist, Herr Ministerpräsident, im Unterschied zu Krediten, die Sie privat heute bekommen? Das schwankt zwischen 1,2 und 1,5 Prozent. Sie müssen heute im Augenblick bei der KfW etwas über 3 Prozent als Kommune auf den Tisch legen. Das ist doch nicht das Problem der Kommunen. Sie kommen doch gar nicht mehr an Kredite heran. Wer Kredite in Anspruch nimmt, der muss eine Genehmigung haben. Ich hätte von Ihnen erwartet – und damit hätten Sie den Kommunen wirklich geholfen –, wieder runter mit der Gewerbesteuerumlage auf den alten Prozentsatz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und PDS)

2,3 Milliarden Euro für die Kommunen, das wäre der richtige Ansatz gewesen, übrigens insbesondere für unsere sechs kreisfreien Städte im Land, denn neben dem Problem der Körperschaftssteuer ist die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage eine der Ursachen, dass gerade die Steuereinnahmen bei den kreisfreien Städten massiv eingebrochen sind.

Und, Herr Ministerpräsident, ich hätte schon erwartet, dass Sie sich ein wenig mehr Mühe machen mit dem Thema, was sind arbeitsmarktnahe und was sind arbeitsmarktferne Sozialhilfeempfänger. Wir sind ja dafür, dass Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengelegt werden. Aber haben Sie sich schon mal ansatzweise die Frage gestellt, was mit diesen beiden Kriterien passiert? Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sagt insgesamt für Deutschland, dass 700.000 Personen zusätzliche Arbeitslosenhilfeempfänger dazukommen werden in die Gruppe, die die Kommunen belasten.

(Angelika Gramkow, PDS: In die Sozialhilfe. Auf das Niveau der Sozialhilfe.)

Herr Ministerpräsident, 700.000! Und wenn Sie sich einmal mit dem Kriterium befassen haben, dass in diese Gruppe auch schon jemand reinkommt, der in vier Jahren nicht sechs Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt war, dann fragen Sie sich doch mal, was mit unseren Langzeitarbeitslosen über 50 passiert. Davon haben wir nämlich mehr als 60.000. Und dazu haben Sie auch Ja gesagt, zum Job-AQTIV-Gesetz, dass dort drei Jahre Sperrfrist ist zwischen zwei Maßnahmen. Ich sage Ihnen eins voraus: Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern werden mit dieser Politik nicht entlastet, sondern sie werden massiv belastet, das heißt, in der Zukunft gibt es immer mehr zusätzliche Sozialhilfeempfänger bei den Kommunen. Das ist Ergebnis dieser Politik!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und haben Sie sich schon einmal Gedanken gemacht, wenn heute ein 53-Jähriger arbeitslos werden sollte, 18 Monate Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, dann ist er 55, ob der noch eine Arbeit kriegt? Der wird sofort in die arbeitsmarktferne Gruppe eingestuft, die Last liegt bei der Kommune. Er erwirbt in den nächsten zehn Jahren keine Rentenanwartschaften mehr und dann muss er ergänzende Sozialhilfe beziehen beziehungsweise die Grundsicherung kommt komplett von den Kommunen. Das wird Ergebnis dieser Politik sein und diesen Punkt bekämpfen wir. Es kann doch auch nicht sozial gerecht sein, dass der 25-Jährige genauso lange Arbeitslosengeld bezieht wie der 48-Jährige.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Der 25-Jährige hat höchstens fünf Jahre eingezahlt, der 48-Jährige 30 Jahre. Das hat doch nichts mit Gerechtigkeit zu tun!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wir erwarten von Ihnen, dass Sie klipp und klar sagen – und ich habe das Edmund Stoiber öffentlich gesagt, ich wiederhole das hier –, 18 Monate sind schon schlimm genug, 12 Monate sind noch schlimmer. Es kann bei diesem Thema nur eine Regelung geben und insbesondere für unsere Älteren: Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes muss sich nach der Dauer der Jahre in der Arbeitslosenversicherung richten, ansonsten ist das ein enteignungsgleicher Tatbestand, was hier gemacht wird.

(Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig!)

Und dafür, Herr Ministerpräsident, fordere ich Sie auf, gemeinsam mit der Union zu kämpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, junge Leute können vielleicht weggehen, woanders hin, aber die Älteren, die müssen hier bleiben.

Und noch eine Zahl, Herr Ministerpräsident, Sie hören ja Zahlen immer so gerne. Wir haben Ende März 197.000 Arbeitslose, wir haben 8.800 gemeldete offene Stellen. Dann muss doch unser Grundsatz sein, dass wir für unser Land, für die Menschen in unserem Land sagen, ich kann doch nicht Sozialhilfeempfängern – in Bayern mag das ja gerechtfertigt sein, in Nordrhein-Westfalen auch – sagen, wenn du keine Arbeit annimmst, dann kriegst du 25 Pro-

zent weniger. Wenn wir 100.000 Arbeitslose hätten und 60.000 offene Stellen, würde ich sofort sagen, ja, das ist die richtige Politik. Aber wenn ich auf eine offene Stelle fast 400 Arbeitslose habe, dann kann das doch nicht Ansatz von richtiger Politik sein, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und was haben Sie und auch Herr Dr. Backhaus am Samstag behauptet? Die CDU ist eine Partei des sozialen Kahlschlags.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Recht hat er.)

Ich hoffe, dass Sie jetzt noch genauso klatschen. Was haben Sie gemacht in den letzten fünf Jahren? Das Landeserziehungsgeld abgeschafft.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht wahr.)

Sie haben es faktisch abgeschafft. Sie haben die Krankenhausförderung – und gehen Sie mal in Krankenhäuser rein und fragen Sie, wie das mit der Ersatzbeschaffung von Geräten aussieht – um fast 20 Millionen Euro in drei Jahren gekürzt. Das ist Ihre Politik. Das ist Ihre Politik! Das heißt, es ist wie zu tiefsten DDR-Zeiten: Je länger, desto schlimmer, aber Ersatz kann ich nicht beschaffen. Was glauben Sie, woraus heute die Investitionen teilweise finanziert werden? Aus dem Lohnverzicht der Beschäftigten! Gehen Sie nach draußen, fragen Sie die Krankenhäuser! Das ist die Tatsache.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme jetzt noch mal zu den Kommunen zurück. In Ihrer Regierungszeit, Herr Ministerpräsident, von 1999 bis 2001, sind die Ausgaben der Sozialleistungen der Kommunen, Landkreise und kreisfreien Städte um 63,3 Millionen Euro gestiegen. Das ist insbesondere Sozialhilfe, das ist Jugendhilfe. Und jetzt erzähl mir noch mal einer, dass es den Kommunen finanziell gut geht, wie es die Frau Ministerin Keler noch vor zwei Jahren gemacht hat! Die Kommunen sind bei uns im Land finanziell am Ende und wenn die Pläne von Schröder umgesetzt werden, kommen noch zusätzliche Lasten in diesem Bereich auf unsere Kommunen zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weiter wird getrickst: Die über 58-Jährigen werden nach Paragraph 428 SGB III aus der Statistik der Bundesanstalt herausgenommen. Die Realitäten, die ich Ihnen eben genannt habe, die sehen deswegen noch viel schlimmer aus, die tauchen in gar keiner Statistik mehr auf. Und wenn Sie eine Erhöhung des Realeinkommens hier auf den Tisch legen, ich habe andere Zahlen. Ich will Ihnen mal sagen, was die Menschen – und das hat auch etwas damit zu tun, wie man Politik macht, Herr Ministerpräsident – die letzten Jahre empfunden haben: Steigerung der Steuer- und Abgabenbelastung, Ökosteuer.

(Zuruf von Dr. Harald Ringstorff, SPD)

Schon ganz vergessen, wozu die Ökosteuer da sein sollte? Zur Absenkung des Rentenbeitrages. Die Realität ist eine völlig andere.

(Angelika Gramkow, PDS: Wie wäre es denn mit ökologischem Umbau?)

Wir reden heute von 19,9 Prozent, zum Jahresende 19,5 aktuell. Tabaksteuer, Beitragserhöhungen bei der Kranken- und Rentenversicherung – alles Realität. Leis-

tungseinschränkungen bei der Rentenversicherung im Zuge der Riester-Reform. Fragen Sie mal nach bei der Witwenrente! Fragen Sie nach bei der Absenkung der Anwartschaften für die Rente bei der Arbeitslosenversicherung und der Reduzierung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld! Herr Ministerpräsident, wir sind keine Partei des sozialen Kahlschlags. Wenn ich das hier zusammenzähle, dann ist die SPD sehr wohl in den letzten Jahren eine Partei gewesen, die massiv Sozialabbau betrieben hat. Das hat auch nichts mit Umbau der Sozialsysteme zu tun, das hat in hohem Maße mit Ungerechtigkeiten zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und Politik, meine Damen und Herren, fängt nicht bei null an.

(Dr. Harald Ringstorff, SPD: Das ist richtig.)

Wie war es 1997/98?

(Dr. Till Backhaus, SPD: Und wie war es 1990? Wie war es 1990?)

Wie war es 1997/98?

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Fast 1 Milliarde DM Überschuss bei der Krankenversicherung. Was haben Sie in vier Jahren erreicht? 3 Milliarden Euro Defizit trotz einer Beitragssatzsteigerung von 13,5 auf 14,5 Prozent. Herr Ministerpräsident, ich hätte von Ihnen heute erwartet, dass Sie Stellung nehmen an dieser Stelle zu den Vorschlägen der Rürup-Kommission.

(Beifall Michael Ankermann, CDU)

Sie haben doch genauso viel Zeit dazu gehabt wie ich, sich das anzukucken. Und ich sage Ihnen ganz klipp und klar, wozu ich Nein sage. Es kann nicht sein, dass man für einen Arztbesuch 15 Euro auf den Tisch packt, auf der anderen Seite aber gerade die ganze Pharmaindustrie von Rürup fast völlig rausgelassen wurde.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wenn ich die Einsparpotentiale sehe von 24 Milliarden Euro, dann sind das 10 Milliarden Euro bei den Kranken. Und da müssen Sie doch Stellung dazu beziehen. Die Menschen wollen doch wissen, wie sich diese Landesregierung zu solchen Vorschlägen positioniert. Wir werden uns positionieren und ich habe mich eben positioniert, zumindest an einem Detail.

Was haben Sie mit der Pflegeversicherung gemacht? Überschuss 1998, heute 400 Millionen Euro an Defizit. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit haben Sie damit schon lange nicht geschaffen. Und was ich vermisst habe bei Ihnen am Wochenende, das ist, dass Sie gesagt haben, sozial gerecht ist das, was Arbeit schafft.

Und, Herr Ministerpräsident, ich begrüße noch einmal ausdrücklich, dass es keine zusätzlichen Belastungen für die Bürger gibt. Ich begrüße ausdrücklich, dass es keine zusätzlichen Steuerbelastungen für den Mittelstand gibt, denn auch Modifizierung von Abschreibung ist Kostenbelastung für Unternehmen. Und ich begrüße ausdrücklich, dass wir weiter die Eigenheimzulage haben, damit junge Familien entsprechend dem Einkommen auch ihr Eigenheim bauen können, kaufen können, sanieren können. Das begrüßen wir ausdrücklich, das ist Sozialpolitik für uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ich verstehe nicht, dass Frau Keler gegen die Eigenheimzulage zu Felde zieht ohne Ende.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das verstehe ich auch nicht.)

Das ist mir deswegen nicht klar, Frau Ministerin Keler, hören Sie endlich auf, nur rein buchhalterisch zu denken, sondern kucken Sie mal, was die Eigenheimzulage bei der Bauwirtschaft auslösen kann und wie dort die Mehrwertsteuer, die Einkommenssteuer und viele andere Dinge sprießen!

(Beifall Karin Strenz, CDU)

Und, Frau Keler, wo wollen Sie eigentlich Ihre 95 Millionen Euro an Steigerung der Einkommenssteuer im Jahr 2003 herkriegern, wenn Sie Nein zur Eigenheimzulage sagen? Also da fließt garantiert nichts rein in die Einkommenssteuer,

(Ministerin Sigrid Keler: Aber immer!)

wenn Sie die Eigenheimzulage einstellen.

(Ministerin Sigrid Keler: Aber immer,
Herr Rehberg! Genau da fließt sie rein. –
Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Wenn Sie, Frau Keler, ...

(Zuruf von Ministerin Sigrid Keler –
Angelika Gramkow, PDS: Davon werden
sogar die Kommunen 15 Prozent partizipieren.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte keine Meinungsäußerungen von der Regierungsbank!

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Ministerin Keler, 1 Euro Eigenheimzulage bringt zwischen 3 und 4 Euro an verschiedenen Steuern herein. So, wie Sie denken, das ist rein buchhalterisch. So, wie wir denken, das ist volkswirtschaftlich. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind dafür, dass das JUMP-Programm nicht weitergeführt wird. Und, Herr Ministerpräsident, erklären Sie mir doch mal bitte, wie trotz JUMP die Zahl der 20- bis 25-jährigen Arbeitslosen, trotzdem wir eine hohe Abwanderung zu verzeichnen haben, vom März 2002 bis zum März 2003 um 3.100 gewachsen ist.

(Reinhard Dankert, SPD: JUMP
hätte eben noch höher sein müssen.)

Sie wissen doch genauso wie ich, dass JUMP nicht mehr und nicht weniger als ein Parkhaus für Jugendliche ist, dass das eigentlich null Effekte einbringt. Dieses Geld ist viel besser – und da stimme ich Herrn Dr. Backhaus zu, weg mit dem Programm „mv4you“ –, um ein Programm zu entwickeln und Leistungsträger im Land zu halten und sie nicht erst außer Landes gehen zu lassen. Das ist die richtige Politik!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und da unterscheiden Sie sich beide offenkundig sehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ...

(Reinhard Dankert, SPD: Für den Ansatz von „mv4you“ kriegen sie eine Fachkraft im Land gehalten. Das wissen Sie auch ganz genau. Aber machen Sie ruhig!)

Wissen Sie, Herr Kollege Dankert, ich würde das Geld folgendermaßen einsetzen, weil offenbar die Arbeitsverwaltungen nicht in der Lage sind, das zu leisten. Ich würde wirklich in Unternehmen nachfragen, welche Fachkräfte brauchen sie im Land. Ich will sie nicht erst weggehen lassen. „mv4you“ geht zu den Arbeitsämtern hin und fragt, wo sind die jungen Leute hingegangen, und so weiter und so weiter.

(Regine Lück, PDS: Das sind aber 200.000, über die Sie reden, schon fünf Minuten lang.)

Nein, ich würde das im Land machen, Leistungsträger im Land halten. Gehen Sie raus zu den Unternehmen, viele suchen Fachkräfte. Beim Arbeitsamt werden sie oftmals leider nicht gemeldet. Da muss man mal fragen, was hat die Arbeitsverwaltung selber zu diesem Zustand beigetragen. Das wäre für uns, für mich der richtige Ansatz, JUMP und „mv4you“ einzusetzen, Leistungsträger im Land zu halten. Und da haben wir auch alle miteinander etwas gekonnt und machen Sie sich darauf gefasst, einen entsprechenden Antrag werden wir auch im Landtag demnächst stellen.

(Angelika Gramkow, PDS: Beim
Haushalt haben Sie ihn nicht gestellt.)

Und dann können wir sehen, ob Ihr neuer Parteivorsitzender das Ernst meint mit seinen Aussagen vom Samstag in Neustrelitz oder ob das nur Säbelschellen war.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU –
Regine Lück, PDS: Sie sind doch gegen
arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.
Sagen Sie doch die Wahrheit!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Herauskommen aus diesem Teufelskreis Abfahrtsspirale, raus aus der Armutsfalle schaffen nur neue Arbeitsplätze. Und ich warne davor, ich bin auch nicht für Sonderprogramme Ost, aber wir haben unterschiedliche Bedingungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern – ich bin sehr dezidiert darauf eingegangen – und deswegen müssen wir aufpassen, dass wir unsere Interessen in und für Mecklenburg-Vorpommern wahrnehmen.

Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben von Engagement gesprochen. Ich würde Sie doch mal ganz herzlich bitten, mal zu überprüfen, was die BioCon Valley GmbH macht. Was sie noch nicht geschafft hat, Herr Dr. Ringstorff, ist ein Internetauftritt. Und ich kann mich erinnern, dass diese GmbH schon seit weit über zwei Jahren arbeitet. Sie haben eben davon gesprochen, dass Sie nur einen Ansprechpartner im Wirtschaftsministerium haben, haben wollen für Existenzgründungen. Herr Ministerpräsident, warum werden in der Landesregierung sechs Ansprechpartner für BioCon Valley ausgewiesen im Internet? Klären Sie doch erst mal diese Kleinigkeiten! Das sind doch aber wichtige Kleinigkeiten, die man klären muss.

Und ich denke, Sie sollten sich wirklich noch mal ganz aktiv dafür einsetzen. Über den Transrapid brauchen wir nicht mehr zu reden, der wird jetzt mit deutschen Subventionen in China gebaut,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Fahren Sie
doch hin, dann können Sie damit fahren!)

aber vielleicht ist es doch von Interesse, mit Geldern anderer europäischer Länder, dass der ITER doch in Greifswald gebaut werden kann. Und vielleicht nehmen Sie sich unseres Gedankengutes an, nehmen Sie Kernfusion als erneuerbare Energie.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

1. Wir müssen in die Zukunft investieren und um jeden Arbeitsplatz kämpfen.
2. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss verbessert werden.

Natürlich halte ich das, was der sächsische Wirtschafts- und Arbeitsminister Gillo auf den Tisch gelegt hat, für interessant und für diskutierenswert. Ich halte überhaupt nichts von den Clement-Vorschlägen, die sind viel zu kurz gegriffen. Wenn Sie heute oder gestern Abend sich mal wirklich ernsthaft auf dem Jahresempfang der IHK mit Unternehmern unterhalten haben, da haben viele gesagt, ich stelle eben nicht den Sechsten ein, ich stelle nicht den Siebenten ein, sondern lasse meine Leute Überstunden schrumpfen, denn ich muss die Angst haben, in einem halben Jahr habe ich Auftragsflaute und dann habe ich ein Problem vor dem Arbeitsgericht. Wir sagen, Abfindung oder Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer, das erleichtert ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt. Und ich bin froh darüber, dass wir die 400- und 800-Euro-Minijobs haben,

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

denn das bringt die Möglichkeit für viele, gerade in unserem Saisonland, dass wir hier Menschen in Arbeit kriegen. Wir brauchen Leistungsanreize. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir nicht brauchen, ist, dass ständig die Leistungsträger, die Arbeitnehmer, zur Kasse gebeten werden. Wir brauchen letztendlich Vertrauen zu den Menschen, denn wir als Staat dürfen uns nicht anmaßen, alles für sie zu regeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, wenn Sie hier den Zwischenruf „Sprechblasen“ vorgeommen haben, Frau Schildt, ich habe für Sie auch noch die 144 Seiten unseres Wahlprogrammes. Sie können dezidiert nachlesen, was wir zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes meinen. Wir sind schon immer dafür eingetreten, mehr Eigenvorsorge, mehr Selbstbehalt bei der Krankenversicherung vorzunehmen. Wir sind seit Jahren dafür eingetreten, dass wir uns in der Rentenversicherung mehr privat versichern müssen, aber nicht so wie bei dem Flop mit der Riester-Rente. Aber wofür wir nicht sind, und das hat Schröder völlig am 14. März unterlassen und dazu hat Ihr Ministerpräsident heute keine Stellung genommen: Wie wirken sich die Vorschläge spezifisch unter den Bedingungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus mit einer Arbeitslosigkeit von fast 22 Prozent, mit einer dramatisch hohen Abwanderungsrate und mit dieser Wirtschaftsentwicklung? Von Wachstum kann ich bei minus 0,2 Prozent nicht sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden häufiger in der Zukunft, weil Deutschland in Bewegung ist, weil Deutschland im Wandel ist, Themen, die bundespolitisch interessant sind, auf die Tagesordnung setzen, denn die Menschen in diesem Land wollen wissen, wie die Parteien die Interessen für die Bürger wahrnehmen. Ein blankes Nachreden von Reformplänen eines Bundeskanzlers, das reicht uns nicht aus, sondern die Interessen unseres Landes, unserer Bürger einzubringen, dazu sind wir gewählt worden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Danke, Herr Rehberg.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Dr. Till Backhaus.

Dr. Till Backhaus, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Rehberg, Sie haben wieder viel gesagt und aus meiner Sicht jedenfalls frei nach dem Motto gesprochen: Ohne Ziel, die Richtung stimmt. Das ist für mich jedenfalls deutlich geworden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Und, Herr Rehberg, Sie haben ja gestern – und damit will ich auch gleich beginnen – auf der Veranstaltung des Städte- und Gemeindetages Ihre Thesen vorgestellt. Wenn ich mir das heute anschau – und wir haben uns ja heute Nacht, Sie haben es ja deutlich gemacht, mit dem Vermittlungsausschussergebnis auseinander gesetzt –, dann stimmt die Richtung, die Sie hier proklamieren, und zwar geht es bergab, kein Geld für die Kommunen. Wenn Sie das heute Nacht als positives Ergebnis deklarieren,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

ja, dann müssen Sie den Gemeinden, den Kommunen in Deutschland erklären, den Landräten und den Bürgermeistern, dass sie 10 Milliarden weniger in ihre Kassen bekommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da bin ich ja mal gespannt, wie Sie nachher bei unserem Antrag stimmen, Herr Backhaus. –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Das ist die Wahrheit! Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und, Herr Rehberg, wenn man sich den Schuldenberg ansieht, den Sie nun mal auch mit aufgetürmt haben.

(Zuruf von Jörg Heydorn, SPD)

Sie haben ja richtigerweise, ich will das ausdrücklich betonen, Sie haben ja richtigerweise gesagt, dass Sie nicht bei null begonnen haben, nicht bei null, dann ist es richtig, dass Sie diesem Land Mecklenburg-Vorpommern einen Schuldenberg aufgetürmt haben und wir innerhalb dieser Landesregierung ein Schuldenvolumen aufgenommen haben.

(Harry Glawe, CDU: Sie waren nie dabei. Sie haben ja nie mitregiert. Hören Sie doch auf, Herr Backhaus!)

Sie haben innerhalb einer Legislaturperiode genau das Schuldenvolumen aufgebaut,

(Harry Glawe, CDU: Das nimmt Ihnen doch keiner mehr ab!)

das wir in zwei Legislaturperioden umgesetzt haben,

(Harry Glawe, CDU: Das nimmt Ihnen doch keiner mehr ab!)

und damit haben Sie letzten Endes mit dazu beigetragen, dass dieses Land fast handlungsunfähig ist. So ist es!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Und ich will auch sachlich versuchen,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

ich will schon sachlich versuchen, Ihnen noch mal darzustellen ...

(Harry Glawe, CDU: Dann fangen Sie jetzt mal an damit, dann fangen Sie mal an damit! – Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Wissen Sie, Herr Glawe, was sollen die Leute, was sollen die Gäste davon denken, wenn wir hier wieder anfangen und so tun, als ob wir die Ritterrüstung anhaben?!

(Harry Glawe, CDU: Dann fangen Sie doch bitte mal an, etwas vorzutragen und nicht immer nur Populismus zu machen!)

Das hilft uns überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jawohl, es ist so, seit dem 14. März werden zum Glück innenpolitische Debatten in Deutschland wieder gehalten und von den Inhalten der Regierungserklärung Agenda 2010 spricht das Land, sprechen die Menschen in Deutschland. Es gab zu der Schröder-Rede, das ist richtig, unterschiedliche Erwartungen und es ist eben ausdrücklich nicht die Aufkündigung des Sozialstaates, so, wie Sie es hier deutlich machen wollten. Nein, wir Sozialdemokraten sind die Reformpartei,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

wir sind die Partei, die alles daransetzt wird, soziale Gerechtigkeit durchzusetzen. Das ist unser Grundsatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Botschaft lautet, wir wollen Wohlstand sichern und die Substanz, Herr Rehberg, des Sozialstaates garantieren. Das ist im Übrigen die Hauptaufgabe, die wir anzupacken haben, und zwar gemeinsam. Gemeinsam!

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Oder anders gesagt: Die SPD ist gleichermaßen Reformpartei und die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Das ist unser Grundwert.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nachdem sowohl die Arbeitgeberverbände ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Worte! Worte!)

Vielleicht hören Sie doch wenigstens einmal zu. Vielleicht hören Sie wenigstens einmal zu.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Kerstin Fiedler, CDU: Da kann man nicht zuhören.)

Nachdem sowohl die Arbeitgeberverbände als auch die Gewerkschaften leider – leider, betone ich – eine Rückkehr ins Bündnis für Arbeit jeweils für sich ausgeschlossen haben, war es ein notwendiges, ja, ein vorausschauendes notwendiges Machtwort des Kanzlers, das er vorgelegt hat. Die Zeit ist reif und war absolut reif. Gerhard Schröder hat vorgelegt und alle anderen müssen gesellschaftlich jetzt auch darüber diskutieren und die Kräfte müssen sich daran reiben. Ich weiß, es gibt zum Teil natürlich heftige Kritik. Zum Innehalten ist es aber auch nicht an der Zeit, sondern auch in den eigenen Reihen innerhalb der Partei und in den Gewerkschaften müssen

wir darüber diskutieren. Ich nehme diese Kritik sehr ernst, aber ich wende mich ausdrücklich dagegen, das Kind gleich wieder mit dem Bade auszuschütten, alles zu zerreden, bevor die konkreten Formulierungen und Gesetzestexte nun auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und ich nehme auch Ihren Antrag ernst, Herr Rehberg, wirklich, aber wenn man sich das mal durchliest, was da an Substanz einer Opposition in diesem Antrag formuliert ist, dann geht das gegen null oder es liegt unter null.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Klaus Mohr, SPD)

Ich meine auch, wir werden alles sehr genau prüfen müssen. Bis zum Sommer werden drei große Komplexe in Gesetzesform gegossen sein. Die Gesundheits- und Strukturreform, die Gemeindefinanzen einschließlich der Arbeitslosen- und Sozialhilfe sowie der ganz große Bereich – dazu haben Sie ja im Übrigen wieder überhaupt nichts gesagt –, der ganz große Bereich des Mittelstandes für Wachstum, Handwerksordnung, Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht – dazu haben Sie im Wesentlichen überhaupt nichts gesagt.

Wenn die Eckpunkte dafür fertig sind, dann geht es ins Detail. Und das müssen wir auch diskutieren. Für die SPD-Fraktion kann ich hier ausdrücklich sagen, dass wir diesen Diskussionsprozess führen werden, und zwar mit den Menschen – Herr Rehberg, vielleicht hören Sie zu –, und, wenn es sein muss, auch auf den Marktplätzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen hat die Opposition wirklich auch die Aufgabe – auch das hätten Sie zitieren können –, nämlich nach der Verfassung, Alternativen aufzuzeigen. Für mich ist das nicht deutlich geworden. Es tut mir Leid, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wenn Sie das nicht verstehen!)

Die Debatte, die Sie uns heute mit Ihrem Antrag aufzwingen wollen, Herr Rehberg, ist allerdings auch zum großen Teil eine Art von Populismus. Mangels eigener Konzepte flüchten Sie sich nämlich ins Allgemeine und befassen dieses Hohe Haus wieder einmal mit einem Gemisch aus Verunsicherungen – Verunsicherungen, betone ich ausdrücklich –, Besserwisserei und auch Selbstgerechtigkeit. Das sind Sie ja auch nicht anders gewohnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und ich hatte wirklich auch die Hoffnung, dass substantiell etwas passiert. Ich weiß auch gar nicht genau, ob ich mich mit den einzelnen Themen von Ihnen auseinander setzen soll oder lieber gleich bei Edmund Stoiber nachlesen sollte. Ich werde Ihnen das auch noch mal darstellen. Es ist auch so schwer festzustellen, wer bei Ihnen innerhalb der CDU eigentlich noch die Erste Geige spielt.

(Volker Schlotmann, SPD: Das wird auch immer so bleiben.)

Ist es nun eigentlich Herr Stoiber, ist es Herr Koch, Herr Merz oder vielleicht doch Frau Merkel? Gerade Ihre Parteivorsitzende ist ja zurzeit nicht nur wegen der schlimmen Kriegsäußerungen sogar innerparteilich sehr stark unter Druck. Auch die Forderungen nach einer – und das gerade für Mecklenburg-Vorpommern und die neuen Bundesländer, das muss man sich mal auf der Zunge zergehen

lassen, auch die Gäste, die hier im Saal sitzen – vierwöchigen Karenzzeit beim Arbeitslosengeld,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

das soll man sich mal in Mecklenburg-Vorpommern überlegen! Die Leute haben sowieso kein Geld und dann werden sie auch noch ausgeschlossen erst mal für die ersten vier Wochen. Was soll denn so was?!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Oder die Rentenkürzung für Kinderlose verdeutlicht doch, dass die CDU-Vorsitzende tatsächlich krampfhaft versucht, die Meinungsführerschaft in den eigenen Reihen erst mal zurückzugewinnen. Das muss man doch wohl auch mal sagen. Schriftlich im Übrigen gibt es von der CDU bis jetzt ja gar nichts, außer von Herrn Stoiber innerhalb seines 40-Punkte-Programmes, das er ja vorgelegt hatte.

Ich habe ja auch zur Kenntnis genommen, sehr geehrter Herr Rehberg, dass Sie gleichermaßen jetzt Kritik geäußert haben. Es stellt sich nur die Frage: Warum haben Sie so lange geschwiegen oder sind Sie eigentlich gar kein Mitglied mehr im Kompetenzteam von Herrn Stoiber?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Dr. Margret Seemann, SPD)

Ja, Wahlkampf ist vorbei, was schert mich das Geschwätz von gestern! Genau so ist es.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Genau so
handeln Sie ja auch, Herr Backhaus.)

Ja, ja, Herr Riemann, das kennen wir alles schon.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Kerstin Fiedler, CDU)

Die Stoiber'sche Linie war doch damals keine andere als heute im Wahlkampf. Zu dem, was Deutschland und erst recht die neuen Länder erwarten würde, wenn die CDU oder die CSU auch noch das Sagen hätten, hier nur eine kleine Auswahl: Aufhebung des Prinzips des Flächentarifvertrages, meine Damen und Herren, indem die Tarifparteien ohne Zustimmung der Tarifparteien Haustarife abschließen können.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Zum großen Teil haben wir das im Übrigen leider schon in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist auch die Realität. Die Arbeitslosenhilfe wird gestrichen, wenn es nach Ihnen geht.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU, und
Eckhardt Rehberg, CDU – Harry Glawe, CDU:
Was ist denn mit Ihnen los, Herr Backhaus?!
Wer hat Ihnen das alles aufgeschrieben?)

Die Sozialhilfe wird für Arbeitsfähige mit Ausnahme von Alleinerziehenden tatsächlich auf 75 Prozent herabgesetzt. Das sind die Vorschläge, die Sie unterbreitet haben. Höhere Abschläge beim vorzeitigen Vorruhestand, darauf haben Sie ja in Ihrer Rede abgehoben. Aber in Wirklichkeit sagen Sie etwas, was innerhalb der CDU aktiv diskutiert wird. Oder: Das Vermögenssteuergesetz wird aufgehoben, Unternehmen bis zu 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen quasi vom Kündigungsschutz ohne Tarifbindung sowie der Arbeitszeitregelung freigestellt werden.

Das sind nur ein paar Gedanken, die Sie niedergeschrieben haben. Gleich nach dem Motto „Heuern und feuern“ soll es das in Zukunft in Deutschland geben und soll das möglich sein. Diese Art des Abbaus von Arbeitnehmerrechten gepaart mit Tiraden gegen Gewerkschaften ist es, wie Sie immer hier auch aufgetreten sind, und das hätten wir von Ihnen zu erwarten.

Für meine Fraktion sage ich sehr deutlich: Ja, mit der SPD in Berlin und Schwerin wird es den dringend notwendigen und maßvollen Umbau der Sozialsysteme geben. Das haben wir immer gesagt und das werden wir auch so umsetzen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Dr. Backhaus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Renz von der CDU-Fraktion? (Zustimmung)

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrter Herr Dr. Backhaus, ich möchte gerne, bevor ich meine Frage stelle, noch einmal den Antrag verlesen, vor allen Dingen fürs Publikum.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das geht nicht!)

Damit wir noch wissen, wo ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Heinz Müller, SPD: Frage! Frage!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Sie können eine Frage stellen, aber hier nichts verlesen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Torsten Renz, CDU: Meine Frage ist: Herr Dr. Backhaus, sprechen Sie noch zu diesem Antrag, um die Auswirkungen dieser Regierungserklärung der Bundesregierung darzustellen, oder sprechen Sie zum Programm der CDU?

(Heiterkeit und Beifall bei
einzelnen Abgeordneten der CDU)

Dr. Till Backhaus, SPD: Vielleicht könnten Sie mir nicht folgen, weil es bei Ihnen in den Reihen etwas laut ist.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten
der PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Insofern sollten Sie mir vielleicht aufmerksam zuhören, weil jetzt noch ein paar Elemente kommen, die aus meiner Sicht für die Sozialdemokratie und für die Fraktion außerordentlich wichtig sind. Und vielleicht können wir uns dann ja nachher draußen ein wenig darüber unterhalten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Noch einmal, es geht um den Wohlstand. Es geht darum, den Wohlstand dauerhaft zu sichern und den Sozialstaat in seiner Substanz zu garantieren, so, wie ich es am Anfang gesagt habe. Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse brauchen wir aber auch ein Miteinander,

(Harry Glawe, CDU: Ja, genau.
Richtig, sehr richtig!)

das will ich ausdrücklich sagen, um die Dinge überhaupt in den Griff zu bekommen. Deshalb sollten alle, auch die Union, denen die soziale, und das betone ich ausdrücklich, Marktwirtschaft noch etwas bedeutet, zusammenarbeiten und vernünftige Gesetze auf den Weg bringen.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Dafür haben wir eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen. Ich erwarte und bitte Sie dringend darum, auch auf Ihre Kollegen in den alten Bundesländern mit Einfluss zu nehmen, dass wir hier weiterkommen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Ziel demokratischer Politik in unserem Bundesland ist es, denjenigen Menschen ausdrücklich zu helfen, die sich selbst nicht helfen können. Gleichzeitig werden wir diejenigen konsequent heranziehen, die stärker zum Gemeinwesen beitragen können. Gerade im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik darf es keinen Kahlschlag geben. Mecklenburg-Vorpommern kann zumindest mittelfristig auf ABM und SAM noch nicht verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ob das steuerfinanziert wird, wie das Herr Gerster vorschlägt, oder beitragsfinanziert geschieht, das ist völlig egal.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist nicht egal,
für die Lohnnebenkosten zumindest nicht!)

Entscheidend ist, dass wir den Menschen eine Perspektive geben und sie in den Prozess wieder integrieren. Entscheidend für die Menschen hier ist mittelfristig die Beibehaltung des zweiten Arbeitsmarktes. Dazu gehören natürlich auch andere Modelle, wie zum Beispiel Lohnkostenzuschüsse in den strukturschwachen Gebieten, und ganz besonders Maßnahmen, die die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und den älteren Menschen helfen, im Prozess der Beschäftigung und damit im Gemeinwesen weiterhin mit tätig zu sein. Das ist doch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der wir gemeinsam arbeiten müssen.

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Die Arbeitslosenstatistik macht mir, der gesamten Landesregierung und der Fraktion jeden Monat aufs Neue große Sorgen. Denken Sie etwa, Herr Rehberg, wir wären mittlerweile so abgestumpft, dass wir uns nicht ständig Gedanken darum machen, wie wir aus dieser Krise herauskommen? Glauben Sie wirklich, wir sind so abgestumpft? Ich bin gewiss kein Freund von Schuldzuweisungen, aber schon ein Freund von klaren Worten. War es denn nicht die Bundesregierung unter Ihrem Bundeskanzler Kohl,

(Kerstin Fiedler, CDU: Das sind keine Ausreden
mehr! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

der sich praktisch blind darauf verlassen hat, dass der liebe Gott es schon richten wird – so war es doch – und damit im Osten blühende Landschaften entstehen werden? So ist es doch gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Haben Sie das denn alles vergessen? Die Deutsche Einheit – und das wissen Sie doch auch ganz genau,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

zum Glück gibt es viele ehrliche Menschen, mit denen man sich auch innerhalb der CDU darüber streiten kann, oder auch solche, die das überhaupt nicht anders sehen –,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

die Deutsche Einheit wurde im Wesentlichen auf der Grundlage der sozialen Sicherungssysteme finanziert. Das wissen Sie doch ganz genau.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Harry Glawe, CDU: Ja.)

Damit haben Sie doch, meine Damen und Herren der CDU, Ihre Wahlen gewonnen und dabei billigend

(Harry Glawe, CDU: Ja! Und Sie machen weiter
damit! Sie machen weiter damit, Herr Backhaus!)

in Kauf genommen,

(Harry Glawe, CDU: Das ist so!
Da haben Sie ja Recht!)

dass der Bereich der Sicherungssysteme geradezu explodieren wird und wir damit in die Katastrophe geführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

So ist es doch gewesen! Jetzt schimpfen Sie mit uns, dass diese Systeme nicht mehr funktionieren. Das ist doch wirklich billiger Populismus.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Dr. Harald Ringstorff, SPD,
und Volker Schlotmann, SPD –
Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD)

Wir sind ja kurz vor Ostern und eine größere Eierei kann ich mir von Ihnen wirklich nicht vorstellen. War es nicht die Treuhandanstalt mit ihren politischen Vorgaben?

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Da habe ich ja mal von Ihnen Ordnungsrufe bekommen und musste den Landtag verlassen, obwohl das schöne frische gekochte Eier waren, Herr Pracht,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

und zwar aus der Bodenhaltung! Ökologisch!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Mir ist das Thema wirklich sehr ernst. Ich habe mit dem Hungerstreik, Herr Jäger, weit über 100 Menschen das Leben gerettet.

(Volker Schlotmann, SPD: So
was ist immer ernst, Herr Jäger.)

Darauf bin ich stolz.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Sie sehen schon
ganz schön verhungert aus, Herr Backhaus!)

Sie können mir noch so oft den Vogel zeigen. Fahren Sie nach Boizenburg und gucken Sie sich dieses Krankenhaus an, denn das ist ein Beispiel, wie man im Übrigen in diesem System Kosten sparen kann.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja, ja!)

Gucken Sie sich mal die Verwaltungen an! Entschuldigung, Herr Glawe, Ihr Spezialist ist doch dort gewesen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Wir haben dort die kürzesten ...

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch in Ordnung, das haben Sie doch gut gemacht!)

Ja, das ist überhaupt kein Labern. Wir haben doch die kürzesten Verweildauern in Mecklenburg-Vorpommern und fast für Deutschland.

Aber gut, ich komme zurück zum Thema. War es denn nicht ...

(Zuruf von Renate Holznagel, CDU)

Oh, die wollen die Wahrheiten immer nicht hören, das ist ja das Schreckliche!

War es nicht die Treuhandanstalt mit den politischen Vorgaben durch die damalige Bundesregierung, die im nahezu blinden Vertrauen auf die Kräfte des Marktes, betone ich,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer regiert denn heute, Herr Backhaus?)

die gesamte Volkswirtschaft der ehemaligen DDR zugrunde gerichtet und abgewickelt hat? So ist es doch gewesen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dabei wurden eben viele Wirtschaftsbereiche, die ja wirklich auch aus Ihrer Sicht sanierungsfähig gewesen wären, nicht weitergeführt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wer regiert denn seit 1998, Herr Backhaus?)

Die Folgen kennen wir doch alle: riesige Beschäftigungsgesellschaften und eine Zementierung des zweiten Arbeitsmarktes. Die CDU war es doch im Lande, die eine Politik der Niedriglöhne vorangetrieben hat, meine Damen und Herren. Das Niedriglohnland Mecklenburg-Vorpommern hat aber leider auch fast keine neuen Investoren angelockt.

(Harry Glawe, CDU: Das ist doch nicht zu glauben!)

Sie haben doch immer gesagt, das ist das Allheilmittel, wenn wir hier mit Niedriglöhnen arbeiten werden.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Was ist denn daraus geworden? Damit haben Sie im Übrigen auch die jungen Menschen mit aus diesem Lande getrieben. Das muss man auch einmal sagen,

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie haben ja kräftig umgesteuert in den letzten acht Jahren, Herr Backhaus! – Angelika Peters, SPD: Er kann doch nicht.)

denn Fakt ist doch, dass Sie Spezialisten

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig! –

Dr. Armin Jäger, CDU: Und was machen wir jetzt?)

und Fachkräfte eben nicht mit Niedriglöhnen in dieses Land holen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das funktioniert nicht. Deshalb sollten Sie, Herr Rehberg, wenn Sie die Landesregierung und die SPD wegen Abwanderung ständig kritisieren, wirklich einmal innehal-

ten – einfach nur einmal ganz ruhig innehalten –, denn Sie und Ihre Partei tragen ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung an der Situation in diesem Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Kerstin Fiedler, CDU: Sagen Sie doch mal, wie Sie es besser machen wollen! Sprechen Sie doch mal zum Thema!)

Übrigens, der Bevölkerungsverlust im CDU-regierten Sachsen ist nicht geringer als in Mecklenburg-Vorpommern.

(Gabriele Schulz, PDS: Da gibt es nichts zu lachen!)

Sehen Sie sich das einmal an! Da wird darüber gelacht, als ob das Thema nicht traurig genug ist. So gehen Sie mit diesem Thema um!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich sage Ihnen noch einmal wirklich ernsthaft, nehmen Sie Ihren belehrenden Zeigefinger herunter, das kauft man Ihnen draußen sowieso nicht mehr ab!

Meine Damen und Herren, ein abrupter Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik hätte drastische Folgen, nicht nur für die soziokulturelle Infrastruktur im Lande, sondern es würde leider viele, viele Familien existentiell treffen. Das würden wir nicht zulassen! Das kann und darf nicht sein! In diesem Zusammenhang werden wir nachjustieren müssen. Notwendig ist aus meiner Sicht eine Präzisierung der Hartz-Gesetze für strukturschwache Regionen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Sicher können wir, so, wie es Herr Holter formuliert hat, darüber nachdenken Sonderwirtschaftsgebiete Ost zu entwickeln. Einzelne Elemente, die ich da gelesen habe, habe ich auch bei Helmut Schmidt gelesen.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vieles andere, was in dem Papier steht, mit dem kann man sich anfreunden. Es ist vielleicht auch ein wenig von Roland Koch dabei, wenn ich das Verfallsdatum von Gesetzen betrachte.

Es ist richtig, dass in den neuen Ländern besondere Aspekte berücksichtigt werden müssen. Das hat auch etwas mit der von mir geschilderten Historie zu tun, aber auch aus der Sozialisierung vieler Menschen innerhalb der DDR. Da ist oft auch noch der Glaube und die Hoffnung, der Staat müsse alles richten und der Staat hat die volle Verantwortung für jeden Einzelnen. Hier müssen wir umsteuern.

Dennoch werte Kolleginnen und Kollegen der PDS, mit der ständigen Betonung der Ostbetroffenheit kommen Sie sicherlich bei Ihrem eigenen Klientel gut an. Das erkenne ich auch an, aber eben in Deutschland bei der Mehrheit nicht mehr.

(Angelika Gramkow, PDS: Das werden wir ja sehen, Herr Backhaus!)

Und wenn wir ehrlich zueinander sind, dann wissen Sie das auch sehr genau, Frau Gramkow.

(Angelika Gramkow, PDS: Wir sehen das aber anders!)

Aber ohne Mehrheiten, sehr geehrte Frau Gramkow, zerplatzen eben auch selbst gut gemeinte und kluge Ideen.

(Angelika Gramkow, PDS: Auch das werden wir noch sehen!)

Die strukturellen, sozialen und finanziellen Probleme sind in strukturschwachen Regionen oftmals identisch, egal ob in Ost oder in West.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Deshalb muss man sich zum Beispiel überlegen, ob bei einer gewissen Sockelarbeitslosigkeit das zuständige Arbeitsamt nicht hier eine höhere Verantwortung übernehmen muss. Wir sind dabei, gerade auch mit der Bundesanstalt für Arbeit und mit der Bundesregierung, über diese Dinge zu reden. Ich erwarte hier Hilfe und Unterstützung, und zwar Geld, um gerade den älteren Menschen und den jungen Menschen eine Perspektive zu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Klar ist auch, dass wir eine Beschleunigung der Vermittlung von Arbeitslosen wollen. Das ist hier auch schon mehrfach gesagt worden. Aber wo keine Arbeitsplätze vorhanden sind, kann man eben auch nicht vermitteln. Da hilft uns auch das Arbeitsamt nicht weiter.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

Darum müssen wir prüfen, ob die notwendigen Reformvorschläge wirklich überall passfähig und zielgenau sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was die Zukunft unseres Landes anbetrifft, da hat der Ministerpräsident ja klare Worte gefunden.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich möchte dem nur eines hinzufügen: Die Jugend ist unsere Chance und deshalb werden wir daran festhalten, dass jeder Jugendliche, der es wünscht, auch eine Ausbildung erhält. Politik und Wirtschaft können das nur gemeinsam leisten. Ich wünsche mir ausdrücklich von der Wirtschaft hier ein gemeinsames Engagement mit der Politik. Wir werden alles tun, um hier mit der Wirtschaft ins Gespräch zu kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das von der CDU leider allzu oft gern bemühte Bild von der angeblichen Perspektivlosigkeit unserer Jugend hat auch dazu geführt – leider, betone ich –, dass viele junge Menschen gar nicht erst nach einer Lehre in Mecklenburg-Vorpommern suchen.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU –
Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU,
und Harry Glawe, CDU)

Herr Rehberg, wir können ja wirklich einmal gemeinsam losfahren. Vielleicht wäre das mal ein Angebot. Ich fahre mit Ihnen mal in den schönsten und größten Landkreis Ludwigslust, und wir reden einmal mit Unternehmen darüber, wie die das bewerten.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Wir müssen hier eine gemeinsame Initiative über alle Parteigrenzen hinweg entwickeln, damit es in diesem Land für junge Menschen eine Perspektive im Handwerk, im Gewerbe, im Handel, im Tourismus und mit allen Branchen, die wir zur Verfügung haben, gibt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die jungen Menschen sollten, bevor sie weggehen, erst prüfen, ob es hier nicht wirklich eine Chance gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist doch das Ziel! Ich will die Situation im Übrigen auch überhaupt nicht beschönigen, aber die Opposition in diesem Hause mit ihren ständigen Unkenrufen

(Kerstin Fiedler, CDU: Ja. –
Harry Glawe, CDU: Der MP hat erklärt,
dass im Oktober 3.000 Stellen fehlen werden.)

hat auch einen erheblichen Anteil am Weggang junger Menschen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich denke, Sie haben einen hohen Anteil an dem Wegzug.

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja. So ist es!)

Nicht immer mit dem Finger auf mich zeigen, das lassen Sie mal schön nach! Ich denke wirklich, Herr Glawe, das Logo „MV tut gut“ sollte eben auch nach innen wirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unser Land hat Zukunftschancen. Als Gesundheitsland, als Tourismusland und als Agrarstandort Nummer eins ist bisher vieles erreicht worden. Wenn wir uns den Biotechnologiebereich anschauen, dann kann ich nur zur Kenntnis nehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, BioCon Valley ist durch die CDU abgelehnt worden. Ich weiß gar nicht, was Sie hier herumerzählen und was Sie damit erreichen wollen. Ich bin BioCon Valley jedenfalls sehr, sehr dankbar für das Engagement,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

weil wir wirklich damit eine Perspektive aufzeigen können.

Das Handwerk und der Mittelstand braucht unsere politische Unterstützung. Das sind eben oft traditionell in den Regionen tief verwurzelte Betriebe. Und jeder, der davon kaputtgeht, ist einer zu viel. Das will ich ausdrücklich sagen! Deshalb wird sich meine Fraktion für die Stärkung der Eigenkapitalbasis dieser Unternehmen einsetzen, beispielsweise über die Gründung der Investitionsbank, um damit auch deutlich zu machen, wir stehen zum kleinen Mittelstand und wir werden ihn unterstützen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Davon reden Sie auch schon drei Jahre!)

Wir brauchen drastische Sanktionen gegen die schlechte Zahlungsmoral und die Schwarzarbeit. Gleichzeitig erwarte ich aber auch einen Reformwillen beim Handwerk und innerhalb des Handwerkes selbst. Perspektivisch kommt es bei der Zukunftsfähigkeit unseres Landes jedoch darauf an, weiter in die Bildung, in junge Menschen, in das lebenslange Bilden der Menschen, in die Hochschulen, in die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und in die Technologieentwicklung zu investieren, und das ist für ein finanzschwaches Land ein steiniger Weg. Aber genau darin liegt unsere größte Chance. Beispielsweise reicht es eben nicht, Hochschulen zu haben, sondern unsere Hochschulen müssen Spitze sein. Deshalb werden wir entschlossen an den personellen,

sächlichen und infrastrukturellen Basisentwicklungen weiter festhalten

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und an der Schwerpunktsetzung für eine exzellente Wissenschaft in Mecklenburg-Vorpommern weiterarbeiten. Fakt ist, dass sich gerade um die Wissenschaftszentren herum neue Firmen ansiedeln werden. Damit entsteht im Übrigen Arbeit und letzten Endes auch Ausbildung.

Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zu einem modernen Land entwickeln. Ich versichere Ihnen, wir schaffen es, denn wir gestalten das moderne Mecklenburg-Vorpommern. Und Mecklenburg-Vorpommern tut eben einfach gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Backhaus.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Sehr verehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Am 15. Februar dieses Jahres titelte die TAZ Berlin: „Deutschlands neue Hoffnung: – Kranke, Alte, Arbeitslose“. Der Bundeskanzler hatte am Tag zuvor die Agenda 2010 vorgelegt. Hat die Agenda diese Überschrift verdient? Deutschlands neue Hoffnung – ist dies auch die Hoffnung für Mecklenburg-Vorpommern? Die Agenda soll Anreize für Arbeit, Konsum und Investitionen bringen. Sie soll Reformansätze fort-schreiben, sie soll Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung machen und sie soll Vertrauen in die Politik wiederherstellen. Diese Agenda wird auch die Entwicklungs- und Lebensbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern drastisch beeinflussen. Herr Rehberg, wir sollten uns hüten, dafür den Begriff der Nachhaltigkeit zu missbrauchen.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Meine Damen und Herren, auch in Mecklenburg-Vorpommern ist nichts wichtiger als Frieden. Deshalb hat der Bundeskanzler Recht, wenn er in seiner Agenda den Mut zum Frieden in Deutschland einfordert. Wir als PDS unterstützen diesen Mut zum Frieden ausdrücklich, mehr noch, wir leben ihn aktiv und sagen deshalb: Seien Sie mutig, Herr Kanzler, und stoppen Sie die Überflugsrechte! Holen Sie die AWACS-Besatzungen zurück! Wir brauchen kein Bombodrom in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Ute Schildt, SPD)

Meine Damen und Herren, und Mut zum Verändern? Ja! Mut zum Verändern brauchen wir auch. Und wir sagen, wir brauchen Reformen. Die PDS hat konkrete Reformvorschläge auf den Tisch gelegt und Herr Backhaus hat uns eben kluge Ideen bestätigt.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Jetzt sind Sie zufrieden, ja?!)

Wir brauchen eine gerechte Steuerreform, die Rückkehr zum bewährten Grundsatz in Deutschland, der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Wir brauchen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, die Beseitigung von nicht gerechtfertigten Vergünstigungen, von Steuerschlupflöchern. Weitere Steuergeschenke und Subventionen für Großunternehmen und Vermögende, die brauchen wir allerdings nicht!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir brauchen eine gerechte Gemeindefinanzreform – wir werden an anderer Stelle noch dazu kommen –, die den Kommunen Einnahmen sichert, und dieses bitte so schnell wie möglich.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Eine kommunale Infrastrukturpauschale muss her. Aber, meine Damen und Herren, eine Gemeindefinanzreform, die den Kommunen auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht einen Cent mehr bringt, diese brauchen wir wahrlich nicht.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Wir brauchen eine gerechtere Verteilung von Arbeit, den Abbau von Überstunden und die Verringerung von Arbeitszeiten. Billiglöhne und die Aufrechnung von Tarifverträgen brauchen wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir brauchen eine gerechte und solidarische Gestaltung des Sozialstaates. Ich habe bei meinen Vorrednern gehört, dass wir da offensichtlich einer Meinung sind. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten in die Sicherungssysteme einzahlen, also auch Beamte und Selbständige. Die Sozialabgaben der Unternehmen sollten an die Wertschöpfung und nicht an die Löhne gekoppelt werden. Dies wäre gerechter, weil es Anreize für mehr Beschäftigung schafft.

(Beifall Regine Lück, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Den jetzt geplanten Abbau des Sozialstaates, mehr Zwang für Arbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger und weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, das brauchen wir in Mecklenburg-Vorpommern nicht.

Herr Backhaus, meine Damen und Herren, wir brauchen weitere Solidarität, um ein Innovationsprojekt Ost als konzertierte Aktion von Innovation und Investition zu realisieren.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS: Richtig!)

Dieses Innovationsprojekt kann zum Beispiel gesetzliche Sonderregelungen zum Steuerrecht zulassen, es kann die Arbeits- und Strukturpolitik regionalisieren und verzahnen und öffentlich geförderte Beschäftigung ermöglichen. Schallende Ohrfeigen brauchen wir im Osten nicht.

(Beifall Karin Schmidt, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Denn wie bei den Hartz-Konzepten hat die Bundesregierung bei der Agenda 2010 den Osten bislang vergessen. Dies war von der CDU/CSU zu erwarten, von der Bundesregierung allerdings nicht.

Meine Damen und Herren, mit der Agenda 2010 will die Bundesregierung die Leistung des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung vom Einzelnen fordern. So weit, so gut! Aber ich frage Sie: Warum gilt dies ausgerechnet nur für Arbeitslose, Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger, Kranke, Rentnerinnen und Rentner?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Warum bleibt es gegenüber Unternehmerinnen, Unternehmern und Vermögenden in diesem Land bei bloßen

Appellen. Und bitte, bitte, was haben die Steuerentlastungen für große Unternehmen bisher auch für vermögende Bürger gebracht? Jedenfalls keine Investitionen, keine Ausbildung und keine Arbeitsplätze. Statt eines Aufschwungs erleben wir den Ruin öffentlicher Kassen. 4,7 Millionen Arbeitslose, 7 Millionen sind es in der Dunkelziffer, sie sprechen doch eine deutliche Sprache. In manchen Arbeitsamtsbezirken in Deutschland ist jeder Dritte ohne Arbeit, und das alles, obwohl die Zumutbarkeitskriterien längst verschärft worden sind.

Ich bitte Sie, Herr Backhaus, es ist nicht egal, ob wir steuerfinanzieren oder beitragsfinanzieren.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig!)

Es ist nicht egal für die Erhöhung der Lohnnebenkosten. Und was nicht in die Sozialversicherungssysteme gehört, weil das nicht beitragsmäßig ausfinanziert ist, hat auch die Bundesregierung steuerfinanziert zu gewährleisten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, all das zeigt, dass für Mecklenburg-Vorpommern die Agenda 2010 leider ein Kurs ist, der fortgesetzt wird. Die Agenda 2010 hat eine Schiefelage, deshalb bleibt das eine oder andere gute Vorhaben, was wir heute auch schon gehört haben, im Ansatz stecken. Oder ist die Agenda 2010 bereits das Angebot an CDU/CSU, die große Koalition bei Sozialabbau in Deutschland einzuläuten? Das Akutprogramm der CSU und die Vorstellungen von Frau Merkel sind allerdings, Herr Renz, wenn Sie es nachlesen, Sozialabbau und Reinkultur. Ich will noch einmal einige Maßnahmen erläutern und vielleicht verstehen Sie selbst, was das für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern bedeuten könnte.

Die CSU setzt sich für die Lockerung des Kündigungsschutzes und den Niedriglohn, für weitere Steuersenkungen, insbesondere bei den großen Einkommen und für die Begrenzung des Arbeitslosengeldes grundsätzlich auf zwölf Monate ein. Die CSU will Weiterbildungsmaßnahmen bei der Bundesanstalt für Arbeit halbieren, die Sozialhilfe um 25 Prozent senken und höhere Abschläge für Rentnerinnen und Rentner bei Frühverrentung. Sie will private Absicherung von Zahnersatzleistungen und eine sofortige zehnprozentige Sperre bei allen freiwilligen Leistungen des Bundes und der Länder. Die Schwesterpartei CDU gibt die paritätische Finanzierung im Gesundheitswesen auf und will den Beitrag der Arbeitgeber festschreiben, das heißt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die größere Last tragen sollen. Das Arbeitslosengeld, Herr Rehberg, auch das haben Sie uns verschwiegen, wollen die Christdemokraten in den ersten acht Wochen als Darlehen, also zurückzahlen, ausreichen und degressiv gestalten.

(Gabriele Schulz, PDS: Pfui!)

Was ist das für eine soziale Kultur in Deutschland?

Ich fordere Sie auf, Herr Rehberg, sagen Sie den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, was es für sie bedeuten würde, wenn Ihre Partei in der Bundesrepublik Deutschland regiert.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –

Torsten Renz, CDU: Es geht um die Regierungserklärung von Herrn Schröder.)

Meine Damen und Herren, und weil es um Mecklenburg-Vorpommern geht, Herr Renz,

(Torsten Renz, CDU: Es geht um die Regierungserklärung von Herrn Schröder.)

sage ich Ihnen, die rot-rote Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von PDS und SPD wollen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ein modernes und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern schaffen. Wir wollen, dass Stabilität, Innovation, Entbürokratisierung und Nachhaltigkeit zum Markenzeichen unseres Landes werden. Aber wir leben doch nicht im Vakuum. Entscheidend sind dabei auch die Bedingungen, die die Bundespolitik uns setzt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, sicher!)

Diese müssen wir bestimmen, damit wir eine Chance haben,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich!)

uns im Land weiterzuentwickeln. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, geradezu unsere Pflicht, entsprechende Weichenstellungen immer wieder einzufordern. Es ist unsere Aufgabe, die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern durchzusetzen.

Lassen Sie mich deshalb zu einigen wichtigen Reformansätzen der Agenda 2010 etwas genauer kommen. In die richtige Richtung, weil sie die Bildungsoffensive in Mecklenburg-Vorpommern unterstützt, geht die Unterstützung im Bereich der Bildung. Den Ländern wird durch das Bundesprogramm für Ganztagschulen der Rücken gestärkt, welches mehr Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung ermöglicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und wer bezahlt das?)

Und wenn die CSU-Länder es nicht in Anspruch nehmen wollen, na verdammt, dann nehmen wir doch das Geld, weil wir es in Mecklenburg-Vorpommern gebrauchen können!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ziel ist es eben, das Ganztagschulungsangebot auch in Kindertagesstätten und Horten auszubauen. Der Appell des Kanzlers, verstärkt in Bildung und Forschung zu investieren, erfordert gesamtgesellschaftliche Anstrengungen. Ja, das ist richtig! Wir sind uns einig und wir wollen nicht nach dem Motto verfahren: „Jeder macht seins“, sondern die Gesamtverantwortung für Bund, Länder und Kommunen gemeinsam bestimmen.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Der Bundeskanzler hat Folgendes gesagt und Folgendes gilt es miteinander zu überwinden: In keinem vergleichbaren Industrieland entscheidet die soziale Herkunft in so hohem Maße über die Bildungschancen wie in Deutschland. Das darf nicht so bleiben. Ja, da hat der Bundeskanzler absolut Recht.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Auch wir werden in die Köpfe investieren und vor allen Dingen in die kleinen Köpfe. So entsteht mit der Novellierung des Kindertagesstättengesetzes eines der modernsten Bildungs- und Betreuungsangebote im frühkindlichen Bereich. Und wenn wir die Ergebnisse aus jüngsten internationalen Untersuchungen zur Qualität von Schule ernst nehmen, dann dürfen wir die Diskussion über längeres gemeinsames Lernen, eine Schule für die Kinder in Mecklenburg-Vorpommern, nicht auf die lange Bank schieben.

Meine Damen und Herren, ein positives Signal in Richtung Gemeindefinanzierung ist es, dass diese von der Zahlung der Flutopferhilfe freigestellt werden. Das sind 10 Millionen Euro in Mecklenburg-Vorpommern. Das reicht allerdings bei weitem nicht aus. Wir brauchen ein kommunales Investitionsprogramm, das frisches Geld in die Kassen bringt,

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

denn die Zukunftsinvestitionen liegen vor allem bei den Kommunen. Sie wissen es, zwei Drittel der Investitionen werden vor Ort durch die Städte und Gemeinden in Auftrag gegeben. Die Misere unserer Kommunen kann nicht allein durch ein neues Kreditprogramm behoben werden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

außer wir schaffen die Rechtsaufsichtsbehörden ab.

(Beifall und Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Dies gilt auch, wenn der Zinssatz nur 0,5 Prozent betragen sollte,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, Sie haben Recht!)

denn die meisten Kommunen haben ihre Verschuldungsgrenze bereits erreicht oder gar überschritten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist es!)

Dagegen allerdings kann das 8-Milliarden-Euro-Programm für private Wohnungsbausanierung durchaus wirtschaftsfördernd und aktivierend für die Baukrise in Mecklenburg-Vorpommern sein.

Ein weiteres positives Signal ist die wiederholte Ankündigung des Bundeskanzlers, dass die Gemeindefinanzreform zum 01.01.2004 in Kraft treten soll. Allerdings gibt es gegenwärtig Streit zur Neuordnung der Gewerbesteuer, wir haben es ja bereits vernommen. Es wird spannend sein, inwieweit diese Reformen im Interesse der Kommunen des Landes sind.

Zur Mittelstandspolitik ist viel gesagt. Ich sage, dass es sich zeigen wird, welche Wirkung die Mittelstandsoffensive tatsächlich hat. Gut sind jedenfalls der geplante Abbau der Bürokratie und die Unterstützung für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, die beispielsweise vom IHK-Beitrag freigestellt werden sollen. Ob allerdings die Flexibilisierung der Handwerkerordnung bei uns greift und sich damit mehr Beschäftigte selbständig machen, bleibt in Mecklenburg-Vorpommern abzuwarten.

Meine Damen und Herren, gravierend wird sich in Mecklenburg-Vorpommern die geplante Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auswirken, und zwar einheitlich auf eine Höhe, die in der Regel zum Niveau der Sozialhilfe wird.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Das bedeutet doch nichts anderes, als dass das System der Arbeitslosenhilfe, die in Abhängigkeit vom letzten Lohn gezahlt wird, aufgehoben werden soll. Die Betroffenen sollen nur noch Leistungen in Höhe der Sozialhilfe erhalten, die eigentlich einmal als Existenzminimum angedacht war, und das bei voller Anrechnung des Vermögens, des Hauses, des Autos und des Sparbuchs. Wo bleibt denn hier das viel beschworene Prinzip „fördern und fordern“? SPD und PDS sind sich einig, dass die Zusammenlegung nicht auf dem Niveau der Sozialhilfe und

zu Lasten der Kommunen erfolgen darf. So haben wir es im Koalitionsvertrag vereinbart und so wird es zumindest bei uns sein. Ich bin froh, dass sich die SPD auf ihrem letzten Parteitag noch einmal unmissverständlich zu dieser Forderung bekannt hat.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS)

Und damit wir wissen, worüber wir reden, meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern leben 100.000 Menschen in Arbeitslosenhilfe. Die durchschnittliche Arbeitslosenhilfe beträgt 469 Euro. 44.000 Menschen sind derzeit in Sozialhilfe – übrigens im Anteil viel weniger als in vergleichbaren Altbundesländern – und sie erhalten als Hilfe zum Lebensunterhalt 279 Euro. Die angedachte Reform verschlechtert damit nicht nur die Lebenssituation jedes Einzelnen, sondern sie würde in unserem Land zu einem Kaufkraftverlust von 228 Millionen Euro führen. Meine Damen und Herren, das wäre ökonomisch für Mecklenburg-Vorpommern nicht verkraftbar.

In diesem Zusammenhang macht uns auch die vorgesehene Einteilung der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger in Erwerbsfähige große Sorgen, die durch die Bundesanstalt für Arbeit betreut werden, und Nichterwerbsfähige, die bei den Kommunen bleiben. Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen! Oder nach welcher Mär soll hier eigentlich verfahren werden? Was bitte schön sollen jene Menschen tun, die aufgrund ihrer persönlichen Lebenssituation weder in das eine noch in das andere Hilfesystem passen? Schätzungen, meine Damen und Herren, gehen davon aus, dass in Mecklenburg-Vorpommern etwa 35.000 der heutigen Arbeitslosenhilfeempfängerinnen und Arbeitslosenhilfeempfänger davon betroffen sein könnten. Ich frage Sie: Was bringt das?

Insgesamt müssen wir leider feststellen, dass trotz der durchaus positiven Ansätze in der Agenda 2010, das Gros der geplanten Maßnahmen vor allem auf Kosten der Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, auf Kosten der sozial Schwachen auch in Mecklenburg-Vorpommern gehen wird. Das ist keine zukunftsfähige Reform. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen wir uns gemeinsam dafür einsetzen, die Schieflage in der Agenda 2010 zu korrigieren. Denn genauso wichtig wie der Frieden nach außen ist der Frieden nach innen, ist der soziale Frieden auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Frau Gramkow, gestalten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Thomas? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Danke.

Frau Gramkow, Sie haben heute letztendlich doch auch eine erhebliche Kritik an Ihrem Koalitionspartner geübt. Wie kriegen Sie diesen Spagat mit Ihrer Regierungsverantwortung hier im Land hin? Das ist etwas, was mich doch interessiert.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Angelika Gramkow, PDS: Ich denke, Herr Thomas, dass nach den Reden, vor allen Dingen des Ministerpräsidenten und auch der SPD-Fraktion, klar geworden ist, dass wir gemeinsam im Interesse der Menschen dieses Landes angetreten sind, auch für Verbesserungen bei der Agenda 2010 zu streiten und zu kämpfen. Dass man bun-

despolitisch, weil wir zum Glück zwei unterschiedliche Parteien sind, unterschiedlicher Auffassung ist, das gehört dazu. Aber die Plattform der gemeinsamen Zusammenarbeit, zum Beispiel den Sozialabbau, nicht allein auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger zu betreiben, denke ich, da sind wir uns zutiefst einig. Leider scheint sich allerdings die CDU weit davon entfernt zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Reinhardt Thomas, CDU: Danke.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident. Meine Damen und Herren Abgeordnete! Herr Backhaus ich stehe dazu, dass die Renten von 1990 (40 Prozent Ost) und 1998 (84 Prozent Ost) die durchschnittliche Rente erreicht haben. Das, glaube ich – und wenn ich mich richtig erinnern kann, hat die SPD in den Anfangsjahren auch diesen Rentenerhöhungen zugestimmt –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

das waren wir insbesondere der Kriegsgeneration im Osten schuldig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

Das ist einfach soziale Verantwortung gewesen. Und wenn Sie beklagen, dass bei der Arbeitslosenversicherung, bei der Rentenversicherung, bei der Krankenversicherung bis auf wenige Ausnahmen das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland einheitlich in allen 16 Bundesländern gestaltet worden ist, dann muss ich auch in Kauf nehmen – weil natürlich die Einkommenssituation gar nicht da war, die Bruttolöhne –, dass dieses steuerfinanziert passieren musste.

Herr Backhaus, zwei Dinge. Über Jahre hinweg, gerade zwischen 1999 und 2002, sind massiv Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt an die Bundesanstalt für Arbeit gegangen. Wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, bekommt die Rentenversicherung, damit sie überhaupt tragfähig ist, 77 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt. Das sind die Tatsachen! Herr Backhaus, nehmen Sie auch das bitte zur Kenntnis, dass in den letzten fünf Jahren die Rentenangleichung fast zum Stoppen gekommen ist. 1998 84 Prozent, heute 87 Prozent! Das heißt, Sie haben unter Rot-Grün in knapp fünf Jahren gerade mal 3 Prozent geschafft. Herr Kollege Backhaus, wenn Sie sagen, dass wir die Deutsche Einheit über die Verschuldung der Sozialsysteme finanziert haben, dann ist das nicht korrekt. Das Wichtigste war 1990, die Einheit zu gestalten, und das Nächste, was die Menschen erwartet haben, dass sie gerade in den Bereichen – und das war schwierig genug – nicht das Gefühl hatten, Menschen dritter oder vierter Klasse zu sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das war das Entscheidende in diesen Jahren.

Ich bin, Herr Kollege Backhaus, sehr dafür, dass wir gemeinsame Initiativen gegen die Abwanderung entwickeln. Doch auch hier bleiben Sie bei der Wahrheit! 1997 hatten wir eine schwarze Null im Saldo der Abwan-

derung. 1998 waren es 3.400 im Saldo und jetzt haben wir weit über 12.000.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da ist Helmut Kohl dran schuld!)

Dann lassen Sie uns doch gemeinsam daran arbeiten, die Leistungsträger im Land zu halten. Ich habe genug Sozialkundeunterricht an Gymnasien gehalten, ob in Boizenburg oder in Demmin. Da schlagen wir die Zusammenarbeit überhaupt nicht aus. Nur was wir nicht mit uns machen lassen, ist, dass Sie so tun, als ob Sie erst seit dem heutigen Tag regieren. Nein, Sie waren von 1994 bis 1998 in der politischen Verantwortung. Sie tragen seit 1998 mit der PDS gemeinsam die politische Verantwortung in diesem Land. Stehen Sie auch zu den negativen Aspekten von politischer Verantwortung, genauso wie zu den positiven!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Backhaus, wir können uns ja nun wirklich darauf verständigen, wie man mit einem Antrag umgeht. Kollegin Gramkow, man kann nicht auf alle Dinge der Regierungserklärung von Gerhard Schröder vom 14. März eingehen. Nur, Herr Kollege Backhaus, Sie sind auf überhaupt keinen Punkt eingegangen, auf gar keinen. Ich hätte eigentlich erwartet, dass Sie einen Zwischenruf „Zur Sache!“ bekommen. Wenn Sie wirklich so lax einfach dem Bundeskanzler Schröder folgen oder sagen, na unsere Stimme im Bundesrat ist ja sowieso nicht notwendig, der ist eh unionsdominiert, lass die mal machen, dann frage ich mich wirklich: Wie sehen Sie politische Verantwortung? Sie sind alle substantiellen Antworten auf die Punkte der Regierungserklärung von Schröder schuldig geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

An keiner Stelle sind Sie irgendwo bereit oder auch fähig gewesen, eine Antwort zu geben. Und, Herr Kollege Backhaus, man sollte den Landtag nicht mit dem eigenen Landesparteitag verwechseln. Ich bin Ihnen ja ungeheuer dankbar, dass Sie uns hier insbesondere die Positionen der CSU aufgezeigt haben. Das, was Edmund Stoiber vorschlägt, mag für den Freistaat Bayern möglicherweise richtig sein, denn die haben eine Arbeitslosenquote von knapp unter sechs Prozent. Die haben allein im Hotel- und Gaststättengewerbe 15.000 freie Arbeitsstellen und so weiter und so fort. Das ist doch ein erfolgreiches Bundesland.

(Klaus Mohr, SPD: 30 Jahre für gebraucht, Herr Rehberg.)

Aber was Sie vergessen – ich bin sofort fertig, Herr Präsident –, regiert wird hier von SPD und PDS und in Berlin von SPD und Grünen. Die Gesetze werden über den Deutschen Bundestag eingebracht. Dann wird man sich im Bundestag und im Bundesrat darüber unterhalten. Deswegen ist in erster Linie interessant, was sagt der Bundeskanzler und wie steht diese Landesregierung dazu, die hier in diesem Land Verantwortung trägt. Herr Kollege Backhaus, Sie haben als Landesvorsitzender einer großen Partei auch Verantwortung für dieses Land und deswegen erwarten wir Antworten zu den Punkten beim Sozialsystem und keine Büttenrede. Die können Sie in Valluhn oder in Satow halten. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rehberg.

Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Abgeordnete Backhaus für die Fraktion der SPD.

Dr. Till Backhaus, SPD: Herr Rehberg, ich mache es wirklich kurz. Ich habe mich bemüht Ihnen dazustellen, wo unsere Schwerpunkte liegen werden. Dieses als eine Büttenrede zu bezeichnen, das ist von Ihnen schon bemerkenswert. Die Karnevalszeit ist ja nun bekanntlich eine ganze Weile zu Ende. Wenn ich das richtig aufgenommen habe, das, was Sie da in Demmin losgelassen haben, das soll ja auch nicht so ein doller Schreier gewesen sein. Aber gut, das lassen wir jetzt mal dahingestellt sein. Ich will nur noch eines deutlich machen, denn Fakt ist, dass mit Regierungsübernahme in Berlin die CDU den Menschen in Deutschland einen Schuldenberg von 1.500 Milliarden DM hinterlassen hat.

(Reinhardt Thomas, CDU: Der ist aber schon vorher hinterlassen worden, schon 1989. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Das ist so! Das muss man jetzt einfach mal festhalten. Die jungen Menschen und die ältere Generation im Lande, die wissen ganz genau, dass man Maßnahmen einleiten muss, damit wir wieder handlungsfähig werden. Dafür stehe ich! Ich werde, gemeinsam mit der Fraktion und gemeinsam auch im Verantwortungsumfeld, in dem wir hier stehen, meine gesamte Kraft dafür einsetzen!

Es hilft doch nichts, Herr Rehberg, Sie müssen auch schon einmal klar sagen, was Sie nun eigentlich wollen. Sie haben ein paar Aspekte rausgegriffen. Aber Fakt ist, Sie stehen zu Ihrer Landesvorsitzenden und zu Ihrer Bundesvorsitzenden. Sie sind im Kompetenzteam von Herrn Stoiber gewesen, dann machen Sie sich doch stark dafür, dass die Dinge, die Herr Stoiber hier für den Osten beziehungsweise für die strukturschwachen Gebiete vorhat, schlicht und ergreifend nicht so umgesetzt werden dürfen. Dann würden Sie ja auch schon mal etwas Deutliches artikulieren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sie lesen ja nicht einmal Zeitung, Herr Backhaus! Nicht mal das!)

Jaja, den „Markt“ und den „Extra“ habe ich auch schon gelesen. Ich fand auch schon bemerkenswert, was da so dringestanden hat. Aber damit werden Sie auch nicht ernster genommen im Lande! Lassen Sie uns in Ruhe und Sachlichkeit über diese Dinge reden, denn Mecklenburg-Vorpommern hat es wirklich verdient! Diese Schaukämpfe, die von Ihnen ja zunächst zelebriert werden, die führen natürlich logischerweise dazu, dass es eine Gegenreaktion hervorbringt. Damit müssen Sie einfach rechnen. Sie können bei mir auch damit rechnen,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

dass ich diese Sachen beim Namen nennen werde. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Backhaus.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/329. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/329 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Ablehnung der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2002/2003, zur Änderung anderer Rechtsvorschriften sowie über die Errichtung eines Sondervermögens „Sanierung ökologischer Altlasten in Mecklenburg-Vorpommern“ (Haushaltsrechtsanpassungsgesetz 2003 – HRAG 2003), auf Drucksache 4/200, hierzu Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses auf den Drucksachen 4/350, 4/351, 4/352, 4/353, 4/354(neu), 4/355, 4/356, 4/357, 4/358, 4/359, 4/360, 4/361, 4/362, 4/363, 4/364 und 4/365. Hierzu liegen Ihnen insgesamt acht Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 4/390 bis 4/397 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2002/2003, zur Änderung
anderer Rechtsvorschriften sowie über
die Errichtung eines Sondervermögens
„Sanierung ökologischer Altlasten in
Mecklenburg-Vorpommern“ (Haushalts-
rechtsanpassungsgesetz 2003 – HRAG 2003)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 4/200 –

**Beschlussempfehlungen und Bericht
des Finanzausschusses**
– Drucksachen 4/350, 4/351, 4/352,
4/353, 4/354(neu), 4/355, 4/356,
4/357, 4/358, 4/359, 4/360, 4/361,
4/362, 4/363, 4/364, 4/365 –

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
– Drucksachen 4/390, 4/391, 4/392, 4/393,
4/394, 4/395, 4/396, 4/397 –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Riemann. Bitte schön, Herr Vorsitzender, Sie haben das Wort.

Wolfgang Riemann, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landtag hat vor circa zwei Monaten dem Finanzausschuss federführend und den Fachausschüssen zur Mitberatung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2002/2003, zur Änderung anderer Rechtsvorschriften sowie über die Errichtung eines Sondervermögens „Sanierung ökologischer Altlasten in Mecklenburg-Vorpommern“, kurz gesagt Haushaltsrechtsanpassungsgesetz 2003, vorgelegt und überwiesen. 1.296 Seiten umfasst dieser Entwurf.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Mit Austauschseiten oder ohne?)

Ohne Austauschseiten!

Neben der Drucksache 4/200, die ich eben erwähnt habe, künden die Drucksachen 4/350 – der Parlamentspräsident hat sie einzeln vorgelesen, ich erspare mir die Aufführung der einzelnen Drucksachen – bis 4/365 von der Fleißarbeit des federführenden Ausschusses und der Fachausschüsse von insgesamt 261 Seiten. Frau Gramkow, da sind aber noch nicht die vielen Drucksachen mit drin, die uns noch während der Beratung in den Ausschüssen und im Fachausschuss erreichten.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um den Mitgliedern der Fachausschüsse und des Finanzausschusses Dank für diese Fleißarbeit zu sagen. Ich möchte auch Dank

sagen den Sekretariaten der Fachausschüsse, insbesondere dem Sekretariat des Finanzausschusses und den Sekretariaten der Fachausschüsse. Ich möchte mich aber auch bei den Mitarbeitern des Finanzministeriums und dem Landesrechnungshof bedanken, die uns in der Beratung hilfreich zur Seite standen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

In der Drucksache 4/365 finden Sie die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse sowie die wesentlichen Ergebnisse der Beratungen des Finanzausschusses zum Gesetz, zu den Änderungen anderer Rechtsvorschriften und der Errichtung des Sondervermögens. Das ist eine wirklich lesenswerte Drucksache, auch wenn wir diesmal nicht hineingeschrieben haben, wer bis hierin liest, bekommt ein Mittagessen ausgegeben. Das haben wir uns erspart. Aber ich denke, man sollte die Drucksache auch trotzdem lesen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf kurz noch auf eine redaktionelle Änderung in der Drucksache 4/350 hinweisen. Wir finden hier unter 1.2., Ziffer 2, die Einführung eines neuen Buchstaben c). Deshalb muss auch im Artikel 7 der Drucksache 4/200 im Absatz 3 eine Verschiebung der Buchstaben von e) und f) zu f) und g) erfolgen. Sie können das in den Drucksachen entsprechend nachlesen. Es ist auch logisch, denn wenn ein Buchstabe eingefügt wird, dann muss ich auch in der anderen Drucksache die Buchstabenfolge ändern. Das ist ein redaktionelles Versehen. Ich bitte das entsprechend zu korrigieren. Und redaktionell, denke ich, sollten wir immer, auch wenn es nicht in den Drucksachen drinsteht, vom Finanzausschuss des Landtages reden. Wir werden ja nicht den Finanzausschuss der Stadt Schwerin meinen.

Sehr geehrte Damen und Herren, inhaltlich bestand bei den Einzelplänen oft große Übereinstimmung, die Absenkung, die uns durch den Vorschlag der Landesregierung erreichte, zu korrigieren. Beispielhaft nenne ich hier die Frauen- und Mädchenhäuser, die Zuwendung für Musikschulen, die Unterstützung für den Neubau eines Forschungsschiffes und – das war in der ursprünglichen Drucksache noch nicht drin, werden Sie jetzt sagen, Herr Dr. Bartels, aber wir haben sie in Übereinstimmung mit hineingebracht – die Unterstützung bei der Stärkung der Schuldnerberatungen. Im Ziel waren sich hier sowohl die Koalitionsfraktionen als auch die Opposition einig, die von der Regierung vorgeschlagenen Absenkungen ganz oder teilweise wieder aufzuheben.

Die Koalitionsfraktionen und die Opposition haben lediglich unterschiedliche Deckungsvorschläge für ihre Anträge unterbreitet. Die Koalitionsfraktionen erreichten im Wesentlichen die Deckung durch Einzeltitel bei sächlichen Verwaltungsausgaben. Die CDU-Fraktion hat in ihren Vorschlägen die Deckung aus Einzeltiteln bei sächlichen Verwaltungsausgaben und eine globale Minderausgabe im Einzelplan 11 bei sächlichen Verwaltungsausgaben vorgeschlagen. Sie finden diese Einzelvorschläge und das Abstimmungsverhalten in der Drucksache 4/365.

Zusammenfassend kann ich hier berichten, dass die Vorschläge der Koalitionsfraktionen, wen wundert es, mehrheitlich im Finanzausschuss Zustimmung fanden. Die Vorschläge der CDU-Fraktion wurden, bis auf einen, mehrheitlich abgelehnt. Dieser Vorschlag der CDU-Fraktion – und ich bin glücklich drüber, dass wir dort zumindest den Kompromiss gefunden haben – betrifft das

Haushaltsgesetz und er wurde in modifizierter Form angenommen. Er beinhaltet die Unterrichtung des Finanzausschusses, die Zustimmung des Finanzausschusses sowie eine zeitnahe Unterrichtung des Landtages beispielsweise bei Veränderungen im Stellenplan, bei Poolstellen, die Ermächtigung zu Mehrausgaben sowie die Finanzzuweisung für die kommunalen Landesverbände und den kommunalen Sozialverband.

Ich denke, meine Damen und Herren, das entspricht dem Selbstverständnis dieses Hauses, dass wir sagen, wir sind das Parlament, wir sind der Haushaltsgesetzgeber und die Landesregierung hat unsere Vorgaben umzusetzen. Und wenn sie abweichend von unseren Vorgaben etwas anders regeln will, dann soll sie bitte den Landtag oder zumindest den Finanzausschuss unterrichten und sich die Zustimmung dort auch teilweise einholen. Wir stärken hier die Rechte des Parlamentes, das können wir ganz bewusst sagen, wir sind der Haushaltsgesetzgeber!

Sehr geehrte Damen und Herren, wir können mit dem Nachtragshaushalt der Landesregierung die Ermächtigung geben, über 7.403.084.500 Euro im Ursprungshaushalt, jetzt 4.402.973.700 Euro auszugeben, einzunehmen und auszugeben, das sind knapp 900.000 Euro mehr. Wir müssen dafür statt 250,7 Millionen Euro 826 Millionen Euro an Krediten auf dem Kapitalmarkt aufnehmen. Lassen Sie uns in diesem Moment einmal innehalten und die Zahlen auf uns wirken. Ich meine, wir sollten auch darüber nachdenken, ob wir diesen Weg in den kommenden Jahren weiter so fortschreiten wollen. Ich sage, wir haben marginale Änderungen hier im Parlament herbeigeführt, und ich glaube, 1,3 Millionen Euro sind in etwa anders umverteilt worden. Aber haben wir dann auch wirklich die richtigen Impulse für Wirtschaftswachstum ausgelöst?

(Angelika Gramkow, PDS: Das spricht für das
Gutsein des vorgelegten Entwurfs, Herr Riemann.)

Ich beziehe mich auf die aktuellen Zahlen, die uns ja allen bekannt sind, wie die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wirkt. Und ich sage, ja, lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken – und wir müssen in den kommenden Jahren verstärkt darüber nachdenken –, welche Wege will dieses Land in die Zukunft gehen, wo müssen wir schmerzhaft Einschnitte vornehmen! Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken, Opposition und Koalition, dass wir uns nicht an diesen Einschnitten mit gegenseitigen Vorwürfen das Leben schwer machen, sondern darüber nachdenken, welche Einschnitte sind notwendig, damit Zukunftsfelder künftig finanziert werden können! Lassen Sie uns auch darüber nachdenken, ob es mit einer gleichmäßigen Belastung getan ist oder ob wir mehr auf den Zukunftsfeldern Bildung, Technologie, Infrastruktur, und ich zähle dazu auch noch die Kommunal Finanzen, ausgeben wollen! Denn eins müssen wir auch feststellen, so finanzschwach sind wir heute noch nicht. Wir haben etwa 42 Prozent Mehreinnahmen und Mehrausgaben gegenüber einem Normalhaushalt. Wir haben eine Perspektive, die sich bis 2019 hinzieht, die möglicherweise 2006 mit dem Neubeginn der EU-Förderperiode für dieses Land schon zu schmerzhaften Einschnitten kommen kann.

(Angelika Gramkow, PDS: Das wollen wir
ja verhindern. Wir haben einen Entwurf!)

Ich denke, wir müssen uns darauf gemeinsam vorbereiten, damit dieses Land lebensfähig bleibt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Riemann.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 120 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne damit die Aussprache.

Als Erstes hat das Wort der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, der Abgeordnete Herr Schlotmann. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider muss ich wieder einmal feststellen, dass die Kollegen der CDU-Fraktion, zumindest die Fraktionsführung, Themen für Anträge oder überhaupt für Debatten immer nur unter den Kriterien Medienträchtigkeit und deren Verarbeitung in den Medien im Sinne der CDU, sprich Schlagzeilen gegen die Regierung und letztendlich auch immer wieder gegen das Land, hier auf die Tagesordnung packen. Denn wir sehen ja nun wirklich, es lichten sich die Reihen ganz erheblich, während man doch immer betont, wie wichtig man hier als Parlamentsfraktion sei. Hier seien zumindest Zweifel daran angebracht, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Als – wie der Kollege ja richtigerweise sagte – Gesetzgeber zuständig für den Haushalt würde ich mir mehr wünschen, dass wir im Sinne Ihrer Rede, Kollege Riemann, dann auch tatsächlich im Parlament etwas vernünftiger zusammenarbeiten können. Denn ich denke, auch die vorhergehende Debatte hat gezeigt, dass wir alle da noch ein Stück weit an uns arbeiten müssen, und ich schließe davon gar keinen aus. Ich hoffe, dass wir im Rahmen der Haushaltsberatungen das anders hinbekommen, insbesondere natürlich bei den anstehenden Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt, weil ich Ihr Agieren im Finanzausschuss und auch in den anderen Fachausschüssen schon ein Stück weit so interpretiere, dass Sie hier strategisch bestimmte Weichen gestellt haben genau für die Debatte zum Doppelhaushalt. Aber da werden wir sehr genau drauf aufpassen, da können Sie sich letztendlich drauf verlassen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt für das Jahr 2003 in Zweiter Lesung, das heißt, notwendiges Übel zu gestalten, und zwar so zu gestalten, dass im Rahmen unserer Möglichkeiten die damit verbundenen Probleme abgearbeitet werden können. Deshalb sind an dieser Stelle oppositionelle Schadenfreude, kollektives Gejammer oder/und Besserwisserei unangebracht.

Meine Damen und Herren, Abstimmung über diesen Nachtragshaushalt heißt aber auch, Farbe bekennen, heißt bekennen, wer bereit und in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung zu tragen, und nicht nur Feiertagsreden zu halten, sondern auch unbequeme Entscheidungen mitzutragen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Allerdings kann ich mir denken, wie das heute hier wieder ausgehen wird. Ich kann mir vorstellen, wer dann am Ende bereit ist, Verantwortung zu tragen. Und ich sage Ihnen, die Koalition aus SPD und PDS wird sich bei diesem Nachtragshaushalt einmal mehr als handlungsfähig erweisen. Wir werden diesem Nachtragshaushalt in der

vorliegenden Fassung zustimmen und Sie, meine Damen und Herren von CDU, werden dagegenstimmen.

(Egbert Liskow, CDU:
Davon können Sie ausgehen.)

Damit sind die Fronten klar. Ich sage Ihnen das ganz bewusst: Wir gestalten und Sie verweigern!

Meine Damen und Herren, ich habe es in der Aussprache zur Ersten Lesung angekündigt, und zwar, dass dieser Nachtragshaushalt der Landesregierung die parlamentarischen Beratungen nicht unverändert durchlaufen werde. Ich hatte angekündigt, dass die Koalitionsfraktionen Schwerpunkte in die Beratungen einbringen und umsetzen würden. Und genau so ist es, meine Damen und Herren, geschehen. Wir haben in sehr enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Ministerien, und hier an erster Stelle mit dem Finanzministerium, Umschichtungen im Haushalt vorgenommen und Ansätze gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf verändert. Dies zeigt, dass wir unsere Aufgabe sehr ernst nehmen und in der Lage und willens sind, Schwerpunkte zu setzen und sie dann auch durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, wir haben nachgebessert bei Frauen- und Mädchenhäusern, bei Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen, bei Suchtprävention, bei der Kriminalprävention, bei Integrationsprojekten für Lesben und Schwule, für den Landesjugendring, bei den Jugendfeuerwehren, den Musikschulen, der Straffälligenhilfe, beim Umweltschutz und bei Investitionen für nachwachsende Rohstoffe – und zugegebenermaßen an der einen oder anderen Stellen sogar im Einklang mit der Union. Das begrüße ich hier noch einmal ganz ausdrücklich.

Für uns als Koalition, aber vor allem für die SPD-Fraktion, ist es von zentraler Bedeutung, dass wir gehandelt haben im Zusammenhang mit der dramatischen Ausbildungsplatzsituation. Bis zu 10 Millionen Euro aus Landesmitteln und korrespondierenden ESF-Mitteln können für weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes eingesetzt werden. Und ich denke, da sollten wir gemeinsam froh drüber sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Um eins klarzustellen: Bei jedem einzelnen dieser von mir vorgetragenen Punkte und darüber hinaus hätte ich mir viel mehr vorstellen können. Da bin ich mir einig mit fast allen Fachpolitikern. Aber wichtig ist, dass wir überhaupt nachbessern konnten, dass wir überhaupt nachgebessert haben, leider aber nur an einigen Stellen Schmerzen haben lindern können.

Und was für mich auch sehr wichtig ist, ich hatte in der Ersten Lesung ebenfalls gefordert, dass man sich auf solche Punkte konzentrieren möge, wo Ansatzserhöhungen mittelfristig gesichert werden können. Damit habe ich keinen dogmatischen Besitzstandswahrungen das Wort geredet. Nein, ich wollte eigentlich sehr klar machen, dass es eben keinen Sinn macht, notwendige Strukturentscheidungen durch kurzfristige Ausgabenerhöhungen im Nachtragshaushalt um wenige Monate bis zum nächsten Haushalt zu verschieben.

Und die CDU? Meine Damen und Herren der CDU, was soll eigentlich diese Frage. Wie üblich kamen dann zahlreiche Anträge für Mehrausgaben, aber von solider Deckung keine Spur. Und ich kann daraus nur ableiten, Sie scheinen sich in Ihrer Oppositionsrolle, auch was das

Thema Haushalt anbelangt, sehr wohl zu fühlen. Bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, sind doch auch die meisten Abgeordneten kommunalpolitisch aktiv.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Dann denken Sie doch mal an die Kommunalverfassung! Da gibt es eine Regelung, wonach bei jedem Antrag für Mehrausgaben immer zugleich auch ein konkreter Deckungsvorschlag eingebracht werden muss.

(Wolfgang Riemann, CDU: Haben wir!)

Nur, so haben Sie weder früher, weder im Bund noch hier im Land Finanzpolitik gemacht. Für Sie war es ja immer einfacher, Geld auszugeben, ohne darüber nachzudenken, woher das Geld kommt. Wobei ich mich natürlich korrigieren muss, das gebe ich zu, einen grandiosen Deckungsvorschlag hatten Sie dann natürlich doch parat.

(Wolfgang Riemann, CDU: Welchen meinen Sie denn, Herr Schlotmann?)

Aber Ihre mehr als 9 Millionen Euro Ansatzveränderungen sollten über globale Minderausgaben gedeckt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Nicht nur!)

50 Millionen Euro, davon 20 Millionen Euro aus dem Bereich der Hochbaumaßnahmen, sollte die Landesregierung durch globale Minderausgaben zusätzlich erwirtschaften. Da kann ich nur sagen, toll.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Diese globale Minderausgabe käme dann zu der ohnehin aus allen Einzelplänen zu erbringenden globalen Minderausgabe in Höhe von 30 Millionen Euro hinzu. Wie das aussehen soll, darauf ist die CDU wie üblich die konkrete Antwort schuldig geblieben. Aber Sie haben ja gleich noch die Gelegenheit, dies sachlich fundiert zu begründen. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Schaufensterreden zu halten ohne konkrete Substanz, darin sind Sie dann wieder recht groß.

Meine Damen und Herren, ich komme da zu einem aktuellen Beispiel. Der Kollege Ringguth hat, ich sag es mal ein bisschen salopp, soeben mal 100 Millionen Euro mehr für die Kommunen gefordert. Wenn wir sie hätten, hätten Sie in mir den intensivsten Verfechter, dass wir das machen. Wenn wir uns das leisten könnten, wenn wir das Geld auf der Kante hätten, würden wir es sofort machen. Nur, ich frage Sie wirklich noch einmal ernsthaft: Woher nehmen? 100 Millionen Euro mehr Neuverschuldung? So, wie Sie es früher gemacht hätten? Das geht nicht. Dann wäre der Haushalt verfassungswidrig und da wären Sie die Ersten, die schreien. Also wo ist der konkrete Deckungsvorschlag? Weitere 100 Millionen zusätzlich aus den globalen Minderausgaben? Ich sage Ihnen, so kann man keine ernsthafte Politik machen. Ich kenne keinen in der SPD-Fraktion, der sich nicht für 100 Millionen Euro mehr für die Kommunen einsetzen würde, wenn es finanzierbar wäre, wenn es in den finanzpolitischen Gesamtkontext passen würde. Und dass Sie das eigentlich auch nicht ernsthaft wollen, wird für uns zumindest daran deutlich, dass es einen solchen Antrag in den Haushaltsberatungen von Ihnen nicht gegeben hat. Ich sage Ihnen noch einmal, so kann und sollte man keine Politik betreiben.

Meine Damen und Herren, das ist die Art der Opposition in diesem Land, Politik zu machen, hier so zu reden,

draußen wieder ganz anders, hier hü, dort hott. Mit Glaubwürdigkeit hat das nicht allzu viel zu tun. Und wie einheitlich Sie dabei agieren und wie gut Ihr Landesvorsitzender, sage ich jetzt mal, die öffentlichen Äußerungen auch zu solchen Themen im Griff hat, durften wir ja in der zurückliegenden Woche wieder einmal erleben. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft, kurz CDA, die Kollegen schätze ich sehr, hat uns allerdings als Koalition in Mecklenburg-Vorpommern vorgeworfen, wir würden viel zu viel Landespersonal abbauen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, was denn nun? Sie, Herr Rehberg – wahrscheinlich in den Presserräumen gerade aktiv –, Sie, Herr Rehberg, sagen uns, wir würden viel zu wenig Personal abbauen. Ihre christlich-demokratischen Arbeitnehmer sagen das Gegenteil.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich nenne einige Fakten zu dem Punkt:

Erstens. Diese Koalition hatte sich in der Koalitionsvereinbarung von 1998 auf einen Personalabbau verständigt und hat diesen auch umgesetzt beziehungsweise sogar noch überumgesetzt, wenn man so will.

Zweitens. Diese Koalition hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung von 2002 auf einen Personalabbau verständigt und wird diesen auch umsetzen.

Drittens. Da unterscheiden wir uns vielleicht, aber das sollten Sie dann auch wirklich mal öffentlich bekunden, dieser Personalabbau erfolgt nicht durch betriebsbedingte Kündigungen.

Dieser Weg ist trotzdem alternativlos. Wir werden den Arbeitsmarkt durch diesen Personalabbau nicht belasten, so, wie das Ihre Politik im Allgemeinen ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, diese Zweite Lesung des Nachtragshaushaltes ist ein nicht zu unterschätzender, aber eben doch nur ein Zwischenschritt. In wenigen Monaten haben wir die nächsten Haushaltsberatungen anstehen. Der nächste Doppelhaushalt für die Jahre 2004 und 2005 ist dann zu beraten. Und ich denke, ich trage Eulen nach Athen, wenn ich hier sage, dass die finanziellen Rahmenbedingungen sich wahrscheinlich nicht wesentlich verbessern. Das macht das Agieren für die Landesregierung und uns als Koalition, aber auch für uns als Parlament nicht eben leichter. Leider, so muss man ehrlicherweise eingestehen, für die Politik gibt es schon lange keine Wohltaten mehr zu verteilen. In diesem Bewusstsein der Verantwortung, die wir alle tragen, und zwar Regierungskoalition und -fraktionen wie auch die Opposition, angesichts der Tatsache, dass der vorliegende Nachtragshaushalt über alle Einzelinteressen hinweg versucht, die Lasten aller gerecht zu verteilen, möchte ich dafür werben, diesem Nachtragshaushalt zuzustimmen, meine Damen und Herren.

Ich möchte zum Schluss eine Anmerkung machen, die indirekt sicherlich nur mit dem Haushalt zu tun, aber massive Auswirkungen hätte, wenn sich das durchgesetzt hätte, was die Union wollte. Es ist in der Debatte vorhin zu einem anderen Punkt hier eine Aussage zum Föderalismuskonvent durch den Kollegen Rehberg getroffen worden. Ich sage Ihnen eins, ich habe mir wirklich vorgenommen, heute sehr ruhig und gelassen dieses Thema hier zu diskutieren. Aber wenn hier wirklich in infamer Weise die

Tatsache verdreht wird, dass es die CDU in diesem Konvent war, die die Steuerhoheit, und zwar insgesamt, allein auf die Länder übertragen wollte und damit genau weiß – und da hat Ihr Kollege Rehberg nicht dagegeengehalten –, dass mit diesem Vorteil die Südschiene uns hier ausbremst und wir im Nordosten dann wirklich eine Sahelzone werden, diese Ehrlichkeit hätte ich auch von einem Kollegen Rehberg erwartet. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schlotmann.

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Dr. von Storch für die Fraktion der CDU.

Dr. Henning von Storch, CDU: Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Nachtragshaushalt 2003. Wenn ich die bisherigen Ausführungen von Herrn Schlotmann – ich glaube, er ist gar nicht da – zur Kenntnis genommen habe, dann habe ich den Eindruck, dass die Opposition im Wesentlichen Schuld an allem trägt, was hier in Mecklenburg schlecht läuft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Margret Seemann, SPD: Na ja, an allem nicht.)

Meine Damen und Herren, ich frage mich, ob eine solche permanente Schuldzuweisung eigentlich zu den Sternstunden dieses Parlaments gehört, jedenfalls für einen Neuling ist das nicht der Fall. Es genügt auch nicht, wenn man die Opposition damit überzieht, sie habe keine solide Haushaltspolitik gemacht. Ich komme darauf noch im Einzelnen zurück. Nicht immer ist Angriff die beste Verteidigung. Und die permanenten Belehrungen, wie wir Politik zu betreiben haben, die sollte man tunlichst sein lassen. Die sind überflüssig wie ein Kropf. Und wenn unsere CDA eine Meinung äußerst zum Personalabbau, dann ist das eine Meinungsäußerung, die in den Grundsatz der Meinungsfreiheit gehört, und als solche zu respektieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Kerstin Fiedler, CDU, und Angelika Gramkow, PDS)

Da kommen wir sehr schnell an die Frage des Demokratieverständnisses innerhalb der Parteien,

(Reinhard Dankert, SPD: Das haben wir auch nicht in Frage gestellt.)

darüber sollten wir lieber nicht diskutieren.

(Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD: Fragen gehört doch genauso zur Meinungsfreiheit. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Nachtragshaushalt befasst. Wir werden diesem Nachtragshaushalt bis auf den Einzelplan 02 unsere Zustimmung nicht geben können.

(Angelika Gramkow, PDS: So, so!)

Wir sind der Auffassung, dass der vorgelegte Nachtragshaushalt nicht in die aktuelle gesamtwirtschaftliche Situation der Bundesrepublik und in Mecklenburg gehört. Und wir sind auch der Auffassung, dass aufgrund unserer

geringen Steuerdeckungsquote für uns die Gesamtsituation Deutschlands maßgeblich ist und zugrunde gelegt werden muss bei all unseren politischen Überlegungen. Wir sind nun einmal eingebettet in die Situation, die wir insgesamt in Deutschland haben.

Meine Damen und Herren, ich erkenne ausdrücklich an, dass das Finanzministerium, dass die Landesregierung sich bemüht hat, die Staatsausgaben zu begrenzen. Das ist in dem vorgelegten Entwurf deutlich worden. Ich muss aber auch sagen, dass die Einsparungen, die vorgelegt worden sind, per saldo zu gering sind. Und dass dieser Sparkurs am Ende nicht durchgehalten wurde, das haben wir in den letzten Sitzungen im Finanzausschuss gesehen, als es um die sozialen Wohltaten ging, die doch noch zu verteilen waren.

(Rudolf Borchert, SPD: Sie möchten noch schneller und noch stärker sparen. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich zitiere den Bundeskanzler Schröder, der gesagt hat, wir können nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben. Daran sollten wir uns bei all unseren Überlegungen regelmäßig messen lassen, meine Damen und Herren.

(Jörg Heydorn, SPD: Das müssen Sie aber zuerst Herrn Rehberg erzählen. – Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Der Nachtragshaushalt enthält Einsparungen von rund 70 Millionen Euro,

(Angelika Gramkow, PDS: 74!)

also weniger als ein Prozent des Haushaltsvolumens. In unserem Nachbarland Brandenburg sind es vier Prozent. Dort ist der Haushalt auch nicht 1.300 Seiten stark, sondern nur 359.

(Angelika Gramkow, PDS: Außerdem mussten die erst einmal Hausaufgaben machen. Die waren hier längst erledigt.)

Und die Ausgabenquote in Brandenburg beträgt auch, meine Damen und Herren, für sächliche Verwaltungskosten 3,4 Prozent, bei uns 4,7 Prozent. Auch das bedarf einmal darüber nachzudenken. Wir sind der Auffassung, dass wir gar nicht drum herumkommen, zunehmend deutlicher zu sparen.

Zunächst zu den Einnahmen: Wir halten die Einnahmen für zu optimistisch. Wir können die Einnahmen, die uns ins Haus stehen, von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht abkoppeln. Laut Monatsbericht Februar 2003 der Deutschen Bundesbank hat die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2002 um 0,2 Prozent zugenommen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich damit – und das ist für uns hier Ausgangspunkt, meine Damen und Herren – seit über zwei Jahren in der Phase einer quasi Stagnation, nicht nur begründet durch die weltweite Wachstumsabschwächung, so die Bundesbank ausdrücklich – und Sie wissen, wer deren Präsident ist, meine Damen und Herren –, sondern zunehmend durch hausgemachte Ursachen wie Rigiditäten am Arbeitsmarkt, die hohen Steuer- und Abgabenbelastungen, Fehlanreize in den sozialen Sicherungssystemen.

Nicht zuletzt haben danach – und das hat die Bundesbank ausdrücklich gesagt – die Unsicherheiten über den wirtschaftspolitischen Kurs die Grundstimmung in der

Wirtschaft belastet. Die EU schätzt für 2003 das Wirtschaftswachstum in der gesamten Union auf 1 Prozent, für Deutschland, meine Damen und Herren, lediglich auf 0,4 Prozent. Ich halte auch das noch angesichts der bekannten neueren Exportrisiken für reichlich optimistisch. Und dass die Bundesentwicklung durchschlägt auf die schwächeren Bundesländer und damit auf unser Land Mecklenburg-Vorpommern, bedarf keiner weiteren Begründung.

(Ministerin Sigrid Keler: Das ist wahr.)

Vergessen wir nicht, das Land hat eine Deckungsquote in diesem Jahr von 41,7 Prozent ohne Länderausgleich, wenn die bis dahin geschätzten Steuereinnahmen tatsächlich realisiert werden. Zu befürchten ist, meine Damen und Herren, dass es bei der Steuerschätzung im Mai ein böses Erwachen geben wird. Bei der Lohnsteuer kalkuliert die Landesregierung mit Mehreinnahmen von 23 Prozent zum Ansatz 2002. Das ist angesichts der allgemein bekannten Arbeitslosigkeit, die wir zurzeit haben, höchst risikobehaftet, ist zumindest leichtfüßig. Das Bundesland Thüringen hat 13 Prozent Zunahme prognostiziert, Schleswig-Holstein 6 Prozent. Meine Damen und Herren, Letzteres halte ich für realistisch.

Wenn wir uns die Ausgangslage noch einmal vor Augen führen: Angesichts der Tatsache, dass wir mit der strukturellen Arbeitslosigkeit nicht fertig werden, dass wir im Jahre 2003 im Zweifel wieder mit einem Nullwachstum zu rechnen haben und uns eine ungebremste Abwanderung aus Mecklenburg-Vorpommern ins Haus steht, dann ist die Situation in der Tat alarmierend.

Und es gehört auch in das Gesamtbild der öffentlichen Finanzen, meine Damen und Herren, dass im Jahre 2002 die Verschuldung aller Gebietskörperschaften insgesamt laut Auskunft der Bundesbank um 55 Milliarden Euro zunahm und sich am Jahresende 2002 auf 1.277.000 Milliarden Euro belief. Eine nicht mehr nachvollziehbare Zahl. Und heute hat das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass sich die Schulden im Land von Land und Gemeinden von 2001 bis jetzt um 5,6 Prozent gesteigert haben. Auch bemerkenswert! In der Bundesrepublik im Gesamtjahr 2002 haben Bund, Länder und Gemeinden nach Mitteilung der Bundesbank ihre Defizite erheblich ausgeweitet. Sie betrugen 60 Milliarden Euro gegenüber 47 noch im Vorjahr. In erster Linie wegen der Rückgänge der Steuereinnahmen mit der Folge sinkender Gesamteinnahmen.

Meine Damen und Herren, auch hierher gehört eine schonungslose Analyse unserer Lage. Wir leben in Deutschland erheblich über unsere Verhältnisse. Wir leben auf Kosten der Zukunft unserer Kinder.

(Heike Polzin, SPD: Wie lange schon?)

Wir können uns den bisherigen Umfang unserer Sozialsysteme und unseres Sozialstaates insgesamt nicht mehr leisten. Und die ideologisch motivierte permanente Umverteilung von oben nach unten findet ihre Grenzen an der Leistungsfähigkeit und an dem Motivationsverlust aller Menschen, für die Gesellschaft ihren Beitrag zu leisten. Daran wollen wir auch in diesem Augenblick bitte denken. Und das Letzte ist, ohne drastische Einschnitte, und das ist eigentlich schon gesagt worden, und Kürzungen geht es nicht weiter.

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat in seiner Erklärung vorhin zu den Reformen Stellung genommen, die uns hier ins Haus stehen. Man hat den

Eindruck, dass man eigentlich das Wort „Reformen“ bald nicht mehr hören kann. Ich erinnere mich noch an das Jahr 1970, als Willy Brandt die sozialliberale Koalition eröffnete mit dem Wort, wir wollen „Reformen“, und herausgekommen sind die größte Staatsverschuldung in der Bundesrepublik und in der Innenpolitik Reformen, die letztlich keine waren und an deren Folgen wir noch heute leiden.

(Rudolf Borchert, SPD: Dann denken Sie mal an die Sprüche von Herrn Kohl! So ein Schwachsinn!)

Und ich finde, dass wir mit dem Wort „Reformen“ etwas vorsichtiger umgehen sollten. Um es mit einem Dichterwort zu sagen, man soll jetzt aufhören, Worte zu verlieren.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das finde ich auch. Hören Sie mal auf!)

Der Worte sind genug gefallen, nun lasst uns endlich Taten sehen! Und kommt mit Taten, die wir überprüfen können und nicht nur mit Ankündigungen, die wir seit vier Jahren kennen.

Und, meine Damen und Herren, wenn wir in diesem Hause meinen, Politik damit zu betreiben, dass wir gegenseitige Vorwürfe aus der Vergangenheit erheben, dann, meine ich, ist das für die Zukunft alles andere als konstruktiv. Und die ewige Frage hier, wer hat was, wann und womit falsch gemacht, gehört eigentlich auch nicht in eine konstruktive Politik.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Na dann kucken Sie mal in Ihrer eigenen Fraktion!)

Ich finde, jeder macht Fehler. Und ich sage Ihnen ganz offen, es ist niemandem verwehrt, an jedem Tage klüger zu werden. Und deshalb sollten wir aufhören damit, uns gegenseitig Mängel in der Vergangenheit vorzuwerfen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Rudolf Borchert, SPD: Dann überprüfen Sie mal Ihre Haltung zu Herrn Heidemann, Herr von Storch! – Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Ich glaube, über Professor Heidemann reden wir besser nicht mehr, da gucken wir erst einmal nach Schleswig-Holstein.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU – Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Meine Damen und Herren, der Sparkurs ist nicht eingehalten worden. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses insbesondere hat es eine abenteuerliche Ausgabensteigerung im sozialen Bereich gegeben.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wurden noch vorher, beinahe nach Rasenmäherart, in Einzelplänen die Ansätze gekürzt, so zog die Regierung nunmehr mit der Gießkanne durch die soziale Landschaft. Selbst die Wehrmachtsausstellung, meine Damen und Herren, die umstrittenste zeitgeschichtliche Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das glauben aber auch nur Sie! Vielleicht sind Sie der Umstrittenste?!)

musste mit 75.000 Euro finanziert oder subventioniert werden. Ich sage Ihnen meine Meinung: Ich empfinde das angesichts der Leere öffentlicher Kassen als einen Skandal.

(Rudolf Borchert, SPD: Hört, hört!
Ist das die Meinung der CDU oder
Ihre persönliche Auffassung?)

Ich sagte, das ist meine Auffassung. Das verstehe ich.
Das brauchen wir hier nicht zu vertiefen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ist
die ganze Rede Ihre persönliche?)

Dieses Beispiel zeigt, dass Sparbewusstsein teilweise
nur rudimentär vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bei den Nach-
tragsberatungen auf Schwerpunkte beschränkt unter
Berücksichtigung besonderer aktueller Notwendigkeiten.

(Michael Ankermann, CDU:
Das sieht ganz würdevoll aus.)

Indes wurden fast alle Anträge von uns abgelehnt. In
einem Fall haben wir sogar die „Freude“ gehabt, dass die
Förderung der Jugendfeuerwehren zunächst einmal ab-
gelehnt wurde, um dann als Regierungskoalitionsantrag in
den Finanzausschuss eingebracht zu werden mit dem
Feigenblatt einer anderweitigen Deckung. Ich finde, so
kann man mit der Opposition nicht umgehen.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

Meine Damen und Herren, wir hatten folgende Schwer-
punkte uns für die Haushaltsberatungen erarbeitet:

1. Die Absenkung der Nettokreditaufnahme
2. Die Stärkung der kommunalen Investitionskraft
3. Die Förderung der heimischen Tourismuswirtschaft
4. In der Bildungspolitik die Übernahme des kommunalen
Kofinanzierungsanteils bei Ganztagschulen durch
das Land

Wir haben entsprechende Anträge gestellt. Die Druck-
sachen liegen Ihnen jeweils vor. Ich begründe sie im Ein-
zelnen wie folgt:

(Dr. Margret Seemann, SPD: Oh Gott!)

Wir fordern die Landesregierung auf, bei den sächli-
chen Verwaltungskosten 30 Millionen Euro pauschal zu-
sätzlich zu sparen.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Diese Ansätze haben sich bei den Ausgaben seit 2000
um 14 Prozent erhöht. Eine Begründung für diese Er-
höhung gibt es nicht. Wir sind der Auffassung, dass die
sächlichen Verwaltungskosten zu hoch sind.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben in den Aus-
schusssitzungen nicht zugehört. Aber Sie waren,
glaube ich, auch eine ganze Zeit lang krank.)

Mit 4,7 Prozent Anteil an den bereinigten Ausgaben lie-
gen wir höher als Brandenburg mit 3,4 und Sachsen mit
3,7 Prozent. Wir sind der Auffassung, dass hier der größte
Spielraum für Sparmöglichkeiten grundsätzlich gegeben ist.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD: Hört, hört! –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Alle Jahre wieder!)

Auch beim Staatshochbau, meine Damen und Herren,
glauben wir, dass global 20 Millionen eingespart werden
können.

(Angelika Gramkow, PDS:
Die Bauwirtschaft wird sich freuen.)

Der Ansatz im Nachtragshaushalt sowie die Ansätze im
Vorjahr sind, soweit wir unterrichtet sind, nie ausge-
schöpft worden.

(Heike Polzin, SPD: In diesem Fall hätten Sie uns
wieder Investitionsfeindlichkeit vorgeworfen.)

Im Jahr 2000 sind nur 68 Prozent des Solls verausgabt
worden. Wir halten es für unverzichtbar, meine Damen
und Herren, diese Ansätze den realen Möglichkeiten an-
zupassen und die Nettokreditaufnahme zu senken. Dies
ergäbe einen Spareffekt, der über dieses Jahr hinaus-
ginge. Zwar hat die Landesregierung im Finanzausschuss
argumentiert, dass die vorhandenen Spielräume als
Steuerungsinstrument für den Investitionshaushalt zu die-
nen hätten. Wir meinen aber, dass es für derartige maxi-
male Steuerungsmöglichkeiten keinen Bedarf gibt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dann hätten
wir lieber nicht investieren sollen.)

Und, meine Damen und Herren, dass im Staatshoch-
bau schon mal in der Vergangenheit gespart worden ist,
wissen wir an einem Beispiel aus dem Jahre 1995. Da hat
man in einem Jahr 100 Millionen herausgenommen zu-
gunsten des übrigen Haushaltes.

(Ministerin Sigrid Keler: Wer das wohl war?!)

Das wäre nicht das erste Mal, dass wir uns eine solche
Ersparnis in dem Bereich leisten.

(Ministerin Sigrid Keler: Das stimmt überhaupt
nicht. – Heike Polzin, SPD: Das ist Legen-
denbildung. – Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Das ist doch gar nicht wahr.)

Meine Damen und Herren, es ist heute schon über die
dramatische Situation bei den Finanzen der Kreise und
Gemeinden diskutiert worden. Vergessen wir nicht,
dass sie es sind, die für unseren Staat die maßgebliche
soziale Verantwortung tragen, sich um diese Menschen
kümmern und die entsprechenden Lasten aufbringen,
ich sage, mehr aufbringen als je zuvor, dass die Ge-
meinden mit diesen Lasten weitgehend im Stich gelas-
sen sind. Wir werden damit zu rechnen haben, dass es
auch in Zukunft Erhöhungen von Sozialleistungen gibt.
Sie sind, meine Damen und Herren, Spiegelbild unserer
wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtentwick-
lung.

Die Finanzsituation der Kommunen ist auch im Übrigen
nicht etwa ein hausgemachtes Problem, denn die Gewer-
besteuer sank in den letzten zwei Jahren um 22 Prozent
und der Einkommensteueranteil der Gemeinden um
19 Prozent. Und das Statistische Landesamt hat uns heute
in einer Pressemitteilung beschert, dass von 979 Ge-
meinden des Landes nur noch 143 schuldenfrei sind,
meine Damen und Herren. Das bedarf unserer besonde-
ren Aufmerksamkeit.

Der Bundeskanzler hat ja, wie wir gelesen haben, in
Bezug auf die Lage der Gemeindefinanzen entschiedenes
Handeln versprochen. Wie immer kommen zunächst
Worte. Wir sind gespannt, wie es weitergeht. Wir meinen,
meine Damen und Herren, dass wir einen konkreten Bei-
trag zur Verbesserung der Gemeindefinanzen dadurch
leisten, dass wir die ursprünglich vorhandenen 6,9 Millio-
nen Euro im Einzelplan 11 wieder einstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gesine Skrzepski, CDU: Genau.)

Wir glauben, dass die Rückgabe des Finanzierungsansatzes der Kommunen zum Flutopferfonds längst nicht ausreicht und den Kommunen nicht effektiv dazu verhilft, ihre Deckungsdefizite zu beseitigen. Und wann das Geld vom Bund kommt, meine Damen und Herren, dass wollen wir abwarten. Noch kommt es nicht.

Und ein Letztes dazu: Vergessen wir nicht, dass es in unserem Land Landkreise gibt, die ihren gesetzlichen Pflichtaufgaben nur noch durch eigentlich unzulässige Kreditaufnahme entsprechen können, und dies mit steigender Tendenz. Und wenn die Bundesregierung Hilfe mit Billigstkrediten zur Stärkung der kommunalen Investitionen propagiert, dann fehlen im Zweifel wie so oft die Eigenmittel. Und deshalb, meinen wir, ist es hier besonders notwendig, diesen Ansatz von 6,9 Millionen Euro wieder einzustellen.

Unser dritter Antrag bezieht sich auf das Konnexitätsprinzip. Das bedeutet für uns, dass für den Ausgabenbereich auch die von den Kommunen dafür benötigten Mittel für Verwaltungskosten rechtzeitig bereitgestellt werden müssen, dass das nicht erst im Nachhinein geschehen darf, dass eine Vorfinanzierung vermieden wird. Im ungünstigen Fall, dass wissen wir aus der Praxis, geschieht die Zuweisung erst zwei Jahre später. Dieses müsste jeweils sofort Zug um Zug erfolgen.

Der vierte Punkt, das ist die Drucksache 4/392, bezieht sich auf die Ganztagschulen. Hier sind wir der Auffassung, dass der Anteil der Kommunen von zehn Prozent vom Land angesichts der vorgetragenen Situation übernommen werden muss, weil die Kommunen diesen Anteil nicht aufzubringen vermögen. Meine Damen und Herren, man muss dann schon, wenn man dieses Ganztagschulenprojekt verwirklichen will, daran denken, es muss verwirklicht werden können ohne Rücksicht auf die Finanzkraft der einzelnen Gemeinden. Und ich finde, dass wir uns im Bereich der Bildungsfinanzierung dann nicht zurückhalten sollten, um den Gemeinden die Bildungsfinanzierung deutlich zu erleichtern.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Meine Damen und Herren, als Fünftes, das betrifft die Drucksache 4/391, sind wir der Meinung, dass auch die bisherige Förderung der Musikschulen einer erneuten Verbesserung bedarf. Wir wissen, dass das Angebot im musischen Bereich bei den allgemein bildenden Schulen nicht ausreicht. Und wenn sich das Land in dieser Förderung weiter zurückzieht, wird es in Bezug auf die musische Förderung junger Menschen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern leiser werden. Die Schmerzgrenze der kommunalen Förderung ist längst überschritten.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

Wir halten ein sozial ausgewogenes Angebot von Musikschulen im ganzen Land für unverzichtbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der sechste Antrag, meine Damen und Herren, bezieht sich auf die Drucksache 4/393. Es geht um die Insolvenz- und Schuldnerberatungsstellen. Wir wissen aus der Erfahrung, dass dieser Beratung zunehmende Bedeutung zukommt. Immer stärker ist die Nachfrage nach Beratung durch Privathaushalte, Existenzgründer und kleinere Unternehmen. Und angesichts der bekannten problematischen Zahlungsmoral in unserer Gesellschaft heute – mit der Folge der zunehmenden Verschuldung, der Geschäfts-

aufgaben – und angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, vor allem der Langzeitarbeitslosigkeit, muss in diesen Beratungsstellen auch qualifiziertes Personal zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, wir erleben als Anwälte immer wieder, dass der Rechtsrat, der in diesen Beratungsstellen gegeben wird, oftmals der dringlichen Korrektur bedarf.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist aber ein starkes Stück, was Sie da sagen!)

Was da beraten wird, ist manchmal nicht in Ordnung. Und wie oft müssen wir uns dann einschalten,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sind Sie schon mal in so einer Schuldnerberatungsstelle gewesen?)

um darauf hinzuwirken, dass eine angemessene Beratung erfolgt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das ist eine Frechheit, was Sie da sagen!)

Und vergessen wir schließlich nicht, dass hinter jedem Insolvenz- oder Überschuldungsfall ein persönliches Schicksal steht, das häufig unverschuldet zustande gekommen ist und deshalb unserer besonderen Hilfestellung bedarf.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Gott sei Dank, dass wir die Schuldnerberatungsstellen haben und nicht nur Rechtsanwälte!)

Und deshalb wollen wir, dass dieser Ursprungsansatz wiederhergestellt wird.

Meine Damen und Herren, wir haben ferner erneut den Antrag eingebracht, Drucksache 4/390, dass angesichts der Bedeutung des Tourismus in unserem Land dieser wichtige Beschäftigungssektor nachhaltig gefördert werden muss. Werbung ist strategische Investition, meine Damen und Herren. In der Branche gilt: Wer nicht wirbt, der stirbt!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Unser Land hat sich – darauf hat der Ministerpräsident zu Recht hingewiesen –, touristisch gut entwickelt. Aber das Bessere ist der Feind des Guten. Und wir brauchen mehr Werbung angesichts der Konkurrenz der Feriendestinationen in Deutschland. Dieser Konkurrenz ist es geschuldet, dass wir für Vermarktung und Werbung eine deutlich höhere Förderung vorsehen. Wir wissen, dass dieser Bereich Beschäftigung auf Dauer verschafft und dass die Gäste dann mit einem positiven Eindruck von Mecklenburg-Vorpommern jeweils in ihre Heimat zurückkehren.

Meine Damen und Herren, unser Nachbarland Schleswig-Holstein wendet für eine solche Werbung etwa 1,6 Millionen Euro auf. Wenn wir den Ansatz um 1 Million Euro erhöhen, sind wir bei 1,5 Prozent, dann liegen wir immer noch darunter. Ich meine, das ist das Mindeste, was wir für die Tourismuswerbung tun können.

Der letzte Punkt betrifft die bereits diskutierte Problematik der Gerichts- und ähnlichen Kosten im Arbeitsministerium. Wir sind der Auffassung, meine Damen und Herren, dass hier der Ursprungsansatz wiederhergestellt werden soll. Man kann darüber streiten, wie es dann um die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit bestellt ist.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Darüber sollte man aber nicht streiten.)

Aber, meine Damen und Herren, es handelt sich einfach um nicht akzeptable Mehrkosten und die gehören nicht in diesen Haushalt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Meine Damen und Herren, dieser Nachtragshaushalt ist – das hat mein Vorredner gesagt – zugleich eine Weichenstellung für die in voraussichtlich fünf Monaten auf uns zukommende Beratung des Haushalts 2004/2005. Angesichts der bekannten und von mir dargestellten wirtschaftlichen Entwicklung wird es noch mehr darauf ankommen, Kürzungen und Einschnitte vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, wir beantragen bei der Abstimmung über den Antrag zu der Investitionserhöhung der kommunalen Investitionspauschale eine namentliche Abstimmung. Es handelt sich um die Drucksache 4/394.

Meine Damen und Herren, wir wissen – und damit komme ich zum Anfang meiner Ausführungen –, dass uns schwierige Zeiten entgegenstehen und dass sicherlich Gemeinsamkeit Not tut. Diese Gemeinsamkeit darf nicht nur eine verbal verkündete sein, sie muss auch durch Taten unterlegt werden. Und dazu, meine ich, sind wir alle im Interesse unseres Landes verpflichtet. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. von Storch.

Als Nächste hat das Wort die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion, die Abgeordnete Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Nachtragshaushalt 2003 – und es bleibt dabei, ich habe bei der Einbringung des Nachtragshaushaltes schon darauf hingewiesen – ist fair. Er ist fair für die davon Betroffenen, er ist fair in der Ausgestaltung und er wurde durch die Landesregierung solide vorgelegt, weil er Ansätze zur nachhaltigen Gestaltung des Landes ermöglicht. Und vielleicht war deshalb auch nur ein Korrekturbedarf in der Größenordnung von 1,2 Millionen Euro notwendig. Diese Fairness, der Umgang mit diesen Ansätzen, gebietet trotzdem, auf einige wichtige Ausgangsdaten hinzuweisen, die uns in Zukunft – so glaube ich – auch noch Sorgen bereiten können.

Herr von Storch, Sie haben darauf verwiesen, wir sollen bitte nicht in die Vergangenheit gucken. Zukunft ist das Thema, das heute auf der Tagesordnung steht. Aber ich denke, wenn man sich die Situation des Landes im finanzpolitischen Bereich anschaut, dann gebietet es die Fairness, darauf zu verweisen, dass 7,5 Milliarden Euro de facto die gleiche Summe, die wir im Landeshaushalt zu verteilen haben, auch die Summe ist, die die Schulden unseres Landes gegenwärtig von 1990 bis zu diesem Tage ausmachen. Resultierend daraus müssen wir in jedem Haushalt de facto bis zu 500 Millionen Euro nur für Zinsleistungen ausgeben.

(Wolfgang Riemann, CDU: 485 Millionen Euro!)

Und diese Landesregierung ist 1998 dafür angetreten, sowohl den Schuldenzuwachs als auch die Zinsen zu begrenzen. Wir haben dieses durch einen harten Konsolidierungskurs erreichen können.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wo, wo, wo?)

Die jetzige Einnahmesituation des Landes stoppt leider diesen Konsolidierungskurs

(Wolfgang Riemann, CDU:
Bei den Einnahmen, ja.)

und es gehört zur Wahrheit, darauf hinzuweisen. Wir haben dramatische Einnahmeausfälle, aber eben nicht, Herr von Storch, wie Sie sagen, bei den eigenen Einnahmen, sondern im Gegenteil. Gegenwärtig trifft uns vor allen Dingen die Einnahmesituation in den Altbundesländern, nämlich aufgrund des Länderfinanzausgleiches. Auch das wäre fair, darauf hinzuweisen.

Wir haben Ausgabenzuwächse und keiner, der hier sitzt, möchte doch, dass die Bürgerinnen und Bürger, die einen Anspruch aus ihren Zusatzversorgungs- und Rentensystemen haben, diese nicht erhalten. Pflichtaufgaben sind auch in diesem Land zu zahlen. Deshalb ist der Nachtragshaushalt, der auf der einen Seite ein Einsparvolumen von 74 Millionen Euro offeriert und auf der anderen Seite verantwortungsvolle Ausgabenpolitik darstellt, ein fairer Haushalt, und er hat darüber hinaus noch mit Herz und Verstand gearbeitet.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD,
und Dr. Margret Seemann, SPD)

Und ich hätte zumindest erwartet, Herr von Storch, dass Sie darauf verweisen. Sie sagen: Die Einnahmen gehen zurück, wir müssen aber weiter sparen. Sie sagen: Kürzt das Bauvolumen! Ich sage Ihnen: Dieser Landeshaushalt lässt keine Absenkungen im Bereich der Investitionen, die unabdingbar für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes sind, zu. Die Investitionsquote steigt,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Herr Liskow, nämlich auf 21 Prozent.

Dieser Haushalt hat es ermöglicht, bei allen Problemen, die wir haben, die von der Europäischen Union zur Verfügung gestellten Mittel und die Mittel, die wir aus dem Bundeshaushalt bekommen können, kofinanzieren, das heißt, sie so auszugestalten, dass sie der Wirtschaftsentwicklung unseres Landes zugute kommen.

Wir haben bei dem Programm zur Bekämpfung gegen die Jugendarbeitslosigkeit Prioritäten gesetzt. Ja, und weil wir das Wegbrechen drastischer Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik haben – ich kann es hier noch einmal erwähnen, dass seit dem Jahr 2000 über 40.000 Maßnahmen von ABM und SAM in diesem Land weggebrochen sind –, sagen wir, gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte wird es weiter geben. Das Programm Jugend- und Schulsozialarbeit wird fortgeführt. Und der Initiativfonds, der im Hause des Arbeitsministers vor allen Dingen dazu dient, Kommunen Planungsvorläufe für Industrie- und Gewerbeansiedlungen zu realisieren, auch dieser Initiativfonds wird bleiben.

Die Landesregierung hat Ja gesagt zum Zukunftsfonds. Dieser Zukunftsfonds ermöglicht die Multimediainitiative in den Schulen. Er wird die Technologieförderung erweitern und Risikokapital für Unternehmen unseres Landes weiter stärken. Er bleibt unangetastet und wenigstens das, Herr von Storch, hätten Sie ja erwähnen können.

Wir haben eine schwierige Situation im Bereich der Ausbildungsmarktpolitik. Wir müssen damit rechnen,

wenn alles so bleibt, dass die Versorgung von Mädchen und Jungen, von Frauen und Männern in diesem Bereich in diesem Jahr vielleicht nicht realisiert werden könnte. Deshalb hat die Landesregierung, zusammen mit den sie tragenden Fraktionen, Vorsorge getroffen, wenn es notwendig ist, weitere 35 Millionen Euro im Rahmen des Haushaltes für die Ausgestaltung der Ausbildungspolitik zur Verfügung zu stellen. Es wird dabei bleiben, was versprochen ist: Jeder Jugendliche soll in Mecklenburg-Vorpommern einen Ausbildungsplatz erhalten!

(Beifall Regine Lück, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Wir haben – und das gehört auch zur Ehrlichkeit, Herr von Storch – zusätzliche finanzielle Mittel für die Ausgestaltung und Verbesserung der Schulpolitik, der Ausgestaltung der Hochschulpolitik und mehr Mittel zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in diesem Landeshaushalt eingestellt. Sowohl in diesem Bereich als auch in den wesentlichen Bereichen des Sozialhaushaltes ist nicht zusätzlich gespart worden.

(Kerstin Fiedler, CDU: Weil Sie es
für nächstes Jahr verrechnet haben.)

Und, auch das haben Sie vergessen zu erwähnen, Mecklenburg-Vorpommern hat als einziges Bundesland – obwohl wir 370 Millionen Euro an Einnahmen verloren haben – die Steuerausfälle nicht an die Dörfer, Gemeinden, Städte und Kreise dieses Landes weitergereicht.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wir haben keine Einschnitte bei der Finanzausstattung der Kommunen vorgenommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das müssten wir wohl
gemerkt haben. Das ist aber nicht angekommen.)

Die Mindestgarantie, Herr Jäger, von 1,278 Milliarden Euro bleibt.

(Wolfgang Riemann, CDU: Deswegen haben die
Bürgermeister ja auch gestern ihre Veranstaltung
hier gehabt. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Na ja, nur getroffene Hunde bellen offensichtlich

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und
Gabriele Schulz, PDS – Wolfgang Riemann, CDU:
Ja natürlich, ja natürlich.)

und wenn man Sie auf einige wichtige Entscheidungen hinweist, wollen Sie das offensichtlich auch nicht registrieren. Das spricht nicht, meine Damen und Herren von der CDU, von gemeinsamer Verantwortung

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, doch, wir waren
dort. Wir haben mit den Bürgermeistern geredet.)

für die Situation im Land Mecklenburg-Vorpommern.

Ich will es noch einmal erwähnen, die Infrastrukturpauerschale bleibt bei 76,69 Millionen Euro.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und nächstes Jahr?)

Ich sage Ihnen auch, die 6,9 Millionen Euro, die als zentrale Verwaltungsaufgabe beim Innenministerium im letzten Jahr zur Verfügung gestanden haben, diese haben Sie allerdings gekappt, weil wir gesagt haben, es ist wichtiger, dass die Kommunen zur eigenen Verantwortung und zur Selbstverwaltung die kommunale Investitionspauschale erhalten. Deshalb werden wir Ihrem Antrag, diese Spiel-

wiese für das Innenministerium wiederherzustellen, leider nicht stattgeben können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Siegfried Friese, SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist keine Spielwiese.
Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden!)

Der Landeshaushalt hat Veränderungen erfahren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die einzige
Möglichkeit, den Gemeinden zu helfen.)

Es ist legitim, dass die Fraktionen von SPD und PDS aus der Sicht der Landesregierung notwendige Einsparungen vornehmen, ein politisches Gewicht dazupacken, und ich bin deshalb sehr froh, dass uns kleine Veränderungen gelingen sind, die allerdings eine sehr große Wirkung haben.

Die Kürzungen in den Bereichen Schuldnerberatung und Schwangerenberatung, bei den Beratungsstellen Drogensucht und Aids, bei der Kriminalitätsprävention, bei Frauen- und Mädchenhäusern, in der Jugendarbeit, bei den Jugendfeuerwehren, beim Landesjugendring und teilweise bei der Kulturförderung, wie auch die aus unserer Sicht notwendigen Mittel für die Wehrmachtausstellung,

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

weil wir wollen, dass die Wehrmachtausstellung in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt wird, das alles haben wir in dem Maße versucht, weil wir in den Beratungsprojekten, auch bei den Schuldnerberatungen letztendlich dafür sorgen, dass mit wenig Geld Arbeitsplätze im Land Mecklenburg-Vorpommern erhalten werden konnten. Und das ist eigentlich die große Wirkung der 1,2 Millionen Euro, dass hier Möglichkeiten geschaffen sind, Arbeitsplätze wieder zu erhalten, um in diesem Bereich letztendlich auch Prävention für Jugend und Ältere in diesem Land zu realisieren.

Und ich denke, dass auch die Rücknahme der Kürzungen im Bereich des Umweltministeriums, bei den Naturschutzverbänden, bei Investitionen in nachwachsende Rohstoffe – wo wir etwas draufgepackt haben – oder auch radikale Einschnitte in Bereichen von Landesprogrammen, die den Umweltbereich betreffen, letztendlich korrigiert werden sollten, ist durch Zusammenarbeit mit der Landesregierung erfolgt. Es gehört auch dazu, dass es ein sehr faires Angebot des Finanzministeriums gegeben hat, Umschichtungen aus dem Gesamthaushalt, zum Beispiel zugunsten des Haushaltes der Gleichstellungsbeauftragten, aber auch der Sozialministerin dieses Landes vorzunehmen. Ich denke, das zeugt von der gemeinsamen Gestaltungsfähigkeit zwischen den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Aber lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den Änderungsanträgen der CDU sagen. Die Änderungsanträge der CDU sind in den Fachausschüssen – also auch im Finanzausschuss – bereits abgelehnt worden.

(Egbert Liskow, CDU: Weil
Sie die Mehrheit hatten.)

Sie sind nicht abgelehnt worden, Herr Liskow, weil wir sie für unverantwortlich halten, weil wir uns nicht auch vorstellen könnten, dass man Werbemaßnahmen im Tou-

rismus verstärkt. Allerdings erschließt sich mir Ihre Kritik an der Werbekampagne des Landes „MV tut gut“ nicht, denn wir haben hier 1,5 Millionen Euro mehr zur Verfügung gestellt. Sie müssen sich entscheiden, Tourismus auf der einen Seite, „MV tut gut“ auf der anderen Seite. Die Landesregierung sagt, wir brauchen beides!

(Beifall Siegfried Friese, SPD –
Heiterkeit bei Karin Strenz, CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: Rot-Rot.)

Ich denke, das ist die richtige Antwort in diesem Bereich.

Bei den Musikschulen haben wir nur einen Teil der Mittel korrigieren können. Auch ich sage, wir hätten uns mehr gewünscht. Aber aufgrund dieser Situation und auch der Enge des Haushaltes im Bildungsministerium war leider nicht mehr drin.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Wer hier wohl umgekippt ist? Schauen Sie sich Ihre Anträge an! Ich komme gleich noch dazu.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na dann schauen wir mal!)

Ebenfalls wünschenswert wäre natürlich die Aufstockung der familienfördernden Beratungen, wie Sie sie gefordert haben, oder vielleicht auch die Zuweisung für Investitionen beim Innenministerium.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, für den Innenminister. – Wolfgang Riemann, CDU: Ja.)

Aber, eine globale Minderausgabe festzuschreiben und zu sagen: Landesregierung, ihr spart zwar 15 Millionen Euro bei den sächlichen Verwaltungsausgaben ein, das finden wir gar nicht so schlecht, auf der anderen Seite müsst ihr aber noch mehr einsparen, wie ihr das macht, ist allerdings eure Sache, aber wir nehmen das Geld schon mal und geben es aus,

(Wolfgang Riemann, CDU: Das machen wir ja nicht, das machen wir ja nicht, Frau Gramkow.
Zählen Sie doch mal zusammen!)

das ist eine Mogelpackung und zeugt nicht, Herr Riemann, von der Verantwortung, dass wir hier im Parlament die Gesetzgeber sind, da wir Haushaltshoheit haben. Wir müssen dann auch gemeinsam entscheiden, wo und auf welcher Seite sollen denn diese 30 oder 40 Millionen Euro weggenommen werden, was soll nicht mehr im Land realisiert werden, damit wir auf der anderen Seite Wohltaten, wie Sie es hier machen, verteilen können.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, und
Regine Lück, PDS – Bernd Schubert, CDU:
Das ist doch dringend notwendig.)

Nach der Debatte – und insbesondere den wortreichen Ankündigungen Ihres Fraktionsvorsitzenden – hätte ich natürlich einen Antrag erwartet, der lautet: Die Mittel, die wir für die Kampagne „mv4you“ ausgeben, die müssen wir eigentlich reduzieren, weil Sie ja vorhin gesagt haben, die Mittel brauchten wir eher, um eine Imagekampagne für dieses Land zu machen, um neue Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufzulegen. Oder wir haben ja auch gehört, dass man eventuell darüber nachdenken kann, diese Mittel, die ja so umfangreich sind, für ein neues Fachkräfteprogramm zu realisieren. Erstens haben Sie keinen Antrag gestellt und zweitens glaube ich, haben Sie selbst erkannt, auf welchem Glatteis Sie sich bewegen.

Die Kampagne – Betreuung von jungen Menschen, die unser Land verlassen, weil sie mit diesem Land noch etwas zu tun haben –, diese kostet im Jahr 2003 143.000 Euro. Das ist im Vergleich zu manchen Maßnahmen wenig. Das ist viel für das Engagement dieses Landes, das es damit zeigt, wir haben ein Interesse daran, dass ihr den Kontakt zu Mecklenburg-Vorpommern haltet und dass ihr, wenn ihr zurückkommen wollt, darüber auch eine Möglichkeit bekommt, zumindest darüber nachzudenken, wie dieses geschehen kann. Schaffen Sie es ruhig ab! Aber mit 143.000 Euro alle Programme, die Sie hier heute dargestellt haben, finanzieren zu wollen, das ist ebenfalls eine Mogelpackung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, dem vorgelegten Nachtragshaushalt zuzustimmen. Wir wissen alle, dass die Maisteuerschätzung und dann eine Novembersteuerschätzung kommt. Wir wissen heute noch nicht, was sie bringen wird. Wir haben heute Nacht mitbekommen, dass über die Veränderungen im Vermittlungsausschuss, höchstwahrscheinlich auch für unser Land Mehreinnahmen realisiert werden sollen, die allerdings – aufgrund der dreifachen Neuverschuldung, die wir geplant haben – meiner Ansicht nach nur zur Senkung der Nettokreditaufnahme eingesetzt werden sollten. Sie wissen auch, dass wir Vorsorge getroffen haben, falls es dazu kommt, dass wir neuerlich Einsparungen in Höhe von 50 Millionen Euro vornehmen müssen, wo wir eventuell auch Forderungsverkäufe realisieren wollen.

Ich sage es noch einmal: Der Nachtragshaushalt gibt keinen Anlass dazu, eine Entwarnung in finanzpolitischer Hinsicht zu geben! Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik. Damit kann nur das, was hier drin steckt, auch letzten Endes realisiert werden. Ich sage noch einmal, dieser Haushalt ist fair, er ist solide im Interesse des Landes aufgestellt! Ich bedanke mich ausdrücklich für die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen des Finanzministeriums, der Fachministerien, letztendlich auch für die Zusammenarbeit in den Ausschüssen und auch für die Begleitung des Rechnungshofes. Geben Sie Ihre Zustimmung, damit das Geld in Mecklenburg-Vorpommern auch fließen kann!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Jetzt hat die Finanzministerin des Landes Frau Keler um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In meiner Einbringungsrede zur Ersten Lesung des Nachtragshaushalts 2003 habe ich die Grundzüge dieses Nachtragshaushalts dargelegt. Wir haben auch heute schon einiges dazu gehört und ich will Sie nicht mit Wiederholungen langweilen. Ich will mich stattdessen darauf konzentrieren, die gedanklichen Leitlinien, die der Finanzpolitik der Landesregierung zugrunde liegen, hervorzuheben. Ich beginne mit einer offenen und ehrlichen Bestandsaufnahme. Dabei werde ich mich nicht auf das laufende Jahr beschränken, sondern den Bogen zu dem vor uns liegenden Doppelhaushalt 2004/2005 und der Fortschreibung der Finanzplanung schlagen.

Seit dem Frühjahr 2000, also in den vergangenen drei Jahren, ist an den deutschen Börsen Kapital im Umfang von 700 Milliarden Euro vernichtet worden. Meine Damen und Herren, das entspricht dem Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die kommenden einhundert Jahre.

(Angelika Peters, SPD:
Das stelle man sich mal vor!)

Ein so gewaltiger wirtschaftlicher Einbruch hat naturgemäß dramatische Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Das, Herr Rehberg, ist der Hauptgrund für den Steuereinbruch bei der Körperschaftssteuer.

Die Konsequenzen für die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sind bekannt. Keine Gebietskörperschaft ist ohne gravierende zusätzliche Defizite und Kreditaufnahmen davongekommen. Die Finanzminister in Hessen und Sachsen stehen vor vergleichbaren Problemen wie wir hier in Mecklenburg-Vorpommern. Das ist für niemanden ein Trost, sollte aber eine Mahnung sein, auf die gemeinsamen Probleme nicht mit billiger Polemik zu reagieren.

Wir wissen außerdem, dass der Krieg im Irak, jenseits aller damit verbundenen menschlichen Tragödien, auch die wirtschaftliche Lage und damit die Situation der Haushalte weiter verschärfen wird. Mindestens genauso gravierend ist die Beobachtung, dass die sozialen Sicherungssysteme aus wirtschaftlichen und demokratischen Gründen ins Ungleichgewicht geraten sind.

Bundesfinanzminister Hans Eichel hat in seiner Rede in Schwerin kürzlich zu Recht gesagt, dass die kommenden Generationen nicht bereit sein werden, gleichzeitig die Rentenlasten für eine wachsende Anzahl älterer Mitbürger zu tragen und die Schulden abzuführen, die wir in der Gegenwart anhäufen. Herr Dr. von Storch, da gebe ich Ihnen Recht, aber ich komme nachher noch einmal auf Ihre Antwort zurück.

In allen ostdeutschen Ländern haben wir außerdem mit dem Problem zu kämpfen, dass der Aufholprozess nicht so vorangeht, wie wir das in den neunziger Jahren alle erhofft haben. Viele unserer Unternehmen sind unterfinanziert und können die notwendigen Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen nur unter größten Schwierigkeiten aufbringen.

Die Arbeitslosigkeit ist hier schon fast wieder so hoch wie zu Beginn der neunziger Jahre. Wir haben schon gehört, dass sich die zahlreichen ABM und SAM, die früher einen Teil der Arbeitslosenproblematik verdeckt haben, nicht unbegrenzt aufrechterhalten lassen. Dadurch werden in den besonders strukturschwachen Regionen, zum Beispiel in Teilen Vorpommerns, die Schwierigkeiten auf ein kaum noch erträgliches Maß verschärft. Die Ursachen für diese Situation kann man nicht einer politischen Gruppierung allein anlasten. Wesentliche Ursachen sind in der Zeit bis 1998 gesetzt worden, als die CDU – sowohl im Bund als auch hier im Land – den Regierungschef stellte.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Gabriele Schulz, PDS –
Wolfgang Riemann, CDU: Ich weiß das.)

Ach, Herr Riemann, Sie wissen doch, wie wir zueinander stehen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Gut, hoffe ich.)

Genauso richtig ist aber auch, dass die heutige Bundesregierung und die derzeitige Landesregierung ihren Teil der Verantwortung zu tragen und auch zu übernehmen haben. Der Bürger interessiert sich wenig für Schuldzuweisungen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Ja, so ist es!)

in der einen oder der anderen Richtung.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU –
Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Das wichtigste unserer Ziele ist mehr Wachstum und Beschäftigung.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir müssen mit unserer langfristig angelegten Infrastrukturpolitik die Grundlagen dafür schaffen, dass die Wirtschaft wachsen und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen kann. Nur auf diese Weise können wir die Arbeitslosigkeit abbauen und die Abwanderung stoppen. Wir unternehmen zudem alles, um die Rahmenbedingungen für schulische und universitäre Bildung und Ausbildung zu verbessern. Qualifizierte Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsressource. Wenn wir nicht in Bildung investieren, veruntreuen wir unsere Zukunft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und Gabriele Schulz, PDS)

Damit ist im Kern der Gestaltungsauftrag an die Politik in unserem Land beschrieben. Gleichzeitig müssen wir weiterhin dafür Sorge tragen, dass die stark angestiegenen Haushaltsdefizite schrittweise zurückgeführt und die Nettokreditaufnahme wieder auf ein vernünftiges Maß, das heißt, in diesem Jahrzehnt noch auf null reduziert wird. Mit anderen Worten, wir halten an unserem Konsolidierungskurs fest. Wir werden zum einen unsere Konsolidierungspolitik auch unter den erschwerten Bedingungen fortsetzen und zum anderen unsere Kräfte bündeln und sie gezielt dort einsetzen, wo es um die Zukunft unseres Landes geht. Konsolidieren auf der einen Seite und investieren auf der anderen Seite, das ist für mich kein Gegensatz, sondern Handlungsmaxime für verantwortliche Politik, auch im Interesse der kommenden Generationen. Was das konkret bedeutet, will ich Ihnen an einigen Beispielen erläutern:

Der Staat kann nicht selbst als Wirtschaftsbetrieb auftreten. Diese Lektion haben die Menschen in Ostdeutschland schmerzhaft gelernt. Wichtigste staatliche Aufgabe ist – gerade in Ostdeutschland –, eine geeignete Infrastruktur zu schaffen, die eine attraktive Lebensgrundlage für unsere Einwohner bereitstellt und für unsere Unternehmen optimale Arbeitsgrundlagen schafft. Auf diesem Wege sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen. Die Autobahnen werden im Jahre 2005 zum größten Teil fertig sein. Die großen Durchgangsstraßen sind saniert und zu einem guten Teil mit Ortsumgehungen versehen. Das übrige Straßennetz, insbesondere bei den Landes- und Kreisstraßen, bedarf allerdings noch erheblicher Investitionen.

Auch auf den anderen Feldern der Infrastruktur ist viel geschehen. Mecklenburg-Vorpommern hat von 1991 bis 2002 rund 16 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert. Das ist auch sichtbar. Unser Land ist mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen und mit Ausbildungsstätten für den Nachwuchs gut ausgestattet. Die Ver- und Entsorgungsanlagen sind weitgehend auf einem modernen

Stand. Unsere Krankenhäuser können sich ebenso wie die Alten- und Pflegeheime sehen lassen und sind kein Vergleich mehr zu dem Stand, den wir 1989/1990 hatten. Die Häfen sind moderne Wirtschaftsfaktoren und unsere Landwirtschaft ist europaweit konkurrenzfähig. Der Tourismus ist nicht zuletzt Dank moderner Infrastruktur ein prosperierender Wirtschaftszweig.

Für den Zeitraum bis 2020 sind mit dem Solidarpakt II die finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass wir unsere Infrastruktur auf Westniveau anheben können. Insgesamt müssen wir noch einmal circa 15 bis 17 Milliarden Euro in die Entwicklung unseres Landes investieren. Schon bis 2010 werden wir in wesentlichen Infrastrukturbereichen das Niveau der Westländer erreicht haben. Unsere Aufgabe wird es sein, die Zuweisung auch zweckentsprechend zu verwenden und nicht in konsumtiven Ausgaben versickern zu lassen.

(Beifall Wolfgang Riemann, CDU)

Neben den Investitionen in die Infrastruktur werden wir auch die Maßnahmen für die betriebliche Unternehmensförderung weiter auf einem hohen Niveau halten. Wir werden hier weiterhin die Mittel, die uns der Bund und die Europäische Union zur Verfügung stellen, trotz knapper Landesmittel kofinanzieren. Damit erhöhen wir den Kapitalstock und die Investitionsfähigkeit unserer Unternehmen. Allmählich beginnt dies, sich im Bereich der gewerblichen Wirtschaft als Erfolg niederzuschlagen. Der Wirtschaftsminister wird – gemeinsam mit mir – ein neues Konzept zur Unternehmensfinanzierung vorlegen. Damit werden wir darauf reagieren, dass unsere Unternehmen in wachsendem Maße Schwierigkeiten haben, Bankkredite oder Beteiligungskapital zu erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Einer der Schwerpunkte dieses Konzeptes wird die Mobilisierung von privatem Beteiligungskapital sein, das dazu beitragen soll, die Bilanzstruktur unserer Unternehmen zu verbessern und sie dadurch für die Kreditinstitute wieder attraktiver zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Rudolf Borchert, SPD: Sehr gut.)

Neben einer ausreichenden Infrastruktur sowie einer direkten Investitionsförderung beziehungsweise Hilfen zur Unternehmensfinanzierung kommt es aber auch darauf an, unser Bild nach außen zu verbessern. Lothar Wilken, Geschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände, sieht das so, ich zitiere: „Wir haben sehr gute Gewerbegebiete, qualifizierte Facharbeiter und gute Bedingungen für zusätzlich nötige Qualifizierung sowie interessante Förder- und Lohnbedingungen.“ Und er fügt hinzu: „Das muss verkündet werden!“

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Volker Schlotmann, SPD:
Was hiermit geschehen ist.)

Ich weiß, auch das ist Wirtschaftsförderung. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass es der Wirtschaftsminister durch Umschichtung in seinem Haushalt ermöglicht hat, eine Standortoffensive zu finanzieren und Mittel für die Kampagne „MV tut gut“ frei zu machen.

Gute Bedingungen im Bildungsbereich sind ein weiterer gewichtiger Standortfaktor. Wir sichern die vollständige Unterrichtsversorgung in den Schulen und werden da-

für in 2003 zusätzliche Mittel in Höhe von 13 Millionen Euro aufwenden. Für die Hochschulen und Universitäten blieb das Budget als verlässliche Planungsgrundlage durch den Nachtrag unverändert. Auch mit steigenden Leistungen des Landes für das BAföG machen wir das Studium in Mecklenburg-Vorpommern attraktiv. Die Investitionen im Hochschulbereich werden kontinuierlich fortgesetzt. In Greifswald und Rostock werden bis 2010 vor allem der naturwissenschaftliche Bereich und die Klinik ausgebaut. Als Fazit ist festzuhalten: Bildung und Ausbildung bleiben Schwerpunkte der Politik dieser Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eine besonders wichtige Rolle bei der Stärkung unserer wirtschaftlichen und bildungspolitischen Basis kommt den Kommunen zu. Deshalb haben wir unserem Verhältnis zu den Kommunen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Auch die Kommunen des Landes müssen die gegenwärtig schwierige finanzielle Situationen meistern. Dass es den Kommunen nicht gut geht, haben wir gestern live miterleben können.

(Bernd Schubert, CDU: Sie waren aber nicht da.)

Ich habe hier gesessen.

Vor allem durch die ständig steigende Sozialhilfe ist ihre Belastung sehr hoch. Die Demonstration der Bürgermeister auf dem Markt in Schwerin und ihre Forderung nach höheren und verstetigten Einnahmen sind deshalb durchaus verständlich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und – Herr Rehberg ist jetzt nicht im Raum – Tatsache ist, dass die Kommunen 2000 sogar einen leichten Überschuss hatten und dass es den Kommunen wesentlich besser gegangen ist als heute.

Aber die Situation vor Ort stellt sich durchaus differenziert dar. Kommunen mit hohen Defiziten stehen Kommunen gegenüber, die auch weiterhin Überschüsse ausweisen. Das Land hat erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Situation unternommen, darauf werde ich im Einzelnen noch eingehen. Ich bin mir aber bewusst, dass die Gemeindefinanzen insgesamt verbessert werden müssen. Deshalb arbeiten wir intensiv an der Ausgestaltung der Gemeindefinanzreform.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Und hier an Herrn Rehberg die Frage: Wie kommt er eigentlich jetzt schon dazu zu behaupten, dass die Kommunen die Verlierer bei dieser Gemeindefinanzreform sind?

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Zurzeit haben wir überhaupt noch nicht über die Transferleistungen diskutiert. Es gibt dazu auch noch keine Beschlüsse.

(Volker Schlotmann, SPD: Vielleicht ist das die
Position der CDU. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Bisher waren wir immer die Verlierer!)

Und, meine Damen und Herren, in der Regierungskommission, in der ich auch sitze, sind auch eine Reihe von CDU-Politikern. Alle zusammen tragen wir Verantwortung dafür, dass es bei den Gemeinden längerfristig keine Verwerfungen mehr gibt. Außerdem bestehen enge Kontakte sowohl zu den anderen neuen Bundesländern als auch zu

den kommunalen Landesverbänden, mit denen wir regelmäßig Abstimmungsgespräche führen. Genauso sind wir in der Vergangenheit bei anderen wichtigen Projekten verfahren, zum Beispiel bei der Übertragung der überörtlichen Sozialhilfe auf die Kommunen, bei der Entwicklung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes und vor allem bei der Einführung des Konnexitätsprinzips in die Verfassung unseres Landes. In all diesen Fällen haben wir die kommunalen Landesverbände als gleichberechtigte Partner angesehen und sie auch so behandelt. Mit guten Gründen hat der Landkreistag in seiner bundesweiten Mitgliederschrift kürzlich die Vereinbarung als „mustergültig“ wörtlich zitiert,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar!)

die wir mit den kommunalen Landesverbänden zur Ausgestaltung des Konnexitätsprinzips geschlossen haben. Ich denke, das illustriert unsere Einstellung zu unseren Kommunen deutlich genug.

Ganz besonders kümmern wir uns auch um die gegenwärtige Finanzausstattung der Kommunen. Mit der Mindestgarantie von 1.278 Millionen Euro zahlen wir weit mehr, Frau Gramkow hat es schon gesagt, als wir nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz eigentlich zahlen müssten.

(Beifall Siegfried Friese, SPD)

Allein im vergangenen Jahr haben wir einen Aufstockungsbetrag von 140 Millionen Euro oben draufgelegt. Mit dieser Leistung im kommunalen Finanzausgleich sind die Kommunen größtenteils von den Folgen der Steuereinbrüche freigehalten worden. Das Land musste 2002 hingegen 377 Millionen Euro an Einnahmeausfällen verkraften, die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern jedoch 32 Millionen Euro. Im Vergleich zwischen Land und Kommunen hat das Land beim Haushaltsabschluss für 2002 unbestritten die größeren Probleme. Trotzdem erbringen wir noch zusätzliche Leistungen, um die Kommunen nicht weiter abrutschen zu lassen. Für 2003 erhalten die Kommunen vorab mehr als ein Trostpflaster. Es hat mich schon gewundert, dass das bisher als selbstverständlich angesehen wird. Ich meine die 10 Millionen Euro, die die Kommunen aus dem Flutopferfonds behalten können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und, Herr Dr. von Storch, die Landesregierung hat sofort reagiert und die im März fällige erste Rate nicht abgerufen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Das ist schnelles und nicht zweckgebundenes Geld, weil es in den Kassen der Kommunen bleibt. Also da ist nichts mehr mit dem Bund, der dazwischengeschaltet wird, sondern diese Einkommenssteuer können die Kommunen behalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Angelika Gramkow, PDS: Richtig! – Heinz Müller, SPD: Sehr gut!)

Ich weise außerdem darauf hin, dass das Land weitere Lasten für die Kommunen trägt. Wir übernehmen zum Beispiel den vollen Anteil für die Sonder- und Zusatzversorgung der DDR-Renten. Sie wissen, dass dieser Ausga-

benblock in den letzten Jahren überproportional angestiegen ist und wir in 2002 über 310 Millionen Euro gezahlt haben. Nach groben Schätzungen entfallen davon mindestens 30 Prozent auf die Kommunen. Rechnerisch sind das etwa 100 Millionen Euro.

Angesichts dieser Lage fehlt dem CDU-Antrag für ein Sofortprogramm für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern die faktische Grundlage. Möglicherweise ist es aber auch gar nicht so ernst gemeint,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch!)

denn es wird von vornherein darauf verzichtet, auch nur den Ansatz eines Deckungsvorschlages für die zusätzlichen Ausgaben zu liefern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe mich auf einige inhaltliche Schwerpunkte beschränkt. Sie machen deutlich, welche Politik wir mit dem doppelten Ansatz von Konsolidieren und Investieren konkret verfolgen. Schon mit dem Eckdatenbeschluss im Spätherbst des vergangenen Jahres hat die Landesregierung ihren festen Willen gezeigt, gerade in schwierigen Zeiten an den notwendigen Konsolidierungsschritten festzuhalten. Womöglich werden sie verschärft. Und sie sind bereits in ihren wesentlichen Bestandteilen bis 2006 festgezurr. Unser Ziel ist es, die zwangsläufigen Mehrbelastungen noch in dieser Legislaturperiode auf der Ausgabenseite wieder auszugleichen. Das versetzt uns in die Lage, Steuermehreinnahmen zur Rückführung der Kreditaufnahme einzusetzen. Rückführung der Neuverschuldung, daran halten wir trotz der aktuellen Pause fest.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Wolfgang Riemann, CDU: Das hat sich gelohnt, das ist eine schöne Pause! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Meine Damen und Herren, Sie können ja dann, Herr Riemann, sagen, wie Sie es anders machen wollen, denn bisher habe ich nämlich noch nichts Konkretes gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Reinhard Dankert, SPD: Genau so ist es!)

Meine Damen und Herren, wir arbeiten intensiv an der umfassenden Verwaltungsreform, mit der möglichst viele Aufgaben – einschließlich der dafür erforderlichen Finanzmittel – vom Land auf die Kommunen übertragen werden sollen. Dadurch wird die Verwaltung bürgernäher, Doppelarbeit wird abgebaut, Personal beim Land gespart und zugleich die finanzielle Basis der Kommunen verbreitert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Jaja.)

Offenbar liegen wir mit diesem Ansatz gar nicht so schief, wie Sie es uns einreden wollen, denn das Land Baden-Württemberg hat zwei Monate nach dem Eckdatenbeschluss unserer Landesregierung ein ähnliches Projekt beschlossen, bei dem ebenfalls zahlreiche Landesbehörden zugunsten kommunaler Zuständigkeiten aufgegeben werden sollen. Ganz so schlecht kann also unsere Idee nicht gewesen sein, meine Damen und Herren von der Opposition, wenn Ihre Parteifreunde im Südwesten Deutschlands in die gleiche Richtung denken.

Soweit sich bei der Überprüfung der Aufgaben zur Verwaltungsreform jetzt schon umsetzbare Maßnahmen ergeben, werden wir sie auch schon jetzt umsetzen, und nicht erst 2006 oder später.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Trotz allem kann ich nicht ausschließen, dass wir mit weiteren erheblichen Haushaltsbelastungen auf der Einnahmeseite konfrontiert werden. Die Prognosen stützen sich seit längerem auf eine sehr schwankende Basis. Durch den Irakkrieg ist alles noch viel unsicherer geworden. Schon mit dem Entwurf des Nachtragshaushaltes hatte die Landesregierung berücksichtigt, dass die Steuereinnahmen hinter der Steuerschätzung vom November 2002 zurückbleiben werden. Wir haben schon zusätzliche Steuermindereinnahmen von 37 Millionen Euro im Nachtragshaushalt berücksichtigt. Damit haben wir frühzeitig auf die veränderte Lage reagiert.

Heute kann nicht mehr ausgeschlossen werden, dass die bereits abgesenkte Prognose von einem Prozent BIP-Wachstum nicht erreicht wird. Auch das ist zwar nicht sicher, aber die Landesregierung möchte auf diesen Eventualfall vorbereitet sein. Deshalb wird vorgeschlagen, eine Eventualermächtigung in das Haushaltsgesetz aufzunehmen. Diese Ermächtigung soll es erlauben, zum Ausgleich zusätzlicher Steuerausfälle Vermögenswerte in Gestalt von Darlehensforderungen bis zu einem Barwert von 50 Millionen Euro zu verkaufen. Wohlgemerkt: Diese Ermächtigung soll nur dann gezogen werden, wenn die Steuern noch geringer fließen als bisher veranschlagt. Die Äußerungen der Bundesregierung, der Wirtschaftsforschungsinstitute und die Entwicklung der Weltlage, mit den möglichen Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung gebieten vorausschauendes Handeln. Ich hatte im Finanzausschuss den Eindruck, dass die CDU-Abgeordneten davon nicht begeistert sind – das bin ich auch nicht –, dass sie aber den von uns eingeschlagenen Weg für vertretbar halten und ihn mitgehen wollen. Ich hoffe, dass diese zusätzliche Vorsorge ausreicht. Aber auch Finanzministerinnen können nicht auf alle Wechselfälle des Haushaltslebens vorbereitet sein.

In diesem Zusammenhang noch einmal das Thema Lohnsteuerentwicklung und Lohnsteuerveranschlagung. In der Einbringungsrede hatte ich schon auf sie reagiert. Noch einmal zum Verständnis:

Erstens. Wir haben den Doppelhaushalt im Jahr 2001 aufgestellt, da kannten wir natürlich das Ist-Ergebnis des Jahres 2002 nicht. Das liegt um 74 Millionen Euro höher als veranschlagt.

Zweitens. Wir konnten bei der Aufstellung des Haushaltes nicht berücksichtigen, dass die zweite Stufe der Steuerreform aufgrund der Flutkatastrophe um ein Jahr verschoben wird, also vom Jahr 2003 auf das Jahr 2004. Deshalb ist gerade bei der Lohnsteuer ein erhöhter Ansatz notwendig.

Drittens. Ich muss Ihnen sagen, dass wir die Steuereinnahmen insgesamt um 408 Millionen Euro korrigiert haben, und zwar nach unten. Es kann jetzt sein, dass wir eventuell bei der Lohnsteuer nicht ganz hinkommen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Vielleicht müssen wir mehr Bier trinken. Vielleicht nutzt die Biersteuer!)

Aber wie bereits gesagt, ich hatte Ihnen erklärt, es sind insgesamt die 408 Millionen Euro wichtig. Darin sind die 37 Millionen Absenkung aufgrund des BIP-Wachstums enthalten. Also ist hier gar kein Grund dafür da, dass das nicht stimmen kann. Ich habe insgesamt gesagt, die Lage ist sehr unübersichtlich und die Finanzminister aller Länder haben augenblicklich das gleiche Problem. Ich weiß,

gestern hat meine Kollegin in Brandenburg den Nachtragshaushalt verabschiedet. Brandenburg hat genau die gleichen Sorgen. Heute ist mein Kollege in Berlin dabei, seinen Haushalt zu verabschieden.

(Norbert Baunach, SPD: Noch größere Summen?)

Ich habe mich aber auch mit meinem sächsischen Kollegen verständigt. Ich habe es eingangs gesagt, es geht allen gleich. Es ist zwar kein Trost, aber immerhin kann man sagen, hier ist kein Fehler bei uns vorhanden.

Da ich gerade dabei bin, möchte ich noch etwas sagen. Es wird immer wieder von der CDU auf die Erhöhung bei den sächlichen Verwaltungsausgaben hingewiesen. Auch das habe ich Ihnen damals schon mal als Antwort dargestellt. Wir haben mit der Umstellung des BBL, also des Betriebs für Bau und Liegenschaften, eine andere Buchung vornehmen müssen. Die Ressorts werden jetzt einerseits mit Mieten belastet und andererseits wird bei den Einnahmen die gleiche Summe wieder eingestellt. Dadurch haben wir eine Erhöhung der sächlichen Verwaltungsausgaben um 26 Millionen Euro. Wenn Sie diese 26 Millionen Euro absetzen, dann können Sie feststellen, dass wir bei den Ausgaben praktisch auf dem Niveau von 2000 geblieben sind. Wir haben also in den letzten Jahren da keine Erhöhungen vorgenommen. Wenn Sie jetzt sagen, es wird pauschal noch einmal 30 Millionen abgesenkt, dann würde ich Sie doch bitten, das ein Stück mehr zu konkretisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der gute Hinweis darauf, dass wir 1995 mit der damaligen Finanzministerin Frau Kleedehn, CDU, mal im Finanzausschuss 80 Millionen – ich glaube, es waren 80 Millionen –

(Wolfgang Riemann, CDU: Das haben wir alle zusammen gemacht. 100, 100! –
Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

bei den Hochbaumaßnahmen herausgenommen haben, war im wahrsten Sinne des Wortes so, dass wir da Luft herausgenommen haben. Wir haben das aber nicht verwendet, um irgendwelche Ausgaben weiter aufzublähen,

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig! –
Wolfgang Riemann, CDU: Nein, nach unten.)

sondern wir haben die Nettokreditaufnahme abgesenkt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

Ich glaube, wir haben damals eigentlich sehr konstruktiv zusammengearbeitet. Ich kann mich an die Zeit sehr gut erinnern und habe sie auch insgesamt in guter Erinnerung.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, Sie hätten natürlich eine Gelegenheit und eine Möglichkeit gehabt, die Einnahmesituation der Kommunen zu verbessern. Das ist hier heute schon zweimal angeklungen, und zwar dieses Steuervergünstigungsabbaugesetz, was ja von Ihnen so verteufelt wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Indem ich die Bürger mehr belaste.)

Da hätten Sie natürlich die Möglichkeit gehabt, etwas für die Kommunen zu tun. Dieses Gesetz, denke ich, hätte zu mehr Gerechtigkeit geführt. Ich will Ihnen das noch einmal kurz erklären: Mehr Gerechtigkeit deshalb, weil die

gegenwärtige Bundesregierung bereits direkte Subventionen in Höhe von 3 Milliarden Euro abgebaut hat. Dieser Subventionsabbau trifft in erster Linie diejenigen Menschen in der Republik, die nicht so betucht sind und die keine Steuererleichterung geltend machen können. Aktuell werden die Zuschüsse für die Bundesanstalt für Arbeit zurückgefahren. Wenn aber bei den direkten Subventionen gekürzt wird, dann ist es nur gerecht, auch die indirekten Subventionen ins Visier zu nehmen. Steuervergünstigungen sind indirekte Subventionen. Sie kommen überwiegend denen zugute, die Steuern zahlen und nur deshalb Steuervergünstigungen überhaupt geltend machen können. Es wäre also ein Gebot der Gerechtigkeit gewesen, neben den direkten Subventionen auch die indirekten Subventionen zu kürzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und Angelika Gramkow, PDS)

Genau dies hat die Bundesregierung mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz beabsichtigt.

Die Opposition hat dieses Gesetz bis auf die Körperschaftssteuer abgelehnt. Von der Körperschaftssteuer direkt erhalten die Kommunen nicht einen Cent, nur indirekt. Diese Haltung kostet dem Land – und nicht nur dem Land – jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag. Die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern verlieren sofort rund 10 Millionen Euro. Eine gute Möglichkeit, wenn schon nicht dem Land, so doch wenigstens den Kommunen zu helfen, ist vertan worden. Ich sage: Leider! Es ist kein Geheimnis, dass einige CDU-Länder, ihre Ministerpräsidenten und Landesminister es gern gesehen hätten, wenn wir da mehr erreicht hätten. Die CDU hat damit Verantwortung auf sich geladen. Die Verfehlung der Maastricht-Kriterien müssen Sie jetzt ein Stück mit selbst verantworten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Da Herr Rehberg mich heute direkt zur Eigenheimzulage angesprochen hat, will ich Ihnen dazu auch noch mal was sagen. Die Eigenheimzulage ist der größte oder einer der größten Subventionstatbestände in Deutschland.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig!)

Das hat der letzte Subventionsbericht der Kohl-Regierung bereits aufgegriffen. Im Jahr 2002 sind 9,3 Milliarden in Deutschland ausgezahlt worden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wie viel geben wir für den Steinkohlebergbau aus? Sieben?)

Weniger, Herr Riemann! Ja, weniger, weniger.

(Wolfgang Riemann, CDU: Davon kann jeder Bergbauarbeiter zuhause bleiben!)

In Mecklenburg-Vorpommern sind ...

(Wolfgang Riemann, CDU: Das ist Strukturhilfe!)

In Mecklenburg-Vorpommern sind im ersten Quartal per 31.03.2003 knapp 250 Millionen Euro ausgezahlt worden, davon ein Zuwachs von 22,8 Millionen Euro.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja klar, warum.)

Das reduziert ganz direkt das Einkommenssteueraufkommen, weil es ja von der Einkommenssteuer abgesetzt wird. Also das, was Herr Rehberg vorhin gesagt hat, war falsch.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Bei der derzeitigen Förderung gibt es unwidersprochen Mitnahmeeffekte. Die Mitnahmeeffekte beruhen in erster Linie darauf, dass die Einkommensgrenze sehr hoch ist, denn Verheiratete, die in zwei Jahren bis zu 163.000 Euro verdienen, können noch in den Genuss der Eigenheimzulage kommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja!)

Und, meine Damen und Herren, 40 Prozent der Inanspruchnehmenden sind Personen ohne Kinder. Auch das muss man wissen. Zu den Mitnahmeeffekten kommen dann noch Fehlallokationen. Wir kennen das Problem alle, denn der Neubau wird höher gefördert als die Altbausanierung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das kann man ja ändern. – Wolfgang Riemann, CDU: Und wir wollten sogar den Bau von Plattenbauten fördern.)

So. Die Absenkung ist meiner Meinung nach notwendig.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Und wenn Sie sich mal ansehen, was die beiden Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück vereinbart haben, dann sagen die, dass in den nächsten drei Jahren wenigstens zehn Prozent der Subventionen, der direkten und indirekten, linear zurückgeführt werden sollen. Das ist ein Vorschlag. Das ist der berühmte Rasenmäher.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eher rot.)

Man kann aber auch andere Vorschläge diskutieren. Sachsen hat ja einen Vorschlag im Bundesrat eingebracht. Wir werden versuchen, auch einen Vorschlag durchzubringen. Und zwar wollen wir versuchen, dass die Lohnkosten gefördert werden. Dann können Sie nämlich einen Teil der Schwarzarbeit zurückführen. Also es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen, die Sinn machen. Ich finde es deshalb gar nicht gut, dass Sie sich so generell gegen die Diskussionen wehren. Sie sollten lieber mitmachen. Ich werde auf alle Fälle mit meinem sächsischen Kollegen versuchen, eine Lösung, eine ostdeutsch gerechte Lösung zu bekommen.

Meine Damen und Herren, wenn ich das Fazit ziehe, stelle ich fest, dass unsere Ausgangssituation weiß Gott nicht rosig ist. Ganz bewusst haben wir darum die Kredite erhöht, um den Aufbau der Infrastruktur voranzutreiben, denn das liegt im Zukunftsinteresse unseres Landes. Wir setzen Schwerpunkte – ich habe sie genannt – und wir verfolgen gleichzeitig unser langjähriges Ziel, den Landeshaushalt zu sanieren. Wir tun das nicht mit hektischen Aktionen, sondern mit einer langfristig orientierten Politik, mit der wir abrupte Brüche vermeiden und dauerhafte Wirkung erzielen wollen. Wir tragen damit auch zu einer Konsolidierungspolitik im größeren Rahmen bei, bei der Horst Köhler, Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds und ehemaliger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium bei Theo Waigel, also CDU-Mitglied, gerade erneut angemahnt hat, um die dauerhafte Stabilität des Euro zu sichern und für die großen demographischen Belastungen der Rentenversicherung vorzusorgen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen die Konsolidierungs- und Investitionsziele in der Finanzpolitik der Landesregierung zusammengefasst und die Lage in aller Offenheit geschildert. Ich knüpfe daran die Erwartung, dass Sie alle hier im Landtag, auch die Opposition, sich der skizzierten Finanzpolitik für unser Land nicht verschließen werden.

Zum Abschluss: Ich bedanke mich für die konstruktive Zusammenarbeit in allen Fachausschüssen und ganz besonders im Finanzausschuss. Alle Fraktionen, auch die CDU-Opposition, haben gut und sachorientiert gearbeitet. Die lebhaften Diskussionen waren auch für die neuen Abgeordneten sicher sehr anregend

(Wolfgang Riemann, CDU: Sie kennen meine Rede noch nicht!)

und ein guter Einstieg. Unter solchen Voraussetzungen und nach der Rede des Finanzausschussvorsitzenden Herrn Riemann freue ich mich schon jetzt auf die Haushaltsberatungen zum Doppelhaushalt 2004/2005.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Ministerin.

Gemäß Paragraph 85 Absatz 1 der Geschäftsordnung hat die CDU-Fraktion damit sechs Minuten mehr Redezeit.

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Herr Riemann für die Fraktion der CDU.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwei Kilo,

(Rudolf Borchert, SPD: 3,2 Kilo!)

3,2 Kilo Nachtragshaushalt, 1.296 Seiten, dazu auf 261 Seiten der Bericht des Finanzausschusses und der Fachausschüsse zu den einzelnen Haushalten, ist das die Zukunft für unser Land? Ist dieses Papier geeignet, damit Arbeitslosigkeit sinkt,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Geht es noch etwas pragmatischer, Herr Riemann?)

damit Wirtschaftsleistung sich in diesem Land entwickelt?

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

Oder, meine Damen und Herren, brauchen wir wieder Ausreden, wenn es am Jahresende nicht so gekommen ist, wie man es hier darstellen wollte? Ist dann die Flut dran schuld? Vielleicht die Papierflut, mit der die Bürger sich in diesem Land herumschlagen? Ist dann der Irak dran schuld? Was wird es morgen sein? Wer wird morgen der Schuldige sein, dass Deutschland Schlusslicht im Wirtschaftswachstum in Europa ist? Wer wird morgen schuld dran sein, dass Mecklenburg-Vorpommern Schlusslicht im Wirtschaftswachstum ist, aber Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit? Die Bauwirtschaft, der man vielleicht gerne den schwarzen Peter zuschieben möchte? Aber hat es nicht einen Bauboom auch in Sachsen, in Thüringen, in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg gegeben? Haben sich dort nicht auch Überkapazitäten entwickelt?

(Ministerin Sigrid Keler: Nee, nee. Nicht so hoch!)

Ach, Frau Keler. Frau Keler, wir finden immer einen Schuldigen. Und wenn ich Sie vorhin so gehört habe, dann kann ich nur sagen, die Bürgermeister waren auf einer Dankesdemo. Sie haben der Landesregierung für die Aufmerksamkeit gedankt, die Sie den Kommunen entgegenbringen. Ja, Aufmerksamkeit kostet ja auch nichts, das ist billig. Ich sage, warum hat die Landesregierung, wenn sie denn den Kommunen Aufmerksamkeit entgegenbringt, nicht Druck auf die Realisierung der Gemein-

definanzenreform gemacht? Seit 1999 gibt es eine entsprechende Kommission. Ihr Parteifreund Eichel ist dafür zuständig! Warum hat sie denn zugelassen, dass mit der Steuerreform im Jahr 2000 die Gewerbesteuerumlage angehoben wurde und damit den Kommunen mehr Geld entzogen worden ist? Kindergelderhöhung ist richtig und gut! Auch wir sind dafür.

(Heinz Müller, SPD: Aha!)

Aber wir müssen dann auch sagen, die Kommunen zahlen 12,5 Prozent der Kindergelderhöhung mit und dieses Land beteiligt sich mit 47,5 Prozent.

(Ministerin Sigrid Keler: 42,5 Prozent. – Heinz Müller, SPD: Naja, auf ein paar Milliönchen kommt es nicht an.)

Oder 42 Komma ... Na gut, wir können uns auf die Prozentzahl einigen.

(Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Jedenfalls, Herr Müller, beteiligt sich dieses Land dort mit. Unter der alten Bundesregierung, unter Helmut Kohl, unter dem ja alles so schlecht gewesen ist,

(Ministerin Sigrid Keler: Da hat es auch eine Umsatzsteuer gegeben.)

ist eine Umsatzsteuerbeteiligung für die Länder herausgesprungen.

(Heinz Müller, SPD: Als Ausgleich für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer. Nun bleiben wir mal bei der Wahrheit!)

Als Ausgleich! Nein. Jedenfalls gab es einen Ausgleich. Das, Herr Müller, hätte ich erwartet, dass dieses Land dafür auch kämpft.

Und zur Flutopferhilfe, das ist ja gut und schön, wenn man sagt, die Kommunen können jetzt die Mittel behalten. Aber ich sage Ihnen, wenn ein Dieb einer alten Frau eine Tasche wegnimmt

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist ja wohl eine Frechheit, ist das! – Heike Polzin, SPD: Das ist ja ein ganz fürchterlicher Vergleich!)

und dann hinterher sagt, du darfst sie behalten, dann ist das bitte schön keine Hilfe,

(Ute Schildt, SPD: Das ist ja wohl eine Frechheit!)

keine Hilfe.

(Heinz Müller, SPD: Flutkatastrophenopfer ist Diebstahl. Das ist eine Frechheit! Das muss man sich hier anhören. – Angelika Gramkow, PDS: Sehr richtig. – Zurufe von Heike Polzin, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Man wollte es den Kommunen wegnehmen. Solidarität bitte schön, Solidarität bitte schön, ...

(Glocke des Vizepräsidenten)

Solidarität bitte schön, wenn man eine entsprechende Vorsorge getroffen hat. Im Bundeshaushalt ist auch der, der sie verspricht, dafür zuständig und nicht die anderen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Manchmal sind es auch Unverschämtheiten.)

Steuervergünstigungsabbaugesetz – sicherlich ein Thema, über das man reden muss. Aber, meine Damen

und Herren, ich habe bei mir in meiner Gemeinde eine alleinstehende Frau mit zwei Kindern unter schlechten Wohnverhältnissen. Diese Frau hat in den letzten Wochen zehn Kilo abgenommen, nur allein, weil sie nicht weiß, was kommt mit der Eigenheimzulage und ob sie sich dann das Haus noch leisten kann. Und sie konnte es noch nicht bauen, weil wir mit dem B-Plan, aufgrund bürokratischer Hindernisse, noch nicht so weit sind. In Koserow auch wieder, auch da werde ich nachher ein Beispiel geben, was in diesem Land vor sich geht. Was sagen wir der Krankenschwester im Pflegedienst, wenn sie mit ihrem Dienstfahrzeug abends nach Hause fährt und deshalb mehr an den Staat abführen muss? Was sagen wir der Krankenschwester? Ist das sozial gerecht?

Und, meine Damen und Herren, Herr Backhaus hat ja hier vorhin einige Skizzen zur Vergangenheit entwickelt. Aber waren es auch Skizzen für die Zukunft dieses Landes? Es wurde gesagt: Wir gestalten, Sie verweigern! Sie verweigern 197.500 Arbeitslosen die Arbeit – 20.000 mehr als noch vor einem Jahr, darunter 89.000 Frauen, 7.000 mehr als noch vor einem Jahr, 25.000 junge Menschen, 3.000 mehr als noch vor einem Jahr, und die CDU ist schuld an der Abwanderung der jungen Menschen.

(Peter Ritter, PDS: Einer muss ja schuld sein.)

Das, meine Damen und Herren, nimmt Ihnen draußen im Land keiner mehr ab.

Es wird beklagt der Abbau von ABM- und SAM-Stellen. Na bitte schön! Unter welcher Verantwortung passiert denn dieses eigentlich? Wer trägt denn die Verantwortung dafür, dass der Bundeszuschuss gekürzt wird? Doch nicht die Regierung von Herrn Kohl, der 16 Jahre regiert hat. Dem können Sie die Schuld, Herr Backhaus, doch nun wirklich nicht mehr geben. Und es wird wieder von einer Ausbildungsplatzgarantie geredet. Vor der Wahl versprochen, nach der Wahl gebrochen! Wir werden Sie im Herbst beim Wort nehmen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Der Ministerpräsident hat gesagt, das Land braucht mutige Existenzgründer. Frau Finanzministerin sprach von einer privaten Beteiligung, von privatem Kapital, von einer Initiative, die sie mit dem Wirtschaftsminister auslösen will. Diese Versprechen hören wir nun schon seit drei Jahren hier im Landtag. Getan hat sich eher nichts. Ich kann Ihnen hier einmal den Fall eines Bansiner Existenzgründers schildern: Seit einem halben Jahr von Pontius zu Pilatus, von Bank zu Bank, beim Wirtschaftsministerium und beim Landesförderinstitut bisher nur Ausreden. Sogar ein Termin beim Staatssekretär im Wirtschaftsministerium brachte keine Lösung.

(Rudolf Borchert, SPD: Herr Riemann,
das Thema ist Nachtragshaushalt!)

Ja, das ist Nachtragshaushalt. Nachtragshaushalt ist Wirtschaftsentwicklung! Wenn wir nicht endlich dazu kommen, dass Bürokratie abgebaut wird,

(Rudolf Borchert, SPD: Na los! Na los!)

dass Existenzgründer auch Mut fassen und sie sich auch durchsetzen können, wenn wir die Versprechen der letzten Jahre, Herr Borchert, mit einer Existenzgründeroffensive, mit einer Mittelstandsbank und was wir alles machen wollten hier in diesem Land nicht einlösen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Rudolf Borchert, SPD: Dafür machen wir
doch keinen Nachtragshaushalt!)

dann wird es nichts mit der Wirtschaftsentwicklung, dann wird es nichts mit den Steuereinnahmen in diesem Land und dann ist der Nachtragshaushalt in wenigen Wochen schon Makulatur.

Frau Gramkow, Sie haben beklagt, Weiterbildungsmaßnahmen nicht zu halbieren. Wer trägt denn die Verantwortung, dass das gerade passiert. Wer trägt dafür Verantwortung?

(Angelika Gramkow, PDS: Das passiert ja nicht so.

Das ist die Forderung der CDU, die Forderung der CDU. Lesen Sie das doch mal nach!)

Natürlich passiert das jetzt. Es passiert gerade in diesem Fall, dass sich die Weiterbildungsmaßnahmen in diesem Land von ganz alleine halbieren, weil man von den Instituten, die Weiterbildung machen, verlangt, dass sie zu 75 Prozent die Leute ...

(Angelika Gramkow, PDS: Zu 70 Prozent!)

Zu 70 Prozent. 70 Prozent sind schon zu viel!

(Angelika Gramkow, PDS: Sie sollten
darüber nachdenken, worüber Sie reden!)

... dass sie zu 70 Prozent die Leute so unterbringen müssen, dass sie hinterher einen Arbeitsplatz haben. Wissen Sie, wie viele Arbeitsplätze in der Weiterbildung in diesem Land wegbrechen werden? Das werden mehr als 50 Prozent sein! Das sage ich Ihnen voraus. Das hat auch wieder Auswirkungen auf die Steuereinnahmen, Herr Borchert. Das hat Auswirkungen auf die Abwanderung. Aber dann kann man ja sagen, die CDU ist schuld.

(Angelika Gramkow, PDS:
Das hat doch gar keiner gesagt.)

Die CDU ist sicherlich auch schuld daran, dass wir in diesem Nachtragshaushalt die Kreditaufnahme um 570,3, und das ist genau die Zahl, 570,3 Millionen Euro erhöhen müssen.

(Angelika Gramkow, PDS: Für 450 Millionen tragen Sie die Verantwortung.
Da waren Sie in der Verantwortung!)

Daran ist sicherlich die CDU schuld, dass wir in diesem und im vergangenen Jahr mehr als 1 Milliarde Kredite aufnehmen müssen. 16 Jahre Helmut Kohl wirken eben nach.

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist richtig! –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Eine schöne Erkenntnis.)

Wir haben hier in diesem Landtag anscheinend eine ganz lange Verfallsdauer. Und anscheinend vergessen Sie, dass Sie achteinhalb Jahre hier in diesem Land Mitverantwortung getragen haben, einen stellvertretenden Ministerpräsidenten hatten, eine Finanzministerin haben und dass Sie viereinhalb Jahre hier Verantwortung haben und Rot-Grün viereinhalb Jahre in Berlin.

(Andreas Bluhm, PDS: Jetzt meinen Sie
aber nicht die PDS, Herr Riemann!?)

Herr Backhaus, es ist billig, die Arbeitslosigkeit auf die Treuhand zu schieben. Das ist wirklich sehr, sehr billig. Wir beide kommen aus der Landwirtschaft. Wir beide wissen ganz genau, was sich in der Landwirtschaft abge-

spielt hat. Wir wissen, warum wir europaweit eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft haben und das auch begrüßen. Wenn ich an meine eigene Zeit in der Landwirtschaft zurückdenke, dann brauche ich eben in der Landwirtschaft nicht mehr 40 Frauen, um den Rosenkohl vom Acker zu holen und ihn mit der Hand zu ernten. Das muss man auch mal sehen. Daran trägt nicht die Treuhand die Verantwortung. Ich will das auch nicht auf 40 Jahre DDR-Geschichte schieben, das ist zu billig. Und wenn Aussagen zur Bauwirtschaft getroffen werden, Frau Gramkow, ist Ihnen doch bekannt, dass 1 Euro, wenn wir denn im Schulbau Unterstützung geben, wenigstens 2 Euro Bauvolumen

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig!)

und noch einmal 2 Euro Nachfolgeinvestition auslöst.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber ein 1 Euro Landesbau ist auch 1 Euro Bauproduktion!)

Im Eigenheimbau, wer das dann beklagen möchte, sind es 7 Euro Investition und vielleicht noch einmal 7 Euro weitere Ausgaben. Das bringt auch Steuereinnahmen.

Und wenn Sie, Frau Keler, beklagen, dass durch die Eigenheimzulage so hohe Subventionen auftreten, dann muss ich Ihnen sagen, es gibt eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Dazu sollten Sie dann auch sagen, da fällt Umsatzsteuer an und da fällt auch Grunderwerbssteuer an. Für den Transport fällt Ökosteuer an und für die Bauwilligen, die dort arbeiten, fallen auch noch Lohnsteuern an. Sicherlich ist das nicht umfassend dargestellt.

Gleiches gilt, wenn ich denn etwas Gutes für dieses Land und die Kommunen tun will. Die genannten 100 Millionen, die Sie heute kritisiert haben, die beinhalten nicht nur die Schulbauförderung, die beinhalten ja auch die Städtebauförderung, die Dorferneuerung und Ähnliches mehr. Auch da könnten wir für die Kommunen etwas tun und Mittel runterreichen. Und insofern, denke ich, werden wir uns zum Nachtragshaushalt eine interessante Diskussion liefern, was wir mehr für die Kommunen tun können.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Sie meinen den Doppelhaushalt!)

Zum nächsten Doppelhaushalt ein Aspekt, der hier immer gesagt wird, ist, die CDU will ja bei den sächlichen Verwaltungsausgaben mit einer globalen Minderausgabe für Deckung ihrer Anträge sorgen. Wenn man das zusammenrechnet, dann würden wir den Landeshaushalt um 40 Millionen Euro Ausgaben vermindern können und damit auch die Kreditaufnahme entsprechend vermindern können. Und dass das gerechtfertigt ist, meine Damen und Herren, wird auch anhand von zwei Zahlen deutlich: Mecklenburg-Vorpommern spart ein Prozent bei sächlichen Verwaltungsausgaben ein. Brandenburg kann offensichtlich mehr sparen, aber da können sich ja beide Finanzministerinnen mal austauschen. Unsere Vorschläge zu den sächlichen Verwaltungsausgaben wurden ja in den vergangenen Jahren immer wieder als unseriös abgelehnt. Wir fanden sie in den Folgehaushalten, dann von der Landesregierung vorgeschlagen, immer wieder. Insofern macht Oppositionsarbeit natürlich auch Spaß, weil sie zum Denken anregt. Gedanken, denke ich, Herr Backhaus hat das heute so schön gesagt, und Ideen können platzen. Aber wenn man gar keine Ideen hat, dann kann auch nichts platzen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit – und das sollten wir heute auch miteinander besprechen und auch ab-

schließend entscheiden – ist unser Antrag zur sicherlich geringfügigen Verbesserung der Kommunalfinanzen. Wenn man sich das einmal anguckt, dann haben die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern mit 966 Euro je Einwohner – verglichen mit Schleswig-Holstein mit 1.370 Euro je Einwohner – eine wesentlich schlechtere Ausgangslage. Aber daran ist wahrscheinlich auch der olle Helmut Kohl und die acht Jahre CDU-geführte Regierung schuld. Das kann man ja auch noch diskutieren. Aber der „Nordkurier“ schreibt am 20.03.2003: Landkreise und kreisfreie Städte vor der Pleite! Eine solche Schlagzeile konnte ich zumindest in sechzehn Jahren Helmut Kohl und in acht Jahren Berndt Seite nicht lesen.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Herr Seite war ja nur sechs Jahre. Übertreiben Sie doch nicht immer so maßlos! – Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

Wenn Sie heute unserem Antrag, Frau Gabi Schulz, als kommunalpolitische Sprecherin zustimmen möchten, dann erfüllen Sie einfach nur Ihre Pressemitteilung, in der Sie gestern sehr deutlich sagten: Das Anliegen der Kommunen, auf ihre bedrohliche Finanzsituation aufmerksam zu machen, ist berechtigt. Hier ist Gegensteuern der Politik gefragt.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig!)

Wir wollen mit unserem Antrag gegensteuern. Wir denken, dass wir auch den zweiten Punkt Ihrer Pressemitteilung, bezogen auf die Landespolitik das Machbare einzufordern und umzusetzen, heute mit unserem Antrag erfüllen werden. Und dann sollte man auch Ihren Fast-schlusssatz lesen: Landespolitik ist zwar nicht auf Kommunalpolitik zu reduzieren, gleichzeitig aber ist Landespolitik mit handlungsunfähigen Kommunen nicht möglich. Dann tun Sie etwas! Dann stimmen Sie unserem Antrag zu, der heute eine zwar sicherlich nicht grundsätzliche Verbesserung für die Kommunen bringt, aber wir werden heute ja noch einen weiteren Antrag zu beraten haben, der grundsätzliche Auswirkungen für die kommunale Finanzsituation hat.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Die CDU als Heilsbringer!)

Da möchte ich dann mal sehen, wie SPD und PDS bei solchen Pressemitteilungen zustimmen oder ablehnen.

(Angelika Gramkow, PDS: Na dann schauen wir mal!)

Pressemitteilungen sind genauso billig wie Aufmerksamkeit. Sie kosten nämlich nichts.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Wir werden heute auch noch über unseren Antrag zum Einzelplan 15 zu diskutieren haben. Ich sage es deutlich: Wenn ein Minister meint, er müsse in erster Instanz 130.000 Euro für ein Gerichtsverfahren ausgeben,

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Bar!)

dann sollte man ihn für das zweite Verfahren haftbar machen, indem man nämlich aus seinem Ministerium Verfügungsmittel aus der Öffentlichkeitsarbeit

(Angelika Gramkow, PDS: Er hat die Mittel in seinem Ministerium aufgebracht!)

und die Landesregierung gleich mit in die Haftung nimmt, den Verstärkungstitel in Einzelplan 11 auch zur Verstärkung der Gerichtsausgaben nimmt. Denn wer so

etwas zulässt, der gehört auch mit in die Haftung genommen, obwohl wir keine Amtshaftung haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein vorletztes Wort noch, denn wir haben hier ja viele Pressemitteilungen von SPD und PDS gehabt, was nun alles schöner wird in diesem Land und wo es überall mehr Geld gibt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja, weil der Frühling kommt, Herr Riemann!)

Aber wenn man das genau überprüft, gibt es eben nicht mehr Geld. Nur, Frau Gramkow – Sie haben das heute sehr richtig dargestellt und das hat mich auch sehr gefreut, dass Sie es richtig dargestellt haben –, man sollte in der Pressemitteilung auch einmal gucken und nicht nur lästern,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ein Bienchen von Herrn Riemann, ein Bienchen von Herrn Riemann!)

wenn die CDU mal Millionen und Milliarden verwechselt, sondern man sollte auch gucken, ob weniger mehr ist oder mehr weniger ist.

Nur noch ein abschließendes Wort: Wir haben heute auch zur Beratung, ich zeige das extra, aus dem Einzelplan 4, dort verstärken wir einen Haushaltstitel für Öffentlichkeitsarbeit um 150.000 Euro. Darunter ist auch diese Broschüre, aber wir wollen doch heute erst über den Haushalt reden, lieber Herr Innenminister. Da sollte der Rechnungshof mal prüfen, inwiefern der Minister welche Ermächtigung hat, so ein Buch zu drucken,

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Das ist ja unglaublich!)

obwohl dann in der Begründung für die Erhöhung dieses Buch wieder herangeführt wird. Ich sage es noch einmal deutlich: Dieses ist kein Haushalt für die Zukunft des Landes!

(Andreas Bluhm, PDS: Das ist die Nachauflage, Herr Riemann!)

Ich will dieses Land nicht schlechtreden. Die Menschen in diesem Land hätten einen besseren Haushalt

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist die vorläufige Haushaltsführung, Herr Riemann!)

und eine bessere Regierung verdient. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Riemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben alle unseren Beitrag geleistet, um das Ziel zu erreichen und den Nachtragshaushalt heute zu verabschieden. Und dieses ist uns trotz eines sehr engen Terminplanes gelungen. Dafür möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei allen Beteiligten bedanken. Ich nutze auch die Möglichkeit, mich einmal bei denen zu bedanken, die eher sonst nicht so im Mittelpunkt stehen. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Sekretariaten der Fachausschüsse, in den Ministerien und in den Fraktionen, die hier ihren Beitrag geleistet haben, dass wir heute

den Nachtragshaushalt beschließen können. Meinen ausdrücklichen Dank möchte ich auch den Ministerinnen, den Ministern und den Staatssekretären sagen, die durchweg in den Sitzungen des Finanzausschusses anwesend waren, die mit ihren Fragen beziehungsweise den Antworten auch zur Entscheidungsfindung in den Ausschüssen beigetragen haben. Und, nicht zu vergessen, ich bedanke mich für die faire und konstruktive Zusammenarbeit im Finanzausschuss. Ich muss mich allerdings wundern – eigentlich aber auch nicht mehr, denn man kennt das ja schon von den Vorjahren –, dass dann hier im Plenum doch etwas andere Töne angeschlagen werden.

(Egbert Liskow, CDU: Von mir nicht!)

Nicht von Ihnen, Herr Liskow, aber ich glaube, das gehört wohl auch mit dazu. So ein bisschen Schaulaufen, Herr Riemann, das kennen wir ja schon. Ich glaube, damit können wir inzwischen auch umgehen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, in der Ersten Lesung zum Nachtragshaushalt am 19. Februar hat Herr Rehberg ja seine Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass wir im Umgang mit dem Nachtragshaushalt möglicherweise überfordert wären. Heute bleibt festzuhalten, Herr Rehberg, dass wir, und damit meine ich auch die neuen Mitglieder unseres Landtages, durchaus dazu in der Lage waren, obwohl, das will ich gerne zugestehen, es nicht immer einfach war. Schließlich war es das erste Haushaltsrechtsanpassungsgesetz zu einem Doppelhaushalt, gleichzeitig verbunden mit der Einführung der Personalausgabenbudgetierung. Probleme oder besser gesagt Irritationen gab es auch, weil zum Beispiel nicht angepasste Erläuterungen bei veränderten Haushaltstiteln fehlten. In diesen Fällen hat dann allerdings das Finanzministerium sehr schnell reagiert und mit entsprechenden Austauschseiten, die wir dann auch noch lesen durften und mochten, nachgebessert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was haben wir nun in den Beratungen zum Nachtragshaushalt erreicht? Ich möchte nur ganz kurz noch einmal die Ausgangslage zitieren. Wohlgermerkt, es ging um einen Nachtragshaushalt: 408 Millionen Euro Steuerausfälle (Nettokreditaufnahme 826 Millionen Euro), das heißt zusätzlich 570 Millionen Euro und damit ein Gesamtschuldenstand unseres Landes Mecklenburg-Vorpommern von fast 9 Milliarden Euro. Das heißt zum Beispiel auch, dass wir im Haushalt 2003 allein nur für Zinszahlungen fast eine halbe Milliarde Euro einsetzen müssen.

In einer solch dramatischen Haushaltssituation sind Handlungsspielräume in einem Nachtragshaushalt so gut wie nicht vorhanden. Das hat schließlich für uns Sozialdemokraten bedeutet, uns sehr ernsthaft die Frage zu stellen, wo wir bei diesen engen Spielräumen Prioritäten setzen wollen. Das haben wir getan, wir haben punktuell Ausgabensätze verändert, um in ausgewählten Bereichen die Arbeit zu sichern, insbesondere in den Bereichen Jugend, Prävention und soziale Beratungsdienste. In Zahlen ausgedrückt heißt das, dass wir circa 1,1 Millionen Euro umgeschichtet haben. Im Verhältnis zum Gesamtetat bei 7,4 Milliarden Euro, gebe ich zu, bei 0,01 Prozent nur marginal. Aber ich bin schon der Meinung, dass man 1,1 Millionen Euro nicht zu gering schätzen sollte. Dieses Ergebnis an der einen oder anderen Stelle, glaube ich, ist durchaus beachtenswert und auch lobenswert, weil man auch mit relativ kleinen Summen manchmal wirklich große Wirkungen nach sich ziehen kann.

Wenn Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, nun allerdings meinen, dass einige Ansatzveränderungen aus dem Bereich der Verstärkungsmittel als der ideale Weg betrachtet werden, dann kann ich Ihnen sagen, das ist durchaus nicht so. Wir betrachten dieses Mittel dann auch wirklich als letzten Rettungsanker. Ich muss auch deutlich sagen, und daraus mache ich auch keinen Hehl, dass an dieser Stelle vor allen Dingen die gute Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium nicht ganz unwichtig war.

Ich möchte deutlich machen, dass wir die Ausgabenreduzierung im Nachtragshaushalt im vollen Umfang nur in wenigen Fällen zurücknehmen konnten. Herr Riemann, da haben Sie völlig Recht. Im Bereich nachwachsende Rohstoffe, da ging es um Investitionen, im Bereich der freiwilligen Straffälligenhilfe, für die Sucht- und Drogenprävention und auch bei einigen Maßnahmen des Umweltschutzes ist es uns gelungen, Kürzungen im vollen Umfang zurückzunehmen, also nicht draufzupacken, sondern Kürzungen im vollen Umfang zurückzunehmen und damit auf den Ansatz des Ursprungshaushaltes 2003 zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, in den parlamentarischen Beratungen zum Nachtragshaushalt brachten die Koalitionsfraktionen und auch die Oppositionsfraktion zahlreiche Änderungsanträge ein. Meine Vorredner haben es bereits gesagt und ich möchte es auch noch einmal deutlich machen. Wir lagen bei vielen Sachthemen sehr eng beieinander, um nicht zu sagen, wir hatten da auch Übereinstimmungen, wenn es um die Frage ging, wie und wo müssten wir Mehrbedarfe haben. Aber bei den Deckungsvorschlägen gab es dann natürlich die erwarteten Unterschiede bei den Lösungsmöglichkeiten. Ich möchte hier nur kurz noch einige Beispiele nennen. Im Bereich der Frauen- und Mädchenhäuser, Beratungsstellen und Interventionsstellen ist es uns gelungen, nur eine Minderausgabe von 41.300 Euro zuzulassen. Das Gleiche gilt für die Musikschulen in Höhe von 150.000 Euro, bei der Schuldner- und Insolvenzberatung und auch bei der Sucht- und Drogenprävention.

Kontrovers ging es bei der freiwilligen Straffälligenhilfe zu. Hier gestatten Sie mir doch einmal aus dem Bericht zu zitieren. Wir haben hier als Koalitionsfraktion 55.000 Euro beantragt, das heißt praktisch wieder den alten Ansatz. Ich zitiere die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Sie haben erklärt, dem Antrag nicht zuzustimmen, und zwar mit folgender Begründung: „Wenn man schon eine freiwillige Straffälligenhilfe im Haushalt vorsehe, sollte man auch an die Opfer dieser Straffälligen denken. Es sei eine verwerfliche Entwicklung im Land, dass man sich mehr um die Täter als um die Opfer kümmere. Man sollte besser etwas für den Weißen Ring tun.“

Und an dieser Stelle, meine Damen und Herren von der CDU, muss ich sagen, muss ich das ganz entschieden zurückweisen und klarstellen, dass insbesondere natürlich gerade diese Aufstockung in diesem Bereich freiwillige Straffälligenhilfe auch etwas mit Opfer zu tun hat, weil Prävention, und zwar gute erfolgreiche Prävention, auch wohl nicht ganz unwichtig ist im Interesse von zukünftigen möglichen Opfern. Ich möchte darauf verweisen, dass gerade der Täter- und Opferausgleich, der ebenfalls zur freiwilligen Straffälligenhilfe gehört, nicht nur im Interesse der Täter ist, sondern auch im Interesse der Opfer sein kann und sollte. Das müssten eigentlich zumindest Fachpolitiker durchaus begriffen haben.

(Volker Schlotmann, SPD:
Das ist ideologisch geprägt!)

Also von daher noch einmal mein Unverständnis. Ich muss deutlich sagen, dass wir – insbesondere natürlich gerade auch durch die Arbeit unseres Justizministers Erwin Sellering

(Wolfgang Riemann, CDU:
Unser guter Pommernminister!)

und des Innenministers Gottfried Timm – gerade auch im Interesse der Opfer hier im Land bereits sehr viel beigetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte noch einmal konkret auf die Situation bei den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen eingehen. Herr von Storch hat ja richtigerweise auch noch einmal die Notwendigkeit begründet. Ich möchte in diesem Zusammenhang insbesondere noch einmal auf die Presseinformation von Herrn Riemann eingehen und noch einmal eines klarstellen: Es ging ja hierbei um den Titel „Zuschüsse an Vereine, Verbände sowie an soziale oder ähnliche Einrichtungen für familienfördernde Beratungen.“ Innerhalb dieses Titels gibt es praktisch einen Untertitel „Schuldner- und Insolvenzberatung“.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ist mir bekannt!)

Insgesamt sollte der Titel um 566.000 Euro gekürzt werden. Wir haben Folgendes gemacht: Wir haben zweckgebunden – und das ist ganz wichtig – die geplante Absenkung bei der Schuldner- und Insolvenzberatung von 241.000 Euro, praktisch zumindest, zum größten Teil zurückgeholt und auf 71.200 Euro vermindert. Ich glaube, damit, das heißt mit insgesamt 120.000 Euro mehr zum geplanten Absenken, ist es durchaus möglich, die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen hier im Land für uns im Moment erst einmal auf dem notwendigen Niveau zu finanzieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Sind
die Erläuterungen verbindlich?)

Ich will aber gerne zugestehen, dass wir in diesem Bereich durchaus zukünftig auch noch mehr machen müssen.

(Egbert Liskow, CDU: Das können wir sofort!)

Ich glaube, das ist auch in der gemeinsamen Anhörung der Ausschüsse, des Innenausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Finanzausschusses zum Thema Zahlungsmoral noch einmal deutlich geworden.

Naja, Herr Riemann, wir haben des Öfteren bei Ihnen schon den Eindruck, dass Sie die Grenze zwischen Dichtung und Wahrheit miteinander verwischen.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das trifft
aber auch auf die Musikschulen zu!)

Von daher ist diese Klarstellung, glaube ich, hier an dieser Stelle auch noch einmal richtig plazierte gewesen.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat sich maßgeblich dafür eingesetzt, dass die bundesweit viel beachtete und historisch wertvolle Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ noch in diesem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern gezeigt werden kann.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Unsere Fraktion sieht eine hohe politische Bedeutung in der aktiven Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, gerade auch unserer Jugendlichen. Dazu wird diese Ausstellung einen besonderen Beitrag leisten. Wir begrüßen den Ausstellungsort Peenemünde, der von einem breiten regionalen Bündnis getragen wird. Wir sind der Meinung, dass Peenemünde sehr gut zur Präsentation dieser Exposition geeignet ist und dem Charakter als authentischen Ort für die Wehrmachtsausstellung, glaube ich, auch eine besondere Note gibt. Und deshalb haben wir auch aufgrund der Anregungen aus dem Bildungsausschuss direkt noch einmal 75.000 Euro in den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt für dieses Vorhaben einstellen und somit für die Gesamtfinanzierung einen wesentlichen Beitrag leisten können.

An dieser Stelle gestatten Sie mir aus dem Bericht sehr kurz ein zweites Zitat, ein Zitat, das mich doch in der Ausschusssitzung sehr betroffen gemacht hat und heute während der Aussprache noch einmal. Deshalb muss ich darauf unbedingt noch einmal eingehen. Ich zitiere Seite 29 des Berichts, bezogen auf die Wehrmachtsausstellung in Peenemünde – die Abgeordneten der Fraktion der CDU lehnen hier den Antrag ab, 75.000 Euro dort einzusetzen. Jetzt zitiere ich aus Sicht der CDU-Fraktion wörtlich: „Die Ausstellung sei überflüssig, außerdem könne der Millionär Reemtsma diese selbst finanzieren, wenn er sie betreiben wolle.“ Und an dieser Stelle muss ich schon sagen, ich richte mich ausdrücklich an die CDU und bitte noch einmal um Klarstellung und um Richtigstellung: Ist das jetzt wirklich die Meinung der CDU oder ist das die Meinung eines einzelnen Abgeordneten?

(Wolfgang Riemann, CDU: Das hat er hier vorne klargestellt.)

Wenn das denn so ist, dann möchte ich die Gelegenheit nutzen und ebenfalls mit einem Zitat von Regine Klose-Wolf, Sprecherin der Hamburger Stiftung für Sozialforschung, antworten. Zitat: „Es ist schon erstaunlich, mit welchem Beharrungsvermögen einige wenige Menschen Wissen um die Vergangenheit ignorieren und ihren Protest personalisieren.“ Dem gibt es aus meiner Sicht nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, nach dem ernsten Thema vielleicht wieder etwas zur Auflockerung. Mancher mag ja denken, mit dem Antrag von SPD und PDS zur Einrichtung des Leertitels „Bewertung bei Anhörungen im Landtag“ haben wir uns einen Spaß erlaubt.

Dem ist nicht so, weit gefehlt. Bisher bestand bei Anhörungen im Landtag leider nicht die Möglichkeit – und die können sich ja über mehrere Stunden hinziehen –, anzuhörende Mitglieder des Landtages und geladene Gäste mit Erfrischungsgetränken, Kaffee und so weiter zu versorgen. Das gab bisher der Einzelplan des Landtages nicht her. Aber ab heute, wenn denn das so im Nachtragshaushalt beschlossen wird, wird dieses zukünftig möglich sein. Ich glaube, diesem Punkt werden wir dann mit besonderer Freude zustimmen, zumal er ja auch nicht so viel Geld kostet.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Borchert, wir sind ja auch so arm, dass wir unsere Gäste nicht einmal einladen können.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, mit Ergänzung zum Haushaltsgesetz ermächtigt der Etatgeber die

Landesregierung an drei wesentlichen Punkten zu handeln, und zwar:

Erstens möchte ich noch einmal hervorheben, dass wir in Anlehnung an das Lehrstellensonderprogramm des Bundes flexibel und kurzfristig mit mindestens 10 Millionen Euro

(Wolfgang Riemann, CDU: Bis zu, bis zu, nicht mindestens!)

auf die Schließung einer im Herbst möglichen Lehrstellenlücke für circa 3.000 Jugendliche reagieren können. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Maßnahme, um das abzusichern, was von dem einen oder anderen CDU-Politiker in Frage gestellt wird, und zwar, dass wir allen Jugendlichen, die das können und möchten, auch einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen, und dass wir dazu stehen, dieses Versprechen dann auch einzulösen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Gelegenheit nutzen, das Finanzministerium und dort insbesondere die Kreativabteilung einmal besonders zu loben, und zwar an zwei Stellen. Erstens finde ich das durchaus eine gute Idee.

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler, haben Sie schon wieder eine neue Abteilung? – Heinz Müller, SPD: Die fehlt der CDU! – Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Wolfgang Riemann, CDU)

Wir sind uns doch alle einig, dass die jetzige Annahme im Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts mit einem Prozent zurzeit schon Makulatur ist.

(Wolfgang Riemann, CDU: Ich sitz hier viel besser!)

Das heißt, wir wissen doch alle, so lobenswert das hier ist, dass 4,7 Milliarden Euro über das Steuervergünstigungsabbaugesetz bei Weitem nicht ausreichen werden, um die zu befürchtenden Steuermindereinnahmen in diesem Jahr zu kompensieren. Und weil das so ist, ist es völlig richtig, Vorkehrungen zu schaffen. Ich begrüße ausdrücklich diesen kreativen Einfall, und zwar Darlehensforderungen des Landes in einem Barwert von 50 Millionen Euro als Eventualverkauf schon praktisch vorzuhalten, damit wir dann auch sofort entsprechend reagieren können. Ich weiß, es ist nicht der Königsweg. Ich weiß, es ist sicherlich nicht ideal. Von 1,9 Milliarden Euro Gesamtansprüchen 50 Millionen Euro für diesen Zweck einzusetzen halte ich andererseits dann wieder durchaus für richtig und nachvollziehbar. Ich halte es auch für kreativ, im Finanzausschuss zu sagen, da waren wir uns auch einig, wenn ein Investor zu uns kommt, der einen Investorenbau mit der Option hat, 2007 zu kaufen, dass wir dann sagen, wir kaufen nicht 2007, sondern wir kaufen 2003. Ich meine damit das Amtsgericht in Rostock. Ich finde das schon richtig, an dieser Stelle zu sagen: Jawohl, wir machen das auch in der Erwartung, dass wir damit Gesamtersparnisse bei Mieten und Zinsen von über 8,6 Millionen Euro haben.

Meine Damen und Herren, zu den von der Landesregierung im Haushaltsrechtsanpassungsgesetz aufgenommenen beziehungsweise veränderten Regelungen zum Haushaltsgesetz hatte der Landesrechnungshof hinsichtlich der Einschränkungen des parlamentarischen Etatrechts Bedenken. Ich meine, an dieser Stelle völlig zu

Recht! Ich bedanke mich auch noch einmal beim Landesrechnungshof.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir haben das gefunden, nicht der Rechnungshof!)

Darauffin hat die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht, der die Landesregierung zur Unterrichtung des Finanzausschusses beziehungsweise des Landtages auffordert

(Wolfgang Riemann, CDU: Da wollten Sie uns austricksen!)

und in einem Fall die Landesregierung die Zustimmung des Finanzausschusses einzuholen hat. Und dieser Antrag wurde mit Änderungen und Konkretisierungen seitens der SPD und PDS im Finanzausschuss beraten, angenommen und damit das Etatrecht des Parlaments gewahrt. Ich halte dies für ein außerordentlich positives Beispiel für die konstruktive Zusammenarbeit im Finanzausschuss, vor allen Dingen wenn es um die gemeinsame Interessensicherung im Interesse der Legislative geht.

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, allerdings komme ich nicht umhin, in meinen Ausführungen noch einmal auf Ihre Beratungen Bezug zu nehmen. Sie waren ja nicht untätig. Im Gegenteil, Sie waren sehr fleißig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir sind immer fleißig!)

Wie auch in den Vorjahren gab es wieder viele Anträge. Weil aber Ihre Deckungsvorschläge, die von Ihnen gewünschten Ansatzveränderungen unsolid waren, hatten diese Anträge keine Chance, bei uns angenommen zu werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Herr Borchert, es gibt zwei Ausgaben. Die globalen Minderausgaben von der Finanzministerin sind gut und die globalen Minderausgaben von der CDU sind schlecht!)

Herr Riemann, es geht um die melkende Kuh, um sächliche Verwaltungsausgaben. Die versuchen Sie nun schon seit Jahren zu melken.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mit Recht, mit Recht! – Dr. Armin Jäger, CDU: Eine Kuh muss man melken, sonst wird sie geschlachtet!)

Ich würde doch meinen, lassen Sie sich mal etwas Neues einfallen. Arme Kuh! Ich habe dem, was die Finanzministerin gesagt hat, nichts hinzuzufügen. Lassen Sie sich in Zukunft was anderes einfallen!

Allerdings muss ich Ihnen sagen, die 20 Millionen Euro Minderausgaben im Bereich der Hochbaumaßnahmen, Einzelplan 12, sind schon investitionsfeindlich. Da schießen Sie ein Eigentor, wenn ich an die Investitionsquote denke. Sie waren nicht in der Lage, konkret im Einzelplan 12 zu sagen, wo gekürzt werden sollte. Sich praktisch zurückziehen auf eine globale Minderausgabe, das halte ich schon für etwas feige.

(Wolfgang Riemann, CDU: Mehr als 50 Millionen Euro schieben wir da vor uns her! Mehr als 50 Millionen schieben wir da vor uns her! Und im Gegensatz zu 1995 war das Finanzministerium nicht bereit, uns Titel zu nennen. Damals hat das Finanzministerium sie uns genannt.)

Noch einmal zu den sächlichen Verwaltungsausgaben: 362 Millionen Euro haben wir in den Gruppierungsnum-

mern 51 bis 54 über alle Einzelpläne. 362 Millionen Euro! Was heißt das überhaupt, sächliche Verwaltungsausgaben? Sie tönen immer so herum: sächliche Verwaltungsausgaben. Herr Rehberg wollte eigentlich 40 Millionen Euro. Sie wollen jetzt 30 Millionen Euro. Da kann man mal locker die 10 Millionen Euro durch die Gegend schieben. Zu sächlichen Verwaltungsausgaben, meine Damen und Herren, gehören eben nicht nur Papier, Bleistifte oder Tinte, sondern dazu gehören auch Ausgaben für Aus- und Fortbildung, Bewirtschaftung der Grundstücke, Mieten, Pachten et cetera.

(Dr. Henning von Storch, CDU: Das wissen wir doch alles!)

Wenn wir hier den Rotstift ansetzen wollen, dann doch konkret. Und dann müssen wir auch konkret die Frage beantworten, wie Sie da möglicherweise Nachteile in der praktischen Arbeit der Ministerien und so weiter auch wirklich realisieren wollen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Mir kommen gleich die Tränen, die Tränen, Herr Borchert! Mir kommen wirklich gleich die Tränen! – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das wird so nicht funktionieren.

(Wolfgang Riemann, CDU: Warum erlässt denn Frau Keler bei jeder Haushaltsverschlechterung eine Sperre bei sächlichen Verwaltungsausgaben? – Zuruf von Peter Ritter, PDS – Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Herr Riemann, wir haben vor, sächliche Verwaltungsausgaben in Höhe von 15 Millionen Euro zu kürzen, und Sie wollen dies mir nichts, dir nichts mindestens um 15 Millionen Euro oder 30 Millionen Euro überschreiten. Das ist einfach unrealistisch.

Ich möchte an dieser Stelle von vornherein klarstellen, dass allein schon aus diesem Grunde wegen fehlender Deckungsmöglichkeiten oder solider Deckung für die SPD-Fraktion all Ihre Anträge, die ja wohl als Deckung die sächlichen Verwaltungsausgaben im Blick haben – und da werde ich das überhaupt gar nicht weiter politisch –, grundsätzlich abzulehnen sind.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, einen Antrag habe ich heute noch vermisst. Den hatte ich eigentlich erwartet, denn Sie hatten mehrfach angekündigt, dass Sie mit der Reduzierung von Ministerien Geld sparen wollen. Diesen Antrag haben Sie heute nicht gebracht. Ich war darauf eingestellt. Ich möchte trotzdem noch einmal ausdrücklich auf die Drucksache 4/205 verweisen, weil das auch immer durch die Presse geistert, wo Sie nachlesen können,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Der Antrag war im Finanzausschuss!)

die Zahl der Ministerien und Landesbehörden ist so weit wie möglich zu reduzieren, und zwar im Zusammenhang mit der Verwaltungs- und Funktionalreform. Gedulden Sie sich doch noch ein wenig, dann werden wir sicherlich auch bei dem Thema gar nicht so weit auseinander liegen!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine Damen und Herren, gut vier Monate haben wir Zeit durchzuatmen, zumindest was Haushalt betrifft – damit meine ich uns Abgeordnete, in den Ministerien arbeitet man natürlich logischerweise schon daran –, den einen oder anderen Gedanken zu sammeln, über die heutige Debatte noch einmal nachzudenken, weil dann in vier bis fünf Monaten die nächste Herausforderung ansteht, die Beratung zum Doppelhaushalt 2004/2005. Mit Blick auf die komplizierte Haushaltslage, besonders an die Adresse von Herrn Riemann gerichtet, habe ich den alten Goethe bemüht: „Denken ist einfach, Handeln schwierig, aber seine Gedanken in die Tat umzusetzen ist das Allerschwierigste.“ – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Zuruf und Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU: Rudolf, das war nicht persönlich gemeint.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Es liegen weiter keine Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der PDS hat um eine Auszeit von zehn Minuten gebeten, so dass wir dann um 13.45 Uhr wieder beginnen.

Unterbrechung: 13.35 Uhr

Wiederbeginn: 13.44 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die unterbrochene Sitzung.

Wir beginnen nun mit der Abstimmung.

Ich rufe auf den Einzelplan 01 – Landtag.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/351 zum Einzelplan 01 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 01 auf Drucksache 4/351 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 02 – Landesrechnungshof.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/352 zum Einzelplan 02 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 02 auf Drucksache 4/352 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 03 – Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten – Staatskanzlei –.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/353 zum Einzelplan 03 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 03 auf Drucksache 4/353 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 04 – Geschäftsbereich des Innenministeriums.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/354(neu) zum Einzelplan 04 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 04 auf Drucksache 4/354(neu) mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 05 – Geschäftsbereich des Finanzministeriums.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/355 zum Einzelplan 05 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 05 auf Drucksache 4/355 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 06 – Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/390 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/390 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, bei Gegenstimmen der Fraktion der PDS abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/356 zum Einzelplan 06 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 06 auf Drucksache 4/356 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 07 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Hierzu liegen Ihnen zwei Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 4/391 und 4/392 vor.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/391 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/391 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Gegenstimmen der Fraktion der SPD sowie der Fraktion der PDS abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/392 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/392 bei Zustimmung der CDU und Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/357 zum Einzelplan 07 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 07 auf Drucksache 4/357 mit den Stimmen der Frak-

tion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 08 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/358 zum Einzelplan 08 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 08 auf Drucksache 4/358 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 09 – Geschäftsbereich des Justizministeriums.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/359 zum Einzelplan 09 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zum Einzelplan 09 auf Drucksache 4/359 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 10 – Geschäftsbereich des Sozialministeriums.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/393 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/393 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt.

Wer der Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/360 zum Einzelplan 10 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer I der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/360 zum Einzelplan 10 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

In Ziffer II der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/360 empfiehlt der Finanzausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/360 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei einer Gegenstimme der Fraktion der CDU und Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 11 – Allgemeine Finanzverwaltung.

Zum Einzelplan 11 liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf den Drucksachen 4/394 und 4/395 vor. Zu dem Änderungsantrag auf Drucksache 4/394 hat die Fraktion der CDU gemäß Paragraph 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

(Auszählung der Stimmen)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. 67 Abgeordnete haben an der Abstimmung teilgenommen. Mit Ja stimmten 24 Abgeordnete, mit Nein stimmten 42 Abgeordnete, es enthielt sich eine Abgeordnete. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/394 abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/395 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/395 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Zustimmung der Fraktion der CDU abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/361 zum Einzelplan 11 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 11 auf Drucksache 4/361 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, den Stimmen der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen ...

(Angelika Gramkow, PDS: Das ist falsch. Ich habe dagegengestimmt.)

Entschuldigung, dann muss ich das Abstimmungsergebnis noch einmal wiederholen. Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/361 zum Einzelplan 11 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 11 auf Drucksache 4/361 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei einer Gegenstimme der PDS und Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 12 – Hochbaumaßnahmen des Landes. Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/362 zum Einzelplan 12 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/362 zum Einzelplan 12 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 13 – Geschäftsbereich des Umweltministeriums. Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/363 zum Einzelplan 13 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des

Finanzausschusses auf Drucksache 4/363 zum Einzelplan 13 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Einzelplan 15 – Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/396 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/396 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, einer Zustimmung der SPD-Fraktion und Gegenstimmen der Fraktion ...

(Zurufe von der CDU: Halt, halt!)

Bei einer Enthaltung der SPD-Fraktion, Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Gegenstimmen der PDS-Fraktion ist der Antrag abgelehnt.

Wer der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/364 zum Einzelplan 15 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung zum Einzelplan 15 auf Drucksache 4/364 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2002/2003, zur Änderung anderer Rechtsvorschriften sowie über die Errichtung eines Sondervermögens „Sanierung ökologischer Altlasten in Mecklenburg-Vorpommern“, Drucksache 4/200. Der Finanzausschuss empfiehlt in Ziffer I seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/350, den Gesetzentwurf der Landesregierung nebst geändertem Gesamthaushaltsplan 2003 mit den in der Beschlussempfehlung enthaltenen Maßgaben anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf den Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Artikel 1 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf Artikel 2 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/397 vor, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/397 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der PDS abgelehnt.

Wer dem Artikel 2 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? –

Damit ist der Artikel 2 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf den Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350. Wer dem Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Artikel 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 4 bis 7 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350. Hierzu wurde vom Berichterstatter mündlich eine redaktionelle Folgeänderung beantragt, wonach in Artikel 7 Absatz 3 die Buchstaben e) und f) nunmehr die Buchstaben f) und g) werden. Wer den Artikeln 4 bis 7 einschließlich der vom Berichterstatter vorgetragenen redaktionellen Änderung sowie der Überschrift zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Volker Schlotmann, SPD: Na, Herrn Riemann zuliebe melden wir uns mal.)

Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 4 bis 7 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 einschließlich der vom Berichterstatter zum Artikel 7 Absatz 3 mündlich vorgetragenen redaktionellen Änderung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 einschließlich der redaktionellen Änderung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 einschließlich der redaktionellen Änderung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS, bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU angenommen.

Wer der Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer III der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf die Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350. Wer der Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Wolfgang Riemann, CDU: Frau Keler, wir haben auch eine Kreativabteilung, die aufpasst. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer IV der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/350 einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich danke allen noch einmal, die am Haushaltsverfahren beteiligt waren, für ihren besonderen Einsatz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 12**: Beratung des Antrages der Finanzministerin – Entlastung der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2000 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes –, Drucksache 3/2570, sowie Unterrichtung durch den Landesrechnungshof – Jahresbericht 2002 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2000 sowie der Vermögensübersicht 2000 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 3/2914, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 4/324.

Antrag der Finanzministerin:
Entlastung der Landesregierung
für das Haushaltsjahr 2000
 – Vorlage der Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht des Landes –
 – Drucksache 3/2570 –

Unterrichtung durch den Landesrechnungshof:
Jahresbericht 2002 über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 2000 sowie der Vermögensübersicht 2000 des Landes Mecklenburg-Vorpommern
 – Drucksache 3/2914 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses
 – Drucksache 4/324 –

Das Wort zur Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Entsprechend Artikel 68 der Landesverfassung, der ja die Zuständigkeit des Landesrechnungshofes regelt, haben wir unter anderem auch die Jahresrechnung für das Jahr 2000 innerhalb des Jahresberichtes 2002 zu prüfen gehabt, und ich muss an dieser Stelle noch einmal sagen, dass wir im Finanzausschuss dazu eine sehr umfangreiche Arbeit geleistet haben. Es waren immerhin 581 Textzahlen zu behandeln und auch zu bewerten.

Ich würde mir manchmal wünschen, dass auch in den mitberatenden Fachausschüssen an der einen oder anderen Stelle das etwas intensiver gemacht wird. Ich bin schon der Meinung, dass der Bericht des Landesrech-

nungshofes eine Reihe von Ansatzpunkten hat, die es lohnt, mal etwas tiefgründiger zu beraten und zu diskutieren, weil sie zum Teil auch wirkliche Hinweise enthalten für unsere weitere Arbeit.

Ich möchte das an zwei Punkten deutlich machen, wobei ich davon ausgehe, dass der Kollege Bartels noch mal genauer darauf eingehen wird, und zwar auf die kommunalpolitischen Vereinigungen, die wir ja besonders zu bewerten hatten. Da möchte ich mich wirklich auf zwei ganz kurze Bemerkungen beschränken:

Erstens möchte ich festhalten, dass die Kritik des Landesrechnungshofes betreffs der Anwendung des Zuwendungsrechts durchaus berechtigt war.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Dass daraus entsprechende Schlussfolgerungen gezogen wurden, sowohl auf Seiten der Landtagsverwaltung als auch bei den kommunalpolitischen Vereinigungen selbst, und dass wir demnächst sicherlich mit einer überarbeiteten Zuwendungsrichtlinie vielleicht doch noch zu etwas besseren Ergebnissen und zu einem besseren Umgang miteinander kommen, dabei gibt es sicherlich nichts zu beschönigen.

Allerdings gab es auch in diesem Punkt einen Dissens, das war ganz klar. Aber damit, glaube ich, können auch alle Beteiligten leben. Es geht einfach immer um die wiederkehrende Frage, zu bewerten, inwieweit die Arbeit der kommunalpolitischen Vereinigung in irgendeiner Weise praktisch berührt ist von indirekter Parteienfinanzierung, wie wir Bildungsarbeit mit der kommunalpolitischen Vereinigung bewerten. An dieser Stelle muss ich noch einmal klar sagen, dass wir den Beitrag der kommunalpolitischen Vereinigung im Sinne der politischen Willensbildung uneingeschränkt so auch bewerten und zukünftig beibehalten wollen. Da wird sich unsere Position auch nicht ändern.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen und mich an dieser Stelle mal ausdrücklich beim Landesrechnungshof bedanken, weil er uns signalisiert hat während der Beratungen, dass er von den Kapazitäten her bereit und auch in der Lage wäre, gutachterlich tätig zu werden im Zusammenhang mit den Unternehmen, die bei uns im Land im Bereich Wasser und Abwasser tätig sind. Wir wissen ja alle, dass Abwasser- und Wasserpreise außerordentlich wichtige Standortfaktoren sind. Jedes einzelne Unternehmen ist davon betroffen, die privaten Haushalte sind davon betroffen und wir haben noch sehr, sehr unterschiedliche Preise im Land. Und von daher, glaube ich, ist es sehr wichtig, diesen wichtigen Standortfaktor immer wieder praktisch unter die Lupe zu nehmen, um zu sehen, wo gibt es dort Effizienzverbesserungen.

Und ich möchte Bezug nehmend auf unsere Entschließung dann noch einmal die drei Punkte ansprechen, um die es hier letztendlich geht.

Erstens geht es um die Untersuchung der Kosten und Kostenstrukturen in den einzelnen Unternehmen, die möglicherweise zur Effizienzsteigerung praktisch hier Grundlage sein könnten. Ich möchte auch darauf verweisen, dass etwa zwei Drittel der Kosten in diesem Unternehmen Fixkosten sind und praktisch feststehen, aber doch immerhin circa ein Drittel durch entsprechende betriebswirtschaftliche Maßnahmen durchaus beeinflussbar wären oder sind.

Zweitens kommt es darauf an zu prüfen, inwieweit Zusammenschlüsse beziehungsweise Kooperationen von

Unternehmen in diesem Bereich zu Effizienzgewinnen führen könnten.

Und drittens wird man ganz aufmerksam und gründlich noch einmal überprüfen und untersuchen die Rolle der Privaten in Unternehmen, die sich sowohl bei der Betriebsführung mit Betreibermodellen oder auch bei Beteiligungen mit öffentlich-rechtlichen Unternehmen praktisch hier schon bereits in Kooperation befinden.

Ich glaube, dies sind drei wichtige Punkte, die auch dazu führen könnten, dass wie bisher mögliche Förderungen zukünftig noch zielgenauer eingesetzt werden können, und ich bin sehr gespannt auf die Arbeitsergebnisse gerade in diesem Komplex. Wir werden sicherlich nicht nur im Finanzausschuss, sondern in enger Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und auch dem Innenausschuss diese Thematik dann, wenn die entsprechenden Ergebnisse vorliegen, noch einmal ausführlich beraten.

Ich meine, das ist ein gutes Beispiel im Umgang mit dem Bericht des Landesrechnungshofes. Es ließen sich sicher noch andere Beispiele bringen, um mit einem Blick nach vorne dann die konstruktive Arbeit an bestimmten Themen auch fortsetzen zu können. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Heinz Müller, SPD, Dr. Ulrich Born, CDU, Harry Glawe, CDU, und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Borchert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. von Storch von der Fraktion der CDU.

Dr. Henning von Storch, CDU: Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Der Saal hat sich gelichtet, alle essen. Man merkt, das Interesse an diesen manchmal etwas spröden Themen hat doch sehr nachgelassen, nachdem wir heute Morgen politisch so engagiert diskutiert haben.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist sehr bedauerlich. – Dr. Ulrich Born, CDU:

Dafür hören wir jetzt aber Ihre Ausführungen.)

Die CDU-Fraktion wird der Entlastung der Landesregierung selbstverständlich zustimmen, nachdem wir alle die Probleme erörtert haben, die im Finanzausschuss erörtert worden sind. Wir folgen damit ja auch einer Gepflogenheit dieses Hauses seit vielen Jahren.

Lassen Sie mich drei Bemerkungen machen zu dem, was ich als Neuling im Finanzausschuss mitbekommen habe. Zunächst einmal eine grundsätzliche Bemerkung, meine Kolleginnen und Kollegen: Ich habe ja schon früher das Vergnügen gehabt, in verschiedenen Verwendungen Rechnungshofberichte zu lesen und auch mitzubekommen, wie die jeweils Angesprochenen und Besprochenen darauf reagieren. Und lassen Sie mich sagen, dass es mich ein bisschen überrascht hat, dass die Regierung, wie ich fand, auf die Vorschläge und auf die Kritik des Rechnungshofs nicht immer so sachgerecht eingegangen ist, wie ich es mir eigentlich gewünscht hätte.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Lassen Sie mich dazu auch sagen, dass das, was den Rechnungshof heute von der alten preußischen Oberrechnungskammer unterscheidet, nämlich der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu dienen, dass da eigentlich die Ent-

gegnungen der Landesregierung teilweise sehr zu wünschen übrig ließen.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Ich bin dem Rechnungshof dankbar dafür, dass er gerade uns neuen Abgeordneten viele Anregungen gegeben hat, worauf wir auch in Zukunft zu achten haben.

Meine Damen und Herren, es soll auch hier noch einmal darauf hingewiesen werden, dass der Landesrechnungshof oberste Landesbehörde und ein unabhängiges Organ ist, das über das Etatrecht des Parlaments zu wachen hat, und man auch erwarten kann, dass die Stellungnahmen und die Entgegennahmen dessen, was an Kritik kommt, auch so gebracht werden, wie man das eigentlich für die Zukunft möchte. Jeder weiß, dass der Bericht des Rechnungshofs bekanntermaßen kein Loblied ist und natürlich in jedem Rechnungshofbericht das Vergabewesen ein Thema ist, bei dem es immer wieder Mängel gibt, und man den Eindruck hat, Mängel lassen sich doch offensichtlich nicht ausrotten.

Wir haben, meine Damen und Herren, noch drei Punkte kurz vorzuschlagen. Wir haben uns im Geschäftsbereich des Finanzministeriums mit den Außenprüfungen und der Bemerkung befasst, dass die Lohnsteuerprüfungen nicht ausreichend sind. Wir haben mit dem Arbeitskreis Finanzen der CDU ein Finanzamt besucht, um festzustellen, dass es auch da durchaus Probleme gibt und die Zahl der geprüften Arbeitgeber weiter rückläufig ist.

Meine Damen und Herren, Prüfung muss sein und es dient einfach der Steuergerechtigkeit, wenn sichergestellt ist, dass jeder seinen Lohnsteuerverpflichtungen nachkommt. Hier ist sicher noch Nachholbedarf. Und, meine Damen und Herren, wir haben auch gemerkt, dass die Erwartung bei der Steuerentwicklung für dieses Jahr im Finanzamt nicht geteilt wird und dort von einem Zuwachs von zwei Prozent ausgegangen wird. Auch das ist bemerkenswert. Es kennzeichnet auch die Sorge, dass sich die Entwicklung unserer Einnahmen nicht so darstellt, wie wir das benötigen.

Im Wirtschaftsministerium sind die Eichämter überprüft worden. Ungeachtet der Tatsache, dass in 2002 eine Organisationsuntersuchung des Eichwesens angesetzt war, hat man schon vorher kostenintensive Umbau- und Ausbaumaßnahmen bei mehreren Eichämtern durchgeführt. Hier stellt sich schon die Frage, ob man nicht erst die Organisationsprüfung hätte abwarten können. Und, meine Damen und Herren, im Hinblick auf die bevorstehende Funktionalreform wäre es notwendig gewesen, auf kostenträchtige Maßnahmen vorerst zu verzichten und abzuwarten, was am Ende dabei herauskommt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und eine dritte Einzelbemerkung zum Geschäftsbereich des Ministers für Arbeit und Wirtschaft – das Informationssystem für Arbeitsmarktpolitik ISAP ist geprüft worden. Auch hier lag das Problem darin, dass die Softwaretauglichkeit vorher nicht getestet wurde, im Hinblick auf die vorhandenen Organisationsstrukturen mit der Folge, dass effektiv Rationalisierungserfolge zwangsläufig nicht eintreten konnten und umfangreiche und kostenintensive Nachbesserungen die Folge waren.

Meine Damen und Herren, drei Punkte hat uns der Rechnungshof mit auf den Weg gegeben, mit denen wir uns in Zukunft mehr befassen sollen. Das ist erstens die

Entwicklung der Hochschullandschaft. Das sind ferner die etwas sorgfältigere Betrachtung der Kosten-Nutzen-Problematik bei jener länderübergreifenden Gesellschaft, die sich der Industrie- und Wirtschaftswerbung hier in den neuen Bundesländern bedient, sowie drittens die Weiterentwicklung der Berufsschulstandorte. Das wird unser besonderes Augenmerk sein. Das möchte ich noch nachtragen zu dem Bericht des Kollegen Borchert.

Wir werden der Entlastung zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr von Storch.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Bartels von der Fraktion der PDS.

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Befassung mit dem Bericht des Landesrechnungshofes ist neben der Haushaltsdebatte in jedem Jahr die umfangreichste Arbeit des Finanzausschusses und ich will meine Ausführungen ausdrücklich damit beginnen, dass ich dem Landesrechnungshof, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Senat und insbesondere auch dem Präsidenten des Landesrechnungshofes unseren Respekt für die geleistete Arbeit ausspreche und ihm auch ausdrücklich danke für das, was in diesem Bericht sich widerspiegelt, aber auch, was in den vergangenen Jahren getan wurde.

Denn meine Erfahrung sagt, die Beschäftigung mit dem Landesrechnungshofbericht erhellt vieles, was das Wirken unserer hier verabschiedeten Gesetze in der Praxis betrifft, und mensch erfährt auch vieles über das reale Verwaltungsleben in unserem Land und die Holperstrecke, die dieses Verwaltungsleben gelegentlich darstellt. Ich kann nur sagen, ich glaube, es ist der neunte Bericht des Landesrechnungshofes, mit dem ich mich beschäftigt habe. Ich habe in all den Jahren aus dieser Beschäftigung, aus dem gelegentlichen Streit darüber, auch immer sehr viel gelernt über die vielfältigen Probleme in den unterschiedlichen Politikfeldern in unserer Arbeit als Abgeordnete.

Und von daher will ich auch noch einmal sagen, Herr Borchert hat schon darauf hingewiesen, dass ich es sehr bedauere, dass die einzelnen Ausschüsse aus meiner Sicht immer noch nicht so richtig angekommen sind bei der intensiven Beschäftigung mit dem Landesrechnungshofbericht. Ich gehöre zu den Abgeordneten, die vor zwei Jahren interfraktionell angeregt haben, den Landesrechnungshofbericht nicht nur an den Finanzausschuss, sondern an alle Ausschüsse zu überweisen. Und ich war ja im vergangenen Herbst, als die Ausschüsse sich damit befasst haben, nicht hier im Landtag. Aber die Stellungnahmen an den Finanzausschuss sagen mir doch, dass die Ausführungen des Landesrechnungshofes zu den einzelnen Fachbereichen noch nicht das notwendige Gewicht in der Befassung durch die Ausschüsse gefunden haben.

Ich bedauere das sehr und ich will an zwei Beispielen einfach deutlich machen, wie wichtig es auch in den Fachbereichen wäre, sich intensiver mit den Dingen zu beschäftigen. Der erste Bereich sind die Zuwendungen an kommunalpolitische Vereinigungen und andere parteinahe Organisationen. Hier geht es also vor allen Dingen auch um die parteinahen Stiftungen und um die parteinahen Jugendorganisationen. Und ich will ausdrücklich

sagen, dass wir dem Landesrechnungshof für die Hinweise und für die Problemdarstellungen dankbar sein müssen, auch wenn wir, Herr Borchert hat darauf hingewiesen, in dem einen und anderen Punkt nach wie vor einen Dissens mit dem Landesrechnungshof haben. Das liegt aber sicher in der Natur der Sache.

Dankbar sollten wir sein, weil es sich um einen sehr sensiblen Bereich handelt und wir hier immer in der Gefahr sind, in der Öffentlichkeit als Selbstbediener dargestellt zu werden, dass wir uns selbst und unseren Parteien Gelder zuschanzen, Mittel zuschanzen, um unsere Parteiarbeit zu finanzieren. Ich glaube, da können wir überhaupt nicht aufmerksam und vorsichtig genug sein. Deshalb will ich auch ausdrücklich sagen, und das hat der Finanzausschuss auch in seiner Beschlussempfehlung festgestellt, dass die Aktivitäten der Landtagsverwaltung zur Abstellung der festgestellten Mängel zu begrüßen sind. Wir unterstützen das ausdrücklich und wir sind auch froh, dass hier durch die Umorganisation in der Landesverwaltung personelle Verstärkung erreicht wurde, um in diesem Bereich saubere und gesetzeskonforme Arbeit leisten zu können. Ich halte es für sehr wichtig.

Ich möchte Sie auf die Entschließung zur Frage der Unterstützung im Bereich der politischen Bildung, vor allem der Jugendorganisation, bei allen Grundsatzentscheidungen für Projektförderung in vielen Bereichen unserer Arbeit, auch in der politischen Bildung, aufmerksam machen. Ich unterstreiche und unterstütze die Entschließung ganz nachdrücklich und ich sage, dass diese Arbeit immer nur möglich ist, wenn in einem gewissen Bereich der Verwaltungsaufwand, der als Voraussetzung geleistet werden muss, auch finanziert wird. Deshalb sollten wir die Umstrickung von Richtlinien in diese Richtung unterstützen. Ich will auch sagen, das gilt natürlich nicht nur für die Jugendorganisation, das gilt zum Beispiel auch für den Bereich der Träger politischer Bildung. Auch da brauchen wir Grundlagen, auf denen überhaupt Projekte organisiert werden können.

Ein zweiter Bereich, ich will ihn auch nur kurz ansprechen, sind die Hinweise und Untersuchungen des Landesrechnungshofes zur Industriell Investment Council GmbH. Hier haben die Untersuchungen des Rechnungshofes belegt, dass die Diskussionen, die schon in der letzten Haushaltsdebatte im Finanzausschuss und, wenn ich mich richtig erinnere, auch im Wirtschaftsausschuss über diese GmbH geführt wurden, sehr berechtigt und sehr notwendig waren. Der Finanzausschuss hat sich als Konsequenz aus dieser Befassung selbst die Aufgabe gestellt, in der nächsten Haushaltsdebatte dieses Thema erneut nachdrücklich aufzugreifen und zu gucken, inwieweit sich Veränderungen ergeben haben. Diese Beispiele sollen unterstreichen, wie wichtig dieser Bereich und diese Berichte sind.

Ich denke, gerade angesichts der Tatsache, dass doch in dieser Legislaturperiode sehr, sehr viele neue Abgeordnete im Landtag vertreten sind, kann ich nur die Auseinandersetzung mit dem Bericht und auch die Teilnahme an den Diskussionen zwischen Landesrechnungshof und Regierung empfehlen. Sie bringen einem mehr Erkenntnisse über praktische Politik als das Studium dicker Bände. Ich möchte nachdrücklich noch einmal sagen: Ich halte es für sehr wünschenswert, dass sich möglichst viele Abgeordnete sehr intensiv mit diesen Dingen beschäftigen. In Bezug auf die vielen Jahre, die ich diesen Bereich schon verfolgt habe, will ich natürlich auch noch

eins sagen: Der Eindruck, dass Zuwendungsrecht eine schwer handhabbare Materie ist, um das mal vorsichtig zu sagen, verfestigt sich bei mir immer mehr. Gelegentlich entsteht auch der Eindruck, dass in bestimmten Ministerien und Ämtern gleiche oder ähnliche Fehler immer wieder gemacht werden, und mensch wundert sich dann doch.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die grundsätzlich positive Bewertung der Arbeit des Landesrechnungshofes schließt gelegentlich energischen Widerspruch nicht aus, sondern ausdrücklich ein. Wenn wir davon ausgehen, wie es immer so schön gesagt wird, der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Politik, so soll das wohl heißen: Politische Entscheidungen müssen ihren Niederschlag im Haushalt finden! Sie müssen finanziell untersetzt werden! Deshalb will ich deutlich sagen, die Feststellung des Landesrechnungshofes zur Wiedereinführung des Studienganges Zahnmedizin an der Universität Rostock wird von uns nicht geteilt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Regine Lück, PDS)

Der Widerspruch zwischen Landtag und Landesrechnungshof in dieser Frage ist nicht neu. Der Landesrechnungshof hat den ganzen Prozess sehr kritisch begleitet. Ich will hier auch keinen Streit über den Terminus der Haushaltsneutralität führen, wir haben darüber schon öfter diskutiert, gerade auch Herr Tanneberg und ich in 4-Augen-Gesprächen.

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, oh, oh!)

Die Konsequenzen einer politischen Entscheidung müssen in dieser Festlegung durch den Haushalt des Rostocker Klinikums aufgefangen werden. Das halten wir für möglich, die Sichtweise des Landesrechnungshofes können wir jedoch nicht teilen.

Das gilt ebenso, auch das will ich ganz deutlich sagen, und deshalb habe ich mich schon über Herrn von Storchs Zustimmung oder unkritische Erwähnung der Äußerung zur Hochschulpolitik durch den Landesrechnungshof gewundert, ich weiß nicht, wie Frau Lochner-Borst das aufgefasst hat oder ob sie sich das mal angeguckt hat. Die Bedenken des Landesrechnungshofes über die Ausprägung der Hochschulautonomie durch das neue Landeshochschulgesetz in Kennziffer 17 teilen wir ebenso deutlich auch nicht.

Wir gehen davon aus, dass wir nicht aus Angst, dass das Land nicht alles selbst bestimmt, auf die notwendigen Veränderungen verzichten können. Wir brauchen diese Veränderungen, weil wir fest davon überzeugt sind, dass sich mittel- und langfristig daraus mindestens auch eine bessere Effizienz der Mittelverwendung bei den Hochschulen ergeben wird. Ich sage deshalb ganz eindeutig: Die betreffenden Aussagen des Landesrechnungshofes zur Hochschulautonomie halten wir politisch für falsch!

Diese gleiche Bewertung, auch das will ich deutlich sagen – ich komme gleich zum Schluss, Frau Präsidentin –, gilt auch für die jüngsten Äußerungen des Präsidenten bei der Vorstellung des neuen Berichtes. Zum einen glaube ich, sollte sich der Landesrechnungshof dieses Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Professoren in der Realität mal angucken, denn das ist sehr unterschiedlich. Auch wir haben schon Fachbereiche, wo es ein sehr ungesundes Verhältnis zwischen Studierenden, Professorinnen und Professoren gibt. Generell haben wir uns politisch ganz bewusst gegen Massenuniversitäten entschieden,

an denen Studierende ihre Professorinnen und Professoren nur von weitem sehen oder vom Hörensagen kennen. Wir glauben auch, dass das letztendlich zu einem effizienteren Mitteleinsatz führt. Deshalb ist der Aussage des Präsidenten, das Land leiste sich hier eine überdurchschnittliche Stellenausstattung, in jeder Beziehung zurückzuweisen.

Bei allem Respekt, Herr Präsident, ich habe gelegentlich den Eindruck, dass der Landesrechnungshof – das ist der letzte Satz, Frau Präsidentin – nicht davon ausgeht, dass der Haushalt die in Zahlen gegossene Politik ist, sondern der Landesrechnungshof, auch wenn er mit dieser Sicht nicht alleine steht, vielmehr möchte, dass die Politik die verbalisierte Fassung der Finanzzahlen ist. Das halten wir für falsch! An der grundsätzlich positiven Einstellung zum Landesrechnungshof ändert das nichts. – Danke.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Dr. Bartels.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe auf die Ziffern 1 bis 3 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/324. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit sind die Ziffern 1 bis 3 der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Drucksache 4/324 einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 13:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Sofortprogramm für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/327.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Sofortprogramm für die Kommunen
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/327 –**

Das Wort zur Begründung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! „Rettet die Kommunen“ heißt die bundesweite Kampagne des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Unter diesem Motto haben sich gestern circa 700 Kommunalpolitiker aus Gemeinden, Kreisen und kreisfreien Städten unseres Landes auf dem Marktplatz in Schwerin eingefunden, um gegen den Verlust kommunaler Selbstverwaltung, Bürgernähe und Demokratie durch zunehmende Finanznot und nicht mehr erträgliche Regelungsdichte zu demonstrieren.

Viele Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern sind einfach pleite. Die Kassenkredite nehmen zu und die Zahl der unausgeglichene Haushalte steigt stetig. Der Bericht zur kommunalen Haushaltslage der Landesregierung für das Jahr 2001 ist in mecklenburgischer Hast dem Landtag schon am 3. März 2003 vorgelegt worden und kommt zu dem Schluss, ich zitiere: „Zunehmend werden sich die Ausgaben der kommunalen Haushalte nur noch an dringenden Notwendigkeiten zu orientieren haben. Beschränkungen auch in diesem Rahmen sind nicht auszuschließen. Im konsumtiven Bereich werden auch Pflichtausgaben im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe zunehmend an Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen. Pro-

blematisch ist hierbei die kaum beeinflussbare Abhängigkeit der kommunalen Aufgabenträger vom Gesetzgeber, etwa im Bereich des Sozial- und Jugendhilferechts oder bei der Krankenhausfinanzierung. Hinzu kommen weitere Belastungen durch die Auswirkungen des Steuersenkungsgesetzes, die Integrationskosten nach dem Zuwanderungsgesetz und möglicherweise vorerst infolge der Einführung des Grundsicherungsgesetzes (zumindest in Form von Sachaufwendungen, ggf. Personalkosten) zum 01.01.2003.“

Meine Damen und Herren, so viel zum Fazit des Jahres 2001. Die Lage hat sich seit den letzten 15 Monaten nicht verbessert, sondern sie hat sich weiter dramatisch verschlechtert. Zum 31. Dezember 2002 hatten die kreisfreien Städte fast dreimal höhere Kassenkredite als im Jahr zuvor aufgenommen. Das heißt, dass die laufenden Verwaltungsausgaben zunehmend über Kredite finanziert werden mussten.

Für 2003 kann keine kreisfreie Stadt mehr einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. 7 von 12 Landkreisen können ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen. Auch bei den kreisangehörigen Gemeinden, wenn der eine oder andere meint, ihm gehe es noch relativ gut, ist zunehmend das Ende der Fahnenstange erreicht. Freiwillige und gemeindliche Leistungen wie Unterstützung von Vereinen, Sport, Jugend- und Sozialarbeit werden immer mehr zusammengestrichen.

Meine Damen und Herren, an dieser desolaten Lage ist die Landesregierung nicht unschuldig.

(Wolfgang Riemann, CDU: Richtig!)

Die Kommunen unseres Bundeslandes können ihre Ausgaben nur etwa zu 44 Prozent aus eigenen Einnahmen decken. Im Übrigen sind sie, bis auf wenige Ausnahmen, vollständig abhängig von den Zuweisungen des Landes. Die fehlenden zur Erfüllung der kommunalen Aufgaben erforderlichen Mittel muss das Land – ich unterstreiche, muss das Land – nach Paragraph 73 Absatz 2 Landesverfassung zur Verfügung stellen. Das ist kein Almosen, sondern das ist ein Anspruch, der in diesem Artikel der Landesverfassung definiert wird.

Meine Damen und Herren, die Landesverfassung spricht ausdrücklich von erforderlichen Mitteln. Das heißt, sie spricht von Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden müssen. Deswegen konstatiere ich: Die Landesregierung ist ihrem verfassungsmäßigen Auftrag nicht nachgekommen!

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU)

Meine Damen und Herren, seit fünf Haushaltsjahren, seit 1998, haben die Kommunen nach Angaben des Statistischen Landesamtes keine Steigerung der Finanzausgleichsleistung zu verzeichnen, und das, obwohl die eigenen Einnahmen der Kommunen sanken. Beispiele: Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ging in den letzten drei Jahren um 19 Prozent zurück. Die Gewerbesteuererinnahmen haben netto im gleichen Zeitraum um fast 22 Prozent abgenommen. Die Einnahmen aus Gebühren und Abgaben sind von 1998 bis 2001 um rund 31 Millionen Euro gesunken. Das heißt, die zahlreichen Änderungen des FAG, zuletzt durch Einführung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes, verfolgten nur ein Ziel, nämlich die Ausgleichsleistung des Landes an die Kommunen nicht über den Satz von 1998 ansteigen zu lassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolfgang Riemann, CDU: So ist es!)

Das heißt in der Konsequenz, meine Damen und Herren, seit fünf Jahren ist kein Anstieg der Einnahmen nach dem FAG mehr zu verzeichnen. Selbst wenn der Betrag 1998 von 2,5 Milliarden DM oder 1,278 Milliarden Euro noch ausreichend zur Erfüllung der Aufgaben sein sollte, dann lassen Sie mich an einigen Beispielen aufzeigen, wie die Ausgaben gestiegen sind: Anstieg der Sozialleistung von 1998 bis 2001, also innerhalb der letzten vier Jahre, von 538 auf 601 Millionen Euro. Die Teuerungsrate ist in zwei Jahren, 2000 bis 2001, um 6,1 Prozent gestiegen. Allein der Landkreis Nordvorpommern muss im Jahr 2002 6,73 Prozent mehr aufwenden, und zwar durch den Abschluss im öffentlichen Dienst, durch die Ökosteuer, durch die Personalkosten und auch dadurch, dass die Rentenbeiträge ansteigen und so weiter und so fort.

Nach Angaben des Städte- und Gemeindetages haben die Kommunen seit 1992 46.000 Mitarbeiter abgebaut.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Meine Damen und Herren, die Investitionen wurden von 712 auf 536 Millionen Euro heruntergefahren. Währenddessen hat die Landesverwaltung einen Personalabbau nicht betrieben, sondern sie hat von 1997 bis 2002 sogar einen Zuwachs der Personalkosten um 5,5 Prozent zu verzeichnen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, die Lage ist bekannt, aber offenbar ist das Motto der Landesregierung „MV ruht gut“. Aber das ist ein Slogan, den wir uns nicht leisten können.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben ein Sofortprogramm zur finanziellen Rettung der Kommunen vorgelegt. Aber wenn ich heute die Debatte zum Nachtragshaushalt noch einmal Revue passieren lasse, dann habe ich eher den Eindruck, dass SPD und PDS die Kommunen offensichtlich mit ihren Programmen ruinieren wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Deswegen, meine Damen und Herren, darf die Infrastrukturpauschale im Jahr 2004 nicht um über 50 Millionen Euro abgesenkt werden. Das ist verkehrt. Die EFRE-Mittel sind auch kein Ersatz, weil EFRE-Mittel nicht pro Kopf ausgereicht werden können und schon heute eine Position der Wirtschaftsförderung sind. Die Vorzüge der Investitionspauschale, das heißt, dass sie zur Komplementärfinanzierung genommen werden können, sind mit den EFRE-Mitteln nicht möglich.

Meine Damen und Herren, die Streichung der Mindestfinanzausstattung der Kommunen, angedroht vom Ministerpräsidenten ... ab 2006

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

kehrt die verfassungsmäßige Verpflichtung zur Ausstattung der Kommunen mit den erforderlichen Mitteln jetzt endlich ins komplette Gegenteil.

Die Landesregierung muss auf Bundesebene endlich deutlich machen, und das habe ich heute Morgen vollkommen in der Debatte vermisst, was man gerade bei dem Punkt „Verbesserung der Kommunalfinanzen“ tun

will. Warum nicht das Niveau der Gewerbesteuerumlage wieder auf das Niveau vor der Steuerreform 2000 anheben?

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Allein der Landkreis Ludwigslust, also nicht nur die kreisfreien Städte, verliert im Jahr 2002 weit über 1 Million Euro.

(Angelika Gramkow, PDS: Aber nicht anheben, Herr Rehberg!)

Absenken, Entschuldigung, Freud'scher Versprecher. Ist hochgegangen auf 30, muss runter auf 20. – Danke schön, Frau Gramkow.

Zweitens. Die nicht abgerufenen Gelder aus dem Flutopferfonds von rund 2 Milliarden Euro müssen in Gemeinden unmittelbar für Investitionszwecke als Zuschuss zur Verfügung gestellt werden.

(Ministerin Sigrid Keler: Das klingt aber in Sachsen ganz anders!)

Drittens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer heute noch sagt, dass das so genannte Investitionsprogramm des Bundes den Kommunen hilft, das mag noch in der einen oder anderen reichen Kommune irgendwo im Süden oder im Südwesten Deutschlands der Fall sein.

(Wolfgang Riemann, CDU: Koserow.)

Unseren Kommunen aber helfen keine Kredite, sondern echte Zuweisungen des Bundes und deswegen keine neuen Kreditprogramme, sondern die 2 Milliarden Euro aus dem Flutopferfonds, die nicht ausgegeben werden an die Kommunen, insbesondere in Ostdeutschland beziehungsweise auch an Kommunen in kulturschwachen Regionen der alten Bundesländer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie ernst nimmt man das eigentlich mit dem Konnexitätsprinzip beim Bund? Die Mehrbelastungen der Kommunen durch das Grundsicherungsgesetz werden nicht in voller Höhe vom Bund getragen, sondern alle Experten sagen, dass vier Fünftel der Lasten allein von den Kommunen getragen werden müssen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, sicher kann man Ja zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sagen, aber die Verantwortung für die Arbeitsmarktpolitik und ihre Folgen muss beim Bund liegen und nicht auf die Kommunen abgeschoben werden.

(Sigrid Keler, SPD: Ja, das soll ja auch so sein! – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deswegen muss das Konnexitätsprinzip in das Grundgesetz aufgenommen werden. Die Landesregierung kann doch über den Bundesrat eine Initiative starten, wir haben das ja in der Landesverfassung stehen. Eine umfassende Gemeindefinanzreform muss dauerhafte, berechenbare und wachstumsfähige Steuerquellen für die Kommunen gewährleisten.

Aber auch das Land ist gefordert. Der den Kommunen zustehende Anteil an den Gesamteinnahmen nach Paragraph 5 Absätze 1 und 2 FAG muss angemessen angehoben und die Mindestfinanzausstattung entsprechend erhöht werden. Die Investitionspauschale des Landes darf nicht gekürzt werden.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Drittens. Wie haben Sie das genannt, Frau Gramkow: „Spielwiese des Innenministers“?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das fand ich aber niedlich. – Angelika Gramkow, PDS: Ja!)

Ich werde Sie gerne zitieren, wenn die eine oder andere Kommune nicht mehr die Eigenmittel für ein wichtiges Investitionsprojekt im kommunalen Bereich aufbringen kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist das! So ist das! – Angelika Gramkow, PDS: Fragen Sie mal, was gefördert worden ist!)

Wissen Sie,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das kann ich Ihnen sagen! Sogar ganz genau!)

dann bin ich lieber dafür, dass Herr Timm eine Spielwiese hat, dass ein Radweg gebaut wird und dass eine Schule saniert wird, als dass die 6,9 Millionen Euro gestrichen werden. Dann lieber Spielwiesen für den Innenminister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie wirklich planen, wie der Presse zu entnehmen war, mit der Novellierung des FAG dem kreisangehörigen Raum Geld wegzunehmen und den kreisfreien Städten zuzuschieben, ob Sie da 6 Millionen Euro nehmen, 12 oder 14 Millionen Euro, das hilft niemandem. Ich kann Sie nur dringend auffordern, novellieren Sie das FAG so, dass die Finanzmisere nicht unter dem Motto läuft: Auch ein Huhn mit abgeschlagenem Kopf läuft noch ein paar Meter! Das heißt, packen Sie noch etwas obendrauf, anders geht es nämlich nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wissen Sie, was mittlerweile auch schmerzlich ist, und zwar, dass sich die beiden kommunalen Landesverbände auf den so genannten Gleichmäßigkeitsgrundsatz einlassen und auf die Verbundquote verzichten. Und um irgendwelchen Legenden vorzubeugen, wenn wir heute noch eine Verbundquote von 28 Prozent hätten, heute im Jahr 2003, dann würden wir eine Finanzausgleichsmasse von 1 Milliarde 445,9 Millionen Euro haben. Das sind 167 Millionen Euro, also etwa gute 235 Millionen Deutsche Mark mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie mal die letzten Jahre mit Ihrer so genannten Mindestgarantie zusammenrechnen, wenn Sie bei 28 Prozent geblieben wäre, dann würden Sie weit über eine halbe Milliarde Euro kommen, die Sie den Kommunen vorenthalten haben. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Wolfgang Riemann, CDU: Die PDS hat ja mal von über 30 gesprochen.)

Darauf gehe ich gar nicht ein, denn wenn wir die 30 genommen hätten, dann wären wir über 200 Millionen Euro allein für 2003 gekommen. Aber das ist doch keine verlässliche Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die kommunalen Landesverbände ärgern sich schon heute, dass sie sich auf diesen Deal eingelassen haben. Deswegen brauchen wir für das nächste Jahr 100 Millio-

nen Euro mehr, 50 Millionen Euro für die Infrastrukturausstattung und 50 Millionen Euro mehr in der Mindestfinanzgarantie.

Meine Damen und Herren, haben Sie sich schon einmal angeguckt, wie die Relationen bei der Personalausstattung zwischen Kommunen und Land wirklich sind? Ich muss sagen, ich nehme den Hut ab vor den Kommunen, die,

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff)

Herr Ministerpräsident, da Sie so schön dazwischenrufen,

(Siegfried Friese, SPD: Wir haben nichts verstanden!)

bei 18,5 bei den Vollzeitbeschäftigten auf 1.000 Einwohner liegen. Falls Ihnen das nicht bekannt sein sollte, das sind nur 2,3 über dem Bundesdurchschnitt. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 16,2. Sie liegen als Landesregierung um 10 über Schleswig-Holstein. Das heißt, Sie haben eine Personalausstattung – Angaben des Statistischen Bundesamtes, die letzten aktuellen – von 31,1 pro 1.000 Einwohner und Schleswig-Holstein hat 21,4.

(Sigrid Keler, SPD: Das ist doch falsch!)

Wenn Sie ...

Frau Keler, das sind die Angaben des Statistischen Bundesamtes und keine anderen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie zwei über dem Bundesdurchschnitt liegen, sage ich Ihnen voraus, dann könnten die Kommunen wieder leben und Sie könnten den Kommunen eine ordentliche Finanzausstattung bieten.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Ministerpräsident, bitte keine Zwischenrufe!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Sigrid Keler, SPD: Das haben die
Kommunen ausgehandelt?)

Eckhardt Rehberg, CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sieht das im Detail aus? Allein die Landeshauptstadt Schwerin hat Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich von 92 Millionen Euro im Jahr 1998 auf 69 Millionen Euro im Jahr 2002 einstecken müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Sigrid Keler, SPD: Einwohnerverluste! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, das ist die Vergleichszahl, Frau Keler, die Zahl vor der Novellierung des FAG, die Zahl 98.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist unsinnig,
sie haben alle Einwohnerverluste!)

Sie können doch nicht davon ausgehen, dass wir die Zahl vom Jahr 2000 nehmen, wo Sie den Deckel oben drauf gezogen haben. Was glauben Sie, Frau Keler, was die Kommunen sagen würden, wenn sie so Personalpolitik gemacht hätten, wie Sie in den letzten Jahren. Aber das Motto scheint bei der Landesregierung zu sein: Erst werden die Kreise und kreisfreien Städte kaputtgespart und dann stellt die Landesregierung ungerührt fest, „die gegenwärtige Struktur der Landkreise und kreisfreien Städte entspricht nicht mehr den Anforderungen. Kaum ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt kann heute allein wichtige Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung

zufrieden stellend wahrnehmen. Die Probleme erfordern regionale Lösungen“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Problem ist doch nicht die Struktur der kommunalen Ebene, das Problem ist doch die Einnahmesituation, wozu Sie auch im Gewerbesteuerbereich erheblich beigetragen haben. Das Problem ist die Ausgabensituation.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Allein die Sozialleistungen sind in den letzten Jahren von 538 Millionen Euro auf 601 Millionen Euro gestiegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen ist es zwingend geboten, dass die Landesregierung für sich selber festhält, dass sie zu viel Personal hat, dass die Anzahl der Landesbehörden zu hoch ist und dass der räumliche Geltungsbereich der Landesbehörden untereinander nicht deckungsgleich ist.

(Minister Dr. Gottfried Timm: Ja!)

Notwendig ist in erster Linie nach der notwendigen Aufgabenkritik eine Reform der Landesverwaltung. Hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind noch genügend Sparpotentiale. Deswegen fangen Sie beim Sparen zuerst mit sich selber an. Ich sage Ihnen eines voraus, falls Sie Ihre Politik im kommunalen Bereich so weitertreiben: Wir brauchen fast 10.000 Kommunalvertreter. Das kommunale Ehrenamt, das ist die Basis für die aktive Bürgergesellschaft vor Ort, ob in einer kleinen Gemeinde mit 250 Einwohnern, ob in meinem Landkreis oder in der größten kreisfreien Stadt in Rostock. Wenn Sie heute mal hinausgehen und Bürger fragen, ob Parteilose, CDU-Mitglieder, SPD-Mitglieder oder wen auch immer, dann fragen sich viele: Was bringt es mir denn noch, mich in der Gemeindevertretung zu engagieren? Ich habe doch nichts mehr zu gestalten, sondern nur noch zu verwalten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Da ich seit Jahren auch ehrenamtlich in der Stadtvertretung bin, fragen Sie mal meine 16 Kolleginnen und Kollegen, wie es ihnen geht, wenn sie in drei Jahren über 1 Million DM an Schulden abgebaut haben und jetzt merken, dass sie eigentlich nichts erreicht haben und nur noch weiterhin streichen und sparen müssen. Das macht schlichtweg keinen Spaß mehr. Ich muss dazu eines sagen: Es muss nicht nur Spaß machen, sondern man trägt auch ein Stück Verantwortung! Verantwortung kann man nur wahrnehmen, wenn man auch gestalten kann. Geben Sie den Kommunen das Geld, damit man überhaupt noch gestalten kann! – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Rehberg.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in schwierigen Zeiten. Hans Eichel hat es nicht einfach, den Bundeshaushalt ins Lot zu bringen, die Finanzministerin und Finanzminister der Länder ebenso wenig und die Kämmerer in den Kommunen genauso wenig. Auch denen geht

es schlecht. Das heißt, die Finanzspielräume in Bund, Ländern und Gemeinden sind sehr eng geworden. Die Parteien, die vor den Wahlen Steuersenkungen verkünden, bekommen Beifall, insbesondere die CDU,

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

noch viel mehr die FDP, die zum Glück nicht im Landtag ist. Herr Rehberg, wenn man Steuersenkungen will, dann kann man nicht beklagen, dass die öffentlichen Kassen leer sind. Das ist der zentrale Punkt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie müssen schon mal weiterdenken!)

Und Ihre Äußerung von heute früh, dass das Steuervergünstigungsabbaugesetz eine Steuererhöhungsorgie gewesen sei, so haben Sie sich geäußert, ist schlimm,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil nämlich nach Vorschlag des Bundestages nach diesem Steuervergünstigungsabbaugesetz bis 2006 6,5 bis 7 Milliarden Euro in die Kassen der Kommunen geflossen wären, 15 Milliarden Euro insgesamt pro Jahr.

Das heißt, wir haben eine schwierige Lage. Keiner weiß genau, wie es in den nächsten Jahren mit der Einnahmesituation der öffentlichen Hand insgesamt weitergehen wird. Und deswegen ist es aus meiner Sicht erforderlich, dass man auch mit dem Bürger offen und transparent über die Frage, wie der Staat seine Aufgaben finanzieren kann, reden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist ein entscheidender Punkt, sonst sind wir alle miteinander, und nicht nur das kommunale Ehrenamt, Herr Rehberg, handlungsunfähig, und das, glaube ich, kann keiner wollen und verantworten.

Wenn Sie sagen, das Ehrenamt, und ich komme jetzt auf Ihren Antrag zu sprechen, muss gestärkt werden, das ist ja eine durchschlagende Erkenntnis, die Sie uns hier unterbreiten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

wenn Sie das in diesem Zusammenhang sagen, dann meinen Sie, dass politische Handlungsspielräume – und das sind finanzielle Handlungsspielräume – geschaffen werden müssen. Die können aber nur geschaffen werden, wenn der Staat auch Einnahmen hat,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und nicht nur die Kommunen. Deswegen sage ich noch mal, wir müssen gerade in schwierigen Zeiten mit den Bürgerinnen und Bürgern offen und fair über die Frage sprechen, welche Aufgaben der Staat insgesamt auf allen Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – wahrnehmen soll

(Dr. Armin Jäger, CDU: Und warum fangen Sie damit nicht an?!)

und welche nicht, und die müssen dann auch finanziert werden wollen, nämlich durch den Bürger, und das muss politisch gewollt sein. Ich halte es für ganz gefährlich, wenn man diese Debatte umgeht, oder ich sage mal, wie Sie es machen, Herr Rehberg, aus dem kommunalen Haushaltsbericht meines Hauses vorlesen. Ich bedanke mich herzlich dafür, darin steht ja auch alles Wichtige. Aber das allein wird nicht reichen, da muss man auch dem Bürger gegenüber richtungsweisende, schwierige Entscheidungen kundtun.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Nun wollen wir uns aber mal ansehen, was in anderen Bundesländern in einer so schwierigen Zeit wie heute gemacht wird. Wir leben in einem Finanzverbund – Bund, Länder und Gemeinden – und da lohnt es sich schon einmal nachzusehen, wie die Finanzausgleichsmassen jeweils in den anderen Bundesländern, wie die Finanzausgleichsbeträge für die Kommunen in den anderen Bundesländern gestaltet werden. Fangen wir bei Sachsen-Anhalt an: Sachsen-Anhalt hat 1,78 Milliarden DM in 2002 im Finanzausgleich gehabt, 2003 1,66 Milliarden DM. Das sind 1,2 Millionen DM minus.

(Wolfgang Riemann, CDU: D-Mark oder Euro? – Sigrid Keler, SPD: Euro!)

Euro, Entschuldigung, Herr Riemann.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Innenminister gehört dort übrigens der CDU an und nicht der SPD. Brandenburg, unser Nachbarland, hat von 1,7 Milliarden Euro auf 1,56 Milliarden Euro abgesenkt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Kommunalminister dort ist Herr Schönbohm, Mitglied der CDU. Niedersachsen 2,66 Milliarden Euro in 2002, 2003 sind es 2,22 Milliarden Euro.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Innenminister dort ist Kollege Schünemann, Mitglied der CDU.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wissen Sie, wie lange der schon Innenminister ist?!)

Da wird in diesem Falle über 400 Millionen Euro abgesenkt, Herr Dr. Jäger. Schleswig-Holstein hat abgesenkt im kommunalen Finanzausgleich um 100 Millionen Euro und Mecklenburg-Vorpommern hat ihn in schwierigen Zeiten von 1,278 Milliarden Euro in 2002 auf 1,278 Milliarden Euro in 2003 gehalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, auch 2004 und 2005 wird es so weitergehen. Wir sind das einzige Bundesland in Deutschland,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

das den Finanzausgleich hält und ihn nicht absenkt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, auf geringem Minimum. – Wolfgang Riemann, CDU: Deswegen kommen die Bürgermeister und demonstrieren. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und das, meine Damen und Herren, ist für dieses zugegebenermaßen strukturschwache Bundesland eine Leistung,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –

Heinz Müller, SPD: Sehr richtig! – Zurufe von Sigrid Keler, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

die diese Landesregierung verantworten will und kann. Das heißt mit anderen Worten, wir haben 2003 gegenüber dem vereinbarten Gleichmäßigkeitsgrundsatz zusätzlich 122 Millionen Euro im Finanzausgleich und 2004 gegenüber dem vereinbarten Gleichmäßigkeitsgrundsatz 108 Millionen Euro im Finanzausgleich wegen der Mindestgarantie. Dazu stehen wir und das halten wir auch für richtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Mit noch anderen Worten, Herr Rehberg, Ihre Forderung, 100 Millionen Euro mehr in den Finanzausgleich zu stecken, ist mit unserem Gesetz, das hier gerade verabschiedet wurde, 122 Millionen Euro mehr zu halten, übererfüllt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Timm, das ist unseriös, was Sie da machen.)

Deswegen sage ich Ihnen, Ihr Antrag kommt zu spät. Das ist nicht unseriös, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, natürlich.)

das ist die schlichte Wahrheit, und die haben Sie auch zur Kenntnis zu nehmen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Beifall Siegfried Friese, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl, Herr Pastor! – Wolfgang Riemann, CDU: Wenn nicht, schicken wir die Polizei.)

So ist es.

Ich will Ihnen weitere, für Ihre Ohren möglicherweise unliebsame Wahrheiten vortragen:

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aha!)

Wir haben im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern durch ein Umschuldungsprogramm innerhalb des Kommunalen Aufbaufonds in diesem Jahr bereits 10 Millionen Euro Entlastung für die kommunalen Haushalte geschaffen. Wir werden in den nächsten Wochen durch ein Zinsabsenkungsprogramm in diesem Bereich weitere 6,5 Millionen Euro Entlastung organisieren. Das Gleiche haben wir im letzten Jahr gemacht. Wir haben 2002 mehr als 10 Millionen Euro Entlastung – und zwar in bar – für die kommunalen Haushalte durch ein Umschuldungsprogramm im Kommunalen Aufbaufonds geschaffen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch nicht Ihr Geld!)

Das heißt, wir haben in zwei Jahren durch eine kluge Fondspolitik 26 Millionen Euro Entlastung für die Kommunen geschaffen. Das ist auf der Habenseite der Kommunen nicht wenig,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das haben wir doch jedes Jahr gemacht.)

und das, meine ich, ist all denen zu verdanken, die im Beirat dieses Fonds sitzen und diese solidarische Kraftanstrengung geleistet haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das machen wir doch schon die ganzen Jahre.)

Ich bedanke mich dafür und übrigens auch für die Zustimmung zu diesem Fonds im Finanzausgleichsgesetz.

Wir haben, das will ich auch hinzufügen, bei der FAG-Verbundmasse 2003 122 Millionen Euro, 2004 108 Millionen Euro und 26 Millionen Euro durch den Kommunalen Aufbaufonds, also durch die Entlastungen mehr als 250 Millionen Euro zusätzlich mobilisiert gegenüber der Steuerentwicklung, dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz nach

dem Finanzausgleichsgesetz. Das heißt, und das will ich in aller Klarheit sagen: Diese Regierungskoalition sieht die schwierige Finanzlage der Kommunen. Sie sieht ebenso die Schwierigkeiten, die wir im Land und im Bund haben, und wir werden unsere Verantwortung, Herr Riemann, in guten und in schwierigen Zeiten für dieses Bundesland wahrnehmen und demzufolge auch beim Finanzausgleich die Mindestgarantie für die nächsten Jahre halten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sicherlich nicht bis in alle Ewigkeit, aber das gilt für die nächsten Jahre innerhalb dieser Legislaturperiode auf jeden Fall.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jaja.)

Jetzt will ich Ihnen noch eine Rechnung – Herr Dr. Jäger, ich bitte Sie, zuzuhören – zumuten.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Herrn Riemann?

Minister Dr. Gottfried Timm: Am Ende meiner Rede, Herr Riemann, gerne.

Wir haben 2003 6,9 Millionen Euro Investitionsmittel außerhalb des FAG streichen müssen. Das ist ja leider jetzt auch im Nachtragshaushalt nicht zu vermeiden gewesen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie haben dem ja zugestimmt.)

Wir haben ab 2004 vor, 50 Millionen Euro IFG-Mittel weniger in die kommunale Finanzausstattung einzustellen, 76 Millionen Euro haben wir insgesamt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das heißt, es verbleiben 26,6 Millionen Euro.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Wir haben vor, eine Teilkompensation mit 24 Millionen Euro EFRE-Mitteln und 8 Millionen Euro Landesmitteln vorzunehmen. Das macht 32 Millionen Euro insgesamt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

50 Millionen Euro weniger, 32 Millionen Euro plus, da bleiben 18 Millionen Euro tatsächlich weniger gegenüber dem Jahr 2002.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Wenn man das zusammenzieht – die Mindestgarantie mit 122 Millionen Euro plus in 2003, 108 Millionen Euro in 2004 – und dann diese 18 Millionen Euro dagegensetzt, meine ich, sieht man sehr wohl, dass wir uns in dieser Koalition bemühen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee! Nee! – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

die Finanzlage der Kommunen verantwortlich zu gestalten, Herr Dr. Jäger.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Da mögen Sie den Kopf schütteln, aber ich sage Ihnen eins, andere Bundesländer, ich habe es Ihnen vorgetragen, gehen deutlich weiter runter

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

mit ihrer kommunalen Finanzausstattung als wir in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Nun kann man, wenn man sich die Haushalte der Städte, Gemeinden und Kreise im Einzelnen ansieht, deutliche Unterscheidungen bei der jeweiligen kommunalen Haushaltslage vornehmen. Das hat verschiedene Ursachen. Nicht überall kann der Haushaltsausgleich derzeit hergestellt werden, aber in bestimmten Kommunen geht es sehr wohl. Das hat verschiedene Ursachen, es hat sowohl externe als auch interne Ursachen.

Ich will Ihnen nur mal zwei Zahlen im Vergleich sagen: Stralsund hat eine Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt von 1.683 Euro, Greifswald hat eine Pro-Kopf-Verschuldung von 928 Euro, das heißt, Stralsund hat fast doppelt so viel wie Greifswald. Das muss Ursachen haben. Insofern gebe ich Ihnen völlig Recht, dass ein Wettbewerb zu organisieren ist

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist es.)

zwischen den einzelnen Kennzahlen der Haushalte auf kommunaler Ebene. Nur, Herr Rehberg, wenn Sie das der Landesregierung als eine Pflichtaufgabe andienen, kann ich nur sagen, wir haben nicht nur kommunale Selbstverwaltung, das ist auch kommunale Selbstverantwortung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist so. Der Städte- und Gemeindetag hat das erkannt. Die haben hier schon seit Jahren einen Kennzahlenvergleich gemacht mit Hilfe der Kubus GmbH,

(Angelika Peters, SPD: Das haben wir gerade hinter uns. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die ja auch hervorragende Ergebnisse –

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

im Übrigen mit finanzieller Unterstützung der Landesregierung – produziert.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Landkreistag ist an mich herangetreten und hat ebenso vor, einen Kennzahlenvergleich aufzustellen. Ich habe nichts dagegen und wo es möglich ist, werden wir auch finanziell helfen, aber das ist kommunale Selbstverwaltung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gut.)

Diesen Wettbewerb werden wir unterstützen, aber es ist keine Aufgabe der Landesregierung oder des Landesgesetzgebers, diesen für die Kommunen stellvertretend zu machen.

Sie haben außerdem vorgeschlagen im Rahmen Ihres Sofortprogramms – Punkt 8 auf der Seite 2 bei landespolitischen Maßnahmen –, dass eine Reform des Personalvertretungsgesetzes erforderlich sei. Sie sagen weder, was reformiert werden soll, noch wo und wie. Aber allgemein stellen Sie in den Raum, eine Reform des Personalvertretungsgesetzes bringe wohl etwas oder so ungefähr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee. –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Da würde ich gerne mal wissen, welcher Paragraph zu welchem Zeitpunkt denn geändert werden soll. Vielleicht

hören wir es morgen beim Deutschen Beamtenbund. Da gibt es ja eine Tagung zu diesen Fragestellungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vielleicht
gucken Sie mal ins Gesetz.)

Ich bin sehr gespannt, wie Ihre Vorschläge da aussehen.

Ich will Ihnen Folgendes sagen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen sind unser geistiges Kapital,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

um das Wort Humankapital zu vermeiden. Wir müssen in unseren Strukturentscheidungen, das gilt vor allem auch für die Aufgaben der Verwaltungsreform, Voraussetzungen für mehr Leistung in den Verwaltungen schaffen, und zwar mit dem Personal und nicht gegen das Personal, weil es sonst nichts wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Wichtig ist, und das sage ich allen meinen Mitarbeitern immer da, wo ich die Gelegenheit dazu ergreifen kann, dass die Arbeit in einem Ministerium, überhaupt in einer Verwaltung, dem Bürger gegenüber eine Dienstleistungsaufgabe ist. Das Wort „Ministerium“ enthält einen ganz wesentlichen Sinn, es heißt auf Deutsch nämlich „dienen“. Und wenn wir das in die Köpfe der Mitarbeiter bekommen und dann noch strukturelle Voraussetzungen schaffen für mehr Leistungsfähigkeit in den Verwaltungen, meine ich, haben wir einiges erreicht.

Deswegen, das sage ich ganz vorsichtig, ist mir nicht klar, in welche Richtung eigentlich Ihr so genanntes Sofortprogramm geht. Ich hätte gerne mal gewusst, welche Änderungen des Personalvertretungsgesetzes Sie denn vorschlagen. Ich kann da nichts lesen

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und will das bei diesem landespolitischen Teil damit bewenden lassen.

Ich will noch auf einige Forderungen an den Bund zu sprechen kommen. Ganz allgemein will ich sagen, dass Sie in manchen Punkten Recht haben, zum Beispiel in dem Punkt 5, wo Sie sagen, die sozialen Sicherungssysteme müssen reformiert und die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wie wahr, wie wahr! Und es muss sich auch bei Ihnen rumgesprochen haben, dass in Berlin Kommissionen daran arbeiten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich, ja.)

So weit zu Ihrem Sofortprogramm. Nur, die entscheidende Frage ist ja die, und da sind Sie eine Antwort in Ihrem Sofortprogramm schuldig geblieben: Wenn die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt werden, in welcher Höhe denn? Für welche Laufzeit? Auf welcher Ebene? Wo gehört sie denn hin? Ja, da brauchen wir in Ihrem Sofortprogramm eine Antwort.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nee!)

Wir werden sie geben und Sie wissen, dass wir daran arbeiten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Insofern kann ich Ihrem Punkt 5 zustimmen. Nur er enthält keine Antworten, sondern im Grunde genommen nur Fragen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wozu sind Sie eigentlich da?! Wozu haben wir einen Minister?)

und die sind so allgemein und pauschal gestellt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie dienen und arbeiten doch.)

dass die Antworten wohl durch uns dann erarbeitet werden müssen, und daran arbeiten wir auch.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Volker Schlotmann, SPD: So erstellt die CDU ein Programm.)

Deswegen will ich zusammenfassend Folgendes sagen:

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern als einziges Bundesland in ganz Deutschland die Finanzausstattung in voller Höhe auf der Summe wie 2002 gelassen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Kein anderes Land hat diese Leistung vollbracht. Die Landesregierung handelt, Ihr Antrag kommt zu spät. Er ist außerdem sehr plump und allgemein. Ich kann darin keinen Fortschritt erkennen und würde nur empfehlen, den Antrag nicht anzunehmen, weil wir als Koalition die Verantwortung für die Finanzausstattung der Kommunen auch in schwierigen Zeiten wahrnehmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, es gab eine Anfrage.

Minister Dr. Gottfried Timm: Ja.

Wolfgang Riemann, CDU: Sehr geehrter Herr Innenminister, gestatten Sie zunächst zwei Anfragen. Sie haben uns gerade eben erläutert, wie dieses Land sich um die Kommunen und wie dieses Land sich um die Finanzausstattung der Kommunen bemüht.

(Sigrid Keler, SPD, und Angelika Peters, SPD: Frage!)

Warum haben Sie das gestern nicht den demonstrierenden Bürgermeistern, den Gemeinden, die in Not sind, erläutert

(Angelika Gramkow, PDS: Weil er nicht reden durfte.)

oder ein Vertreter Ihres Ministeriums oder der Landesregierung?

(Volker Schlotmann, SPD: Mein Gott! – Gabriele Schulz, PDS: Der weiß es doch ganz genau. – Volker Schlotmann, SPD:

Das weiß Herr Riemann ganz genau, dass keiner reden durfte. So viel Scheinheiligkeit, das ist ja!)

Minister Dr. Gottfried Timm: Ich kann Ihnen das gerne sagen, Herr Riemann, obwohl Sie vermutlich darüber Bescheid wissen, wie ich gerade höre.

(Gabriele Schulz, PDS: Genau. – Heinz Müller, SPD: Das Stadttheater ist da drüben. – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ich habe mich persönlich beim Städte- und Gemeindetag eingeschaltet und gebeten, das Wort dort zu erhalten.

(Zuruf von Siegfried Friese, SPD)

Mir ist aber mitgeteilt worden, dass man insgesamt die Politik dort nicht auf der Bühne haben will.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Das habe ich respektiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nicht auf der Bühne, aber da waren Leute, mit denen hätten Sie reden können. Ich habe es ja auch getan. – Unruhe bei Holger Friedrich, SPD)

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Innenminister, meine zweite Frage bitte. Sie haben das Bemühen hier deutlich gemacht. Würden Sie als Personalchef jemanden einstellen, in dessen Zeugnis steht, er hatte sich bemüht?

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Minister Dr. Gottfried Timm: Wissen Sie, was bei Willy Brandt auf dem Grabstein steht? Lesen Sie sich das mal durch, dann reden wir weiter! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Innenminister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der CDU-Fraktion.

(Volker Schlotmann, SPD: Oh, nee!)

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mache das jetzt mal tatsächlich so, wie es die Geschäftsordnung eigentlich von uns verlangt. Ich lasse die Rede liegen und gehe einfach mal darauf ein, was heute in der Debatte zu dem Haushalt und eben vom Innenminister zu unserem Antrag gesagt worden ist. Ich gucke jetzt auf meinen Spickzettel, da habe ich mir nämlich einiges mitgeschrieben, Herr Innenminister.

(Angelika Peters, SPD: Man kann sich eben nicht immer alles merken!)

Wenn Sie sich damit brüsten, dass Sie auf dem Niveau 2002 auch im Jahr 2003 und 2004 weiterfahren – der Herr Ministerpräsident hat uns Kommunen ja schon gedroht, dass das nicht von Dauer sei mit dieser Garantie –, dann muss ich Ihnen sagen, das ist natürlich eine ganz billige Ausflucht. Erst nehmen Sie uns das Geld weg – wir haben Ihnen ja vorgerechnet, was wäre, wenn Sie den Verbundsatz bei 28 Prozent gelassen hätten –, dann erreichen Sie ein Niveau, bei dem uns auf der kommunalen Ebene langsam die Luft ausgeht, und dann brüsten Sie sich im nächsten Jahr damit, dass Sie das Gleiche weitertun. Deswegen war ich vorhin etwas unruhig, als Sie das mit anderen Ländern verglichen haben. Die anderen Länder haben noch feste Verbundsätze, die haben auch nicht diese Mogelpackung mit dem Gleichmäßigkeitsprinzip.

(Angelika Gramkow, PDS: Natürlich! – Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Minister Dr. Gottfried Timm)

Frau Finanzministerin, Ihr Gleichmäßigkeitsprinzip, Ihre Mindestgarantie kostet uns jedes Jahr, seit es sie gibt, mehr als 100 Millionen Euro. Und diese fehlen uns!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: 100 Millionen Euro?)

Frau Gramkow, ja sicher, gucken Sie doch nach! Sie wissen doch selber, was wir für Probleme haben. Gucken Sie doch rein in die Zahlen! Ist das denn so schwierig?!

(Reinhard Dankert, SPD: Reden Sie als Landtagsabgeordneter oder als Kommunalvertreter? Sie sind immer noch im Landtag.)

Also wissen Sie, ich bin nicht schizophren, lieber Herr Kollege.

(Volker Schlotmann, SPD: Das habe ich Ihnen auch nicht vorgeworfen.)

Ich vergesse nicht, dass mir die Bürger in Schwerin mit einer erdrückenden Mehrheit ein Mandat dafür gegeben haben, für Kommunalpolitik einzutreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und das können Sie mir auch an diesem Pult nicht verbieten! Zum Glück haben wir ja noch eine Verfassung.

Sie sehen das doch an den Zahlen. Wir haben eine Finanzausgleichsmasse bei gleichbleibenden Zahlen, die habe ich übrigens Ihrem Einzelplan 11, Frau Ministerin, entnommen. Die Gesamtfinanzausgleichsmasse wäre, wenn wir weiterhin mit der Verbundquote arbeiten würden, 1 Milliarde 445,9 Millionen Euro, also rund 1,44 Milliarden Euro. Und was zahlen Sie? Noch nicht einmal 1,3 Milliarden Euro. Das kann man jetzt rechnen, das können Sie, das kann ich, das können wir alle. Das ist jedes Jahr weniger und Sie finden das lustig. Ich nicht, weil wir die Zuschüsse für unsere Jugend und ehrenamtlichen Jugendeinrichtungen kürzen müssen.

(Angelika Gramkow, PDS: Jaja!)

Natürlich. Wir sind im Augenblick in der Situation, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Und die Boxveranstaltung machen wir für 20.000 mal so!)

Also, Frau Gramkow, jetzt muss ich Sie doch bitten, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Über Schwerin wollen wir lieber nicht reden, Herr Jäger.)

Lassen Sie mich doch auch mal was sagen!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Angelika Gramkow, PDS: Über Schwerin wollen wir an der Stelle mal lieber nicht reden. – Dr. Margret Seemann, SPD: Lassen Sie ihn doch mal was sagen, Frau Gramkow!)

Sie haben vorhin lang und breit über das 26-Millionen-Loch geredet, das wir gemeinsam im Haushalt dieser Landeshauptstadt kennen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Was ist denn das für eine Rede?! – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Sie kennen das. Sie wissen das.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Genau, ich auch.

Übrigens, Frau Keler, Sie haben das vorhin so nett gesagt, das ist der Einwohnerverlust. Wissen Sie, die Milchmädchenrechnung gehe ich mit Ihnen nicht mit. Ich will Ihnen auch sagen, warum. Es ist doch ganz einfach,

wenn Sie oben in die Verteilungsmechanismen eines Finanzausgleichsgesetzes 100 Millionen Euro weniger reintun, dann müssen selbst Sie sich nicht wundern, wenn unten in den einzelnen Verästelungen in der Summe diese 100 Millionen Euro weniger herauskommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Sigrid Keler, SPD: Aber, Herr Jäger!)

Das ist also, glaube ich, doch leicht zu verstehen. Das, was Sie tun, ist doch nur, an Stellschrauben zu drehen. Nein, das können Sie wirklich nicht glauben. Da muss ich sagen, ich würde Ihnen Unrecht tun, wenn ich Ihnen zutraue, dass Sie das nicht verstehen. 100 Millionen weniger rein heißt, unten 100 Millionen weniger raus. Das bringe ich jemandem in der vierten Klasse bei, wenn ich will.

(Angelika Peters, SPD: Aber wir wollen ja nicht.)

Aber nun weiter.

Der Innenminister hat gesagt, wir wollten Steuervergünstigungen haben – wir, die CDU, die Union – und wir wollten aber mehr Steuermittel verteilen. Da ist was dran! Also wenn es wirklich so wäre, dass Steuervergünstigungen dazu führen, dass im Endergebnis über die Mittelfrist weniger staatliche Einnahmen als Steuern ankommen, Herr Innenminister, hätten Sie Recht. Die Anfangsgründe der Volkswirtschaft und der Blick über unsere Grenzen der Bundesrepublik hinaus lehren uns, dass andere, die mit Steuererleichterungen und Vergünstigungen ihre Volkswirtschaft wieder fit gemacht haben, heute über ein erkleckliches Mehraufkommen an Steuern verfügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Herr Innenminister, immer den zweiten Schritt mitdenken, dann kommen wir beide uns vielleicht irgendwann mal in der Betrachtung näher!

Es ist gesagt worden, dass man dort gestern bei unserem Städte- und Gemeindetag ja nicht hätte sprechen können. Stimmt, Kollege Müller und ich standen da. Wir haben uns ziemlich die Beine in den Bauch gestanden, mehr oder weniger.

(Heinz Müller, SPD, und Angelika Gramkow, PDS: Frau Schulz auch! – Gabriele Schulz, PDS: Ich auch, Herr Jäger.)

Ja, genau, Frau Kollegin Schulz auch. Wir haben auch gefroren.

(Gabriele Schulz, PDS: Ja.)

Aber, Herr Innenminister, im Gegensatz zu Ihnen brauchen wir nicht das Podium. Wir sind gewohnt, mit Kommunalpolitikern auf gleicher Augenhöhe zu reden. Das sollten Sie auch mal versuchen. Dann würden Sie auch die Informationen bekommen und so etwas nicht sagen.

Herr Minister Dr. Backhaus ist, glaube ich, jetzt nicht mehr da. Vielleicht richtet es ihm jemand aus. Er hat gesagt, er sucht das Gespräch mit allen, auch auf dem Marktplatz.

(Angelika Peters, SPD: Ja.)

Aber gestern habe ich ihn nicht gesehen. Also man kann das miteinander machen.

(Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:

Es war ja auch noch Landtag. –

Dr. Margret Seemann, SPD: Ja, wir machen Landtag auf dem Marktplatz, Herr Jäger.)

Ja, natürlich, Herr Ministerpräsident, war Landtag. Aber ich glaube, dass Minister sich schon öfter mal Urlaub vom Landtag genommen haben,

(Reinhard Dankert, SPD:
Aber nicht wegen so was.)

um zu weniger wichtigen Veranstaltungen zu gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Ministerpräsident, als wenn über 400 Ehrenamtler da draußen stehen und Ihnen sagen wollen, wie schlecht es ihnen geht.

(Reinhard Dankert, SPD: Ihre Fraktion
hätte das mal prüfen lassen müssen. Das
stimmt nicht, was Sie jetzt sagen. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Herr Ministerpräsident, so viel Zuwendung haben, glaube ich, die Kommunalpolitiker, die ehrenamtlich tätig sind, auch von einem Minister verdient.

Frau Gramkow hat gesagt, die 6,9 Millionen Euro, die Sie jetzt beim Innenministerium gestrichen haben, das sei die Spielwiese des Innenministers gewesen. Das glaube ich nicht!

(Angelika Gramkow, PDS:
Nehmen Sie ihn ruhig in Schutz!)

Es wird mir ja nachgesagt, dass ich wüsste, was man mit diesen Mitteln früher gemacht hat, und das ist auch berechtigt, dass man mir das nachsagt. Damit wurden die Investitionen der Gemeinden ermöglicht, für die es in den anderen Töpfen keine Möglichkeit gab, die dringend erforderlich waren. Sie werden lachen, wir haben daraus sogar mal ein Feuerwehrfahrzeug nachbeschafft, weil es verunglückt ist.

(Angelika Gramkow, PDS: Das gab es bei Ihnen
noch gar nicht, Herr Dr. Jäger, diese Summe.)

Es gab immer schon im Innenministerium einen Investitionsfördertopf für diejenigen, wo das Wirtschaftsministerium nicht konnte.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das muss auch so sein. Wissen Sie, warum? Wir können das nämlich nicht so machen, wie Sie sich das jetzt haben einfallen lassen. Ich habe mit Interesse gelesen, dass Sie jetzt hergehen und Forderungen des Landes verkaufen, um, wie gesagt worden ist, nicht über die Grenze der Verfassungswidrigkeit des Haushaltes zu kommen. Frau Finanzministerin, kommen Sie mir bitte nachher zu Hilfe

(Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD,
Angelika Gramkow, PDS, und
Gabriele Schulz, PDS)

und erklären Sie Frau Gramkow, so habe ich es von Ihnen gelesen, wir müssen das so tun.

Jetzt sage ich mal, wir als Kommunen können das nicht. Bei uns gibt es nämlich eine Kommunalverfassung und da gibt es die Paragraphen 57 folgende,

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

das weiß der Innenminister. Wir dürfen kommunales Vermögen nicht unter Wert veräußern.

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Und jetzt erzählen Sie mir mal, dass Sie an irgendeine Bank oder an irgendein Beitreibungsinstitut eine Forderung verkaufen und erhalten den vollen Wert der Forderung!

(Beifall Michael Ankermann, CDU)

Mindestens abgezinst ist sie, mindestens ein Risikozuschlag ist drin, sonst wäre es ja alles so einfach, dann hätten unsere Handwerker es doch ganz einfach, indem sie diese faulen Forderungen bei ...

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und CDU)

Jetzt ist der Justizminister auch nicht mehr da. Wo sind wir eigentlich hier?!

(Angelika Peters, SPD: Na, na, na, na!)

Oh, Entschuldigung, Herr Justizminister, Sie sind ja auch Abgeordneter.

Ich wollte es gerade sagen, es wäre doch schön, diese Idee auch auf kommunaler Ebene zu betreiben. Dann hätten Sie zum Beispiel, wenn Sie das den Handwerkern anbieten, gesagt, verkauft doch eure Forderungen, weil die Justiz fünf Jahre braucht, bis sie einen Titel in der Hand hat, und wenn er da ist, gibt es keinen Gerichtsvollzieher, der vollstreckt.

(Erwin SELLERING, SPD: Das stimmt
ja zum Glück alles gar nicht. Das
stimmt zum Glück alles gar nicht.)

Das ist leider so. Sie wissen, dass ich davon ein bisschen Ahnung habe und darunter sehr leide wie mancher von uns. Wenn das so leicht wäre, wie Sie das jetzt als Land machen, würde ich das jedem Handwerker empfehlen. Aber Sie kriegen doch am freien Markt nicht das volle Geld der Forderung. Das heißt, Sie verschleudern Forderungen des Landes, nur damit Sie den Haushalt so hinfrüemeln können. Wir dürfen das als Kommunen nicht. Da würde die Rechtsaufsichtsbehörde, nämlich die Landräte und bei uns Großen, also bei den kreisfreien Städten der Minister, uns in die Suppe spucken.

(Angelika Gramkow, PDS: Komischerweise waren
wir mit Ihren Kollegen einig im Finanzausschuss,
Herr Jäger. Ich weiß gar nicht, was Sie reden.)

Ja, jeder von uns wohnt in einer Kommune, das ist richtig. Ich würde mir aber wünschen, wenn es um kommunale Themen geht, dass es auch dann mal endlich eine Phalanx der Kommunalpolitiker gibt, die unsere Interessen als Kommunen vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wir haben ja die Abstimmung erlebt. Wir haben doch erlebt, wie Sie ganz locker 6,9 Millionen Euro weggegeben haben und wie der Innenminister –

(Ute Schildt, SPD: Was, der Antrag wurde
doch abgelehnt. Der war doch nicht gedeckt.)

da habe ich keinen Protest von Ihnen gehört – hier gesagt hat, na, das ist doch ganz einfach. Die Infrastrukturauspauschale, die wir jetzt so krampfhaft kürzen – das werden Sie ja in 2004, das haben Sie ja beschlossen –, da machen wir mal ein bisschen so etwas und dann bleiben 18 Millionen Euro über. Keiner von Ihnen hat sich zu Wort gemeldet und dem Innenminister erklärt, dass das so, wie er es gesagt hat, gar nicht geht.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Wenn Sie ein bisschen Ahnung von EFRE-Mitteln haben,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja.)

dann wissen Sie, dass die Finanzierung eben nicht als Kofinanzierung geht. Also ist das doch ein Windei und es wird uns Kommunen wieder etwas vorgelogen! Und das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bedanke mich bei Ihnen für den Zwischenruf, ich wollte darauf gar nicht mehr kommen, weil ich dachte, Sie wissen das längst. Aber das darf man auch, wenn man ehrenamtlich als Kommunalpolitiker tätig ist. Das ist keine Interessenkollision für mich. Das sind die gleichen Bürger, die uns als Landtagsabgeordnete gewählt haben, die haben uns auch als kommunale Vertreter gewählt. Wir sind für die mindestens genauso verantwortlich in den Kommunen, wie wir hier im Landtag für das gesamte Land verantwortlich sind.

Meine Damen und Herren, man könnte eine ganze Menge zu dem sagen, was heute in der Debatte gesagt wurde. Das Schlimmste, was ich eigentlich feststellen muss, ist, dass es so wenig Anwälte für kommunale Selbstverwaltung in diesem Hause offenbar gibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Wir hätten es in der Hand, Herr Kollege Müller, wenn ich nur so in den Raum gucke, Herr Friese, die wir alle irgendwo in den Kommunen, das ist ja richtig, tätig sind, auch ein Amt haben.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Wir hätten es in der Hand, mal Kommunalfreundlichkeit zu demonstrieren. Sie haben die Chance im Haushalt versäumt und wie ich Ihren Äußerungen, insbesondere des Innenministers, entnommen habe, werden Sie auch diesen Antrag einfach deswegen ablehnen, weil Ihnen der Mut dazu fehlt, sich zu den Kommunen zu bekennen, am eigenen Tisch erst einmal anzufangen, den Gürtel selber enger zu schnallen und den Kommunen etwas abzugeben.

Meine Damen und Herren, mir kann keiner erzählen, dass das ein Gleichmäßigkeitsgrundsatz ist, wenn 28 Prozent den Kommunen früher gehörten. Wenn ich richtig gerechnet habe, blieben dann 72 Prozent beim Land, und wenn jetzt der Topf kleiner wird, dann geben Sie auf einmal nicht mehr 28 Prozent von den weniger Mitteln an die Kommunen. Sie behalten mehr, nämlich über 72 Prozent. Und das halten Sie für gleichmäßig? Ich halte das für ungerecht. Ich halte das in hohem Maße für kommunalunfreundlich und Sie beschädigen damit das wirklich aktive Ehrenamt in unserem Lande. Geben Sie sich einfach einen Stoß! Stimmen Sie doch mal einem Antrag zu, von dem Sie eigentlich wissen müssten, dass er in die Richtung geht, dass kommunale Selbstverwaltung erst wieder möglich gemacht wird. Ich hoffe auf Ihre Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Ute Schildt, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Heinz Müller von der SPD-Fraktion.

(Angelika Peters, SPD:
Heinz, klär ihn doch mal auf!)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Finanzsituation der Kommunen in unserem Land, und damit meine ich nicht Mecklenburg-Vorpommern, damit meine ich die Bundesrepublik Deutschland, ist außerordentlich schwierig. Es gibt sicherlich Differenzierungen, den einen geht es schlecht, den anderen noch schlechter, aber insgesamt muss man sie als äußerst schwierig, ja, als dramatisch bezeichnen. Und wenn ich mich in Mecklenburg-Vorpommern umschaue, dann muss ich Ihnen sagen, dass ich einen ungeheuren Respekt habe vor Leuten wie Sebastian Schröder, der als Finanzsenator in Rostock mit einem Haushaltsdefizit von 56 Millionen Euro kämpft, oder Wolfgang Schmüling, der in Schwerin mit einem Haushaltsdefizit von 26 Millionen Euro kämpft. Aber wir dürfen nicht nur an die Großen denken, wir müssen auch an die Mittleren und an die Kleinen denken. Da sind die Zahlen vielleicht nicht so dramatisch, aber die Lage ist es häufig, nicht immer, aber häufig auch.

Zahlen und Statistiken sind in diesem Zusammenhang oft sehr trocken, oft sehr dürrig. Ich will sie uns dennoch nennen. Ich darf zitieren mit Genehmigung der Präsidentin eine Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes vom 24. März 2003. Da haben wir auch etwas aktuellere Zahlen. Sie haben ja beklagt, Herr Rehberg, dass der Finanzbericht der Landesregierung so spät vorliegt. Hier beim Statistischen Landesamt haben wir die aktuelleren Zahlen, ich darf zitieren: „Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes sind die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 34,6 Millionen EUR gestiegen. Dies war vor allem durch höhere Aufwendungen für soziale Leistungen (+ 26,6 Millionen EUR bzw. + 4,4 Prozent) bedingt. Da die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr nur um 1,1 Millionen EUR angestiegen sind, hat sich ein Finanzierungsdefizit von 132,2 Millionen EUR ergeben.“ Ich lasse jetzt einiges aus und nenne nur die Zahl: Das Finanzierungsdefizit im Jahr davor betrug 98,7 Millionen Euro. Das Finanzierungsdefizit ist also um über 30 Millionen Euro gestiegen. So weit die Mitteilung des Statistischen Landesamtes vom 24.03.2003, auf die ich später in anderem Zusammenhang noch zurückkommen möchte.

Ich will es mir ersparen, hier im Detail die Folgen darzustellen, die dies für kommunale Investitionsfähigkeit, aber auch für kommunale Dienstleistungen in den Bereichen Soziales, Jugend, Kultur, Sport und anderswo hat. Ich glaube, das kennen wir und wir alle wissen, wie berechtigt es war, dass kommunale Vertreter gestern hier in Schwerin für ihre Interessen protestiert haben, auf ihre Situation aufmerksam gemacht haben. Und Sie haben ja schon zu Recht erwähnt, Herr Dr. Jäger, dass aus allen drei Fraktionen Mitglieder des Innenausschusses bei dieser Demonstration waren und damit ihre Solidarität mit der Kommunalpolitik bekundet haben.

Ja, meine Damen und Herren, die Kommunalpolitik braucht Hilfe und sie braucht diese Hilfe durchaus in verschiedenen Richtungen. Es wäre also auch aus meiner Sicht völlig verkehrt, wenn man beispielsweise nur an die Einnahmeseite denken würde oder nur an die Ausgaben-seite.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und auch die Einnahmeseite ist differenziert, die Ausgabenseite ist es ebenfalls, wenn sich auch auf der Ausgabenseite ein besonderer Schwerpunkt im Sozialbereich abzeichnet.

Die Kommunen brauchen Hilfe. Die CDU legt uns einen Antrag vor und wir stellen uns natürlich die Frage, hilft dieser Antrag den Kommunen oder würde es helfen, diesen Antrag anzunehmen. Nun, Herr Dr. Jäger und Herr Rehberg, meine Damen und Herren von der CDU, manches in Ihrem Antrag, das will ich überhaupt nicht bestreiten, klingt zunächst einmal sehr gut, klingt zunächst einmal sehr vernünftig und, ich mache hier keinen Hehl daraus, manche Ihrer Aussagen und Ihrer Forderungen halte ich für richtig. Aber auf der anderen Seite muss man sehen, dieser Antrag ist absolut plakativ, er ist absolut oberflächlich. Und wir alle haben gesehen, dass man aus diesem Antrag ein Flugblatt gemacht hat, das man auf der Demonstration verteilt hat. Und das, meine Damen und Herren, war ja wohl der Sinn und Zweck der Übung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee!)

auf dieser Demonstration klar zu machen, wir, die CDU, wir sind die guten Menschen, wir stehen auf eurer Seite und, wartet mal ab, die Roten werden das schon ablehnen, das sind nämlich die Bösen, die haben für Kommunalpolitik nichts übrig.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das wissen die doch längst.)

Das scheint mir doch der Sinn und Zweck dieser Übung gewesen zu sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie uns mal ein bisschen genauer hingucken, was in dem Antrag steht. Also „A. Bundesebene“. Ich will nicht auf alle Punkte eingehen. Ich glaube, wenn ich einzelne herausgreife, macht es deutlich, was ich meine. Nehmen wir mal A.2.: „Die nicht abgerufenen Gelder aus dem Fluthilfefonds, rund 2 Mrd. Euro, müssen den Gemeinden unmittelbar für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt werden.“

(Karin Strenz, CDU: Ja.)

Klasse! Auf einer Demo von gebeutelten Kommunalpolitikern wird jeder sagen: Das ist Klasse,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist es auch.)

die sind gut die Jungens und Mädels! Jo! Nur, einen entsprechenden Antrag, die gesamten 2 Milliarden Mark den Kommunen zur Verfügung zu stellen, ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Euro!)

Danke.

... Euro zur Verfügung zu stellen, hat der Innenausschuss des Bundesrates, wo bekanntlich die CDU über eine Mehrheit verfügt, bereits abgelehnt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Guck an!)

Und da frage ich die CDU: Wie ehrlich ist es eigentlich gemeint, dass Sie hier die Landesregierung auffordern, für eine solche Forderung einzutreten?! Dann reden Sie doch bitte schön mal mit Ihren eigenen Parteifreunden,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das können wir gerne tun. Das tun wir auch.)

die als Vertreter der Länder im Innenausschuss des Bundesrates sitzen! Warum haben die das wohl abgelehnt?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Lassen Sie uns das beschließen!)

Sie haben das abgelehnt – und das erwähnen Sie natürlich nicht –, weil diese 2 Milliarden Euro nur zu einem Teil von den Kommunen aufgebracht worden sind und zum Teil von den Ländern. Und die Länder möchten dieses Geld, das sie selbst aufgebracht haben, gern wieder zurückhaben.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und Sie vergessen in Ihrem Antrag, leider, Sie vergessen in diesem Antrag 819 Millionen Euro, die von den Kommunen aufgebracht werden sollten und die die Kommunen jetzt eben nicht aufbringen müssen. Und das ist eine effektive Entlastung für die Kommunen und das ist etwas, das sollte man positiv erwähnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Wolfgang Riemann, CDU: Nein, nein, das ist es nicht. Das ist doch keine Entlastung.)

Aber positive Effekte haben bei Ihnen keinen Platz.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Das sind 10 Millionen Euro für die Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern. Nun kann man sagen, 10 Millionen werden die Finanzprobleme nicht lösen. Das ist richtig, aber es ist ein nicht unerheblicher Beitrag.

Nächster Punkt, den ich erwähnen möchte, A.5.: „Die sozialen Sicherungssysteme müssen reformiert und die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt werden.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ja, meine Damen und Herren, sollen wir demnächst noch beschließen, dass die Erde rund ist und sich um die Sonne dreht?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wieso? Wieso?)

Wir wissen alle, wir wissen alle, dass dieses von dem Grundgedanken her, der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, längst beschlossene Sache ist, dass es im Moment um die Modalitäten geht und dass der Teufel im Detail steckt. Ich wäre sehr dankbar, Sie hätten zu solchen Detailfragen vielleicht mal hier eine Position bezogen. Aber Ihre Forderung lautet, die müssen zusammengeführt werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Nein, meine Damen und Herren, das, was ohnehin passiert, zu fordern und dann so zu tun, als sei es auf die Eigeninitiative hin erfolgt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da können Sie doch mitmachen.)

das ist ein wenig unehrlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen aber auch, das, was diese Kommission in Berlin dort diskutiert an Zusammenführungen, das wird für die Kommunen, auch wenn wir die Details noch nicht kennen, eine erhebliche Entlastung bringen.

Gestern haben wir auf der Demonstration Gerd Landsberg gehört. Herr Landsberg ist Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Ich will kein Zitat aus seiner Rede bringen, sondern Herr Landsberg ist gefragt worden von der „Berliner Zeitung“, 07.04.2003, und da heißt es zunächst mal im Zeitungsartikel: „Sollte die Änderung bei der Sozialhilfe zum 1. Januar 2004 in Kraft treten, könnten die Gemeinden, die frei werdenden Gelder von 6,4 Milliarden Euro für Infrastrukturinvestitionen nutzen.“ Jetzt Zitat Landsberg: „Dies wäre ein wirklicher Erfolg.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist ja okay.)

Ja, meine Damen und Herren, solche Finanzmittel wären ein wirklicher Erfolg für die Kommunen. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich habe überhaupt nicht verstanden, warum Herr Rehberg vorhin gegen eine solche Zusammenführung polemisiert hat.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Das hat er nicht gesagt.)

Dieses ist überhaupt nicht zu verstehen und ich muss sagen, wir sind im Moment schon sehr viel weiter, auch die kommunalen Verbände sind sehr viel weiter. Es geht um die Modalitäten dieser Zusammenführung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

es geht darum, auf welchem Niveau wird zusammengeführt, und es geht um die Frage, welche Kompensationen, wie viel Kompensationen will der Bund haben. Wenn Sie dazu etwas gesagt hätten, dann würden wir uns da gerne mit Ihnen auseinander setzen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Da haben wir es doch.)

Die Forderung der Zusammenlegung, die ist so alt wie ein paar Brötchen aus dem letzten Monat. Dieses wollen wir so in einem Sofortprogramm weiß Gott nicht haben. Die CDU hat die Diskussion schlicht und einfach verschlafen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und genauso interessiert las ich die Ziffer A.7.: „Eine umfassende Gemeindefinanzreform muss die im Grundgesetz verankerte finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen gewährleisten durch dauerhafte, berechenbare und wachstumsfähige Steuerquellen.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ja, meine Damen und Herren, abstrakt betrachtet ist das richtig.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Nur wir haben im Moment eine Reformkommission, die in Berlin tagt und wo jeder weiß, dass noch vor der Sommerpause diese Reformkommission ihre Vorstellungen der Öffentlichkeit vorstellen wird und nach Aussagen dieser Bundesregierung diese Reformvorstellungen zum 1. Januar 2004 umgesetzt werden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Viereinhalb Jahre, viereinhalb Jahre, Herr Müller, hat die Bundesregierung gebraucht!)

Und da wäre es doch viel, viel spannender, Herr Riemann, da wäre es viel, viel spannender,

(Wolfgang Riemann, CDU: Dreimal getagt.)

wenn wir auch von Ihnen einmal eine inhaltliche Aussage zu diesen Reformvorstellungen bekommen würden. Wir wissen ja, dass es dort sehr unterschiedliche Modelle gibt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es wäre in der Tat eine interessante Diskussion hier zu führen über diese Modelle. Aber einem solchen Allgemeinplatz – und mehr ist das nicht, was Sie dort verbreiten –, dem kann jeder zustimmen und der ist so inhaltsleer wie nichts.

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Dem wollen wir so nicht zustimmen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum brauchen Sie dafür vier Jahre?)

Also das, was Sie dort in Richtung auf den Bund präsentieren, das reißt weiß Gott niemanden vom Hocker.

Und nun gehen wir mal zum Teil B., zum Land. Also da stehen ein paar Dinge drin, meine Damen und Herren, da kann ich nur mit dem Kopf schütteln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann fangen Sie mal mit 1. an!)

Herr Jäger, Herr Dr. Jäger, da gebe ich Ihnen Recht. Punkt 1 ist das Interessanteste

(Dr. Armin Jäger, CDU: Klar.)

und deswegen hebe ich mir das für das Ende auf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na gut.)

Nehmen wir doch mal 6.: „Das kommunale Ehrenamt muss gestärkt werden.“ Jeder wird sagen, jawohl, Recht hat er.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Nur wenn Sie eine Diskussion angestoßen hätten durch eigene Vorschläge oder wie auch immer ...

(Wolfgang Riemann, CDU:
Hatten wir. Hatten wir.)

Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Wir hatten einen Antrag im Landtag. Das wissen Sie sehr wohl.)

Herr Riemann,

(Wolfgang Riemann, CDU: Steuerfreistellung.)

Herr Riemann, bleiben Sie doch mal ganz ruhig!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wurde alles abgelehnt, Herr Müller.)

Herr Riemann, ich habe mit der Politik der Regierung der Vereinigten Staaten im Augenblick erhebliche Probleme. Aber das Volk der Vereinigten Staaten hat eine Menge kluger Sprichwörter. Eines davon heißt: „An empty vessel makes the greatest sound.“, auf Deutsch übersetzt, frei übersetzt: „Ein leeres Fass erbringt den größten Ton.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn Sie eine Diskussion anstoßen, wie wir denn das Ehrenamt anstoßen, und wenn Sie konkrete Dinge dafür vorschlagen, dann können wir von einem Sofortprogramm reden.

(Wolfgang Riemann, CDU: Da haben wir ein deutsches Sprichwort.)

Die globale Aussage, das kommunale Ehrenamt muss gestärkt werden, die ist selbstverständlich richtig, nur sie hilft in einer politisch äußerst schwierigen Situation keinen Millimeter weiter. Es wäre viel schöner gewesen, Sie hätten endlich mal konkrete Vorschläge gemacht, wie denn das Ehrenamt zu stärken wäre.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber natürlich. Lassen Sie uns das doch beschließen!)

Das Gleiche bei Ziffer 7.: „Aus- und Fortbildung von Verwaltungsmitarbeitern muss verstärkt werden.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl!)

Jawohl, das mag ja sein, nur, auch bei Aus- und Fortbildung könnte ich mir sehr gut vorstellen, Sie würden mal konkrete Vorstellungen entwickeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Haben wir ja. Das ist alles hier drin.)

Aber Sie belassen es bei allgemeinen Programmaussagen, wie gesagt,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist eine Diskussion für den Innenausschuss.)

darauf gezielt bei einer Demonstration Zustimmung zu erheischen, ohne Konkretes festlegen zu müssen, auf das man dann womöglich festgenagelt wird.

Der nächste Punkt. Sie rufen nach Aufgabenkritik, nach Deregulierung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl.)

Ja, meine Damen und Herren, haben Sie denn nicht mitgekriegt, was wir hier in diesem Hause beschlossen haben?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. Aber Sie wissen doch selber, da kommt nichts bei raus.)

Wir haben in diesem Hause beschlossen, dass wir dazu einen Sonderausschuss einsetzen, und dieser Sonderausschuss hat gearbeitet

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und arbeitet und wird weiterarbeiten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Sie sitzen da selber drin, Herr Dr. Jäger.

(Wolfgang Riemann, CDU: Das merkt er gar nicht, dass er da drin ist.)

Sie beschließen mal wieder das, was schon längst läuft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie beschließen mal wieder, was schon längst läuft.

So, und nun kommen wir mal zum Eingemachten!

(Bernd Schubert, CDU: Zum Essen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nee, zum Eingemachten, Herr Schubert, zum Eingemachten. Das Eingemachte ist das Geld.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar, und das nehmen Sie uns immer nur weg.)

Und da haben wir zunächst mal das Thema Infrastrukturauspauschale. Ja, Herr Dr. Jäger, Sie rechnen uns was vor. Das stimmt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber ich habe mir die Zahlen vom Statistischen Landesamt mitgebracht und ich bitte Sie jetzt mal, sehr genau zuzuhören: Das Statistische Landesamt – das ist die gleiche Presseerklärung vom 24.03.2003 – führt aus, dass diverse Einnahmen zurückgehen, führt dann weiter aus, dass auch durch „Veräußerungen von Beteiligungen und von Grundstücken sowie aus Rückflüssen von Kapitalanlagen ... weniger Gelder ... als im Vorjahr in die kommunalen Kassen geflossen“ sind, und sagt dann weiter: „Diese hohen Verluste konnten nur durch steigende Erstattungen und laufende Zuweisungen vom Land (+ 22,7 Millionen EUR) und durch Zuweisungen für Investitionen vom Land (+ 56,9 Millionen EUR) teilweise kompensiert werden.“

(Dr. Armin Jäger, CDU: Leider nur teilweise. Genau. – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Die Verluste, die in anderen Bereichen entstanden sind, werden durch wachsende Zuweisungen des Landes kompensiert:

(Dr. Margret Seemann, SPD: Nicht durch Absenkungen.)

22,7 Millionen wachsend steigende Erstattungen und laufende Zuweisungen und 56,9 Millionen plus Zuweisungen für Investitionen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und Sie rechnen uns etwas völlig anderes vor, Herr Dr. Jäger,

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Nein, nein.)

als das, was uns das Statistische Landesamt an Zahlen liefert.

(Wolfgang Riemann, CDU: Laufende Zuweisungen sind Zuweisungen für Sozialhilfe. Das wissen Sie doch.)

Die Zuweisungen für Investitionen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind im Jahre 2002 56 Millionen Euro höher gewesen als im Vorjahr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Und wer das Land dafür an die Wand nageln will, der macht weiß Gott keine kommunalfreundliche Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Wolfgang Riemann, CDU: Weniger ist immer mehr, Herr Müller.)

Natürlich freut sich niemand, auch ich nicht, wenn Investitionsmittel und feste Haushaltspositionen gekürzt werden müssen. Aber wir müssen uns fragen, in was für einer politischen, wirtschaftlichen und vor allen Dingen haushaltsmäßigen Situation wir eigentlich sind. Damit bin ich bei Ihrer Ziffer B.1., die wir ja übereinstimmend für die spannendste halten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Natürlich.)

Also Sie fordern, dass der Anteil der Kommunen nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz erhöht und die Mindestfinanzausstattung ebenfalls erhöht werden muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Zunächst einmal stelle ich fest, Herr Dr. Jäger, Sie haben eben den Gleichmäßigkeitsgrundsatz als Humbug bezeichnet.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Wolfgang Riemann, CDU)

Danke, dass Sie mir dies bestätigen. Ich stelle fest, dass diese Mogelpackungen und dieser Humbug, so, wie Sie es bezeichnet haben, vom Land mit den kommunalen Verbänden so vereinbart worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und
einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und Sie wollen sich hier hinstellen als Sachwalter der kommunalen Interessen. Die Kommunen wollten diesen Gleichmäßigkeitsgrundsatz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber auf höherem
Niveau, natürlich. Das wissen Sie doch.)

Und dass sie natürlich noch an ihrer Verbundquote festhalten, das ist ihr gutes Recht.

(Ministerin Sigrid Keler: Sie
haben ihn aber unterschrieben.)

Aber die kommunalen Verbände wollen etwas ganz anderes. Die halten das nämlich überhaupt nicht für Humbug, sondern die halten das für den Ausdruck des Grundsatzes, dass man in einem Boot sitzt, und zwar beide gleichermaßen rudern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Ministerin Sigrid Keler: Genau. –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und nicht einer rudert und einer steuert. So was könnte Ihnen gefallen, uns weniger.

So, jetzt schauen wir uns mal den Antrag an, ein Antrag also, der durchaus auf der Basis des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes argumentiert. Das tun Sie ja. Sie haben Ihre Forderungen – und deswegen sage ich, das ist ein Schaukastenantrag –, Sie haben Ihre Forderungen noch nicht einmal beziffert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch.)

Herr Rehberg hat das vorhin in seiner Rede getan. Ja, einverstanden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, wenn Sie
zugehört haben, das wurde doch vorgelesen.)

Wo ist übrigens Herr Rehberg? – Nicht mehr da.

Aber Sie haben in Ihrem Antrag es noch nicht einmal für nötig gehalten zu beziffern, wie viel Geld Sie denn mehr haben wollen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und Sie haben es in Ihrem Antrag noch nicht einmal für nötig befunden, eine auch nur ansatzweise angedeutete Form von Deckung zu bringen,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, warum denn?)

sondern es heißt einfach, wir brauchen mehr –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Warum denn?)

das ist klar und das will ja wohl auch jeder – und wehe, ihr sagt dazu Nein. Nein, meine Damen und Herren von der CDU, so geht es nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das
merken wir, dass das nicht geht.)

Und, Herr Stadtpräsident, Herr Stadtpräsident Jäger, Sie sind doch Schweriner Stadtpräsident,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, auch.)

wenn Ihnen in der Stadtvertretung Schwerin eine Fraktion – ich will jetzt gar nicht sagen, welche – einen Antrag auf den Tisch legen würde, dass für den Zweck X, Y, Z die Stadt Schwerin viel mehr Geld ausgeben muss, dann würden Sie als guter Kenner der Kommunalverfassung sich weigern, einen solchen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD – Angelika Peters, SPD:
Oder zumindest Widerspruch einlegen.)

weil die Kommunalverfassung nämlich ganz berechtigterweise solche Schaufensteranträge unterbindet und sagt, Anträge, bei deren Annahme Mehrausgaben oder Mindereinnahmen entstehen würden, müssen genau haushaltsstellenscharf benennen, wie dieses Geld denn aufgebracht werden soll. Das ist eine sehr vernünftige Regelung, die wir in der Kommunalverfassung haben.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und ich fände es sehr gut, wir würden sie auch im Landtag daran messen, ob sie solche Kriterien erfüllen. Sie tun es nicht. Dieser Antrag hätte formal nicht einmal die Chance, in einer kleinen Dorfgemeindevertretung auf die Tagesordnung zu kommen. Das ist ein politischer Wert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Der Abgeordnete Dr. Armin Jäger
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Aber schauen wir hilfsweise einmal, was Herr Ringguth zu dieser Frage gesagt hat. Herr Jäger macht das nicht selbst, er schickt Herrn Ringguth vor

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee, nee!)

immer nach der Parole von Churchill: „Ein kluger Mann macht nicht alle Fehler selbst, er gibt auch anderen eine Chance.“

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ringguth möchte den Anteil nach dem Gleichmäßigkeitsgrundsatz, der den Kommunen zusteht, um zwei Prozentpunkte erhöhen. Das wären jährlich 100 Millionen Euro mehr als jetzt. Ich zitiere dabei aus dem „Nordkurier“ vom 8. April und fast wortgleich war der Artikel in der „Schweriner Volkszeitung“, ebenfalls am 8. April, offenkundig eine über dpa verbreitete Meldung.

(Bernd Schubert, CDU: Schau an!)

100 Millionen mehr. Herr Ringguth, ich habe in der letzten Legislaturperiode im Finanzausschuss gesessen und dass die CDU als Opposition Anträge zum Haushalt stellt, ist völlig klar. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass die Gesamtsumme der Anträge der Opposition in einem Haushaltsjahr einmal die Summe von 100 Millionen Euro erreicht hätte. Das ist nämlich eine riesige Summe. Und Sie wollen hier so mit einem Federstreich mal eben 100 Millionen Euro umschichten.

(Rudolf Borchert, SPD: Tja!)

Und Sie sagen, das geschieht durch Einsparungen, na mal so eben durch Einsparungen.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

wer glaubt, mal so eben 100 Millionen Euro in einem solchen Haushalt durch Einsparungen zusammenkratzen zu können, der ist entweder mit den Wirklichkeiten unseres Landes überhaupt nicht vertraut oder er sagt den Leuten die Unwahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Und ein Letztes, meine Damen und Herren, Eckhardt Rehberg macht es konkreter und möchte 50 Millionen Mark bei den sächlichen Verwaltungsausgaben und beim Hochbau einsparen.

(Zurufe von der CDU: Euro!)

Euro, Euro!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich weiß jetzt,
warum das nicht klappt mit eurem Rechnen.)

Also, mit den 50 Millionen Euro möchte er beim Hochbau einsparen. Na, meine Damen und Herren, wollten wir nicht gerade kommunale Investitionen in Gang setzen, um beispielsweise der Not leidenden Bauindustrie zu helfen?

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und Herr Rehberg stellt sich hin und sagt, wir nehmen es der Bauwirtschaft weg. Nein, meine Damen und Herren, 50 Millionen, von denen man 40 Millionen, so Herr Rehberg im gleichen Zeitungsartikel, 40 Millionen dann zum Schuldenabbau benutzt, bleiben 10 Millionen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und daraus macht Herr Ringguth 100 Millionen für die Kommunen und gibt gleich noch ein paar weitere Zwecke. Meine Damen und Herren, solche Anträge sind nicht seriös, sie sind an keinem Punkt nachvollziehbar. Sie sind an keinem Punkt ein wirklicher Schritt nach vorn und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
Andreas Bluhm, PDS, und Peter Ritter, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Vorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Also jetzt muss ich ja doch mal bitten, ich habe mich fünfmal gemeldet. Ich wollte den Herrn Müller was fragen.)

Herr Dr. Jäger, Sie wissen, dass Sie dazu an eines der Saalmikrophone zu treten haben.

(Heinz Müller, SPD: Ich bin aber gern bereit, die Frage zu beantworten.)

Ich habe das als Wortmeldung aufgefasst. Sie haben noch Redezeit.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na dann nehme ich die. Vielen Dank.)

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ja, die Landesregierung und die hier

im Landtag vertretenen Landesparlamentarier waren fair zu den Kommunen.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Dass die Opposition das nicht anerkennen will, gut. Aber die prekäre Lage, die wir in unseren Städten, Dörfern und Gemeinden haben, diese prekäre Lage hätte eine andere Debatte, wie sie heute erfolgt ist, verdient gehabt.

(Beifall Andreas Bluhm, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Wir haben einen dramatischen Anstieg der Sozialhilfe- und Jugendhilfekosten. Ja, die Kommunen haben drastisch an Personal gespart, vor allen Dingen, weil sie ausgegliedert haben in ihrem Bereich, und somit sind die Sach- und Fachausgaben gestiegen. Wir schließen Jugendeinrichtungen, wir reden über Fahrbibliotheken, über die Förderung von Kunst und Kultur, über all das, was Spaß macht in den Kommunen und uns als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern am meisten am Herzen liegt. Auch ich kenne das aus 13-jähriger Arbeit in einem Finanzausschuss meiner Heimatstadt, der es nie, Herr Dr. Jäger, gut gegangen ist. Und wir erzeugen hier ein Bild, als wenn es nur notwendig wäre, das Landesportemonnaie zu öffnen, um die prekäre Situation der Kommunen zu verbessern. Und das Bild ist falsch und das wissen Sie ganz genau.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber auch.)

Ohne Unterstützung und grundsätzliche Reformen der Gemeindefinanzen durch die Bundesregierung ist die Situation der Kommunen, auch der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern, nicht zu verbessern.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Andreas Bluhm, PDS)

Und da hätten Sie wenigstens erwähnen müssen, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, dass es der Bundesregierung, der SPD und den Grünen zu danken ist, dass man sich ernsthaft auf der Bundesebene mit dieser Frage beschäftigt,

(Siegfried Friese, SPD: Genau.)

denn sonst hätte es diese Reformkommission nie gegeben.

(Beifall Siegfried Friese, SPD,
und Gabriele Schulz, PDS)

Und ich finde Ihren Antrag nicht uninteressant. Im Gegenteil, ich denke, er hat eine faire Debatte verdient.

(Harry Glawe, CDU: Sie haben Ihren ja nicht durchgekiegt.)

Ich unterstelle Ihnen sogar Lernfähigkeit, weil ich bei einigen Forderungen doch sehr erstaunt bin, wie die CDU in der Bundesrepublik Deutschland zu diesen Forderungen gekommen ist. Und das würde ich gerne an einigen Beispielen untersetzen. Das kann man auch nachlesen. Die PDS hat im Deutschen Bundestag und auch hier in diesem Landtag seit Jahren konkrete Anträge und parlamentarische Initiativen gestellt,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

die allesamt, Herr Dr. Jäger,

(Dr. Armin Jäger, CDU: 30 Prozent.)

auch von der CDU im Deutschen Bundestag und in diesem Landtag abgelehnt worden sind. Und Sie werden an

dieser Stelle vielleicht verstehen, dass ich da einige Forderungen doch als maßlos scheinheilig ansehe.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, nee. – Zuruf aus dem Plenum: Scheinheilig ist unparlamentarisch.)

Herr Rehberg hat heute in einer Debatte gefordert, wir müssen uns im Bund aktiv einsetzen, um die Kommunalfinanzen zu verbessern. Ja, er hat Recht.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber ich frage Sie, meine Damen und Herren von der CDU, warum gilt das erst seit heute und warum haben Sie entsprechende Forderungen auf der Bundesebene immer abgelehnt?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Lassen Sie mich einige konkrete Beispiele nennen: Die Gewerbesteuerumlage. Die Gewerbesteuerumlage müssen die Gemeinden an das Land und an den Bund zahlen. Und ja, Sie haben Recht, wir sollten uns gemeinsam dafür einsetzen, dass sie heruntergesetzt wird,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist aber schwach.)

denn die Bundesregierung hat mit den Steueränderungsgesetzen beschlossen, sie von 20 Prozent im Jahr 2000 auf 28 Prozent im Jahr 2005 anzuheben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Damals hatte die Bundesregierung unterstellt, oder vielleicht war die wirtschaftliche Situation 2000 ja auch so,

(Ministerin Sigrid Keler: Das war auch so.)

dass die Gewerbesteuern sich entwickeln würden und das Mehr an Gewerbesteuern diese Erhöhung der Umlage möglich gemacht hätte. Heute müssen wir sehen, dass das Gegenteil der Fall ist. Wir haben weniger Gewerbesteuern auch der Kommunen bei uns im Land, die wirtschaftliche Situation ist uns bekannt und trotzdem eine erhöhte Umlage. Warum kann man über diese Situation nicht reden, weil sie wäre sofort wirksam, wenn wir gemeinsam auf bundespolitischer Ebene handeln. Fakt ist, Land und Bund müssten es am Ende bezahlen. Aber darüber zu reden, das wäre es meiner Ansicht nach doch wert.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Allerdings wurde ein entsprechender Antrag der PDS im Deutschen Bundestag im Juli 2002 auch von der CDU/CSU abgelehnt.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ja, wir sind dafür, bei der Gemeindefinanzreform ganz dringend zu debattieren. Die Fraktionen von SPD und PDS haben einen entsprechenden Antrag in diesen Landtag eingebracht und ihn auch bestätigt. Dazu gehörte die Gemeindefinanzreform.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Wir sagen, die Gewerbesteuer soll erhalten bleiben und modernisiert werden. Eine breitere Bemessungsgrundlage, Möglichkeiten für Großunternehmen, ihre Gewerbesteuer zu reduzieren, sollten möglichst abgeschafft oder vermieden werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Es ist doch Fakt, dass Großunternehmen, renommierte, die hier ihren Sitz haben, ihren Sitz verlagern in die Alt-Länder, um am Ende keine Gewerbesteuer zu zahlen.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt.)

Das könnte doch wenigstens aufhören. Ein entsprechender Antrag der PDS im Deutschen Bundestag im März 2001 wurde auch von der CDU/CSU abgelehnt.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Was hat eigentlich die SPD gemacht?)

Herr Eichel als Finanzminister fordert bei der Gemeindefinanzreform, keine Lastenverschiebung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Sie wären ungeeignet für die grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung. Ich denke, dass eine aufkommensneutrale Gemeindefinanzreform nicht die Antwort auch für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern sein darf. Darum müssen wir kämpfen! Und ich würde darum bitten, wenn das gemeint ist, dass auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU am Ende dazu stehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Gemeindefinanzreform könnte auch heißen, die Grundsteuer wirtschaftlich anzupassen und ökologisch zu modernisieren, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen zu entflechten und auch das Konnexitätsprinzip auf allen Verfassungsebenen zu verankern, damit auch im Grundgesetz.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ja, Herr Jäger, ein entsprechender Antrag der PDS im Deutschen Bundestag ist im Februar 2002 von CDU/CSU abgelehnt worden. Und Sie wissen, dass Sie die verfassungsgebende Mehrheit im Deutschen Bundestag haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben im Bundestag nicht die Mehrheit. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Man könnte auch die Grundsicherung ausbauen und eine Entlastung bei Sozialhilfeausgaben fordern. Eine Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau und zu Lasten der Kommunen lehnen wir jedenfalls ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Ja, es bestände auch die Möglichkeit, dass man steuerrechtliche Änderungen zur Verbesserung der Einnahmesituation der Kommunen auf den Weg bringt. Die Blockadehaltung der CDU im Bundestag und im Bundesrat gibt das leider nicht her.

(Wolfgang Riemann, CDU:
Wer regiert im Bundestag?)

Man könnte auch direkt Investitionszuweisungen in der Bundesregierung überprüfen, anstatt Kredite nur auszureichen. Ein entsprechender Antrag zur kommunalen Investitionspauschale wurde im Januar 2001 von CDU/CSU im Deutschen Bundestag abgelehnt.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Wir könnten über die Sozialversicherungssysteme reden und so weiter und so fort.

Jetzt vielleicht zur Landesebene. Ich hatte es vorhin gesagt, es waren diese Landesregierung und die sie tragen-

den Fraktionen, die dafür gesorgt haben, dass es erstmals eine Vereinbarung zwischen der kommunalen Ebene und dem Land gibt über die Mittelzuweisungen.

(Gabriele Schulz, PDS: Das sind Fakten.)

Jahrelang, jahrelang, von 1992 bis 1998 – und ich erwähne hier mal den Solidarpakt I –, haben Sie den Haushalt gestaltet, indem Sie sich auf Kosten der Kommunen saniert haben. Darüber haben Sie heute kein Wort gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist absolut nicht wahr! Das ist nicht wahr!)

Und ich gebe es zu, ich hätte Ihren Antrag gern geändert im Punkt 1.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Ich hätte gern hineingeschrieben, die Mindestausstattung wollen wir unbedingt behalten,

(Beifall Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

denn angesichts der gesamtfINANZIEN Situation des Landes würde der Gleichmäßigkeitsgrundsatz bedeuten, dass wir auch im nächsten Jahr eventuell weniger Mittel zur Verfügung stellen.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Wir wollen das nicht! Entschuldigung!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eine
Verbundquote hätten wir gern.)

Die Sachsen haben uns den Gleichmäßigkeitsgrundsatz vorgemacht.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Auf der einen Seite sagen Sie, von Sachsen lernen, heißt siegen lernen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Gabriele Schulz, PDS –
Heiterkeit bei Dr. Margret Seemann, SPD)

Und was ist nun mit diesem Ansatz?

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben die Kommunen nicht beteiligt an den Steuer-mindereinnahmen, ich will es noch einmal sagen.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Die neue Regierung in Sachsen-Anhalt, CDU-/FDP-geführt, nimmt den Kommunen über den Haushalt 2003 96,3 Millionen Euro über das Finanzausgleichsgesetz und 250 Millionen Euro über die allgemeinen Zuweisungen weg. Das ist Realität von CDU-Politik in einem Landeshaushalt, zum Glück nicht in Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen Abgeordneten der PDS – Rainer Pracht, CDU:
Die Redezeit muss doch längst um sein! Haben wir einen Präsidenten oben oder was ist hier?
Kann hier jeder machen, wie er will? –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU)

Aber ich sage auch, wir könnten prüfen, Herr Müller, wenn denn das Land auch aus der Flutopferhilfe etwas zurückbekommt, ob es nicht doch möglich ist, dieses vielleicht zukünftig für die Investitionspauschale im Land einzusetzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, Dr. Armin Jäger, CDU,
und Gabriele Schulz, PDS –
Gabriele Schulz, PDS: Genau!)

Und deshalb lassen Sie mich folgende Bemerkung machen: Die Sächsische Landesregierung hat auf einen Antrag natürlich der PDS in Sachsen, ein Soforthilfeprogramm des Bundes für die Kommunen aufzulegen, folgendermaßen geantwortet,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Sind
wir hier in Dresden oder wo?)

ich zitiere: „Die Staatsregierung richtet ihr Hauptaugenmerk weniger auf kommunale Not- und Soforthilfeprogramme, sondern vielmehr darauf, dass die Kommunen im Rahmen der anstehenden Gemeindefinanzenreform auf Bundesebene dauerhaft eine verlässliche Finanzausstattung zur Erfüllung ihrer Aufgaben bekommen.“ Ich finde, da die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern ebenso handelt, kann das nicht schlecht sein.

Und eine letzte Bemerkung: Die PDS hätte gerne angesichts der finanziellen Situation des Landes wirklich Ihren Antrag geändert.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Sie wird ihn aus Koalitionsdisziplin ablehnen.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Schön.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Gramkow.

Es hat noch einmal um das Wort gebeten der Abgeordnete Herr Jäger von der Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Vielen Dank, Herr Präsident.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Müller, Sie hatten nach einem Deckungsvorschlag gefragt.

(Heinz Müller, SPD: Antrag!)

Das finde ich irgendwo niedlich. Als Sie den Kommunen das Geld weggenommen haben, haben Sie denen aber keinen Deckungsvorschlag für die daraus entstehenden Defizite geliefert.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Wissen Sie, was das ist, wie Sie argumentieren? Wie ein Räuber, der einer armen Oma die Handtasche wegnimmt,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS)

ihr das Geld aus der Tasche nimmt und wenn die Oma sagt: „Gibst du mein Geld wieder her?“, dann sagt er: „Mach mir mal einen Deckungsvorschlag.“

(Volker Schlotmann, SPD: Meine Güte!)

„wo ich mein Bier kaufen soll.“ Das kann es nicht sein!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wenn Sie Herrn Riemann nachäffen, wird es auch nicht besser. –
Dr. Margret Seemann, SPD: Was ist denn das für ein primitives Niveau?!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Jäger, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Riemann?

Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, bitte. Gerne.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Herr Riemann.

Wolfgang Riemann, CDU: Herr Dr. Jäger, Herr Müller hat ja gesagt, es ist kein Geld im Haushalt und wir können da nichts tun. Würden Sie mir zustimmen, dass, wenn wir den Sonderausschuss, der nach meinem Eindruck dafür geschaffen ist, dass Herr Müller einen Posten bekommt,

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist doch wohl eine Unverschämtheit!)

einsparen würden, wir dann rund 1,2 Millionen Euro schon für die Kommunen hätten?

(Volker Schlotmann, SPD: Sind wir hier denn im Kasperletheater? Pfi Deibel! –

Gabriele Schulz, PDS: Eine solche Debatte haben die Kommunen wahrlich nicht verdient.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Kollege Riemann, ...

(Siegfried Friese, SPD: Die Frage beantworten Sie nicht!)

Darf ich antworten?

(Volker Schlotmann, SPD: Antworten auf diese infame Frage?! Das ist keine Frage mehr!)

Wolfgang Riemann, CDU: Dafür gibt es dann auch wieder ein Sprichwort.

(Volker Schlotmann, SPD: Unverschämtheit!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie bitte den Redner hier seine Rede halten!

Dr. Armin Jäger, CDU: Also, ich habe es noch nie erlebt, dass einem Redner gesagt wird, er darf jetzt antworten oder nicht, so weit sind wir noch nicht!

(Volker Schlotmann, SPD: Das versuchen Sie doch ständig!)

Wie bitte? Lassen Sie mich doch mal ausreden!

Sie bringen mich allerdings jetzt ein bisschen in Schwierigkeiten, denn leider ist es so, dass unser guter Wille in dem Ausschuss im Augenblick so ein bisschen abgeflacht ist, da wir gehört haben vom Innenminister, er kommt erst im September mit Vorschlägen. Eigentlich könnten wir jetzt Pause machen, Personal einsparen und dann warten, bis sich endlich die Landesregierung rührt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insofern haben Sie leider Recht!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Wir können ja auch noch Abgeordnete sparen.)

Ich bin ...

Ja, wenn Sie meinen! Fangen Sie doch mal mit gutem Beispiel an!

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Ja.)

Ja, Frau Gramkow, Sie haben uns Vorschläge der PDS im Deutschen Bundestag zitiert.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja.)

Ich habe das jetzt nicht nachgeprüft, aber ich glaube Ihnen immer. Das ist sicher so gewesen.

(Heiterkeit bei Siegfried Friese, SPD)

Nur etwas habe ich nicht kapiert. Wenn ich das jetzt richtig mitbekommen habe – und mein Kurzzeitgedächtnis ist trotz meines Lebensalters noch relativ gut –, dann ist es so, dass in den Jahren 2001 und 2002 im Deutschen Bundestag die Union eben gerade nicht die Mehrheit hatte.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Sie haben sich also darauf berufen, dass Ihre Vorschläge von der CDU/CSU, also von der Union, abgelehnt worden sind. Da müssen doch aber noch ein paar andere dagegen gestimmt haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Das stimmt!)

Gucken Sie doch mal hier in die Mitte hinein und fragen Sie mal Ihre Kollegen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Und dann reden Sie doch, tun Sie uns doch mal einen Gefallen, Frau Kollegin Gramkow, tun Sie uns wirklich einen Gefallen, reden Sie vorher miteinander, ehe Sie hier dann zwar Sympathie ...

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Jäger, Sie haben doch nicht den Antrag gestellt.)

Ja, wir haben ja einen Antrag gestellt, ...

(Angelika Gramkow, PDS: Sie hätten in der Opposition ja zustimmen können!)

Wir wollen eine entsprechende Anhebung der Mindestfinanzausstattung. Ja, meine Damen und Herren, ist das etwas Unanständiges? Es ist doch eigentlich so: Wir treten hier auf wie die Bittsteller, aber bekommen dann auch noch den Hohn von Ihnen übergegossen. Sie verhalten sich nicht mehr verfassungsgemäß. Gucken Sie doch mal in unsere eigene Landesverfassung! Dieses Land hat die Aufgabe, die kommunale Leistungsfähigkeit finanziell zu erhalten, und das tun Sie seit Jahren nicht mehr!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und ich hätte mir schon gewünscht, wenn sich der eine oder andere von uns gestern auf dem Rathausplatz in Schwerin das angehört hätte.

(Angelika Gramkow, PDS: Jetzt reicht es aber! Wir hatten Landtagssitzung und wir haben Leute hindelegiert! Hier muss man auch seine Arbeit machen! Das ist ja wohl eine Unterstellung!)

Liebe Frau Gramkow, aber jetzt muss ich mal sagen: Ihr Demokratieverständnis ist ja ...

(Volker Schlotmann, SPD: Davon dürfen Sie doch wohl gar nicht reden! – Zuruf von der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Also, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte erstens, die Würde dieses Hauses zu achten – bitte schön, Frau Gramkow, sonst unterbreche ich die Sitzung –,

(Angelika Gramkow, PDS: Sie unterstellen, wir haben kein Herz für Kommunen! Was soll denn das?)

zweitens, den Redner hier vorne in einer vernünftigen Art und Weise aussprechen zu lassen, und drittens, die anderen Fragen der Geschäftsordnung in diesem Falle hier einzuhalten.

Herr Dr. Jäger, Sie haben noch eine Redezeit von 15 Sekunden, weil durch die Tumulte, die hier entstanden sind, eine weitere Ausdehnung der Redezeit über die 3 Minuten hinaus bereits erfolgt ist. Ich bitte Sie, hier dann auch zum Schluss zu kommen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich bedanke mich, Herr Präsident.

Ich werde die 15 Sekunden in Anspruch nehmen, um eines zu sagen, Frau Gramkow, damit wir uns nicht missverstehen: Es steht jedem frei gewählten Abgeordneten frei, an einer Diskussion auf dem Marktplatz in Schwerin teilzunehmen oder nicht. Ich lasse mich von niemandem delegieren, aber ich lasse mir das auch von niemandem verbieten! Da haben Sie noch Vorstellungen, die sind mir sehr fremd. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/327. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/327 bei Zustimmung der Fraktion der CDU, bei zwei Stimmenthaltungen der Fraktion der PDS, ansonsten Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS abgelehnt.

(Regine Lück, PDS: Nein, das stimmt nicht. –
Gabriele Schulz, PDS: Eine Enthaltung.)

Ich unterbreche die Sitzung für fünf Minuten, die Fraktion der SPD hat Beratungsbedarf.

Unterbrechung: 16.10 Uhr

Wiederbeginn: 16.28 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Gemäß Paragraph 89 unserer Geschäftsordnung hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Herr Volker Schlotmann um die Abgabe einer persönlichen Erklärung gebeten. Nach Rücksprache mit dem Antragsteller habe ich auf die schriftliche Vorlage dieser Erklärung verzichtet.

Bitte schön, Herr Schlotmann.

Volker Schlotmann, SPD: Danke.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Vorfall vorhin – ich bemühe mich, sehr sachlich zu bleiben – handelt es sich um eine Unterstellung an dieses gesamte Haus. Tatsache ist, dass diesem Haus in seiner Mehrheit vorgeworfen worden ist, besser gesagt, unterstellt worden ist, hier im Parlament eine Entscheidung nach einer inhaltlichen Debatte über die Einrichtung des Sonderausschusses zur Verwaltungsreform herbeizuführen.

Ich kann es aus unserer und aus meiner persönlichen Sicht nicht hinnehmen, wenn hier ein Mitglied der CDU-Fraktion unterstellt, dass dieses Parlament mehrheitlich eine Entscheidung herbeiführt, die lediglich dazu dienen soll – und das war der Vorwurf des Kollegen aus der CDU-Fraktion –, dass hier einem Mitglied des Hauses, einem

Kollegen also, ein Posten besorgt werden soll. Ich glaube, das führt dieses Haus insgesamt ad absurdum. Das trifft Sie genauso wie uns alle. Ich denke, wir sollten uns zukünftig gerade mit solchen Einwüfen, lieber Kollege Riemann, zurückhalten, weil das schon mehr als gefährlich ist für das Demokratieverständnis von uns allen und die Vorbildfunktion, die wir nach draußen wahrnehmen sollten, damit in Frage gestellt wird.

Ich erwarte also von Ihnen – das sage ich Ihnen so deutlich –, dass Sie sich beim Parlament insgesamt entschuldigen und bei Heinz Müller in besonderer Weise. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schlotmann.

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Aussprache gemäß Paragraph 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Tätigkeit des Landesbeauftragten Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR“.

Aussprache gemäß

§ 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema:

Tätigkeit des Landesbeauftragten Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster erhält das Wort der Abgeordnete Herr Prachtl für die Fraktion der CDU.

Rainer Prachtl, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden.“

(Heinz Müller, SPD:
Sinngemäß geht das gar nicht.)

„Beides gehört zusammen.“

(Siegfried Friese, SPD: Viel Bedarf.)

„Geschichtsverleugnung ist Selbstverleugnung, ist beinungsloses Leben.“

Bezogen auf den Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten muss die Erinnerung zuerst den Opfern von Repressionen, Zersetzung und politischer Justiz gelten, die ein Recht auf Aufklärung, Rehabilitierung und eine würdige Entschädigung haben.

„Auch wenn Recht und Unversehrtheit nicht wiederhergestellt werden können, gibt es doch wenigstens Genugtuung durch Wahrheit. Wir wollen auch darauf achten, dass die Erinnerung an jene Opfer der Diktatur nicht verblasst, die nicht mehr leben. Und wir haben Verantwortung gegenüber Menschen, denen durch lange Haftstrafen Jahrzehnte ihres Lebens gestohlen worden sind, die heute zu kraftlos und enttäuscht sind, um ihre Interessen selber zu vertreten.“

Es gibt aber auch Schäden, die über einzelne Schicksale hinaus entstanden sind. Es ist ein Verbrechen, ein Volk einzusperren, auch wenn dafür niemand vor Gericht gestellt werden kann. Es ist ein Verbrechen, nicht nur an

Menschen, sondern auch an Kultur und Zivilisation, wenn aus Schulen und Universitäten der freie Gedanke, das freie Wort verbannt wird, wenn Kinder zum Lügen erzogen werden.“

Ich erinnere an die Bücherverbrennung im Mai 1933. Passen wir mal auf, wer an der ersten Stelle steht, wenn wir der Bücherverbrennung der Nazis gedenken, wer dann wieder an der ersten Stelle steht und sagt: „Die bösen Nazis“. Aber die Verbannung der eigenen Bücher zu DDR-Zeiten wird sozusagen weggeschoben.

„Und es ist ein Verbrechen an der Würde von Millionen Menschen, wenn sie anstelle freier Wahlen ausgefüllte Zettel falten und in Kisten stecken müssen.

Einzugestehen, dass Verbrechen an sich und andere geschehen sind, verursacht Schmerz und Scham. Auch, sich geirrt zu haben, jahrzehntelang Überzeugungen angehangen zu haben, die sich als fataler Irrtum erwiesen. Mit solchem Wissen zu leben, ist schwer und traurig. Kein Wunder, dass viele Menschen versuchen, diesen Schmerz zu vermeiden. Es ist aber besser den Mund aufzumachen, als zu schweigen.“

Dies sind zutiefst wahre Worte von Marianne Birthler. Ich habe dieses Zitat bewusst an den Anfang meiner Rede gestellt, weil es einen guten Bogen zwischen Vergangenheit und Gegenwart schlägt, denn eine Beschäftigung mit der Geschichte, mit der eigenen Vergangenheit und deren Aufarbeitung ist für die Zukunft wichtig. Diese Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit ist dabei nicht nur für die Opfer, sondern genauso für die Täter von entscheidender Bedeutung.

Um sich mit der eigenen Vergangenheit beschäftigen zu können und sich auch zur eigenen Vergangenheit zu bekennen, bedarf es natürlich Vertrauen, Vertrauen in einen Ansprechpartner, mit dem man in einen Dialog treten kann, Vertrauen in eine Stelle, die unabhängig und gleichzeitig, aber glaubwürdig ist. Es muss ein Ansprechpartner sein, der kompetent und sensibel sowohl auf die Täter- als auch auf die Opferseite eingehen und mit ihnen in einen konstruktiven Dialog treten kann. Dieser Ansprechpartner war und ist der Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, nach dem Beauftragten Herrn Mothes kurz Mothes-Behörde genannt. Und diese Arbeit war, wie die Antrags- und Fallzahlen zeigen, eine überaus erfolgreiche.

Wir als Parlament müssen alles dafür tun, dass diese erfolgreiche Arbeit weiter geleistet werden kann, eine Fortsetzung findet. Denn es besteht auch in Zukunft ein uneingeschränkter Bedarf, vor allem ein Bedarf zur psychosozialen Beratung und zur Beratung in Rehabilitationsfragen sowie zu Fragen der Anerkennung von gesundheitlichen Haftfolgeschäden. Auch die Beratung öffentlicher Stellen wird nicht an Bedeutung verlieren. Ferner ist – und das sei auch hinzugefügt – die historisch-politische Aufarbeitung und die Zusammenarbeit mit den Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen von herausragender Bedeutung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die vom Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR geleistete Bildungsarbeit sollte hier eine besondere Bedeutung finden. Und wenn Sie sich einmal vorstellen, wie viel Mitarbeiter in dieser Behörde arbeiten – es sind nur vier Mitarbeiter, wo gibt es über-

haupt Behörden, die so klein sind bei der gewaltigen Arbeit, die geleistet wird –, so möchte ich zumindest im Namen meiner Fraktion, vielleicht stimmen andere Abgeordnete auch zu, wirklich einmal danke sagen für das, was sie die ganze Zeit tapfer und treu geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, einzelnen Abgeordneten der SPD und Regine Lück, PDS)

Der von ihnen vorgelegte Tätigkeitsbericht macht eindrucksvoll deutlich, was sie im Jahre 2001 geleistet haben.

Die Betreuung und Unterstützung Rat suchender Bürger ist seit Bestehen der Behörde die wichtigste Aufgabe und der umfangreichste Arbeitsbereich des Landesbeauftragten. Allein 2001 hatten sie telefonisch, mündlich, schriftlich 1.300 Beratungs- und Gesprächsmöglichkeiten, die sie Menschen unseres Landes und auch darüber hinaus geboten haben. Das unverändert große Interesse an dieser Thematik zeigt sich an den Antragszahlen auch in den Stasiunterlagen, die in Rostock, Schwerin und Neubrandenburg eingesehen werden. Es waren allein 8.000 Anträge, die dort eingegangen sind.

Auch 13 Jahre nach der Wende werden die Fragen und Probleme somit nicht geringer, ist der Bedarf an psychosozialer Beratung in Mecklenburg-Vorpommern sogar noch weiter angestiegen. Ich habe erst vor einer Woche noch einige Seiten meiner Stasibeobachtung bekommen. Man wundert sich schon, was da alles so für Dinge drin stehen. Und es ist unerhört, wenn einen solche Leute dann auch noch bei Gelegenheiten gegenüberstehen und sagen, wissen Sie, Herr Prachtl, von Ihnen wissen wir alles, denn wir haben damals ja über Sie geforscht, und mit einer Frechheit noch lachend dastehen und so tun, als wenn nichts gewesen wäre. Das sind Unverschämtheiten von diesen Leuten, denen müsste noch viel mehr auf die Finger gesehen werden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

und nicht nur auf die Finger gesehen werden, da müsste noch ganz etwas anderes manchmal gemacht werden.

(Regine Lück, PDS: Na, na, na!)

Diese Entwicklung, also die Zunahme, wurde auch von den Landesbeauftragten in den anderen Bundesländern bestätigt. Der statistisch erkennbare Anstieg hat verschiedene Ursachen. Zum einen nahm die Zahl derjenigen zu, die bereits Akteneinsicht bei der Behörde des Bundesbeauftragten hatten. Es ist auch so, dass die Betroffenen im Nachhinein zum Teil erst spüren, was mit ihnen da geschehen ist. Sie haben Nachfragen, sind verunsichert, sie sind zum Teil zerstört. Was da seelisch gemacht wurde mit ihnen, das begreifen sie erst viel später. Und es sind vor allem die 60- und 70-Jährigen, die einsam irgendwo sitzen. Ich habe vor kurzem noch jemanden angerufen, einen Sozialdemokraten aus Güstrow. Er war zerstört und sagte, Herr Prachtl, kümmern Sie sich um uns, machen Sie etwas.

(Minister Dr. Till Backhaus: Da kümmern wir uns schon drum. – Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Der Mann ist mit 18 Jahren von der Staatssicherheit abgeholt worden, ein 18-Jähriger, fünf Tage ohne Essen. Und die anderen Geschichten, die er sonst erzählt hat, das sind ungehörige Dinge, die wirklich auch gesagt werden müssen.

Eine strafrechtliche Rehabilitierung ist seit Ende 1992 nach dem Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz mög-

lich. Über 12.000 entsprechende Anträge wurden bisher in Mecklenburg-Vorpommern bei den zuständigen Gerichten gestellt. An das Amt für Rehabilitierung wurden allein fast 17.000 Anträge auf Kapitalentschädigung für zu Unrecht erlittene politische Haft gerichtet.

Zum Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wurden bis Dezember 2001 in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt über 13.607 Anträge gestellt. Diese Zahl verdeutlicht in anschaulicher Art und Weise den Umfang dieser Thematik, auch wenn es noch immer eine große Zahl von Betroffenen von politischem Unrecht gibt, die die Möglichkeit einer strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen oder beruflichen Rehabilitierung nicht in Anspruch genommen haben. Es gibt Schätzungen, dass es allein in der ehemaligen DDR oder in der sowjetischen Besatzungszone 40.000 Häftlinge und zwischen 1950 und 1989 allein in Mecklenburg-Vorpommern circa 17.000 bis 20.000 politische Häftlinge gab. Diese Differenz zwischen den Antragszahlen und der großen Zahl Antragsberechtigter zeigt, dass die Information über die Rehabilitierungsmöglichkeiten noch nicht alle Betroffenen erreicht hat.

Neben der Beratung zur formalen Seite, die natürlich sehr wichtig bei der Antragstellung ist, ist es für die Betroffenen natürlich auch wichtig, den gesamten Sachverhalt zur Sprache zu bringen. Ich glaube, dass bei vielen Kollegen Menschen, die damals gelitten haben, schon in den Bürger- oder Wahlkreisbüros waren. Sie wissen, wenn diese bei Ihnen eine halbe Stunde anmelden,

(Reinhard Dankert, SPD: Das werden vier.)

bleibt es nicht bei der halben Stunde, weil das Leid und die Dinge, die geschehen sind, so groß waren, dass man die Menschen einfach erzählen lassen muss, weil das Dinge sind, die wirklich ganz, ganz tief auf der Seele dieser Menschen lasten. Sie beklagen vor allem die mangelnde Würdigung ihres Leidens und des widerständigen Verhaltens. Zudem berichteten Betroffene in Gesprächen immer wieder von demütigenden und entmutigenden Erfahrungen in den Versorgungsämtern und bei den Gutachterärzten.

Traumatische Erlebnisse wie politische Haft, Folter, Zwangsarbeit unter schwersten Bedingungen – und hier stand noch Vergewaltigung, das habe ich streichen lassen, da sagte er mir, auch das gab es –, jahrelange Mangelernährung, Isolation, absolute Rechtlosigkeit und Ohnmacht hinterlassen, und da dürften wir uns einig sein, ihre Spuren. Politisch Verfolgte und Inhaftierte leiden zudem nicht nur unter den schrecklichen Erinnerungen dieser Zeit und den sich daraus ergebenden Angsterkrankungen, sondern unter den sich daraus ergebenden Veränderungen der Persönlichkeit insgesamt. Sie entwickeln Depressionen, Suchtverhalten, leiden unter Panikanfällen, Angststörungen, Schmerzzuständen und anderen psychosomatischen Erkrankungen.

Seit Jahren werden von Opferverbänden und der Konferenz der Landesbeauftragten Verfahrenserleichterungen bei der Anerkennung von Haftfolgeschäden gefordert, die bislang jedoch vom Gesetzgeber abgelehnt wurden. Vorgeschlagen wird eine Anerkennung nach dem Bundesentschädigungsgesetz, das heißt, der Regelung, die bei Verfolgten des Nationalsozialismus zur Anwendung kommt, die ich nur unterstützen kann.

Neben der Beratung öffentlicher Stellen ist eine weitere zentrale Aufgabe die historisch-politische Aufarbeitung

der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes, die der Landesbeauftragte mit öffentlichen Veranstaltungen, Vorträgen, Ausstellungen der regionalhistorischen Forschung und Forschungsbegleitung sowie mit Seminaren für Jugendliche und Erwachsene erfüllt. Das Spektrum der Veranstaltungen des Landesbeauftragten schließt ganz bewusst, und das finde ich hervorragend, den Schulbereich mit ein, nach meiner Meinung viel zu spät, das hätte vielleicht schon eher geschehen sollen, aber je eher man etwas an die Wunden heranlässt, so schmerzlicher wird es wahrscheinlich auch.

Von besonderer Bedeutung sind die so genannten „SCHILF-Tage“, die schulinternen Lehrerfortbildungen, an denen sich das Lehrerkollegium einer ganzen Schule einen Tag dafür Zeit nimmt, Probleme, die diesen Bereich betreffen, zu besprechen. Lehrer, die daran teilgenommen haben, haben ihre eigene Betroffenheit, an die sie gar nicht erst geglaubt haben, im Nachhinein geschildert und waren auch sehr dankbar, dass sie sich das erste Mal offen über diese Dinge aussprechen durften.

Ein weiteres Betätigungsfeld, ich sage mal, der Mothes-Behörde ist die Herausgabe von Büchern, sind Ausstellungen, gerade auch über den Demmlerplatz. Die Ausstellung und das Buch über den Demmlerplatz, denke ich, sind hervorragende Grundlagen, um auch historisch hier einiges aufzuarbeiten. Vergleichen wir den heutigen Stand der moralischen, juristischen und menschlichen Aufarbeitung der Stasi- und SED-Vergangenheit mit dem Stand von, sagen wir, 1991, dann wird wohl niemand ernsthaft bestreiten, dass wir mit der Aufarbeitung unserer Geschichte ein gutes Stück vorangekommen sind. Doch diese Arbeit ist noch nicht beendet, sie darf auch nicht beendet werden.

Meine Damen und Herren, das Land ist auch weiterhin in der Pflicht, den Stasiopfern hilfreich zur Seite zu stehen, und zwar so lange, wie die Altlasten und Traumatisierungen durch den Überwachungs- und Repressionsapparat der DDR noch Wirkungen zeigen, die in den sozialen Turbulenzen und Umbrüchen der Gegenwart oftmals untergehen. Die Behörde des Landesbeauftragten ist eine gesellschaftstherapeutische Einrichtung, die notwendig ist, solange es etwas zu therapieren gibt. Wenn dieser geschützte Raum wegfällt, werden die Opfer die ungeschützte Öffentlichkeit scheuen, sich ganz in sich selbst zurückziehen, mit allen angedeuteten fatalen Folgen.

Wer die DDR als das Nonplusultra gesellschaftlicher Phänomene ansieht, der soll das tun, aber er sollte darin von den Trägern der neuen Demokratie nicht noch unterstützt werden, indem sie das Es-war-doch-alles-nicht-so-schlimm unwidersprochen hinnehmen.

Die Behörde des Landesbeauftragten trägt zur gesellschaftlichen Versöhnung bei, indem sie dem Einzelnen in seiner Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hilft. Diese Versöhnung ist dort sehr realitätsbezogen, es ist kein Wolkenkuckucksheim. Da geht tatsächlich etwas mit den Menschen vor, bezogen auf die Opfer, auf die Täter. Niemand kann eine totale, perfekte, allumfassende Gerechtigkeit erwarten, aber niemandem, außer den Tätern, ist damit geholfen, alle Ungerechtigkeit in die Grauzone, in die Unverbindlichkeit zu hüllen.

An die Sozialdemokraten dieses Hauses gewandt, möchte ich ausdrücklich betonen, dass sie sich aktiv am Prozess der Aufarbeitung und Versöhnung im Landtag beteiligt haben. Dies hat die Arbeit in der Enquetekom-

mission „Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“ in der 2. Legislaturperiode gezeigt. Es war kein einfacher Prozess, aber ein Prozess, den ich mit dem Kollegen Rißmann und mit anderen Sozialdemokraten gern gegangen bin.

Der Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat anlässlich der Verabschiedung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Herrn Gauck aus meiner Sicht zutreffend gesagt: „Das Ziel besteht darin, dass Menschen, die lange unterdrückt waren, in Erinnerungs- und Begegnungs- und Aufarbeitungsprozessen die Befreiung, von der sie früher geträumt haben und die sie sich auf der Straße erstritten haben, weiter fortführen können.“

(Zuruf von Dr. Till Backhaus, SPD)

„Früheres Herrschaftswissen sollte endlich einmal den Opfern einer Diktatur zur Verfügung gestellt werden. Ihre Interessen sollten endlich einmal mehr Gewicht bekommen als das Wohl der Täter, und zwar nicht nur symbolisch an Feiertagen und Gedenktagen, sondern in praktischen, lebensweltlichen, konkreten Formen.“ Diesen Worten von Herrn Thierse, glaube ich, gibt es nichts hinzuzufügen.

Deshalb möchte ich zum Schluss, unabhängig von den Planspielen in der letzten Zeit in der Staatskanzlei, darum bitten, dass wir uns getreu dem Vermächtnis der Männer und Frauen, Sozialdemokraten, Zentrumsolitiker, Christen, die sich in Gefängnissen und Konzentrationslagern der Nazis geschworen haben, jeder Diktatur eine Absage zu erteilen, für den Erhalt der Mothes-Behörde einsetzen. Wir haben der Behörde zu danken. Wir haben unserer Geschichte und den Menschen im Land gegenüber eine Verpflichtung. Sagen wir also Ja zum Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR! Und etwas scherzhaft sage ich: Sagen wir Ja zum Bärtigen! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Prachtl.

Jetzt hat das Wort der Justizminister des Landes. Herr Selling, bitte schön.

Minister Erwin Selling: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Prachtl, alles, was Sie hier zur Wichtigkeit der Aufarbeitung, zur Wichtigkeit des Amtes des Landesbeauftragten vorgetragen haben, ist nach meiner festen Überzeugung Konsens hier im Haus und wird wohl von allen getragen. Deshalb möchte ich zu diesem Punkt nichts mehr sagen. Mir liegt daran, als der zuständige Minister für die Landesregierung den derzeitigen Stand der Überlegungen zum zukünftigen Umgang mit dem Amt des Landesbeauftragten unmissverständlich darzulegen, damit dieses wichtige Amt oder diese wichtige Aufgabe nicht durch Spekulationen ins Gerede kommt.

Meine Damen und Herren, die bisherigen gewählten Landesbeauftragten haben seit der Einrichtung dieses Amtes Anfang 1993 ihre wichtige Aufgabe gut und engagiert wahrgenommen. Die bisherigen Tätigkeitsberichte spiegeln sämtlich das besondere Engagement und den persönlichen Einsatz der jeweiligen Amtsinhaber wider.

Das Gesetz sieht für den Landesbeauftragten folgende Aufgaben vor:

Erstens: Er unterstützt die Arbeit des Bundesbeauftragten bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Paragraph 37 Stasi-Unterlagen-Gesetz, das heißt, Hilfe bei allem, was mit der Einsicht in die Stasiakten zu tun hat.

Zweitens: Der Landesbeauftragte berät die Beteiligten bei der Wahrnehmung ihrer Rechte nach dem Stasi-Unterlagen-Gesetz.

Drittens: Der Landesbeauftragte richtet eine Beratungsstelle ein, die den Beteiligten nach Abschluss des Verfahrens eine psychosoziale Betreuung anbietet.

Für eine Aufgabe ist der Landesbeauftragte nicht zuständig, die von vielen bei ihm immer wieder vermutet wird: Er führt nicht die Stasiakten. Das macht allein der Bundesbeauftragte.

Meine Damen und Herren, so wichtig die Erfüllung der dem Landesbeauftragten zugewiesenen Aufgaben in der Vergangenheit war und in der Gegenwart noch ist, die einzelnen Aufgaben sind in unterschiedlicher Weise in ihrer Bedeutung und in ihrem Umfang zeitlichen Beschränkungen unterworfen. Ab 2006 wird es keine Stasiüberprüfungen mehr geben können. Die Akten stehen dann rechtlich dafür nicht mehr zur Verfügung. Die Rehabilitierung wird nach letztmaliger Verlängerung des Antragsschlusses allmählich auslaufen. Und sogar die Bedeutung der psychosozialen Beratung, die Sie völlig zu Recht hervorgehoben haben, wird im Laufe der Zeit zurückgehen. Deshalb ist wohl klar, dass wir irgendwann zu einer Neubewertung der Aufgaben und auch der Stellung des Landesbeauftragten kommen werden, allerdings ganz sicher nicht heute und nicht morgen.

Etwas anderes gilt für eine andere Aufgabe des Landesbeauftragten, und zwar ist das die politische Bildung. Da muss schon jetzt und durchaus aktuell hingeschaut werden. In Paragraph 2 Absatz 5 des Landesgesetzes heißt es dazu – das ist sozusagen die vierte Aufgabe des Landesbeauftragten: „Der Landesbeauftragte fördert im Rahmen seiner Aufgaben die politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, bei einem sind wir uns ganz klar einig: Die politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes ist und bleibt zentrales Anliegen jeder politischen Bildung in unserem Land. Selbst wenn irgendwann das Leiden und die Verletzungen, die durch die Stasi hervorgerufen worden sind, längst Geschichte sein werden, also jenseits der Erinnerung der konkret Betroffenen, dann wird doch jede Vermittlung politischer Bildung dieses Kapitel der DDR-Vergangenheit berücksichtigen und auch das Ziehen der sich daraus ergebenden politischen und moralischen Lehren muss weitergehen. Das gilt selbstverständlich für Schulen und auch für jede außerschulische Vermittlung politischer Bildung.

Dieses zentrale Anliegen jeder politischen Bildung, das Wachsen der Erinnerung an diesen Teil der DDR-Geschichte, kann schon heute und kann erst recht nicht auf Dauer allein vom Landesbeauftragten oder auch nur in erster Linie von ihm geleistet werden. Der Landesbeauftragte steht mit seiner Person für die Aufarbeitung der Stasivergangenheit, wie zum Beispiel der Justizminister

für den Rechtsstaat steht und dafür ganz selbstverständlich durch Vorträge auf öffentlichen Veranstaltungen wirbt oder durch Besuche in Schulen, bei Jugendgruppen, in Seminaren verschiedener gesellschaftlicher Institutionen, so ist auch der Landesbeauftragte für sein Arbeitsgebiet selbstverständlich öffentlich tätig. Aber der Landesbeauftragte kann nicht persönlich und auch nicht durch seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den systematischen und flächendeckend zu erbringenden Bildungsauftrag leisten. Genauso wenig, wie zum Beispiel der Justizminister als Person den Rechtskundeunterricht an Schulen leisten kann.

Der vordringliche und wichtige Beitrag des Landesbeauftragten zur Vermittlung der politischen und historischen Aufarbeitung der Stasitätigkeit in der politischen Bildung muss deshalb darin bestehen, intensiv und konstruktiv mit all denen zusammenzuarbeiten, die politische Bildung direkt und als originäre Aufgabe vermitteln. Er muss sie zu dem Thema „Aufarbeitung der Stasitätigkeit“ beraten, inhaltliche Hilfestellung geben und seine Erfahrung zur Verfügung stellen. Das hat schon der Gesetzgeber, das hat der damalige Landtag 1992/1993, so gesehen und ausdrücklich festgeschrieben: „Der Landesbeauftragte fördert die politische und historische Aufarbeitung der Stasitätigkeit in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung.“

Wie diese Zusammenarbeit konkret zu gestalten ist, ist Sache der Beteiligten, und sie hängt für die Zukunft maßgeblich davon ab, in welcher Weise die vorgesehene Bündelung der politischen Bildung erfolgen wird und wie dann die Entscheidungsprozesse organisiert sein werden. Dieses Gebot, dieser Auftrag an den Landesbeauftragten zur konstruktiven Zusammenarbeit mit allen Bildungsträgern gilt selbstverständlich auch – ohne dass wir das ausdrücklich im Gesetz stehen haben – für die gesamte übrige politische Bildung des Landes, vor allem auch für die an den Schulen.

Ich bin übrigens sicher, auch der Landesbeauftragte wird bei der täglichen konkreten Umsetzung seiner Zusammenarbeit mit den im Land für die politische Bildung Zuständigen die Erfahrung gemacht haben, dass es durchaus von Nachteil sein kann, dass sich bei uns im Land viele Köche mit politischer Bildung beschäftigen. Deshalb wird sicherlich auch der Landesbeauftragte begrüßen, dass die politische Bildung in Zukunft organisatorisch gebündelt wird, wie dies ausdrücklich in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist. Ich denke, dadurch wird auch der Landesbeauftragte seinen Beitrag zu einer substantiellen und guten politischen Bildung im Bereich der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes leichter leisten können als bisher.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Die Erfüllung der dem Landesbeauftragten zugewiesenen Aufgaben ist weiter nötig und wichtig, dies wird von der Landesregierung nicht in Frage gestellt. Allerdings wird man selbstverständlich in den nächsten Jahren perspektivisch über die notwendige Dauer der einzelnen Aufgaben nachdenken müssen. Schon jetzt steht die Frage an, ob eine Zusammenfassung der politischen Bildung im Land dazu genutzt werden kann, auch für den Landesbeauftragten im Rahmen eines Gesamtkonzeptes bessere Voraussetzungen dafür zu schaffen, in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Bildungsträgern seinen Beitrag dafür zu leisten, dass politische Bildung in dem notwendigen Maß die politische und historische Aufarbeitung der Stasitätigkeit vermittelt. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Justizminister.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Dankert für die Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht darf ich trotz des ernsten Themas mal ganz kurz in die Rolle des PGFs schlüpfen, denn wir haben heute ja eine Neuigkeit, die wir selber beschlossen haben. Wir haben einen Antrag der CDU-Fraktion gehabt, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen, und einfach erst einmal nur dieses Thema. Da gibt es ja zwei Möglichkeiten: Entweder wir beziehen uns auf den Bericht, das haben Sie gemacht, Herr Prachtl, das werde ich auch tun, oder ich denke auch, dass im Hintergrund ein bisschen die aktuelle Diskussion zu diesem Thema die Rolle gespielt hat. Auch darum will ich keinen Bogen machen, das werden Sie von mir hören.

Grundlage für die Tätigkeit, zumindest für einen Teil der Ausführungen von Herrn Prachtl, auch für meine Ausführungen und für den Minister, ist die Unterrichtung auf Drucksache 3/3144. Vielleicht ist es manchmal so, dass Unterrichtungen einfach in den ehrwürdigen Hallen des Landtages liegen bleiben. Nun hat sie heute über kleine Umwege das Licht des Landtages erblickt, insofern ist das auch in Ordnung. Ich glaube, das haben der Bericht und die Behörde verdient. Für uns ist es genauso gut und richtig, sich mit dem Thema auseinander zu setzen, da ja in dem Sechsten Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten insbesondere die Probleme politisch Verfolgter angesprochen werden, natürlich mit verschiedenen Fassetten, aber insbesondere deren Probleme werden ganz deutlich angesprochen. Deswegen ist die Betreuung und Unterstützung eben dieser Rat suchenden Bürgerinnen und Bürger seit Bestehen der Behörde eine der wichtigsten und umfangreichsten Aufgaben des Landesbeauftragten.

Und vielleicht gestatten Sie mir einfach mal eine persönliche Bemerkung. Bei allem Respekt vor denen, die in dieser Behörde Rat suchen – ich persönlich bin ganz froh, dass ich weder von der einen noch von der anderen Seite die Beratung in dieser Behörde gebraucht habe, und ich denke, das geht vielen Kolleginnen und Kollegen so –, ich möchte nicht in deren Haut gesteckt haben, die dort jetzt wirklich den restlichen Teil der Hilfe suchen, die sie noch haben können. Man hört von vielen und auch viele Gespräche sind ja nicht an einem vorbeigegangen. Was da wirklich passiert ist, mag man manchmal gar nicht glauben, und insofern kann ich da ganz froh sein, bei allem Respekt vor denen, die viel mehr durchmachen mussten als ich.

Es geht bei der Tätigkeit der Behörde um vielfache Dinge. Es geht, denke ich mal, vorwiegend um die psychosoziale Beratung. Es geht daneben aber auch um die ehemaligen Zivildeportierten, es geht um die Anerkennung von gesundheitlichen Haftfolgeschäden und es geht vor allen Dingen auch um die Beratung zur Rehabilitierung nach dem SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel
übernimmt den Vorsitz.)

Hervorgehoben wird auch in diesem Bericht insbesondere die Verabschiedung einer Änderung und Ergänzung

des so genannten, und das muss ich jetzt mal ablesen, Anspruchs- und Anwartschaftsübergangsgesetzes, womit der Bundestag auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das einen Großteil der bestehenden Rentenkappungen zuvor für verfassungswidrig erklärt hatte, reagierte. Auch als Fristablauf für das SED-Unrechtsbereinigungsgesetz drohte, beschlossen Bundestag und Bundesrat eine Verlängerung der Antragsfristen über das Erste und Zweite Unrechtsbereinigungsgesetz um weitere zwei Jahre.

Ein ganz wichtiger Punkt im Rahmen der Beratungen – was uns ja bei den letzten Kommunalwahlen, glaube ich, auch alle bewegt hat – ist die Überprüfung der direkt gewählten Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister auf eine Tätigkeit für das MfS oder AfNS.

Herr Prachtl hat es erwähnt und auch der Minister ist darauf eingegangen, ich will es aber auch erwähnen, weil ich es für wichtig halte, ich möchte stellvertretend zwei Themenschwerpunkte nennen, das Thema innerdeutsche Grenze und vor allen Dingen das Projekt „Die DDR im Schulunterricht“. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, die die Behörde bisher geleistet hat.

Ich habe hierbei bewusst auch Themen aus der Unterrichtung angesprochen, bei denen wir als SPD mit Sicherheit nicht immer einer Meinung mit dem Landesbeauftragten waren und auch sind, aber er hat seinen ganz bestimmten Auftrag. Seine Sichtweise muss ganz einfach auch mal eine ganz andere sein als die frei gewählter Abgeordneter. Wichtig ist vor allen Dingen, dass wir sein Vorbringen ernst nehmen und entsprechend damit umgehen. Ich wiederhole es noch einmal: Die Behörde leistet eine wichtige Aufgabe. Es ist eine wichtige Aufgabe im Bereich der psychosozialen Betreuung von Opfern, aber auch im Bereich der politischen Bildung. Und deswegen komme ich auch zur aktuellen Diskussion zurück.

Die Koalitionsfraktionen, wie Sie wissen, haben sich in der Koalitionsvereinbarung darauf verständigt, die politische Bildung zu stärken und sie als ressortübergreifende Aufgabe neu zu gestalten. Es ist natürlich aufgefallen, wie viele Ressorts mit ein und derselben Aufgabe betraut sind. Genau da ist der Punkt, wo es eine Schnittstelle mit dem Landesbeauftragten gibt, denn er hat von uns als Landtag den Auftrag erhalten und ich zitiere aus dem entsprechenden Gesetz: „Der Landesbeauftragte fördert im Rahmen seiner Aufgaben die politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung.“ Meine Fraktion bedauert es außerordentlich, dass aus der Diskussion um die Neuordnung der politischen Bildung eine Diskussion um die Auflösung der Behörde des Landesbeauftragten gemacht worden ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Sie wissen alle, dass das eine Diskussion ist, die von außen hereingetragen wurde und zu der wir uns dann auch äußern mussten.

In der gebotenen Kürze, uns geht es bei der Neuorganisation der politischen Bildung um folgende Punkte, auch damit das mal klar ist: Wir wollen einen Paradigmenwechsel, um es kurz zu sagen, weg von der nachsorgenden hin zur vorsorgenden Bildung. Wir können uns dabei gut vorstellen, dass die Landeszentrale für Politische Bildung eine andere Rolle erhält als bisher, und wir können uns auch gut dabei vorstellen, dass die Behörde des Landesbeauftrag-

ten bei dieser Neuordnung eine Rolle spielt, die diesem Thema angemessen ist. Wir müssen dabei auch überlegen, wie sich der Landesbeauftragte bei dieser Neuordnung der politischen Bildung einbringen kann.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion geht natürlich mit großer Sensibilität an das Stasithema heran. Da setzen viele Menschen auch Erwartungen und Hoffnungen in uns und gerade bei dieser aktuellen Diskussion in der letzten Zeit. Obwohl die Menschen sicherlich hier und da in der Gesamtheit größere Probleme haben, haben uns gerade zu dem Thema sehr viele Anrufe erreicht, mehr als eigentlich sonst bei heißen Themen, von vielen Bürgerinnen und Bürgern auch außerhalb der SPD von verschiedensten Verbänden. Das zeigt aber auch sehr deutlich, dass uns die Menschen in diesem Punkt vertrauen, dass sie in uns die Kraft und Kompetenz sehen, gerade diesbezüglich ihre Interessen wahrzunehmen.

Ich wiederhole an dieser Stelle, was für meine Fraktion wichtig war und wichtig ist: All diese Diskussionen um die Neuordnung sind keine, ausdrücklich keine Diskussionen um die Auflösung der Behörde des Landesbeauftragten hier im Land.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie wissen alle, dass 2006 eine wichtige Aufgabe wegfällt laut Bundesgesetz. Der Minister hat es genannt, ich brauche nicht weiter darauf einzugehen. Ich denke, dass es ganz wichtig ist, bis dahin in aller Ruhe darüber zu reden und vor allen Dingen auch im Kontext mit den anderen ostdeutschen Ländern zu bereden, wie wir insgesamt mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz nach 2006 weiter umgehen. Wir führen keine Schlussstrichdebatte. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie eine Anfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Thomas, stellen Sie Ihre Frage.

Reinhardt Thomas, CDU: Danke.

Eine Nachfrage zum Verständnis: Was ist nachsorgende Bildung, was vorsorgende und wie unabhängig soll die politische Bildung dann sein?

Reinhard Dankert, SPD: Also der Begriff „nachsorgende“ beschreibt den Zustand, wenn ich den Fachleuten glauben darf, der jetzt ist, man berichtet viel, man macht viel. Ich denke, es ist viel wichtiger, präventiv zu arbeiten, insbesondere zu einem frühen Zeitpunkt in die Schulen zu gehen, denn, Herr Thomas, Sie wissen ganz genau, dass unsere Schülerinnen und Schüler einfach nichts mehr über unsere nahe Vergangenheit wissen. Und wenn wir unsere eigenen Kinder sehen, die wissen manchmal nicht mehr, wer Honecker war, geschweige denn etwas über die ganz komplizierten Vorgänge um das MfS.

Reinhardt Thomas, CDU: Danke. Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage? (Zustimmung)

Bitte, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Wie unabhängig soll die Landeszentrale für Politische Bildung dann sein, wenn, in Anführungszeichen, beides zusammengelegt wird?

(Volker Schlotmann, SPD:
Wenn wir darüber diskutieren.)

Auch vom Personal her, von der Leitung her.

Reinhard Dankert, SPD: Also ich habe nicht von einer Zusammenlegung von Personal geredet. Wir haben gesagt, wir wollen über eine Neuordnung diskutieren und ich gehe davon aus, dass die politische Bildung danach eine wesentlich bessere Rolle in diesem Land spielen will und soll, wie es eigentlich auch von den Fachleuten eingeschätzt wird.

Reinhardt Thomas, CDU: Darf ich noch eine Nachfrage stellen?

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Gestatten Sie noch eine Nachfrage?

Reinhard Dankert, SPD: Ja, aber mehr gibt's nicht.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Die letzte Nachfrage bitte, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Es ist also nicht ganz ausgeschlossen, dass doch, in welcher Form auch immer, beides im Zeitraum X fusioniert, und nur vor dem Hintergrund war die Frage gestellt. Sehe ich das so richtig?

Reinhard Dankert, SPD: Herr Thomas, ich habe es deutlich gesagt, wir stellen die Unabhängigkeit der Behörde nicht in Frage.

Reinhardt Thomas, CDU: Danke.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dankert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Werte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Pracht! Ich respektiere Ihre persönliche Betroffenheit und ich bitte auch herzlich darum, meinen Redebeitrag, den ich jetzt halte, so zu verstehen.

Ich möchte beginnen mit einem Zitat aus einer Pressemitteilung aus dem Januar 2000, dort heißt es: „Es wird die gesetzliche Grundlage für das Amt des Landesbeauftragten für die Akten des Staatssicherheitsdienstes der DDR grundlegend verändert. So entfällt die Beratung und Auskunft zur psychologischen Begleitung von Stasiopfern. Die Unterstützung der DDR-Forschung wird aus dem Aufgabenkatalog gestrichen, ebenso die Gestaltung von Ausstellungen zum Thema Stasi.“ Das ist ein Zitat über das Gesetzgebungsverfahren im Freistaat Sachsen. Das Gesetz wurde im April 2000 geändert. Andernorts ist also schon vollzogen, was Sie uns unterstellen, was wir aber nicht vorhaben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Gestatten Sie mir weiter, dass ich vielleicht auf ein untypisches Schicksal verweise. Vor einiger Zeit besuchte mich ein älterer Herr in meiner Sprechstunde, er erzählte mir seinen Lebensweg: Zum Kriegsende 1945 als 16-Jähriger von der Roten Armee verhaftet, von Fünfeichen nach Sibirien verbracht, nach Rückkehr in die Heimat der Versuch, ein neues Leben aufzubauen, im Verlaufe dieser Zeit auch Kontakte mit dem MfS, wegen unzureichender Ergebnisse durch das MfS eingestellt, nach der Wende der Versuch, für die Haftzeit nach 1945 Entschädigung zu bekommen, diese wurde abgelehnt mit dem Hinweis auf MfS-Tätigkeit. Ob meine Versuche, diesem Mann zu helfen, von Nutzen waren, weiß ich nicht. Weder von ihm noch von den Behörden, die ich um Hilfe bat, hörte ich

wieder etwas. Ich hätte vielleicht dringender nachfragen müssen. Es macht aber deutlich, es besteht noch immer, auch 13 Jahre nach der Wende, Beratungsbedarf, Bedarf nach Aufklärung und Wiedergutmachung, soweit Wiedergutmachung überhaupt möglich ist.

Insofern ist es legitim, eine Aussprache aus der Tätigkeit des Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen zu beantragen, nur wundert mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass diese Debatte heute in dieser Form stattfindet, denn über die Tätigkeit des Landesbeauftragten wurde Jahr für Jahr berichtet. Dort war immer alles genauestens aufgelistet, wo, wann und wie der Landesbeauftragte tätig wurde. Man bekam auch immer gleich mitgeteilt, wie der Landesbeauftragte zu den verschiedensten politischen Themen dachte, mal fein durch die Blume, mal in Form eines Winkes mit dem Zaunpfahl, ob das meiner Partei nun gefallen hat oder nicht. Nur, diese Berichte ficht hier im Hause niemand an. So ist mir in den letzten Jahren kein Fall bekannt, dass die CDU einmal zur Tat geschritten wäre und einen Jahresbericht des Stasibeauftragten auf die Tagesordnung gesetzt hätte.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das stimmt nicht, Herr Ritter, das ist falsch! Das ist nicht korrekt.)

Mir zumindest nicht.

Auch somit hat die CDU nach meiner Wahrnehmung mit dafür gesorgt, dass diese Berichte durch Nichtaufruf beerdigt wurden beziehungsweise der Diskontinuität anheim fielen.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Nein, nein, das ist nicht korrekt!)

Nun haben wir heute die erste Aussprache gemäß Paragraph 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages. Und ich stelle trotzdem die Frage, auch wenn das eine neue Möglichkeit ist: Warum nur eine Aussprache? Warum kein Antrag oder keine Beschlussfassung? Denn eigentlich geht es Ihnen ja um ein anderes Thema.

Also Aussprache zur Tätigkeit – diese Tätigkeit besteht wie alle menschliche Tätigkeit aus Lobenswertem und aus Kritikwürdigem. Amtshandlungen des Menschen werden somit anfechtbar und Lob und Tadel verteilen sich bei der Gewichtung eben je nach dem politischen Standort des Betrachters. Das ist auch bei der Bewertung der Tätigkeit des Landesbeauftragten so. Die PDS hat immer betont und sie betont es auch heute und wird es weiterhin sagen, die Tätigkeit des Landesbeauftragten ist wertvoll und nötig,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

soweit sie dem gesetzlichen Auftrag entspricht.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, ist und bleibt die Beratung von Rat- und Rechtsuchenden bei der Einsicht der Stasiunterlagen eine aktuelle Aufgabe, die so im Gesetz steht. Und ich will auch deutlich sagen, auch wir haben großen Respekt vor jener Tätigkeit, die der Landesbeauftragte zur psychosozialen Beratung mit Leidenschaft und Hingabe leistet. Auch das ist gesetzlicher Auftrag. Dies dient in der Sache der Hilfeleistung für Ratsuchende und der Rehabilitation und Betreuung von Opfern politischer Gewalt, wozu nicht nur die Opfer der Staatssicherheit gehören. Wir verstehen und billigen durchaus die Kritik des Beauftragten, wenn er einerseits von zuständigen, gut gemeinten moralischen Beistands- und Willensbekundungen erfährt, aber gleichzeitig fleißig die Mühlen

der Bürokratie in Rehabilitationsverfahren gedreht und die Geldtaschen zugehalten werden.

Und hier, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, liegt natürlich auch ein gut Stück Ihrer Verantwortung, denn bekanntlich hat es damals in Bonn und dann in Berlin vor allem die CDU kraft der von ihr geführten Bundesregierungen in der Hand gehabt, Opfern politischer Gewalt vorurteilslos, mildtätig und unbürokratisch zu helfen. Und das betrifft nicht nur MfS-Opfer, um die sich bei uns kraft des Gesetzes der Landesbeauftragte kümmert, sondern selbstverständlich auch alle anderen Opfer von politischer Gewalt in der DDR sowie vor der DDR.

In diesem Zusammenhang aber bleibt nun die Frage, ob das Amt für Rehabilitation und die Leistungsämter, da der Landesbeauftragte sich das alles auf den Tisch legt, objektiv das leisten, wozu sie geschaffen worden sind. Die jedenfalls unerschwellige Kritik des Landesbeauftragten besteht unseres Wissens seit längerer Zeit. Nur ist auf Dauer nichts gebessert, wenn sich der Landesbeauftragte diese Dinge auf den Tisch zieht und damit ohne Zweifel seinen gesetzlichen Auftrag überdehnt. Da sich an dem Zustand aber nichts ändert, bleibt ihm nichts weiter übrig.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube aber, um all das geht es Ihnen nicht. Es geht Ihnen um die von der Koalition angestrebte Neuordnung der politischen Bildung und die dabei hineininterpretierte Absicht zur Abschaffung der Behörde. Das eignet sich zwar prima für solche Aussprachen, entspricht aber nicht ganz den Realitäten,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Angelika Gramkow, PDS)

denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kennen die Passage des Ausführungsgesetzes, wonach der Landesbeauftragte gleichsam politische und historische Aufklärungsarbeit fördern soll. Diese Förderung ist sogar Rechtspflicht. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Gesetz steht, dass es sich erstens um die politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes handelt, dass es zweitens im Rahmen seiner Aufgaben und drittens in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für Politische Bildung zu erfolgen hat.

Das Gesetz ist eigentlich völlig klar. Und sieht man dann, was in den letzten Jahren an politischer Bildungsarbeit im Land insgesamt geleistet worden ist, wird man sagen, dass die Stärke der Mothes-Behörde auch und vor allem in der Schwäche der anderen Angebote zur politischen Bildung im Land zu finden ist.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS, und
Gabriele Schulz, PDS – Vincent Kokert, CDU:
Das spricht ja für die Behörde.)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss man wirklich prüfen und verändern, denn es ist auf Dauer nicht hilfreich, wenn der Landesbeauftragte permanent den von mir beschriebenen gesetzlichen Rahmen überschreiten muss, da andere Angebote nicht ausreichend sind. Es kann nicht sein, dass der Landesbeauftragte Psychologe, Kommunikator und Ratgeber für Akteneinsicht, Gutachter in Stasiangelegenheiten, Geschichtslehrer, Historiker und was weiß ich noch alles in einem ist. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir unsere Auffassung, soweit sie die Auseinandersetzung mit der Tätigkeit des jetzigen Amtsinhabers angeht, mit ihm persönlich besprochen haben. Frau Gramkow und ich waren erst

kürzlich zu einem Gespräch bei Herrn Mothes und Herr Mothes war auch schon in früheren Wahlperioden in der PDS-Fraktion und hat sich Kritisches wie auch Unterstützendes aus unserer Fraktion angehört. Auch nach diesem Antrag haben wir jedenfalls nicht vor, den Amtsinhaber persönlich zu attackieren. Das hat auch einen ganz einleuchtenden Grund, die PDS-Fraktion geht davon aus, dass der Landesbeauftragte nach dem Ausführungsgesetz in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen ist. Der Amtsinhaber ist ferner für fünf Jahre gewählt und wird neu gewählt, wenn die Amtszeit endet. Wir sind in dem Zusammenhang nicht für politische Rängelei und politischen Poker um das Amt im Vorfeld der Entscheidung.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das haben wir anlässlich der Wahl des jetzigen Amtsinhabers bereits gesagt und wollen es noch einmal sagen. Die Beibehaltung oder die Abschaffung der Einrichtung des Landesbeauftragten ist eine Frage der politischen Willensbildung im Landtag.

Insoweit ist Ihr heutiges Ansinnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, über die Tätigkeit des Landesbeauftragten mal ein bisschen zu reden, kaum hilfreich. Fazit: Die Betreuungsaufgaben müssen auch in Zukunft geleistet werden und dazu ist offenbar die Institution des Landesbeauftragten im Augenblick weiterhin zweckmäßig. Zum anderen muss gesagt werden, dass durch die gesetzliche Verklammerung des Landesbeauftragten mit der Institution der Bundesbeauftragten, deren Hilfe er zu bestimmten fest umrissenen Gegenständen ist, Tatsachen geschaffen worden sind, die nicht einfach per Federstrich beseitigt werden können. Nicht einmal die Förderung der politischen und historischen Aufarbeitung der MfS-Hinterlassenschaft sollte aus unserer Sicht abgeschafft werden. Aber es ist sehr wohl über deren Zuordnung nachzudenken und das ist auch ganz und gar nichts Sensationelles, denn bereits jetzt hat der Landesbeauftragte, wie ich bereits sagte, dazu mit der Landeszentrale für Politische Bildung zusammenzuarbeiten, und offenbar muss diese Zusammenarbeit verbessert werden.

Alles in allem, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, glaube ich, bringt uns diese Debatte heute nicht weiter. Wenden wir uns also ernsthaft der Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit zu! Ich meine damit aber nicht nur die Vergangenheit meiner Partei. Ich meine dabei ernsthafte und offene Debatten über unsere Geschichte vor und nach 1945 in Ost wie in West und, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein mahnender Jahrestag sollte Anlass sein, damit ernsthaft zu beginnen. Lassen Sie uns also gemeinsam den 50. Jahrestag des Aufstandes vom 17. Juni 1953 hier im Landtag diskutieren. Laden wir die Träger der politischen Bildung des Landes dazu ein, um damit einen neuen qualitativen Schritt zu gehen, gemeinsam durch Bündelung unserer Kompetenzen und Ressourcen! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Ritter.

Ich schließe die Aussprache. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Tourismusstrategie, Drucksache 4/330.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Tourismusstrategie
– Drucksache 4/330 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Petters von der Fraktion der CDU.

Andreas Petters, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Warten wir mal erst, bis alle den Saal verlassen haben.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Herr Petters kommt, und alle gehen.)

Ja, ist doch schön, Herr Backhaus.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der CDU, SPD und PDS –
Glocke der Vizepräsidentin)

Die Landtagsfraktion der CDU hat das Thema „Tourismusstrategie“ auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung setzen lassen, da das Wirtschaftsministerium beabsichtigt, ein Gutachten für eine Tourismusstrategie in Auftrag zu geben. Bevor jedoch ein entsprechendes Gutachten ausgeschrieben werden kann, meine Damen und Herren, müssen Eckpunkte für eine zukünftige Tourismusstrategie vorliegen. Da wir davon ausgehen, dass Visionen für eine zukünftige Tourismuspolitik des Landes im Wirtschaftsministerium vorliegen, möchten wir diese gern heute vom Minister hören. Die Rede des Ministers liegt ja bereits im Pressezentrum aus und ich habe sie mal durchgeblättert, ich kann da nichts an Visionen entdecken. Es handelt sich dort wohl eher um eine Beschreibung des derzeitigen Zustandes. Ich hoffe, dass ja das gesprochene Wort gilt, dass noch einiges von Ihnen kommt, Herr Minister, darauf freuen wir uns schon.

(Heiterkeit bei Minister Dr. Otto Ebnet
und Minister Dr. Wolfgang Methling)

Ich möchte als erster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt die grundsätzlichen Eckpunkte aus meiner Sicht in die Diskussion einbringen. Nach meiner Auffassung muss sich Mecklenburg-Vorpommern zukünftig noch offensiver als führender Tourismusstandort in Deutschland, aber auch, wie ich denke, in Europa positionieren. Darunter verstehe ich, dass die Qualität unserer touristischen Dienstleistungen absolut im Vordergrund stehen muss. Nur wenn wir es schaffen, die berechtigten Qualitätsansprüche unserer Kunden im Lande zu befriedigen, können wir auf weiteres Wachstum und somit auch auf mehr Arbeitsplätze in der Tourismusbranche hoffen. Damit will ich nicht sagen, dass es nicht schon viele qualitativ anspruchsvolle Angebote in der Tourismuswirtschaft des Landes gibt, wir müssen jedoch mithelfen, dass diese Basis noch breiter wird, meine Damen und Herren. Neben der Qualität gehören auch Innovationen zu einem wachsenden Tourismusmarkt. Die Politik kann hier nur anregen und mahnen, aber das ist auch eine wichtige Funktion, denke ich. Handeln müssen Unternehmen. Nur wenn wir neue interessante Angebote präsentieren, wird die Nachfrage nach der Destination in Mecklenburg-Vorpommern weiter steigen. Darüber hinaus sollte das Thema der zukünftigen Tourismusstrategie des Landes sein, die Vor- und Nachsaison weiter auszudehnen. Ich denke, dort haben wir noch einige Defizite.

Wie schaffen es die Landesregierung und die Unternehmen der Branche, dass Urlaub im Binnenland und an der Küste zu einer Ganzjahresattraktion wird? Die Attrak-

tionen, die sonst immer für die Zeiten im Winter an der Küste interessant waren, wie Sylt, sind ja eher auf dem absteigenden Ast. Wie schaffen wir es, dass unsere Attraktionen im Lande ähnlich wie damals Sylt auch für die kommenden Urlaube interessant werden, damit sie auch im Winter und im Frühling nach Mecklenburg-Vorpommern kommen? Darüber hinaus muss das Marketing individueller gestaltet werden. Bisher haben wir als Land ja – und da fördern wir institutionell den Tourismusverband – nicht die Kraft in allen Segmenten, also mit voller Kraft, wie es erforderlich wäre, das Marketing nach vorne zu bringen. Die Frage ist auch, ob wir dieses schon können, denn nur Qualitätsprodukte lassen sich verkaufen und bei der Qualität müssen wir noch besser werden. Der verbesserte Verkauf von qualitativ hochwertigen Produkten ist nur möglich, wenn man die Finanzsituation des touristischen Marketings weiter verbessert. Die Finanzsituation ist zurzeit leider so, dass Aktivitäten zurückgefahren werden müssen. Die CDU fordert ein erhöhtes finanzielles Engagement der Landesregierung bei der Förderung des touristischen Marketings. Darüber hinaus ist es notwendig, die Zusammenarbeit in der Tourismusbranche zu fördern.

Eines der Gründe dafür, dass Schleswig-Holstein die Krise der Tourismusbranche nur mit massiven Umsatzeinbrüchen gemeistert oder eben nicht gemeistert hat, ist, dass die Kooperation nicht mehr gestimmt hat. Wir müssen entsprechenden Tendenzen bei uns in Mecklenburg-Vorpommern entgegenwirken, denn sehr häufig ist es so, dass die Unternehmen der Branche, also die größeren zumindest, über internationale Vertriebswege verfügen und der Auffassung sind, dass sie sich am Landesmarketing nicht mehr unbedingt beteiligen müssen. Und die kleinen Unternehmen haben derzeit nicht die Kraft, sich an einem überregionalen Marketing zu beteiligen.

Herr Minister, hier muss die Landesregierung nach meiner Auffassung die Großen und die Kleinen der Branche mit in ein Boot nehmen und dafür sorgen, dass bei uns ein gemeinsames Marketing weiter möglich ist.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Danke, Herr Dr. Born.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Voraussetzung ist natürlich, dass der Ausbau der touristischen Infrastruktur weiter vorangetrieben wird. Da ist auch ein entsprechendes finanzielles Engagement der Landesregierung in der Zukunft weiterhin erforderlich. Und auch der persönliche Einsatz der Mitarbeiter des Tourismusverbandes ist unverzichtbar. Ich möchte an dieser Stelle den Mitarbeitern für ihr Engagement in den letzten 13 Jahren auch von dieser Stelle aus recht herzlich danken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU und Detlef Müller, SPD)

Wir werden nicht vergessen, dass sie und ihr Chef Bernd Fischer Defizite im finanziellen Bereich sehr häufig mit einem hohen persönlichen Engagement ausgeglichen haben. Sie lieben ihre Arbeit, aber das darf die Landesregierung nicht endlos ausnutzen, meine Damen und Herren. Deshalb fordere ich auch von der Landesregierung für den nächsten Wirtschaftsplan des Tourismusverbandes ein größeres Engagement im Personalbereich. Wer immer nur fordert, sollte auch eine entsprechende Gegenleistung bringen. Die Kommunikation mit den Kunden im Tourismusbereich ist zwar gut, wie der Ministerpräsident aber

immer wieder sagt, auch dort können wir noch besser werden. Gerade wenn wir den Auslandstourismus weiter ausbauen wollen, müssen wir auch den internationalen Standard bei der Nutzung des Internets weiter verbessern. Immer mehr Touristen informieren sich über das Internet, sie werden auch über das Internet buchen. Das werden die meisten aus der Branche auf jeden Fall immer wieder in Abrede stellen. Aber der Trend ist ganz eindeutig und da wir ja über eine zukünftige Tourismusstrategie sprechen, heißt das auch, dass wir in dem Bereich besser werden müssen. Aber das wird auch weiterhin Geld kosten und es hört sich immer so an, als wenn die CDU immer mehr und mehr Geld fordert. Nein, wir fordern eine angemessene, der besonderen Bedeutung des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern angemessene Finanzausstattung und natürlich auch ein angemessenes Engagement der Unternehmen der Branche, denn das geht nur Hand in Hand.

Neben dem Marketing ist der Vertrieb eine ganz besondere weitere Sorge der Tourismuswirtschaft. Hier ist eine stärkere eigenständige Profilierung der Marketing GmbH Mecklenburg-Vorpommern notwendig. Ich meine die Turbo GmbH in Rostock, die über Call-Center und über das Internet pauschale Gruppenreisen, Mietwagen, Veranstaltungen und Tickets vertreibt. Die Turbo, also die nordostdeutsche Fremdenverkehrs- und Marketinggesellschaft mbH, mit ihrem Geschäftsführer Bernd Fischer ist auch dafür verantwortlich, dass Mecklenburg-Vorpommern in den deutschen und internationalen Reisebüros vorkommt, meine Damen und Herren. Darüber hinaus wird von ihnen natürlich der Ferienkatalog, den Sie alle kennen, dargestellt, aber dafür fehlt immer häufiger auch das Geld.

Meine Damen und Herren, nach Aussage des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommern müssen wir uns darauf einstellen, dass wir möglicherweise sogar als einziges Bundesland im Jahr 2004 erstmals negative Zahlen im Tourismus schreiben müssen. Wie können wir das verhindern? Der Tourismus braucht für 2004 und darüber hinaus eine vernetzte PR-Kampagne. Das heißt, die Werbung der unterschiedlichen Anbieter der Tourismuswirtschaft muss zusammengeführt werden. Die Angebote müssen verbessert und aggressiver vermarktet werden und dies muss eine schlagkräftige Tourismus- und Vertriebsorganisation tun.

Wir als CDU haben ja Vorschläge gemacht, und zwar wollten wir in den Nachtragshaushalt 1 Million Euro mehr für das Marketing einstellen. Sie haben ja als Regierungsfractionen diesen Antrag heute abgelehnt. Bis jetzt haben auch die Regierungsfractionen jegliche Initiativen der CDU in diesem Bereich, das Marketing zu verbessern, abgelehnt. Ich halte fest: Die Regierungsfractionen übernehmen auch damit die politische Verantwortung dafür, dass es vielleicht in den nächsten Jahren im Tourismusbereich bei den Übernachtungen Rückgänge geben wird.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir müssen nicht nur immer etwas Neues anfangen im Wirtschaftsbereich, wir müssen auch unsere Leuchttürme stärken und dazu gehört der Tourismus. Obwohl wir sehr viel Geld in die Tourismusinfrastruktur investiert haben, muss hier viel mehr getan werden. Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir mehr dafür tun müssen, dass unsere potentiellen Gäste von dieser Infrastruktur profitieren können. Und durch ein Mehr an Gästen wird auch der übrige Mittelstand profitieren können. Lassen Sie uns für die kleinen

und mittelständischen Unternehmen, die vom Tourismus leben, gemeinsam dieses Problem lösen. Wir sollten dies in einer konzertierten Aktion tun, damit auch in Zukunft Mecklenburg-Vorpommern kräftig wachsen kann. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Petters.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Herr Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Visionär, Herr Petters, war es wohl nicht gerade, was Sie soeben vorgetragen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD

und einzelnen Abgeordneten PDS –

Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Sie haben nach einer kurzen Einleitung wieder Ihre übliche Kurve gekriegt und die übliche Marketingrede gehalten, die kennen wir inzwischen schon.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist wichtig.)

Sie sind der selbsternannte Marketingexperte, ich weiß.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der

SPD und CDU – Beifall bei einzelnen Abge-

ordneten der SPD und Karin Strenz, CDU)

Aber, Herr Petters, da erinnern Sie mich immer an einen Zitronenfalter. Der Zitronenfalter faltet auch keine Zitronen.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordne-

ten der SPD – Heiterkeit bei einzelnen

Abgeordneten der CDU und PDS)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zurück zum Tourismus und kann zuerst einmal feststellen, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also das ist ja fast

genauso, als wenn Sie sagen, die Lehrer

haben morgens Recht und nachmittags frei.

Das geht ja auch nicht. – Heiterkeit bei

einzelnen Abgeordneten der CDU)

Jetzt reden wir mal nicht über die Lehrer, jetzt reden wir über den Tourismus. Und da kann man, meine Damen und Herren, feststellen, das Tourismusjahr 2003 hat wieder gut begonnen. Mecklenburg-Vorpommern bleibt das Ferienland mit den höchsten Zuwächsen. Unser Land hat entgegen dem Bundestrend – der Bundestrend war minus ein Prozent – bei den Übernachtungen weiter zugelegt, plus acht Prozent mehr als im Vorjahresmonat, und das zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern inzwischen auch im Winter Saison hat. Wir haben im Winter mehr Übernachtungen als das Wintersportland Thüringen. Ja, meine Damen und Herren, ich glaube, das ist ein Erfolg. Auf dieser Basis können wir gut weiterarbeiten. Wir müssen dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft auf Wachstumskurs bleibt. Das kommt nicht von allein, das wissen wir alle, dafür müssen wir uns kräftig anstrengen, dafür müssen wir etwas tun und wir müssen das Richtige tun. Und dass eine Tourismusstrategie notwendig ist, Herr Petters, das hat Ihre Rede dringend gezeigt.

(Beifall Beate Mahr, SPD)

Wenn sie erarbeitet ist, dann wird sie hoffentlich auch für Sie zur Richtschnur der Tourismuspolitik werden können.

Wir werden eine neue Tourismusstrategie erarbeiten, die die aktuelle Situation analysiert und aus der sich Handlungsempfehlungen ableiten lassen. Die alte Tourismuskonzeption von 1993 ist zwar im Jahr 1999 fortgeschrieben worden, aber inzwischen hat sich die Welt doch ganz gewaltig verändert. Wir haben heute keinen Neugiertourismus mehr, sondern wir spielen jetzt in der ersten Liga, und nicht nur in der ersten Liga in Deutschland, sondern in der ersten europäischen Liga. Für die TUI als größten Reiseveranstalter ist zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern inzwischen das Standbein im Deutschlandtourismus geworden. 28 Prozent aller Reisen, die TUI im Deutschlandtourismus verkauft, gehen nach Mecklenburg-Vorpommern. 28 Prozent! Der Zweite hat 12 Prozent.

(Heike Polzin, SPD: Sind das nicht alles Zufälle, Herr Petters?)

Das zeigt, dass sich Mecklenburg-Vorpommern inzwischen in einer touristischen Region befindet, die mit früheren Zeiten nicht mehr vergleichbar ist. Von den 29 schönsten TUI-Hotels in Deutschland zum Beispiel findet man 11 in Mecklenburg-Vorpommern. Auch das zeigt, dass Mecklenburg-Vorpommern etwas zu bieten hat.

Die besten Wellness-Hotels stehen laut Stiftung Warentest in Zinnowitz und in Rostock. Mecklenburg-Vorpommern ist eine Topadresse für Golfer, wie eine aktuelle Umfrage des Golf-Fachmagazins ergeben hat. Und bei uns finden Sie zwei der weltweit besten Golfhotels. Auch der Hotelier des Jahres 2003 in der Bundesrepublik Deutschland, der Direktor des Neptun-Hotels in Warnemünde, Klaus Wenzel, kommt aus dem Land. Ein absoluter Höhepunkt der Tourismussaison dieses Jahres wird die Wiederöffnung des Seebades Heiligendamm. Mit der „Weißen Stadt am Meer“ bietet Mecklenburg-Vorpommern ein europäisches Topreiseziel und der Anspruch von Heiligendamm ist, das nobelste Hotel in Deutschland zu sein und das nobelste Seebad in Europa.

Meine Damen und Herren, das zeigt, unser touristisches Profil hat sich in den letzten Jahren geändert. Es hat sich zum Positiven hin geändert. Wir brauchen nun eine Tourismusstrategie für die Höhen, die wir jetzt erreicht haben, und für die Regionen, in denen die Luft dünner ist.

(Beifall Heike Polzin, SPD,
und Dr. Harald Ringstorff, SPD)

Dafür brauchen wir zunächst aktuelle Marktforschungsdaten. Die letzte Gästebefragung wurde vom Tourismusverband im Sommer und Herbst 1999 durchgeführt. Das ist schon eine ganze Weile her, wenn man die rasante Entwicklung hier im Land betrachtet. Wir müssen aber wissen, wer zu uns kommt, was die Urlauber tun wollen und wie zufrieden unsere Gäste sind, und da brauchen wir ganz aktuelle Daten, um mit unserem Marketing auf neue Entwicklungen reagieren zu können. Deshalb werden wir in diesem Jahr eine neue Gästebefragung durchführen. Die Ergebnisse der Befragung werden natürlich als wichtige Grundlage in die Tourismuskonzeption einfließen und diese beeinflussen. Wir brauchen auch vertiefende Untersuchungen zu bestimmten Einzelthemen. Zum Beispiel muss der genaue Qualifizierungsbedarf in der Tourismusbranche im Land ermittelt werden und es muss die Frage

geklärt werden, wie wir die Qualifizierungsaufgaben, vor denen wir stehen, lösen.

Ein anderes Beispiel: Wir müssen unsere Radwegekonzeption fortschreiben.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sehr richtig!)

Wir brauchen eine aktuelle Bestandsaufnahme, die detailliert zeigt, wo noch Defizite bestehen und welche Strecken beispielhaft sind, mit guter Beschilderung und nutzergerechten Serviceangeboten.

Meine Damen und Herren, wir brauchen in Mecklenburg-Vorpommern eine Tourismuskonzeption, die dann nicht nur auf dem Papier steht. Wir brauchen eine Tourismuskonzeption, die alle, die mit Tourismus zu tun haben, einbezieht und die dann auch die nächsten Jahre trägt. Eine solche Konzeption kann nicht im stillen Kämmerlein erarbeitet werden. Dazu muss man hinausgehen, genau hinsehen, was bei uns im Land passiert, dazu muss man mit allen Beteiligten reden und im Dialog Handlungsempfehlungen entwickeln. Wichtig ist mir dabei der Prozesscharakter. Wir leben vom Tourismus und deshalb müssen sich alle im Land auch in der Tourismusstrategie des Landes wiederfinden. Ich will, dass am Ende in unserer Konzeption Leitlinien zu finden sind, die mit allen diskutiert worden sind, die durch Beiträge möglichst vieler verbessert worden sind, Leitlinien, bei deren Umsetzung dann alle mitmachen.

In diesem Prozess kommt es auch darauf an, dass alle die Entwicklung des Tourismus als ihre eigene Aufgabe annehmen und Tourismus nicht nur eine Sache ist, die Hotelbetreiber oder Restaurantbesitzer etwas angeht. Wir sind alle von der Entwicklung des Tourismus betroffen, wir alle brauchen den Tourismus. Mecklenburg-Vorpommern lebt vom Tourismus. Und deshalb müssen wir auch das, was auf den ersten Blick nichts mit Tourismus zu tun hat, im Zusammenhang mit unserer touristischen Entwicklung sehen. Dazu gehört zum Beispiel die Gesundheitswirtschaft. Wir wissen, Tourismus und Gesundheitswirtschaft gehören zusammen. Dazu gehört der Verkehr. Tourismus und Verkehr gehören zusammen. Oder dazu gehören auch die kulturellen Angebote. Tourismus und Kultur gehören zusammen. Auch der Einzelhandel ist zum Beispiel ein Stück touristische Infrastruktur. Die Bäderregelung bei uns im Land hat eine wichtige Bedeutung für den Tourismus und umgekehrt bringt der Tourismus dem Einzelhandel bei uns Geld in den Laden.

Meine Damen und Herren, hier muss noch mehr zusammengearbeitet werden, damit alle davon profitieren können. Und wir müssen die Erkenntnis umsetzen, dass wir mehr tun müssen, als nur unsere Betten anzubieten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Der Gast kommt nicht, um hier nur bequem zu schlafen, das kann er auch zu Hause. Für den Gast ist das Gesamtangebot entscheidend, das ihm gemacht werden kann. Und um dieses Gesamtangebot muss sich der erfolgreiche Tourismusunternehmer kümmern, auch wenn er nicht an allen Bestandteilen dieses Gesamtangebotes unmittelbar verdient.

Meine Damen und Herren, Tourismus geht nicht nur die Tourismusunternehmen etwas an, sondern uns alle. Mit dem, was wir tun, können wir den Tourismus bei uns fördern oder wir können, wenn wir was falsch machen, ihm

auch schaden. Durch die Verlängerung von Ladenöffnungszeiten oder die Bäderregelung wird der Tourismus gefördert. Durch die derzeitige zu kurze Ferienregelung in Deutschland wird er behindert. Und ich finde es gut, dass gestern darüber gesprochen worden ist. Viel mehr wirkt sich auf unsere touristische Entwicklung aus, als wir manchmal wahrnehmen. Und wir müssen darauf achten, dass alles, auch unser tägliches Verhalten, Auswirkungen auf den Tourismus hier im Land haben kann. Wir müssen alles verhindern, was den Tourismus behindert, und wir müssen stattdessen alle gemeinsam dafür sorgen, dass sich der Tourismus bei uns im Land weiter erfolgreich entwickeln kann und dass die Erfolgsgeschichte aus Mecklenburg-Vorpommern noch hoffentlich viele Jahre ihre Fortsetzung findet. Und damit wir das alles auch richtig machen, wird diese Tourismusstrategie entwickelt und dann auch umgesetzt. – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Detlef Müller von der Fraktion der SPD.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist unser Wirtschafts-Müller! – Minister Dr. Till Backhaus:
Alles Müller, oder was?!)

Detlef Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Petters! Eigentlich kein schlechter Antrag,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei
Dr. Ulrich Born, CDU: Nee, der ist gut!)

aber aus meiner Sicht zu nichts zu gebrauchen,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS – Beifall bei
einzelnen Abgeordneten der SPD)

außer dass Sie natürlich Ihre Position hier äußern können und dafür war er eben wieder gut. Aber das, was Sie wieder gesagt haben, war, na ja, Herr Petters, wir reden vielleicht nachher noch einmal beim Kaffee darüber.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Entschuldigung, das habe ich nicht gehört.

Warum sage ich das? Eigentlich, Herr Petters – und das wissen Sie und alle die, die mit im Tourismusausschuss waren –, haben wir über dieses Thema bereits am 15.01. ganz ausführlich im Tourismusausschuss diskutiert mit Minister Ebnet und seinem Ministerium

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wir
haben die Eckpunkte schon.)

und wir haben über Strategien und auch über Eckpunkte diskutiert. Und, Herr Petters, Sie haben sich ja auch ganz eifrig an der Diskussion beteiligt. Also insofern glaube ich, dass schon an dem Tag für Sie eine ganze Menge dabei gewesen ist. Und zum anderen, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das ist ja nichts Neues, haben wir erst mit dem heutigen Tag den Nachtragshaushalt beschlossen und in dem ist enthalten, dass 300.000 Euro für dieses besagte Konzept in Zukunft zur Verfügung stehen sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verstehen Sie mich nicht falsch, ich glaube schon und ich bin auch dafür, dass wir schnell versuchen sollten, mit der Umsetzung der Erarbeitung dieses Konzeptes zu beginnen, und der Minister hat ja schon darauf hingedeutet, dass es auch so sein wird, weil ich glaube – und darüber haben wir auch schon gestern gesprochen –, der Wettbewerb mit den anderen Ländern um Champions-League-Plätze wird immer härter und wir müssen sehen, dass wir mit dabei sind. Aber mit „schnell“ meine ich nicht Schnellschuss, sondern ich denke, dass anhand von umfassenden Analysen – und da bin ich mit dem Wirtschaftsminister konform, wird sicherlich die diesjährige Gästebefragung eine ganz wichtige Rolle spielen –, dass wir anhand dieser Dinge auch eine gute Voraussetzung für die Konzeption haben. Und mit „schnell“ meine ich auch nicht, dass man schnell beginnt und dann auch schnell fertig wird und die Konzeption dann vielleicht in irgendeiner Schublade landet. Leider gibt es davon genügend andere Beispiele, wo es so war. Also insofern, glaube ich, sollten wir hier versuchen, nicht diesem Beispiel zu folgen. Und darum bin ich auch dafür, Herr Abgeordneter Petters, dass wir als Abgeordnete sehr kritisch bei der Erarbeitung dieses Konzeptes das Ministerium begleiten.

(Andreas Petters, CDU: Richtig! –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ganz klar, denn wer so viel Erfolg hat wie wir in diesem Bereich, der verfällt natürlich schnell in die Gefahr zu glauben, alles richtig zu machen. Es gibt sicherlich auch noch einige Reserven, da bin ich mit Ihnen einer Meinung. Wir sollten das Gremium des Tourismusausschusses dazu nutzen, um diese Dinge zu besprechen. Insofern, Herr Petters, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam das Ministerium in die Pflicht nehmen, ...

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig!)

Herzlichen Dank!

... aber mit Augenmaß und der uns gemeinen, Herr Petters, mecklenburgischen Ruhe. – Herzlichen Dank und wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Wolfgang Riemann, CDU: Nur die mecklenburgische Ruhe? Und was ist mit den Vorpommern? –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Wien von der Fraktion der PDS.

Alexa Wien, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Presse, so sie denn noch zu diesen wichtigen Themen da ist! Ich habe heute nicht umsonst gefragt, ob Sie nicht auch diesen Antrag zurückziehen wollen,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Nein.)

wie gestern den zur Ferienregelung.

(Beifall Peter Ritter, PDS – Dr. Ulrich Born, CDU:
Hier war die Regierung nicht so schnell.)

Sie haben es mir erklärt und ich habe jetzt immer darauf gewartet, was kommt.

(Heiterkeit bei Wolfgang Riemann, CDU:
Das haben wir auch bei der Rede
des Wirtschaftsministers.)

Ich hatte bis jetzt den Eindruck, Sie gießen einfach nur noch einmal Wasser in die Ostsee.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Selbst Frau Skrzepski hat schon gesagt, Otto find' ich gut und er ebnet uns den Weg, und genau das tut er doch. Darüber haben wir doch am 15.01. gesprochen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

laut und deutlich und lange. Im Tourismusausschuss am 15. haben wir darüber geredet,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Haben Sie die Eckpunkte? Ich bin ja nicht im Tourismusausschuss.)

wie diese Sache aussehen wird.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Dann geben Sie mir die mal! – Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Dann lesen Sie einfach das Protokoll des 15. und dann haben Sie das! Da haben wir mehr Inhalt als heute in der Rede. Und ansonsten würde ich mich jetzt mal Herrn Müller anschließen: Lassen Sie uns zusammenarbeiten! Wir haben gute Arbeit geleistet im Tourismusausschuss, auch in dieser Richtung, und das werden wir einfach weiterhin machen. In diesem Sinne mache ich es kurz, umso schneller haben wir Feierabend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Jetzt habe ich immer noch keine Eckpunkte! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Wien.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

(Peter Ritter, PDS: Vielleicht hat er jetzt die Eckpunkte. Er war am 15. dabei!)

Jörg Vierkant, CDU: Frau Ministerin! Meine Damen und Herren!

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Entschuldigung! Frau Präsidentin!

Die Entwicklung des Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern ist eine Erfolgsgeschichte, darauf ist verwiesen worden, und die bevorstehende Saison wird nach Meinung aller Experten die bisher erfolgreichste in der Geschichte unseres Landes.

Bereits im Jahr 2002 registrierten die Beherbergungsbetriebe bekanntermaßen insgesamt 4,8 Millionen Gäste und rund 21 Millionen Übernachtungen. Die Zahlen sind, und das will ich hier mit aller Deutlichkeit sagen, Grund zur Freude, aber kein Grund zur Selbstzufriedenheit und Euphorie. Wie Herr Dr. Ebnet als Minister schon feststellte, sollten diese Zahlen uns nicht dazu verleiten, uns den Blick für die Zukunft zu verstellen. Man muss kein Prophet sein, um einen Einbruch der Zuwachsraten für die nächsten Jahre vorherzusagen. Auch Herr Fischer hatte im Tourismusausschuss eindringlich darauf hingewiesen.

Was wir brauchen, ist eine Tourismusstrategie. Aus meiner Sicht, Frau Wien, haben wir im Ausschuss einige

Eckpunkte beraten, aber ich fordere an dieser Stelle ganz deutlich noch einmal eine Komplettliste aller Eckpunkte für eine Tourismusstrategie in unserem Land.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS:
Eine für alle. Einigkeit, oder wie?)

Wir können diese Liste dann gerne fortschreiben,

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So viel zur Arbeit des Ausschusses, Herr Kollege!)

aber wir brauchen die Beschreibung eines Ist-Zustandes und die Beschreibung, wohin die Richtung in Fragen Tourismuspolitik gehen soll.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle einige wenige Punkte nennen, die aus meiner Sicht Teil einer solchen Strategie sein müssen:

Der erste Punkt ist der Auslandstourismus. Wir haben viel zu wenig ausländische Gäste. Es waren 2002 nicht einmal 200.000, von denen nur 469.000 Übernachtungen gebucht hatten. Damit wurde etwa nur jede 45. Übernachtung in Mecklenburg-Vorpommern von einem ausländischen Gast gebucht. Das ist zu wenig. Die Tourismusstrategie muss ein Konzept beinhalten, wie die Marketingaktivitäten für die facettenreichen touristischen Angebote bei uns im Ausland deutlich verstärkt werden können. Auch unser Image und unser Service müssen noch internationaler werden. Mit Praxisbezug seien hier bessere Fremdsprachenkenntnisse beim Personal,

(Angelika Gramkow, PDS:
Bei den Landtagsabgeordneten!)

mehrsprachige Straßenausschilderungen, Speisekarten und Geldautomaten genannt.

Der zweite Punkt ist der Fachkräftemangel. Trotz Massenarbeitslosigkeit klagt das Hotel- und Gaststättengewerbe über einen Mangel an Fachkräften. Dieses vielschichtigen Problems muss sich eine Tourismusstrategie annehmen, denn vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird sich diese Situation weiter verschärfen. Unser Ziel muss sein, insbesondere jungen, gut ausgebildeten Menschen eine Perspektive zum Leben und Arbeiten in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen.

Ein weiterer Punkt, der mir, aber auch meinem Kollegen Petters, wie ich vorhin hörte, sehr am Herzen liegt, ist die zu kurze Saison. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für die Saisonverlängerung.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Genannt sei hier nur der Gesundheitstourismus, der ein solch ganzjähriges Geschäft darstellt und eine zentrale Rolle in der Tourismusstrategie des Landes spielen muss. Auch ganzjährig zu betreibende Attraktionen wie das geplante überdachte Skizentrum in Wittenburg oder ein möglicher Centerpark dienen dem Ziel, den Standort Mecklenburg-Vorpommern zu stärken.

Meine Damen und Herren, ganz wichtig im Zusammenhang mit Saison verlängernden Maßnahmen ist die bereits erwähnte weitere Entwicklung des Reit- und Radtourismus im Land. Umfragen der letzten Zeit haben es für den einen oder anderen vielleicht etwas überraschend zu Tage gebracht, dass ein Großteil der Urlauber unser Land besucht, um Rad zu fahren.

(Minister Dr. Till Backhaus: Und um zu reiten! – Wolfgang Riemann, CDU:
Viele wollen auch reiten, nicht?!)

Die weitere Entwicklung und Vermarktung insbesondere der touristischen und landkreisüberschreitenden Radwege ist deshalb zwingend erforderlich, wenn wir in diesem Bereich nicht unseren natürlichen Kompetenzvorsprung verspielen wollen.

Meine Damen und Herren, eine weitere Anregung, die ich an dieser Stelle mit auf den Weg geben möchte, betrifft unser Image.

(Zuruf von Peter Ritter, PDS)

Da „Image“ ein weiter Begriff ist, möchte ich an dieser Stelle sehr konkret werden. Ich würde mir eine bessere Imagewerbung durch Kooperationen wünschen. Beispielsweise über die Förderung von Schüleraustauschen und Stipendiaten könnte meiner Meinung nach viel ehrenamtliche Werbung für unser Land erreicht werden.

(Beifall Andreas Petters, CDU)

Vor dem Hintergrund historisch gewachsener Beziehungen beispielsweise zu Mecklenburg County in den USA könnte so auch ein aktiver Beitrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses geleistet werden. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Vierkant.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/330. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/330 bei Zustimmung der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Harmonisierung für streckenbezogene Lkw-Maut, Drucksache 4/332.

Antrag der Fraktion der CDU:
Harmonisierung für strecken-
bezogene Lkw-Maut
– Drucksache 4/332 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Dr. Born.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe einen sehr kurzen Antrag hier, dem alle zustimmen können. Ich habe die Rede des Ministers hier und ich werde, damit das alles kürzer geht, diese Ausführungen aufnehmen in meine eigenen, dann werden Sie sehen, wir haben sehr viel Übereinstimmung bei diesem Thema.

In einer der letzten Sitzungen des Landtages zum Thema Verkehrspolitik sprachen im Zusammenhang mit Innovationsfreude zur Einführung, Kollege Ritter, der Eisenbahn vor 150 Jahren und der Nichteinführung des Transrapid im Jahr 2003 in Mecklenburg-Vorpommern

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Suchen Sie sich doch mal ein anderes Thema! Transrapid ist langweilig.)

einige politische Entscheidungsträger von einem Delirium furiosum. Mir scheint, als weite sich dieses Phäno-

men aus. Das momentane Durcheinander bei der Frage, wie Infrastrukturfinanzierung in Deutschland und Europa künftig organisiert sein soll, droht, wirtschaftspolitisch betrachtet, fatal zu enden, nämlich dann, wenn die Mauthöhenverordnung ohne eine entsprechende Harmonisierungsleistung für das einheimische Verkehrsgewerbe im Bundesrat verabschiedet würde. Um genau dieses zu verhindern, haben wir Ihnen den vorliegenden, sehr überschaubaren Antrag vorgelegt. Wir fordern darin die Landesregierung auf, sich im Bundesrat nachdrücklich – und der Minister tut das, wie er sagt – gegen die Einführung einer streckenbezogenen Maut für schwere Lkw einzusetzen, und zwar solange, bis eine Kompensationslösung gefunden wird, die dem Verkehrsgewerbe ein Überleben ermöglicht. Der Minister steht der Maut sehr kritisch gegenüber und deshalb kann ich nur sagen, ohne Kompensation wäre es wirklich schlimm. Das mag pathetisch klingen, ist aber leider brutale Realität. Ein schlichtes Gemüt könnte sich denken: Warum geben die, also die Transporteure, ihre Kosten nicht einfach weiter und erhöhen die Preise?

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich kann nur eindringlich warnen, sich solchen Gedanken hinzugeben. Ein Blick in die Praxis zeigt, wie dramatisch die Situation für das deutsche Verkehrsgewerbe heute schon ist. Das deutsche Verkehrsgewerbe ist schon heute dermaßen stark mit Steuern und Abgaben belastet, dass der sich zunehmend verstärkende internationale Wettbewerb immer mehr zu einem reinen Kampf um das nackte Überleben des eigenen Unternehmens wird. Wer das aus ideologischer Verblendung – hier ist sicherlich keiner im Haus – vielleicht als gar nicht so schlimm empfinden sollte, dem muss mit aller Deutlichkeit gesagt werden, dass solch eine Haltung schlicht fatalistisch wäre. Denn mit dem Zusammenbruch deutscher Transportunternehmen würden nicht nur weitere Arbeitsplätze vernichtet werden, ein immenser volkswirtschaftlicher Schaden entstehen, sondern es würde dadurch auch mitnichten etwa Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert. Nein, zwar würden die deutschen Unternehmen flächendeckend vom Markt verschwinden, das will ich konstatieren, aber es entstünden nicht einmal Engpässe, sondern die Pleite gegangenen deutschen Unternehmen würden schlicht durch ausländische ersetzt werden. Das kann eigentlich nicht einmal der verbohrteste Pseudogrüne wollen.

Manch einer scheint das Verkehrsgewerbe als staatlich garantierte Goldgrube zu sehen, nur mit der Wirklichkeit hat das überhaupt nichts zu tun. Was wir dringend brauchen, ist Kostenwahrheit im Güterverkehr. Unsere Straßen sind hoch belastet, der Unterhalt entsprechend teuer, deshalb wollen wir eine Verteilung der Kosten, eine gerechte Verteilung auf alle Nutzer. Der vergleichsweise hohe Anteil ausländischer Lkw muss einen gerechten Beitrag zur Kostendeckung deutscher Autobahnen leisten. Eine Lösung ist deshalb nur gemeinsam in Europa möglich.

Nun kann man der Bundesregierung durchaus zugute halten, dass eine Harmonisierungsleistung für das deutsche Verkehrsgewerbe im ursprünglichen Entwurf einer streckenbezogenen Lkw-Maut auch enthalten war. Aber es mangelt hier offensichtlich an der erforderlichen Ernsthaftigkeit – das will ich aber gar nicht unterstellen – oder aber wahrscheinlich doch an dem notwendigen Durchsetzungsvermögen. Anders lässt sich wohl kaum erklären, dass seitens der EU-Kommission das ganze Verfahren aufgrund beihilferechtlicher Bedenken abgelehnt worden

ist. Jetzt muss die bundesdeutsche Gesetzgebung eine tragbare Lösung finden, genau darum geht es in unserem Antrag.

Eine Einführung des Systems zum geplanten Termin 31. August – hier spreche ich insbesondere Sie, Herr Minister Ebnet, an – scheint mir unrealistisch, denn zu chaotisch sind die bisherigen Vorbereitungen. Kontrollbrücken zur Erfassung der Lkw sind nur vereinzelt installiert. In Mecklenburg-Vorpommern ist gar erst eine von sechs Stationen beantragt, wenn ich das richtig sehe, ganz zu schweigen von den Vorbereitungen der zu zählenden. Die Einheiten, die die Spediteure für rund 1.000 Euro pro Stück in ihre Lkw einbauen lassen, stehen nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung.

Auf rund 30 Prozent, so befürchten Vertreter des entsprechenden Verbandes, wird sich die Zahl der Unternehmen belaufen, die sich in Mecklenburg-Vorpommern nach Einführung der Maut vom Markt verabschieden müssten. In internen Gesprächen sind mir sogar noch höhere Zahlen genannt worden. Es kommt also jetzt darauf an, eine übereilte Aktion auf Bundesebene mit allen Mitteln zu verhindern, eine Aktion, deren Schaden sich gerade auch in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern in Insolvenzen und Entlassungen zeigen würde.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, mit der so genannten Mauthöhenverordnung haben wir in unserem Antrag das Herzstück der geplanten Mautverordnungen in den Mittelpunkt der Beratungen gestellt. Dem Unternehmen Maut fehlt schlicht die Marktreife. Nicht sachgerecht ist die extrem zeitnahe Abbuchung der Maut innerhalb eines Tages, während die Unternehmen bei ihren Kunden mit Zahlungszielen von 30 bis 60 Tagen arbeiten müssen. Hier haben wir ein ganz ähnliches Problem wie das, was wir neulich erörtert haben, Ist-Besteuerung im Zusammenhang mit Umsatzsteuer.

Um es noch einmal im Klartext deutlich zu machen: Nach den bisherigen Vorstellungen sollten die entsprechenden Unternehmer die Maut sofort abführen, während sie ihrerseits 30 bis 60 Tage Zahlungsziele bei ihren Kunden haben. Das heißt eine reine Vorfinanzierung, und das angesichts der schlechten Eigenkapitalausstattungen der Liquiditätseingänge. Da kann jeder sich ausrechnen, was das für die Unternehmen bedeuten würde, ganz zu schweigen davon, dass die Banken nicht zur Verfügung stehen, um entsprechende Überbrückungsdarlehen auszureichen. Die geplante Mauthöhenverordnung würde in unveränderter Form größten Schaden an unserem Verkehrsgewerbe anrichten.

Wir fordern deshalb Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen der SPD und PDS, auf, mit uns dafür zu stimmen, dass das verhindert wird. Und wir bitten die Landesregierung, sich im Bundesrat – ich sage hier den unionsgeführten Ländern – in dieser Sache in der Abstimmung anzuschließen. Ich nehme zur Kenntnis, dass erfreulicherweise der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern hier entsprechend auch im Bundesrat tätig geworden ist.

Ich sage es Ihnen jetzt mal ganz salopp: Mir ist es völlig wurscht, wessen Antrag, wenn es denn der richtige ist, nachher die Mehrheit im Bundesrat findet. Hauptsache, es kommt das Richtige dabei heraus, also eine vernünftige Kompensationslösung. Und wenn die Länder sich dann gegenseitig dabei übertrumpfen und das vielleicht auch einstimmig so beschließen, ist das wunderbar. Also

ob das dann so herum oder so herum gehandelt wird, das ist nicht das Ziel unseres Antrages. Hier geht es um die Sache und deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Born.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Wirtschaftsminister Dr. Ebnet.

Minister Dr. Otto Ebnet: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Thema Lkw-Maut haben wir uns heute ein ganz schwieriges Thema vorgenommen, das wir nicht umfassend behandeln können.

Sie wissen alle, die jetzige Bundesregierung hat das Thema Maut übernommen von der Vorgänger-Bundesregierung. Es ist von den Vorgängern Herrn Krause und Herrn Wissmann – und dann kamen die verschiedenen SPD-Minister – eigentlich nahtlos übernommen worden. Und es gab ja auch ganz gute Argumente und ehrenwerte Begründungen, für die Maut zu sein. Ich will nur die zwei wichtigsten aufzählen. Die Verkehrsminister wollten natürlich Mittel für den Straßenbau auf diese Art erzielen und dann manche Projekte, die sonst gefährdet gewesen wären, realisieren. Das ist ja kein unehrenhafter Grund. Und der zweite Hauptgrund war der, dass die ausländische Konkurrenz, die auf deutschen Straßen herumtobt, muss man schon fast sagen, natürlich zu Konditionen arbeiten kann, wo man nur feststellen muss, das ist kein fairer Wettbewerb auf der Straße und beim Transportgewerbe. Das deutsche Transportgewerbe zu schützen ist ja auch ein ehrenwerter Grund.

Aber das Ganze hat natürlich nicht nur positive Seiten, es hat auch negative Seiten. Und es hat vor allem wirtschaftliche Aspekte, Herr Dr. Born, Sie haben ja schon darauf hingewiesen. Wenn der Transportunternehmer die Maut zahlen muss, dann gibt es ja nur zwei Möglichkeiten: Entweder er zahlt sie letztlich aus seiner Tasche, dann belastet es das Transportgewerbe, in dem ja ein mörderischer Wettbewerb stattfindet und zu Kosten gefahren beziehungsweise Preisen gefahren wird, die die Kosten häufig nicht mehr decken. Oder aber er reicht es an seine Kunden weiter. Das heißt, seine Kunden sind Unternehmer. Dann bekommen die Unternehmer diese Abgabe in Rechnung gestellt, müssen sie bezahlen, und dann wirkt sich das auch wieder auf den Wettbewerb unter den Unternehmen aus.

Für Mecklenburg-Vorpommern ist die Situation insofern etwas ungünstiger als für andere Regionen in Deutschland, da bei uns die Transportstrecken weiter sind als in Ballungsräumen und die Transportkosten also höher sind als in anderen Regionen und von daher dann schnell ein Wettbewerbsnachteil für Mecklenburg-Vorpommern und seine Wirtschaft entstehen kann. Das sind alles Dinge, die sind nun mal auf der Schattenseite des Lebens und in diesem Fall auf der anderen Seite der Medaille.

Meine Damen und Herren, es war mir klar: Vor zwei Jahren bin ich Wirtschaftsminister geworden und dann war ich auf der ersten Verkehrsministerkonferenz. Es gab

ein Kamingespräch, da waren die Verkehrsminister unter sich, und dann war das Thema Maut dran. Ich habe noch einen letzten Versuch – da waren ja schon alle Vorarbeiten geleistet – unternommen, die anderen Kollegen davon zu überzeugen, dass dieses eine höchst problematische Angelegenheit ist und nicht ganz so einfach geht. Die haben mich relativ verständnislos angesehen. Ich saß allein da und es ist dann 15:1 – nein, einer hat sich enthalten – gegen mich ausgegangen. Ich muss einfach diese Niederlage konstatieren, das erleidet man manchmal im Leben und es passiert halt.

Die Maut ist also beschlossen, die Maut wird kommen, wir müssen uns jetzt darauf einstellen. Und weil dieses so ist, dass wir uns darauf einstellen müssen, habe ich an einer Stelle noch etwas unternommen, nämlich bei der Frage der Kompensation des deutschen Güterverkehrsgewerbes. Da hat der Bund 260 Millionen Euro angeboten, damals hat er gesagt 500 Millionen Mark. Das war das Angebot. Ich habe dann mit dem damaligen Bundesverkehrsminister Bodewig noch ausführliche Gespräche geführt und ihn dazu gebracht, dass er gesagt hat, gut, dann sind es nicht 260 Millionen, dann sind es 300 Millionen. Also 40 Millionen mehr sind bei dem Gespräch herausgekommen, allerdings nicht 40 Millionen nur für die Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, sondern insgesamt. Jetzt ist die Frage: Ist das genug?

(Dr. Ulrich Born, CDU: 3,4 Milliarden betragen die Einnahmen!)

Jetzt ist die Frage: Ist dieses genug? Und diese Frage wird natürlich aus der Sicht des Verkehrsgewerbes und aus der Sicht der Wirtschaft nicht positiv beantwortet werden können. Aus der Sicht anderer ist das genug, manche sagen sogar, das ist mehr als genug, da gibt es verschiedene Meinungen. Aber die 300 Millionen Euro stehen.

Aber, Herr Dr. Born, Sie haben ja darauf hingewiesen, Europa sieht hier wettbewerbsrechtliche Probleme. Sie sagen, das ist eine Subvention der deutschen Wirtschaft und diese Subvention verschafft einen Wettbewerbsvorteil, der nicht sein soll. Die Bundesregierung sieht den Wettbewerbsvorteil nicht. Wir sehen den Vorteil sicher auch nicht. Da sind wir uns einig.

Es gab die Angst beim Transportgewerbe, dass eine Situation eintreten könnte, dass die EU Nein sagt zu dieser 300-Millionen-Kompensation und dann einfach nichts kommt und die 300 Millionen verschwinden. Das war eine Sorge des Transportgewerbes. Diese Sorge habe ich aufgenommen und in der letzten Verkehrsministerkonferenz wieder beim Thema Maut die Bundesregierung dazu gebracht, dass sie sich öffentlich vor 50 versammelten Personen und vor 16 Verkehrsministern darauf festlegt, wenn die jetzt vorgesehene Kompensationslösung über die Mineralölsteuer aus EU-Gründen nicht geht, dass dann die 300 Millionen Euro an das Verkehrsgewerbe auf einem anderen Weg fließen werden. Das heißt, die Bundesregierung steht zu den 300 Millionen Euro. Das ist schon mal festgezurr an der Stelle.

Jetzt kommt es darauf an und jetzt wird das Ganze natürlich auch im Bundesrat noch mal ein Thema sein. Möglicherweise wird es in einen Vermittlungsausschuss gehen. Ich weiß auch nicht, wie sich der Bundesrat verhält, ob hier dieser Betrag – 300 Millionen Euro – noch zu erhöhen ist oder ob er so bleibt. Das ist jetzt im weiteren Verfahren und wird Gegenstand der zukünftigen Debatten sein.

Aber noch ein zweiter Punkt ist wichtig für das Transportgewerbe. Das Transportgewerbe schwimmt ja nicht gerade in Geld und schwimmt nicht in Liquidität. Und deshalb ist es schon wichtig, wann die Maut gezahlt werden muss, wann sie abgeführt werden muss. Nachdem, was jetzt vorgesehen ist, wird die Maut sofort erhoben, wenn der Lkw gefahren ist. Dann muss der Unternehmer die Maut abführen. Bis er aber die Rechnung ausgeschrieben hat, bis er sein Geld bekommt, vergehen ja einige Wochen und die Zwischenzeit muss er finanzieren. Da hat er ein Liquiditätsproblem. Und das ist natürlich auch ein wichtiger Ansatz, den ich aufgegriffen und im Bundesrat eingebracht habe, nämlich, dass eine Zahlungsfrist von mindestens sechs Wochen gewährt wird. Nach sechs Wochen wird nicht jeder sein Geld haben, aber mancher wird schon vorher zahlen, mancher nachher. Nach den Erkundigungen, die ich eingezogen habe, ist das eine ungefähr im Durchschnitt annehmbare Größe.

Wichtig ist jetzt, dass der Bund gesprächsbereit ist. Das ist er. Wichtig ist aber auch, dass die Gespräche geführt werden und dann auch, Herr Riemann, nicht unter vier Augen hier geführt werden, sondern die Gespräche, die dann mit dem Bund geführt werden, von allen Ländern gemeinsam geführt und getragen werden, so dass wir eine gemeinsame Länderposition haben, die wir dem Bund gegenüber vortragen können. Ich habe mit meinen CDU-Kollegen darüber gesprochen, wenigstens mit denen, die hier die Entscheidenden sind, und ich bin zuversichtlich, dass wir die Gesprächsbereitschaft des Bundes aufgreifen können, ohne dass ich jetzt das Ergebnis schon vorwegnehmen will.

Meine Damen und Herren, das sind natürlich dann schon Verbesserungen – ich gebe es zu – gradueller Art, aber der Spatz in der Hand ist nun mal besser als die Taube auf dem Dach oder zumindest ist der Spatz in der Hand besser als gar nichts. Und deshalb habe ich mir diese beiden Punkte, die ich jetzt vorgetragen habe, noch mal vorgenommen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Wir sind im Verkehrsausschuss des Bundesrates noch nicht ganz durch mit der Debatte. Ich hoffe, dass wir dann zum Schluss als Ländergemeinschaft zusammen auf der richtigen Seite stehen und noch etwas durchsetzen können. Die Maut selbst ist beschlossen. Sie wird – ich sage es als Person hier – leider kommen. Darauf müssen wir uns einstellen. Aber jetzt müssen wir darauf achten, dass dabei nicht unsere Unternehmen und unsere Wirtschaft unter die Räder kommen. – Danke sehr.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Ich bin eben gefragt worden, ob ich das alles auswendig kann. Ich gehe mal davon aus, das meiste kriege ich auch so geregelt.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte mir jetzt die Mühe machen, das zu wiederholen, was der Kollege Born gesagt hat, oder das, was Herr Minister Ebnet eben gesagt hat, aber

ich denke mir, angesichts der etwas fortgeschrittenen Zeit erspare ich mir doch Wesentliches.

Herr Kollege Born, ich gehe mal davon aus, wenn Sie mir Ihr Redemanuskript zur Verfügung gestellt hätten, dann hätte ich auch kein Problem gehabt, vom Inhalt her Ihre Rede zu halten.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Angelika Gramkow, PDS)

Ich denke mir mal, so große Unterschiede, was die inhaltlichen Positionen angeht, gibt es da ohnehin nicht.

Ich muss natürlich trotzdem auf der anderen Seite vielleicht die Hoffnung der CDU-Fraktion begraben, dass zu dieser Zeit doch noch ein Antrag mit den Stimmen der SPD beschlossen werden könnte. Das wird auch jetzt um zehn nach sechs nicht mehr passieren, und zwar aus einem ganz einfachen Grund. Das hängt nicht mit den inhaltlichen Aussagen zusammen, sondern – so, wie es Herr Minister Ebnet eben schon mal dargelegt hat – das, was Sie mit Ihrem Antrag fordern und was in der Sache richtig ist, sind alles Punkte, die schon gemacht werden.

(Vincent Kokert, CDU: Wir sind nur einen Schritt voraus.)

Ich denke mir, wir beschließen vieles, aber müssen nicht immer alles mehrmals beschließen.

Nein, Sie sind nicht einen Schritt voraus, Sie hängen mal wieder der Zeit hinterher,

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS, und Angelika Gramkow, PDS)

denn wenn Sie sich mit der ganzen Mautangelegenheit vielleicht schon länger beschäftigt hätten, dann hätten Sie a) schon gewusst, was Herr Minister Ebnet eben gesagt hat, dass zum Beispiel jetzt schon auf der Verkehrsministerkonferenz im März dieses Jahres gerade hier unser Wirtschaftsminister dafür Sorge getragen hat, dass diese Zusage von 300 Millionen Euro Kompensationszahlungen für die bundesdeutsche Transportwirtschaft auch dann erfolgt, wenn sich tatsächlich, so, wie es zu dem Zeitpunkt ja schon zu kommen schien, die EU-Kommission mit den Kompensationszahlungen aus der Mineralölsteuer nicht einverstanden erklärt. Im Übrigen wäre Ihnen dann auch bekannt, dass der Bundesrat schon bei seiner Zustimmung zum Lkw-Mautgesetz selber sich bereits ausdrücklich ausgesprochen hat, dass zeitgleich mit der Einführung der Maut eine Harmonisierung der Abgabenlast im gesamten europäischen Transportgewerbe erfolgen muss, damit die insbesondere fiskalischen Wettbewerbsnachteile der deutschen Straßentransportwirtschaft beseitigt werden.

Ich möchte das nicht alles wiederholen, was hier gesagt worden ist, aber vielleicht noch mal auf gerade diesen Punkt genau hinweisen, den Punkt der Harmonisierung oder des Ausgleichs der Wettbewerbsnachteile. Ich denke mir, es ist insbesondere für unser Land oder auch für die Transportwirtschaft in unserem Land auf Dauer nicht hinnehmbar, dass die Subventionierung der Kraftstoffkosten für ausländische Wettbewerber durch die jeweilige Regierung weiter stattfindet. Die erheblichen Wettbewerbsverzerrungen, die zwischen deutschen und ausländischen Unternehmen bestehen, müssen abgebaut werden.

Einen Satz vielleicht noch in dem Zusammenhang zu der Stellungnahme der EU-Kommission zu der angedach-

ten Mauthöhenverordnung, insbesondere zu der Finanzierung der Kompensationszahlungen. Wenn die EU-Kommission die Anrechnung der hier gezahlten Maut auf die Mineralölsteuer beziehungsweise die Leistung der Mineralölsteuer auf die Maut aus Wettbewerbsgründen ablehnt, dann muss man allerdings in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob die EU-Kommission nicht bei anderen verdeckten Beihilfetatbeständen gerade im Transportgewerbe schon längst etwas genauer hätte hinschauen müssen. Vor dem Hintergrund, dass gerade Italien und Frankreich bereits seit Jahren die Mineralölsteuer auf Dieselmotorkraftstoff heruntersubventionieren, um ihren Transportunternehmen Vorteile zu verschaffen, gerade im Wettbewerbsvergleich mit bundesdeutschen Unternehmen, ist die Kritik der Europäischen Kommission an dem durch die Bundesregierung unterbreiteten Vorschlag gelinde gesagt unverständlich.

In diesem Zusammenhang muss man vielleicht auch ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich hoffe, ich habe nicht zur Heiterkeit beigetragen, sonst müssen Sie mir das sagen.

(Heike Polzin, SPD: Ach, das ist doch auch was Nettes.)

Das ist auch was Nettes. Das ist richtig.

Ich möchte mal auf einen Gesichtspunkt noch hinweisen. Die Einführung der Mautverordnung stellt auf der anderen Seite bei aller Kritik, die man ja äußern kann, auch einen ersten Schritt zur Wettbewerbsverzerrung dar. Wir kommen mit dem Mautgesetz und mit der Mautverordnung tatsächlich zu einem Zustand, dass das bundesdeutsche Fernstraßennetz nicht mehr allein von dem bundesdeutschen Steuerzahler finanziert wird, sondern insgesamt von dem Nutzer. Es ist zwar so gewesen, dass auch schon in der Vergangenheit für die Nutzung des Fernstraßennetzes die so genannte Eurovignette für 13.000 Euro jährlich bezogen werden musste, aber das als Kostentragungsbeitrag zu benennen ist wohl einfach nur noch lachhaft.

Aber um zwei Punkte noch anzusprechen, die im Zusammenhang wichtig sind. Der eine Punkt ist eben schon mal genannt worden von Herrn Minister Ebnet, das ist die Frage der Liquidität für die kleineren und mittleren Transportunternehmen. In diesem Zusammenhang ist es ganz besonders wichtig, dass es tatsächlich zu einer Regelung kommt, dass der Eingang der Zahlungen, die die Unternehmen selber von ihren Auftraggebern erhalten, korrespondiert mit der Zahlungsverpflichtung, die die Transportunternehmen im Hinblick auf ihre Mautzahlungsverpflichtungen haben. Es muss eine Lösung gefunden werden, die es den Unternehmen ermöglicht, ihre Mautzahlungsverpflichtungen dann erst begleichen zu müssen, wenn sie von ihrem Auftraggeber selbst die geschuldete Vergütung erhalten haben.

Und der andere Punkt wird in diesem Zusammenhang vielleicht nicht ganz so deutlich, ist aber im Endeffekt für unser Land genauso wichtig. Man muss tatsächlich auch mal sehen, wo die Gelder bleiben, die aus den ganzen Mauteinnahmen denn tatsächlich an die Bundesrepublik Deutschland fließen sollen. Dabei muss man einen Punkt beachten: Es sollen insgesamt 750 Millionen Euro von der Bundesregierung im Rahmen der Mauterhebung genutzt werden, um ein so genanntes Antistauprogramm zu finanzieren. Und da muss man sich natürlich fragen, ob das

letztendlich im Interesse unseres Landes sein kann, denn dieses Antistauprogramm bezieht sich tatsächlich nur auf die Beseitigung von Stauschwerpunkten und die Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur in den Ballungsräumen und das sind nun gerade keine Infrastrukturprojekte, die hier für unser Land von entscheidender Bedeutung sind.

In diesem Zusammenhang muss man sehen, dass das gesamte Bundesfernstraßennetz und nicht nur die Bundesautobahn das Rückgrat für die deutsche Transportwirtschaft darstellt. Es muss vermieden werden, dass die Transportunternehmen – und das gilt insbesondere auch für unser Land –, die in den dünn besiedelten und strukturschwachen Gebieten angesiedelt sind, aufgrund ihrer größeren Transportzeiten einerseits überdurchschnittlich zum Gesamtaufkommen der Autobahnmaut beitragen müssen, andererseits der Streckenausbau selbst allen in den Ballungszentren zugute kommt. Und ich denke mir, das wäre ein Punkt und das ist auch ein Punkt, wo die SPD-Fraktion gemeinsam mit der Landesregierung versuchen wird, für die Zukunft Lösungen zu finden. Wenn dann in diesem Fall die CDU-regierten Bundesländer vielleicht auch dann zum eigenen Nachteil – so würde ich das nicht nennen –, aber doch zu ihren eigenen Lasten einsehen würden, dass nicht nur in den Ballungszentren, wie zum Beispiel im hessischen Raum um Frankfurt oder natürlich auch in Nordrhein-Westfalen oder in Bayern, in Nürnberg und im Münchener Raum, Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen aus diesem Antistauprogramm finanziert werden sollen, sondern auch hier in den dünn besiedelten Flächenländern, dann wäre das tatsächlich ein Fortschritt für die einheimische Transportwirtschaft. – Ich bedanke mich recht herzlich für die geteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Schulte.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der PDS-Fraktion.

Birgit Schwebs, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Dr. Born, ich muss auf Ihren Beitrag reagieren, und zwar mit einer ganz simplen Frage: Fänden Sie es eigentlich vernünftig, wenn ein älterer Pkw ohne Katalysator vom Finanzamt einen Bonus für die erhöhte Kfz-Steuer zurück-erstattet bekommt am Jahresende? Anders habe ich Ihre Rede nicht verstanden, als dass Sie genau das wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Harry Glawe, CDU:
Dann haben Sie nicht zugehört.)

Die meisten von Ihnen, meine Damen und Herren, werden ja noch die Kritik der PDS im Ohr haben, die wir gestern im Rahmen der Aktuellen Stunde an der Ausrichtung des Bundesverkehrswegeplanes geäußert haben. Und ich sage Ihnen, ohne die Maut, die eingeführt wird, ist dieser Bundesverkehrswegeplan überhaupt nicht zu finanzieren.

(Beifall Dr. Gerhard Bartels, PDS,
und Peter Ritter, PDS)

Schon die Kompensation stellt seine Umsetzung in Frage. Das hat selbst der Staatssekretär aus dem Ministerium in Berlin verkündet.

Meine Damen und Herren, die jahrzehntelange Bevorzugung des motorisierten Individualverkehrs und die dynamische Entwicklung des Schwerlastverkehrs auf unseren Autobahnen wird eben mit diesem Bundesverkehrswegeplan nicht korrigiert. Und dass wir mit unserem konsequenten Eintreten für eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene nur auf wenig politische Unterstützung in diesem Raum treffen, das haben die Diskussionen gestern gezeigt und sie zeigen es heute auch wieder.

Und trotzdem hat es den Anschein, dass meine Kollegen von der CDU den Antrag über den Sinn der Einführung einer Lkw-Maut nicht so ganz verstanden haben. Gestatten Sie mir, Ihnen zu erklären, dass es dabei eben nicht um die bloße Erschließung neuer Einnahmequellen des Staates zur Haushaltssanierung geht oder eigentlich gehen sollte. Vielmehr soll von dieser Maßnahme auch eine entsprechende verkehrspolitische Lenkungswirkung ausgehen. Das zeigt ein Zitat aus der Bundeskoalitionsvereinbarung zwischen den Grünen und der SPD. Dort heißt es nämlich kurz und bündig: „Die Lkw-Maut werden wir wie beschlossen bis 2003 einführen, um den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und Wasserstraße zu verlagern, die Umwelt zu entlasten und Staus zu verhindern.“ Damit ist die Zielrichtung eindeutig beschrieben.

Ich will an dieser Stelle gar nicht darauf eingehen, dass es im Gegensatz zu Ihnen und auch zu einigen Kollegen bei der SPD-Fraktion eine Reihe von Meinungen gibt, dass die Lkw-Maut in der beabsichtigten Höhe nur eine geringe Lenkungswirkung entfalten wird. Ich sage an dieser Stelle, ein Anfang in Richtung Verkehrswende ist mit dieser Maut gemacht und sollte jetzt nicht kleingeredet werden.

Zu kritisieren ist hingegen die Aufteilung dieser Mittel. Sie dienen nämlich wieder nur teilweise dazu, die Bedingungen für die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene zu verbessern. Aber dennoch, schon steht die Opposition in der Tür und beschränkt sich mangels eigener Konzepte wieder einmal auf die Sicherung von Besitzständen und kleidet diese in die Forderung nach einer Harmonisierung für das deutsche Verkehrsgewerbe. Und etwas anderes als Besitzstandssicherung kann ich auch nicht daraus erkennen, wenn man sich so gegen die Maut in dieser Form ausspricht.

Ich möchte Ihnen das vielleicht an einem Beispiel zeigen anhand der Verquickung von CDU-Politikern in die Autolobby, die so klar ist wie eine gerade geputzte Fensterscheibe. Ihnen allen ist der Herr Dr. Horst Telschik ein Begriff. Er ist unter anderem Beauftragter des Vorstandes der BMW-Group und er leitete die Bundesfachkommission Verkehrspolitik des Wirtschaftsrates der CDU. Und vielleicht kennen einige von Ihnen auch den Herrn Dr. Wolfgang Ziebarth, der diese Gruppe inzwischen leitet. Und diese beiden Politiker haben einen wesentlichen Anteil daran, dass die Stellungnahme der CDU-Kommission über die Mauteinnahmen so lautet: „Die Mauteinnahmen dürfen weder für eine Quersubventionierung anderer Verkehrsträger noch für die Sanierung der allgemeinen Haushalte verwendet werden.“ So weit kann man ja noch mitgehen. Der Meinung sind wir auch, aber jetzt kommt es, wie ich sagte, Autolobby: „Sie müssen dem Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur zugute kommen, um die Wettbewerbsfähigkeit sowohl der verladenden als auch der im Transportsektor agierenden Unternehmen zu erhalten und zu stärken.“ Und da kann ich sagen, das finde

ich zumindest scheinheilig. Also die Maut wollen wir dann, wenn die Ergebnisse davon in den Straßenverkehr gehen, und ansonsten nicht.

(Lorenz Caffier, CDU: Das ist ein unparlamentarischer Ausdruck, scheinheilig!)

Damit setzen natürlich die Antragsteller das deutsche Verkehrsgewerbe auch großzügig mit dem Teil der Transporteure gleich, die von den Mautgebühren für schwere Nutzfahrzeuge betroffen sind.

(Harry Glawe, CDU: Sie wollen uns wohl verladen hier, oder was?! – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle auch noch einen Hinweis darauf, dass es einen anderen Teil des deutschen Verkehrsgewerbes gibt, und dieser Teil verspricht sich nämlich von der Einführung der Maut eine erhebliche Verbesserung seiner Lage,

(Harry Glawe, CDU: Was sagt denn Herr Dr. Ebnet dazu?)

genau der Teil nämlich, der Schwerlasttransporte auf der Schiene oder auf dem Wasser bewegt. Und ich denke, wenn wir schon darüber reden, wie sich die Maut auf das Transportgewerbe auswirken wird, dann sollten wir doch differenzieren, von welchem Teil des Verkehrsgewerbes wir reden.

(Lorenz Caffier, CDU: Was sagst du zu dem Redebeitrag?)

Wenn die CDU nun die betroffenen Lkw-Spediteure meint – und nur das macht Sinn –, dann sei auch hier wieder an die gewünschte und notwendige Lenkungswirkung der Maut erinnert.

Meine Damen und Herren, die dringend notwendige Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße weg ist eine strukturpolitische Entscheidung, die man vielfältig begründen kann. Beispielsweise kann man ganz allgemein mit den globalen Klimaveränderungen argumentieren, an denen der Straßenverkehr erheblichen Anteil hat, oder man argumentiert privat damit, dass die großen Trucks der freien Fahrt der freien Bürger durch ihre begrenzte Geschwindigkeit hinderlich sind, oder finanzpolitisch, weil die Folgekosten durch die übermäßige Nutzung der Straßen durch Schwertransporte wesentlich höher ist als durch die Nutzung durch Pkws. Sei es, wie es sei: Die PDS bekennt sich zur Maut als einer notwendigen verkehrs- und strukturpolitischen Entscheidung.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Strukturpolitische Veränderungen gehen natürlich meistens mit schmerzlichen Brüchen einher und die Einführung der Mautgebühr wird einen Teil der Spediteure zusätzlich belasten. Das wissen wir. Aber man darf auch davon ausgehen, dass diese Spediteure genötigt sein werden, diese Mehrbelastungen an ihre Kunden weiterzugeben, was die Preise für den Güterfernverkehr – und davon reden wir, über den Güterfernverkehr – auf der Straße erhöhen wird. Und genau dieser Effekt ist gewollt. Kunden sollen sich nach Beförderungsalternativen umsehen. Auf der Suche nach besseren Verwertungsbedingungen rücken Transporte mit Bahn oder Schiff wieder näher in den Blickpunkt. Was also können wir strukturpolitisch gewinnen, wenn wir den Lkw-Spediteuren über Kompensationsleistungen ermöglichen, die Preise für Dienstleis-

tungen stabil zu halten? Ich erinnere dann an das Auto ohne Katalysator.

Meine Damen und Herren, die PDS ist der Auffassung, dass es nicht um eine Kompensation für die betroffenen Spediteure gehen kann, sondern vielmehr darum, dass für alle Betroffenen des deutschen Verkehrsgewerbes alternative Beschäftigungsfelder zu erschließen sind. Wenn die Lenkungswirkung in der Transportstruktur gewollt ist – und, wie gesagt, die PDS will diese Veränderung in der Transportstruktur –, dann gilt es angesichts steigender Verkehrsleistungen, die ja erwartet werden, neben der Einführung von Steuerungsinstrumenten verkehrspolitische Alternativen zu erschließen. So und nur so gesehen kann die Politik dabei behilflich sein, Belastungen, die dem Transportgewerbe entstehen, zu kompensieren. Und in diesem Zusammenhang kann ich es mir dann doch nicht verkneifen, mit dem Bundesverkehrswegeplan und unserer Kritik daran auch hier diesen Beitrag abzuschließen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Schwebs.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der CDU-Fraktion.

Jörg Vierkant, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stunde der Wahrheit ist gekommen, die Deutsche Verkehrspolitik steht vor ihrem bisher größten Glaubwürdigkeitsproblem, so der BGL, der Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung, beziehungsweise der VSH Hamburg, der Verband Straßen- und Güterverkehr Hamburg.

Mein Kollege Dr. Born hat Ihnen die Intention unseres Antrages dargelegt. Und Frau Schwebs, wenn ich Sie jetzt so richtig verstanden habe,

(Lorenz Caffier, CDU: War schwierig.)

es war schwierig, zum Teil abenteuerlich,

(Beifall Lorenz Caffier, CDU)

das will ich gerne zugeben. Und ich hoffe, Sie kennen noch den Unterschied zwischen Pkw und Lkw und haben nicht nur noch den Blick für die Bahn,

(Regine Lück, PDS: Nun bleiben Sie mal sachlich! Nun bleiben Sie mal sachlich!)

denn das, was hier in einem Durcheinander über Pkw- und Lkw-Maut geäußert wurde, war wirklich nahe am Zumutbaren. Es geht uns nicht um die grundsätzliche Verhinderung einer Lkw-Maut – übrigens im Gegensatz zum Konsens von gestern in der Aktuellen Stunde bei der Strelasundquerung, eine ganz andere Konstellation mit ganz anderen Voraussetzungen und Wirkungen –, aber Verordnungen dürfen nicht auf eine solch unverantwortliche wirtschaftsfeindliche Art und Weise gemacht werden, wie die Bundesregierung dies bis zum heutigen Tage versucht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Der Wettbewerbsfaktor Mobilität ist für deutsche Unternehmen jetzt schon sehr, sehr teuer, nicht zuletzt durch die permanente Erhöhung der so genannten Öko-steuer. Ein zusätzlicher Kostendruck in Form einer nicht kompensierten Maut würde unsere Unternehmen weiter schwächen, und das zu einer Zeit, wo uns alle Welt schon am Rande einer Rezession wähnt.

(Angelika Gramkow, PDS:
Na, da sind wir aber schon drin!)

Meine Damen und Herren, ich halte die Einführung einer streckenabhängigen Maut für Lkw für richtig. Und auch Überlegungen des Bundes zu einem Entwurf für die Maut-höhenverordnung durch lukrative Angebote für eine mögliche Kopplungsregelung Strecke/Belastungszeit eben zur Entlastung von tageszeit- beziehungsweise saisonbedingten Verstärkungen in staugefährdeten Abschnitten wären meiner Meinung nach sicherlich angeraten. Egal in welcher Modifizierung – die Bundesregierung bleibt in der Verpflichtung, die Maut nur über eine angemessene Harmonisierungslösung für das heimische Transportgewerbe einzuführen. Kommt die Maut nämlich wie vom Bundeskabinett derzeit gewollt, bedeutet das aus meiner Sicht dreierlei, und das sind noch mal die drei zentralen Punkte aus meiner Sicht:

1. Die Annahme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, in der Preiswirkung könnten die Transportkosten mit circa 1 bis 3 Prozent der Produktionskosten angesetzt werden, ist falsch, da hierbei nur eine Produktionsstufe, also Rohstofftransport, betrachtet wird. Komplexe Produktions- und Lieferstrukturen führen aber zwangsläufig zu deutlich höheren Belastungen der Expeditionen von geschätzten 12 bis 18 Prozent. Und diese, das wurde vorhin auch schon erwähnt, müssen, wenn sie nicht selbst getragen werden können, zumindest teilweise an andere weitergereicht werden, und zwar entweder an die Auftraggeber – das wohl kaum, da schlägt sicherlich der Konkurrenzkampf zu – oder – das bleibt dann nur noch – an den Endverbraucher. Und damit würde die Belastung dieser Endverbraucher zu einer Funktion der Arbeitsteiligkeit. Und an der Stelle hatte Frau Schwebs wirklich Recht.
2. Überproportional belastet werden entlegene Regionen abseits von den deutschen Wirtschaftsmetropolen, auch das ist gesagt worden. Benachteiligungen von strukturschwachen Zulieferunternehmen sind systemimmanent.
3. Ein Transportunternehmen mit 100 Lkw macht allein durch Mehraufwendungen für Maut und Verwaltungsmehraufwand circa 2 Millionen Euro Verlust pro Jahr. Das sind etwa 20 Milliarden Euro bei einer Million laufender Lkw in Deutschland.

Jedes aufgegebene Fahrzeug reißt ein Loch von mindestens 70.000 Euro in die Staatskasse durch Steuerausfälle und Sozialleistungen für arbeitslose Fahrer. Den Rest der Hochrechnung überlasse ich Ihnen. Die Dimension, denke ich, ist an dieser Stelle wohl dennoch klar geworden.

Meine Damen und Herren! Die CDU-geführten Länder werden im Bundesrat einer Lösung ohne entsprechenden Ausgleich für das deutsche Transportgewerbe nicht zustimmen und ich wünsche Ihnen, Herr Minister Ebnet, viel Erfolg bei den Verhandlungen mit den Ministerkollegen und dann anschließend mit der Bundesregierung. Ich kann meinerseits nur hoffen, dass sich die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern in gleicher Weise positioniert wie die CDU-geführten Länder im Bundesrat, und wünsche mir, dass Sie im Bundesrat nicht nur die erhobene Hand, sondern Flagge für unser Verkehrsgewerbe zeigen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Vierkant.

Ums Wort hat jetzt noch einmal gebeten Herr Dr. Born von der CDU-Fraktion.

Dr. Ulrich Born, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die ganze Zeit gerätselt, warum ausgerechnet der Wirtschaftsminister seiner Fraktion empfohlen hatte, diesen Antrag, der seiner Tätigkeit im Bundesrat nur noch ein bisschen mehr Nachschub vom ganzen Haus verpassen sollte, abzulehnen. Nun, das Rätsel hat sich gelöst, als ich Frau Kollegin Schwebs hier reden hörte. Herr Minister, das kann ich verstehen, da hätte ich auch etwas Probleme nach diesen Äußerungen,

(Heinz Müller, SPD: Da haben wir keine Probleme. – Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

wenn hier über diesen Antrag so abgestimmt werden müsste, dass eigentlich fast alle zustimmen.

(Angelika Gramkow, PDS: Herr Born, das ist eine glatte Unterstellung.)

Und da es uns nun wirklich um die Sache geht und da es darum geht, Herr Minister, dass Sie mit dem Votum eines ganzen Landtags ausgestattet auch den letzten Kollegen davon überzeugen können, dass die 300 Millionen ein bisschen knapp sind, denn 3,4 Milliarden werden die Einnahmen voraussichtlich betragen, haben wir uns kurz entschlossen überlegt, Ihrer Situation Rechnung zu tragen. Frau Präsidentin, ich betrage deshalb namens der CDU-Fraktion, den Antrag für erledigt zu erklären.

(Angelika Gramkow, PDS: Das geht nicht laut Geschäftsordnung!)

Selbstverständlich geht das.

(Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Da die CDU-Fraktion durch Herrn Born den Antrag zurückgezogen hat, ...

(Dr. Ulrich Born, CDU: Ich habe den Antrag für erledigt erklärt.)

Für erledigt erklärt? Gut, dann müssen wir darüber abstimmen, ob der Antrag als erledigt betrachtet wird.

(Lorenz Caffier, CDU: Bingo!)

Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. –

(Lorenz Caffier, CDU: So schnell ändert ihr eure Meinung. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Wer ist dagegen? – Wer Enthält sich? – Dann ist das so beschlossen. Der Antrag ist für erledigt erklärt.

(Minister Dr. Wolfgang Methling: Sehr weise!)

Ich rufe auf den **Zusatztagesordnungspunkt:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Kein Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide, Drucksache 4/388.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Kein „Bombodrom“ in der
Kyritz-Ruppiner Heide
– Drucksache 4/388 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Dr. Körner von der SPD-Fraktion.

Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Fast einstimmig wurde dieser Dringlichkeitsantrag heute im Hohen Hause akzeptiert und ich denke, die Evidenz dieses Antrages ist mit dieser großen Unterstützung gegeben. Ich bedanke mich ganz herzlich bei allen, die diesem Dringlichkeitsantrag zugestimmt haben. Mein Dank geht an die Fraktionen, mein Dank geht auch insgesamt an den Landtag, dass Sie sich noch einmal eines Themas annehmen, was in einer Region bei uns eine besondere Bedeutung hat, aber, so meinen wir, natürlich auch für unser Land als solches, für das Image unseres Landes. Ich finde, es ist gut, wenn der Landtag heute noch einmal seine ablehnende Haltung bekräftigt. Sie wissen, wir haben schon einmal über diesen Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide geredet. Ich finde, es ist gut, wenn der Landtag heute die Landesregierung in ihren Bemühungen unterstützt, die Interessen des Landes und der betroffenen Kommunen nachdrücklich zu vertreten. Ich finde, es ist auch gut, wenn der Landtag heute noch einmal unsere Landesregierung ersucht, mit Brandenburg Kontakt aufzunehmen, beziehungsweise auch direkt die brandenburgische Landesregierung bittet, gemeinsam mit uns eine Position einzunehmen und zu untermauern, um die Inbetriebnahme des Boden-Luft-Schießplatzes zu verhindern.

Meine Damen und Herren, Tausende Menschen in der Region um den Müritz-Nationalpark und südlich des Müritz-Nationalparks erwarten von uns Hilfe. Tausende Menschen, die ihre hauptberufliche Existenz, auch ihre nebenberufliche Existenz an die Tourismusentwicklung in unserer Region gebunden haben, haben Angst, dass ihre Lebensplanung in Frage gestellt wird. Ich erwarte, und so sind auch die Signale, die ich empfangen habe, dass wir in diesem Punkt in allen Fraktionen Konsens haben, sich gemeinsam für die Region um die Kyritz-Ruppiner Heide einzusetzen.

Zwei Dinge möchte ich abschließend sagen. Ich denke erstens, es ist wichtig für die Zukunft, dass dieses Thema nicht zu Alleingängen in parteipolitischer Profilierung genutzt wird, sondern dass hier gemeinsam und parteiübergreifend versucht wird, Akzeptanz zu erreichen, um diesen Schießplatz zu verhindern. Und zum Zweiten halte ich es für sehr wichtig, dass wir hier eine gemeinsame Sprache mit unserem südlichen Nachbarn im südlichen Bundesland finden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Körner.

Es ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herr Caffier von der Fraktion der CDU.

Lorenz Caffier, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zu der Thematik ist in der Vergangenheit schon viel in diesem Haus und auch in den Ausschüssen gesagt worden. Übrigens, meine Damen und Herren, entscheidend für mich und die Fraktion ist bei dieser Thematik nicht ausschließlich die Thematik, was

passiert vor Ort, sondern auch die Frage, wie wird mit dem Gesetzgeber des Landes – und das sind in dem Fall wir – und mit der kommunalen Hoheit umgegangen.

Deswegen möchte ich die Ausführungen in der Form etwas anders bringen, als der eine oder andere es vielleicht erwartet. Wir haben einmal ein regionales Raumordnungsverfahren als gesetzgeberische Maßnahme auf den Weg gebracht, in dem alles zur Thematik steht und in dem auch ganz konkret gesagt wird, mit welchen Problematiken wir uns befassen müssen, in dem im Zweifelsfall auch steht, welche Folgen auf das Land, auf die Kommunen gegebenenfalls zukommen, wenn das im Gesetzgeberischen Festgeschriebene nicht verwirklicht werden kann. Deswegen gestatten Sie mir auch ein paar Ausführungen aus der Stellungnahme des regionalen Planungsverbandes zur Thematik Boden-Luft-Schießplatz Wittstock.

Der Planungsverband ist, das ist den Kollegen, die länger dabei sind, bekannt, gemäß Paragraph 12 Landesplanungsgesetz vom 20.05.1998 ein vom Landesgesetzgeber verordneter Zusammenschluss, in dem Fall der Landkreise Demmin, Müritz, Mecklenburg-Strelitz und der kreisfreien Stadt Neubrandenburg, in der Form einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Er unterliegt gemäß Paragraph 12 Absatz 6 des Landesplanungsgesetzes den für kommunale Zweckverbände geltenden Vorschriften der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Gemäß Paragraph 9 Landesplanungsgesetz obliegt dem regionalen Planungsverband die Aufstellung und Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms. Gemäß Paragraph 12 Absatz 4 Landesplanungsgesetz wirkt der regionale Planungsverband auch auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und der Landesplanung hin, die wir hier beschlossen haben.

Mit dem regionalen Raumordnungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte – nachzulesen im Gesetz- und Verordnungsblatt Mecklenburg-Vorpommern vom 22. Juli 1998, Nummer 20, auf Seite 644 – wurden die Ziele der Raumordnung für die Region Mecklenburgische Seenplatte von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern gemäß Paragraph 9 Absatz 5 des Landesgesetzes für verbindlich erklärt und als Landesverordnung in Kraft gesetzt. Im Rahmen des Aufstellungsverfahrens wurden neben den angrenzenden brandenburgischen Nachbarregionen Prignitz-Oberhavel und Uckermark-Barnim auch das Land Brandenburg und das Bundesministerium der Verteidigung beteiligt. Darin unterscheidet sich das Land Mecklenburg-Vorpommern vom Land Brandenburg, was die Kommunen in dem Fall in Mecklenburg-Vorpommern nicht beteiligt hat bei der Anhörung zu dieser Frage. Zu keinem Zeitpunkt des Aufstellungsverfahrens wurden zumindest im regionalen Planungsverband Hinweise auf die nunmehr beabsichtigte Nutzung der Wittstocker Heide als Luft-Boden-Schießplatz mitgeteilt. Daraus ergeben sich natürlich eine Reihe von Fragen.

Der regionale Planungsverband Mecklenburgische Seenplatte ist aus oben genannten Gründen sehr wohl der Auffassung, dass er seinen im Sinne des Artikels 75 Absatz 3 Gesetzblatt aus dem Raumordnungsgesetz des Bundes abgeleiteten Aufgaben und Funktionen gemäß Landesplanungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern nur gerecht werden kann, wenn er an raumbedeutsamen Vorhaben, Maßnahmen und Planungen, die sich auf das in Paragraph 12 Absatz 1 Nummer 4 Landesplanungsgesetz räumlich abgegrenzte Verbandsgebiet auswirken beziehungsweise diese langfristig tangieren, frühzeitig beteiligt

wird. Ich glaube, dass das eine raumordnerisch bedeutende Maßnahme ist, egal, wie man das wertet, es ist außer Zweifel. Insofern müsste die Beteiligung des Landes wie auch der Raumordnungsbehörden für alle in diesem Haus außer Zweifel sein.

Die dem regionalen Planungsverband Seenplatte vom Innenministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit Schreiben vom 6. Februar 2002 zur Verfügung gestellten Unterlagen lassen bereits erkennen, dass sich durch das geplante Vorhaben die räumliche Ausgangssituation zumindest für den südlichen Teilraum der Region Mecklenburgische Seenplatte massiv ändert und der von den bisher von allen Körperschaften öffentlichen Rechts, regionaler Planungsverband, Landkreise und Gemeinden, verfolgte Weg einer nachhaltigen touristischen Entwicklung im Bereich der Oberseen- und der Kleinseenplatte entgegengesetzt.

Aufgrund dieser Ausführungen zu den zu erwartenden Auswirkungen des Vorhabens kann gegenwärtig nur angenommen werden, und das ist auch die Auffassung unserer Mitglieder in der Region, dass zumindest der gesamte südliche Teil der Region Seenplatte von dem Vorhaben negativ beeinflusst wird. Dabei handelt es sich um objektive Auswirkungen, wie Lärm und Luftverunreinigung, sowie um subjektive Auswirkungen, wie Imageschäden.

Aus raumordnerischer Sicht – und noch einmal, meine Damen und Herren, dieser Landtag hat, zumindest ein Bruchteil der Kollegen, lange daran mitgewirkt – stehen damit insgesamt die Tourismusschwerpunkträume und die Tourismusentwicklungsräume im Bereich der Oberseen und der kleinen Seenplatte sowie die Vorrang- und Vorsorgegebiete für Natur und Landschaft, worunter der Müritz-Nationalpark, aber auch drei Naturparke, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete sowie FFH-Gebiete und EU-Vogelschutzgebiete subsumiert sind, zur Disposition. Dieser Raum müsste im Rahmen einer Fortschreibung des regionalen Raumordnungsprogramms in entsprechender Form als intensiv genutztes Tieffluggebiet mit Ausschlusswirkung für touristische Raumnutzung eingestuft werden.

Da entsprechend erforderliche Zielfestsetzungen eine radikale Kehrtwendung gegenüber den seit 1998 rechtsverbindlichen raumordnerischen Zielstellungen bedeuten würden, wäre das nicht nur ein fundamentaler Vertrauensverlust für die Bürger und Investoren, sondern es wäre auch einer für uns im staatlichen Vorsorgeplan. Auch massive Schadensersatzklagen gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern wären die Folgen. Da im Land Mecklenburg-Vorpommern die Fördermittelvergabe für touristische Vorhaben an die raumordnerische Kategorie Tourismusschwerpunkt gebunden ist, würde das Aufgeben, jedenfalls nach unserer Auffassung, von Tourismusschwerpunkten gegebenenfalls auch den Wegfall von Fördermitteln bedeuten. Das regionale Entwicklungsziel, die Region Seenplatte zur nachhaltigen, hochwertigen Tourismusdestination in Einklang mit Natur und Landschaft zu gestalten, muss damit aufgegeben werden. Die Anstrengungen von Gemeinden, Kommunen und privaten Investoren für den Ausbau einer hochwertigen Tourismusinfrastruktur, die in den letzten zwölf Jahren ohne Wenn und Aber in den Regionen geleistet worden ist, wird zumindest teilweise ad absurdum geführt.

Kompensatorische Entwicklungsalternativen gibt es für diesen Raum zum jetzigen Zeitpunkt definitiv nicht. Wahr-

scheinlich wären verstärkte Abwanderung und Leerstände die Folgen. Der Tourismussektor und der damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungssektor ist neben der Landwirtschaft, das sei hier auch gesagt, einer der wenigen sich dynamisch entwickelnden Wirtschaftszweige in der Region Mecklenburgische Seenplatte. In den Tourismusschwerpunkten im Bereich der Oberseen und der kleinen Seenplatte kommen in der Saison zwischen April und September auf jeden Einwohner nach Stand 2000 – das ist nun schon ein bisschen her – 32 Übernachtungen. Das bedeutet auch, dass sich die Zahl der Betroffenen in diesem Monat um ein Vielfaches verändert, denn es wird ja immer nur von den tatsächlich lebenden Bürgern gesprochen.

Abschließend noch eine Zahl aus meinen Ausführungen: In der Saison 2001 haben 39.000 Sportboote laut Zählung an der Schleuse Dömitz und viele Kanus und Paddelboote dieses Wassersportrevier aufgesucht. Ein Teil der Flugschneise liegt genau über der Oder-Havel-Wasserstraße.

Aus diesem Grunde habe ich relativ umfangreich zur Geschichte und Entstehung des Raumplanungsverfahrens ausgeführt und werbe und bitte, denn hier geht es um eine Bitte. Ich weiß, dass beim Gesetzgeber „Ober“ vor „Unter“ sticht. Wir sind der Landesgesetzgeber, der andere sitzt in Berlin, die letztendliche Entscheidung liegt in Berlin. Aber ich glaube, man kann vor den Fakten, wie ich sie versucht habe, ohne Emotionen aufzuführen, an und für sich relativ schlecht die Augen verschließen. Und deswegen werbe ich dafür, dass möglichst viele diesem Ansinnen mit Rechnung tragen, dass die Region Mecklenburgische Seenplatte als Tourismusdestination für das Land Mecklenburg-Vorpommern erhalten werden kann. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Caffier.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der PDS-Fraktion.

Peter Ritter, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man kann sich diesem Thema von verschiedenen Seiten her nähern. Sie werden gleich merken, dass ich eine andere Richtung wähle als mein Vorredner.

Am 30. Mai 2002 folgte der Landtag schon einmal einem Antrag – damals von einzelnen Abgeordneten auch aus allen drei Fraktionen – und lehnte die Planung für einen Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide ab. Die Landesregierung wurde aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um die Interessen des Landes gegenüber der Bundesregierung durchzusetzen. Die Interessen des Landes vertreten hieß damals und heißt heute, das „Bombodrom“ abzulehnen. Mittlerweile finden sich diese Forderungen auch im aktuellen Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS wieder.

Und dennoch ist es richtig, dass wir das Thema heute aus aktuellem Anlass wieder im Landtag behandeln. Die Sprecher der Aktionsgemeinschaft „Freier Himmel“ waren am Dienstag Gäste meiner Fraktion und bestätigten aktuelle Meldungen. Laut dem verteidigungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Arnold liegen die Pläne zur Wiedernutzung des Übungsplatzes offenbar unter-

schriftsreif vor. Und Herr Arnold meint, „man müsse den Leuten vor Ort nur klar machen, dass die 1.700 Einheiten, die pro Jahr geflogen werden sollen, nur noch ein Zehntel dessen sind, was die Russen damals geflogen sind“. Das mag zwar stimmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber beruhigen wird das in der Region niemanden,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

denn seitdem die Russen nicht mehr über die Heide fliegen, hat sich einiges entwickelt, woraus die Menschen in der Region Hoffnung schöpfen. Kollege Caffier hat hier ausführlich dazu Stellung genommen.

Die aktuellen Meldungen lassen aber weiter befürchten, dass nicht nur die Region betroffen ist, über die Herr Caffier hier gesprochen hat, sondern Rostock/Laage und Neubrandenburg/Trollenhagen sollen Zwischenlandeplätze für die übenden Einheiten werden. Das heißt, weitere Teile des Landes wären von dieser Situation betroffen. Und damit wird vieles, was die Bürgerinnen und Bürger in diesen Regionen mit viel Elan und Mühe in den letzten Jahren aufgebaut haben, in Frage gestellt. Und nicht umsonst demonstrieren die Bürgerinnen und Bürger dieser Region gegen das „Bombodrom“.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie schon bei der ausbleibenden Hilfe für die Konversionsstandorte in Mecklenburg-Vorpommern scheint es, als ob die Proteste der Bundesregierung egal sind. Dabei hieß es doch schon 1992 in einer von Herrn Struck, heute Verteidigungsminister, mit unterzeichneten Presseerklärung, ich zitiere: „Wenn die Bundeswehr diesen Platz tatsächlich weiter nutzen wird, so wird sie damit gegen den von ihr selbst aufgestellten Grundsatz verstoßen, prinzipiell keine sowjetischen Übungsflächen zur Weiternutzung übernehmen zu wollen. Und damit wird sie in den neuen Ländern den letzten Rest Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verlieren.“ Es geht also auch um Glaubwürdigkeit. Und wir sollten Herrn Minister Struck heute daher wie beim Irakkrieg auffordern, beim gegebenen Wort zu bleiben und die Pläne nicht zu unterzeichnen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Auch der sicherheitspolitische Sprecher der Bündnisgrünen im Bundestag Winfried Nachtwei sieht das so und schreibt in einem Brief an die Unterzeichner des Gruppenantrages „Zivile Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide“ auf Drucksache 14/5876, ich zitiere: „Vor dem Hintergrund der vielen eindeutigen, auch prominenten Positionierungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen den Luft-Boden-Schießplatz wäre die angekündigte Inbetriebnahme des Übungsplatzes politisch höchst unklug.“ Doch nicht nur das, Herr Nachtwei geht davon aus, dass der Übungsbedarf in den nächsten Jahren durch die weitere Reduzierung der Luftwaffe beziehungsweise die Einführung von Präzisionsmunition weiter sinken wird, die schon jetzt nicht mehr ausgeschöpften Übungskapazitäten in Nordhorn und Siegenburg ausreichen und eine Inbetriebnahme von Wittstock deshalb nicht notwendig sei.

Daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es zwar wichtig, dass wir die brandenburgische Regierung ersuchen, gemeinsam mit uns Strategien zur Verhinderung des „Bombodroms“ zu entwickeln, der Schlüssel oder, besser gesagt, der Füllfederhalter zur Unterzeichnung der Pläne liegt aber nicht bei Herrn General a. D. Schönbohm, sondern bei Herrn Struck. Dennoch dürfen

wir nichts unversucht lassen, auch Herrn Schönbohm von der Unsinnigkeit dieses Vorhabens zu überzeugen. Ich glaube aber, es wird uns schwer fallen, das hinzukriegen. Dass hiesige CDU-Abgeordnete sogar das Instrument der FFH-Gebietsausweisung als Verhinderungsinstrument anwenden wollen, das will ich hier nur als Randbemerkung stehen lassen.

Wichtig, meine Damen und Herren, ist Öffentlichkeit. Wichtig ist die Unterstützung der Bürgerinitiativen „FREIE HEIDE“ und „Freier Himmel“. Wichtig ist daher eine breite Zustimmung des Landtages zum vorliegenden Antrag. Ich meine aber, wir sollten dabei nicht stehen bleiben. Der Tourismusausschuss, der Umweltausschuss und der Wirtschaftsausschuss unseres Landtages sollten mit den Kolleginnen und Kollegen des brandenburgischen Landtages in Verbindung treten, um auch über diesen Weg Unterstützung zu geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wir sollten die IHK Neubrandenburg zu erneuten Protesten genauso ermuntern wie die Planungsregion Mecklenburgische Seenplatte – Herr Caffier hat dazu Ausführungen gemacht. Wir sollten aber auch die Oberbürgermeister der Städte Rostock und Neubrandenburg sowie die Vertretungen beider Städte aufrufen, sich in die Proteste einzureihen, damit sie deutlich machen, dass ihre Regionen nicht Ausgangspunkte der Bombenabwurfübungen sein wollen. Wir sollten ein Zeichen setzen und dem Antrag fraktionsübergreifend zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Borchert.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wohl wahr, eigentlich ist schon alles gesagt. Eigentlich ist es auch alles sonnenklar. Die negativen Auswirkungen für die Tourismuswirtschaft, für die Umwelt, aber auch für die Menschen vor Ort, alles das ist sonnenklar, aber der Parlamentarische Staatssekretär bei Herrn Struck, Herr Kolbow, sieht das leider nicht so. Es ist ja auch im Protokoll der Anhörung nachzulesen, dass seine Meinung eine andere ist. Er steht auf dem Standpunkt, dieser Truppenübungsplatz in der Wittstocker Heide wird keine negativen Auswirkungen haben auf die Tourismuswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern –

(Birgit Schwebs, PDS: Ha, ha, ha!)

als Originaltext nachzulesen. Und Herr Kolbow ist ja nicht so ganz unwichtig für die Entscheidungsfindung von Herrn Struck. Und solange wir solche Positionen haben, muss man sich leider nicht wundern, dass in Aussicht gestellt ist, dass in den nächsten Wochen wohl die Unterschrift von Herrn Struck kommen wird.

(Wolfgang Riemann, CDU: Struck
hat gar keinen Füllfederhalter!)

Das als nicht besonders optimistischer Einstieg, aber das sind die Realitäten.

Ähnlich wie meine Vorredner werte ich es als außerordentlich positiv – und das sollte uns auch Mut machen für

die Zukunft –, wenn es darum geht, Landesinteressen gemeinsam zu vertreten. Da haben wir hier wirklich ein absolut positives Beispiel, wie geschlossen alle Parteien des Landes, und nicht nur die, die hier im Landtag vertreten sind, sich bisher positioniert haben und das hoffentlich auch in Zukunft tun werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ich möchte aber auch die Bürgerinitiativen einbeziehen, die Menschen vor Ort, die sich zusammengeschlossen haben in den verschiedensten Formen, um Widerstand zu leisten. Und mit Blick nach vorne kann man sich jetzt schon denken, dass es selbstverständlich darauf ankommen wird, auch nach einer Unterschriftsleistung von Herrn Struck diesen Widerstand fortzusetzen, die verschiedensten Formen zu nutzen.

(Zuruf von Wolfgang Riemann, CDU)

Ich möchte jetzt schon ankündigen, dass wir natürlich in der Region für uns alles versuchen werden, um auch über das Anhörungsverfahren noch das eine oder andere zu bewirken. Das Klageverfahren ist das eine. Die Frage ist natürlich: Was machen wir anschließend daraus, wenn wir entsprechend beteiligt werden? Vielleicht gibt es auch noch einen Gruppenantrag im Bundestag von Bundestagsabgeordneten, die das so sehen wie wir. Aber auch dort bin ich wenig optimistisch, dass wir damit noch etwas bewirken können.

Was bleibt? Als SPD-Mitglied, muss ich sagen, ist es schon sehr schmerzhaft, dass es der SPD in Brandenburg ganz offensichtlich nicht gelungen ist, sich auf unsere Position zu bewegen. Damit meine ich jetzt nicht nur den Ministerpräsidenten Platzeck, der sicherlich eingebunden ist in einer großen Koalition, ich meine damit auch die Landes-SPD in Brandenburg, die sich hier nicht so positioniert hat, wie wir es uns gewünscht hätten.

Zur Landesregierung in Brandenburg ist vielleicht noch Folgendes zu sagen: Der Wirtschaftsminister Junghanns, CDU, hat hier eine klar dezidierte Position, die deckungsgleich ist mit der Position von Herrn Kolbow. Es ist manchmal ganz interessant zu sehen, welche Allianzen sich bilden, wenn es darum geht, den Versuch zu unternehmen, nachzuweisen, dass dieser Truppenübungsplatz Arbeitsplätze schafft in Wittstock und Umgebung, und zwar möglicherweise noch mehr, als wir in der Tourismuswirtschaft verlieren werden. Es ist schon ganz erstaunlich, welcher Spagat da veranstaltet wird, und das allerdings auch parteiübergreifend. Das ist für mich nicht bloß erstaunlich, sondern auch unbegreiflich und aufs Schärfste zu kritisieren.

Ich möchte auch sagen, dass es sicherlich mit Blick, wie gesagt, auf die weiter zu erwartende Entscheidung von Herrn Struck nicht ausreicht, zur Kenntnis zu nehmen, dass er sich dafür aussprechen wird, dass es nicht 1.700 Flüge werden, sondern vielleicht nur 1.500, dass die Flugzeuge nicht ganz so tief fliegen, vielleicht ein bisschen höher oder wie auch immer. Alles das wird uns wenig nutzen. Die negativen Auswirkungen sind hier schon hinreichend beschrieben worden. Ich möchte auch noch deutlich sagen, dass die Sozialdemokraten insbesondere aus den betroffenen Regionen Mecklenburg-Strelitz und Müritz hier eine Position einnehmen innerhalb unserer Partei, die sicherlich dann auch an Deutlichkeit und Schärfe nichts zu wünschen übrig lassen wird. Das ist das

Einzige, was uns in dieser Frage noch bleibt. Aber auch dieses Mittel werden wir nutzen.

Zum Antrag selbst möchte ich noch auf eine redaktionelle Veränderung verweisen, und zwar darauf, dass wir in der sechsten Zeile das Wörtchen „auf“ natürlich streichen müssen. Das nur zur Klarstellung. Ich würde einfach noch einmal darum bitten, diesem Antrag heute hier im Landtag geschlossen die Zustimmung zu geben, damit wir von hier aus noch ein Signal aussenden, um vielleicht das eine oder andere doch noch in den Köpfen der Verantwortungsträger zu bewegen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Borchert.

Ums Wort gebeten hat jetzt der Innenminister des Landes Herr Dr. Timm.

Minister Dr. Gottfried Timm: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Gute an dem Antrag ist, dass er wohl einstimmig angenommen wird. Das Schlechte an dem Antrag ist, dass er überhaupt gestellt werden muss. Ich würde mich sehr freuen, wenn der Gegenstand des Antrages hinfällig würde. So ist es aber nicht und deswegen müssen wir noch einmal betonen – mit „wir“ meine ich jetzt auch die Landesregierung –, dass wir nachdrücklich die betroffenen Kommunen in der Region, um die es hier geht, unterstützen bei ihrem Ziel, die Einrichtung dieses Luft-Boden-Schießplatzes zu verhindern.

Ich selbst habe in den 80er Jahren, Herr Caffier, in der Region gewohnt, in Röbel, und ich habe erlebt, wie Flugzeuge der sowjetischen Luftstreitkräfte, Herr Ritter, wie diese Flugzeuge im freien Fall auf die Müritz heruntergefallen sind und wenige Meter über der Wasseroberfläche wieder hochgezogen sind.

(Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Dachziegel gab es nicht mehr zu kaufen zu der Zeit. Es war verheerend. Das heißt, wir werden als Landesregierung die Interessen des Landes mit aller Konsequenz wahrnehmen. Ich bedaure allerdings zutiefst, dass die Kräfte zersplittert sind und, wie Herr Borchert schon sagte, dass wir nicht an einem Strang in eine Richtung mit der Landesregierung von Brandenburg ziehen können, leider auch nicht mit meinem Kollegen Schönbohm, der ja nicht nur Innen-, sondern ebenfalls Kommunalminister ist und die Interessen der Kommunen aus Brandenburg an und für sich auch bei der Bundesregierung zur Sprache bringen muss.

Wir haben durch Gespräche mit dem Bundesverteidigungsminister zwei Zusagen. Die eine Zusage ist die, dass bevor der Bundesverteidigungsminister eine Unterschrift leistet, er noch eine Erörterung mit uns, und das heißt mit der Landesregierung und mindestens mit den beiden Landräten der Landkreise Müritz und Neustrelitz in Berlin durchführen wird, um die möglichen Auswirkungen einer Inbetriebnahme dieses Übungsplatzes mit uns zu erörtern. Aus unserer Sicht will ich hinzufügen: Wir werden wie schon im letzten Jahr in Berlin im Bundesverteidigungsministerium mit Nachdruck die Interessen des Landes so formulieren, dass die Auswirkungen, wenn überhaupt, möglichst gering bleiben. Und wir haben auch die Zusage, dass Minister Struck, wenn es vor Ort gewünscht wird, persönlich in die Region kommt und mit der Bürgerinitiative und Kommunalpolitikern die möglichen Auswir-

kungen vor Ort erörtert. Ich gehe davon aus, dass es in den nächsten Wochen passiert und vorher auch keine Unterschrift geleistet wird.

Ich will auch hinzufügen, dass wir in unserer Stellungnahme als Landesregierung auf den Punkt abgehoben haben, den Herr Caffier hier angesprochen hat. An und für sich ist es nicht verständlich, das will ich einschränkend sagen, dass die Bundesregierung, besonders das Bundesverteidigungsministerium, die eingebunden war in die Erstellung des Raumordnungsprogramms, diesem zustimmt, ohne Vorbehalte. Und wenige Jahre später mit so einer Maßnahme an die Öffentlichkeit tritt. Ich weiß nicht, ob sie es vorher nicht gewusst haben oder es nicht sagen wollten, aber das ist natürlich für die Region ein Problem in wirtschaftlicher Hinsicht, in Hinsicht auf die Einschränkung der Lebensqualität, auch in Hinsicht auf die Lebensbedingungen in der Natur. Wie gesagt, wir hoffen, dass wir mit unseren Argumenten ein Stück weit zugunsten der Region, die betroffen ist, also unseres Landes, etwas bewegen können. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD,
einzelnen Abgeordneten der PDS
und Lorenz Caffier, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/388. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 21. Mai 2003, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Angelika Gramkow, PDS: Gleichfalls!)

Schluss: 19.05 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Torsten Koplin und Karsten Neumann.

Namentliche Abstimmung

über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 4/394 –

Jastimmen

CDU

Ankermann, Michael
Dr. Born, Ulrich
Brick, Martin
Caffier, Lorenz
Fiedler, Kerstin
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Liskow, Egbert
Lochner-Borst, Ilka
Petters, Andreas
Pracht, Rainer
Rehberg, Eckhardt
Renz, Torsten
Riemann, Wolfgang
Ringguth, Wolf-Dieter
Schlupp, Beate
Schubert, Bernd
Skrzepski, Gesine
Dr. von Storch, Henning
Strenz, Karin
Timm, Udo
Vierkant, Jörg

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Dankert, Reinhard
Friedrich, Holger
Friese, Siegfried
Heydorn, Jörg
Jarchow, Hans-Heinrich
Keler, Sigrid
Dr. Körner, Klaus-Michael
Krumbholz, Bodo
Lohse, Frank Ronald

Mahr, Beate
Mohr, Klaus
Monegel, Hannelore
Müller, Detlef
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Peters, Angelika
Polzin, Heike
Dr. Ringstorff, Harald
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Selling, Erwin
Dr. Timm, Gottfried
Volland, Angelika
Wiebenson, Lilly
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

PDS

Dr. Bartels, Gerhard
Bluhm, Andreas
Gramkow, Angelika
Lück, Regine
Ritter, Peter
Schmidt, Karin
Schwebs, Birgit
Walther, Gerd
Wien, Alexa

Enthaltungen

PDS

Schulz, Gabriele

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	67
Gültige Stimmen	67
Jastimmen	24
Neinstimmen	42
Enthaltungen	1